

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

59. Sitzung

Hannover, den 24. Oktober 2019

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 19:
Mitteilungen der Präsidentin
Tagesordnungspunkt 20:
Aktuelle Stunde5385
 a) 100 Jahre Volkshochschule - Lebenslanges Lernen als elementaren Bestandteil für den ge- sellschaftlichen Zusammenhalt auch zukünftig ermöglichen und attraktive Rahmenbedingungen
erhalten - Antrag der Fraktion der SPD -
Drs. 18/4898
Dr. Thela Wernstedt (SPD)5385
Jörg Hillmer (CDU)5387
Eva Viehoff (GRÜNE)
Susanne Victoria Schütz (FDP)5390
Harm Rykena (AfD)5391
Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und
Kultur5392
Dava indiaha Dava adawa a
Persönliche Bemerkung: Harm Rykena (AfD)5394
Tianni Nykena (AID)5594
b) Mittelmaß ist nicht genug - Niedersachsens
Schüler brauchen beste Bildung - Antrag der Frak-
tion der FDP - Drs. 18/48915394
Björn Försterling (FDP)5394, 5404
Mareike Wulf (CDU)5396, 5405
Julia Willie Hamburg (GRÜNE)5397, 5404
Harm Rykena (AfD)5398
Christoph Bratmann (SPD)5400
Grant Hendrik Tonne, Kultusminister5402
Dr. Stefan Birkner (FDP)5405
-:: -:

c) Es reicht! Unseren Rechtsstaat verteidigen,
Demokratinnen und Demokraten schützen,
Rechtsextreme entwaffnen - Antrag der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/48965406
Helge Limburg (GRÜNE)5406
Uwe Schünemann (CDU)5407
Dr. Marco Genthe (FDP)5409
Deniz Kurku (SPD)5410
Klaus Wichmann (AfD)5411
Boris Pistorius, Minister für Inneres und
Sport5414
Tagesordnungspunkt 21:
Dringliche Anfragen5416
a) Studierende in Niedersachsen, zeltet ihr noch,
a) Studierende in Niedersachsen, zeltet ihr noch, oder wohnt ihr schon? - Wie will die Landesregie-
a) Studierende in Niedersachsen, zeltet ihr noch, oder wohnt ihr schon? - Wie will die Landesregierung mehr studentischen Wohnraum schaffen? -
a) Studierende in Niedersachsen, zeltet ihr noch, oder wohnt ihr schon? - Wie will die Landesregierung mehr studentischen Wohnraum schaffen? - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -
a) Studierende in Niedersachsen, zeltet ihr noch, oder wohnt ihr schon? - Wie will die Landesregierung mehr studentischen Wohnraum schaffen? - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/48975416
a) Studierende in Niedersachsen, zeltet ihr noch, oder wohnt ihr schon? - Wie will die Landesregierung mehr studentischen Wohnraum schaffen? - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/48975416 Eva Viehoff (GRÜNE)
a) Studierende in Niedersachsen, zeltet ihr noch, oder wohnt ihr schon? - Wie will die Landesregierung mehr studentischen Wohnraum schaffen? - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4897
a) Studierende in Niedersachsen, zeltet ihr noch, oder wohnt ihr schon? - Wie will die Landesregierung mehr studentischen Wohnraum schaffen? - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4897
a) Studierende in Niedersachsen, zeltet ihr noch, oder wohnt ihr schon? - Wie will die Landesregierung mehr studentischen Wohnraum schaffen? - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4897
a) Studierende in Niedersachsen, zeltet ihr noch, oder wohnt ihr schon? - Wie will die Landesregierung mehr studentischen Wohnraum schaffen? - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4897
a) Studierende in Niedersachsen, zeltet ihr noch, oder wohnt ihr schon? - Wie will die Landesregierung mehr studentischen Wohnraum schaffen? - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4897
a) Studierende in Niedersachsen, zeltet ihr noch, oder wohnt ihr schon? - Wie will die Landesregierung mehr studentischen Wohnraum schaffen? - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4897
a) Studierende in Niedersachsen, zeltet ihr noch, oder wohnt ihr schon? - Wie will die Landesregierung mehr studentischen Wohnraum schaffen? - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4897
a) Studierende in Niedersachsen, zeltet ihr noch, oder wohnt ihr schon? - Wie will die Landesregierung mehr studentischen Wohnraum schaffen? - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4897
a) Studierende in Niedersachsen, zeltet ihr noch, oder wohnt ihr schon? - Wie will die Landesregierung mehr studentischen Wohnraum schaffen? - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4897
a) Studierende in Niedersachsen, zeltet ihr noch, oder wohnt ihr schon? - Wie will die Landesregierung mehr studentischen Wohnraum schaffen? - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4897
a) Studierende in Niedersachsen, zeltet ihr noch, oder wohnt ihr schon? - Wie will die Landesregierung mehr studentischen Wohnraum schaffen? - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4897
a) Studierende in Niedersachsen, zeltet ihr noch, oder wohnt ihr schon? - Wie will die Landesregierung mehr studentischen Wohnraum schaffen? - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4897

Barbara Otte-Kinast, Ministerin für Ernäh-	Dr. Marco Genthe (FDP) 5450
rung, Landwirtschaft und Verbraucher-	Christian Meyer (GRÜNE) 5451
schutz5422 bis 5434	Thomas Adasch (CDU)5451
Karl Heinz Hausmann (SPD)5423	Klaus Wichmann (AfD) 5452
Miriam Staudte (GRÜNE)5423, 5430	Rüdiger Kauroff (SPD)5452
Dr. Frank Schmädeke (CDU)5424	Beschluss5453
Olaf Lies, Minister für Umwelt, Energie, Bauen	
und Klimaschutz5425 bis 5433	Tagesordnungspunkt 23:
Dr. Marco Mohrmann (CDU)5426	
Dana Guth (AfD) 5428, 5431, 5434	Abschließende Beratung:
Tobias Heilmann (SPD)5430	a) Nordsee schützen: Frachtgut professionell
Stefan Wenzel (GRÜNÉ) 5430, 5433	sichern! - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grü-
Jörg Hillmer (CDU)5433	nen - Drs. 18/2574 - b) Sicherheit in der Contai-
. ,	nerschifffahrt erhöhen - Havarien vermeiden -
c) Jüdisches Leben schützen - Was unternimmt	Umweltschäden vorbeugen - Antrag der Fraktion
die Landesregierung? - Anfrage der Fraktion der	der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/4558 -
AfD - Drs. 18/48945434	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirt-
Jens Ahrends (AfD)5434, 5436, 5437	schaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung -
Boris Pistorius, Minister für Inneres und	Drs. 18/47135454
Sport 5435, 5437, 5438	Meta Janssen-Kucz (GRÜNE) 5454, 5463
	Hillgriet Eilers (FDP)5455
Tagesordnungspunkt 24:	Stefan Henze (AfD)5456, 5459
. agossaagopa = 11	Thiemo Röhler (CDU)5457
Erste Beratung:	Uwe Santjer (SPD) 5460
Das Agrarpaket der Bundesregierung und die	Beschluss5464
Verschärfung der Düngeverordnung stoppen -	Zu a: Erste Beratung: 38. Sitzung am 24.01.2019
Niedersachsen muss sich unterstützend hinter	Zu b: Direkt überwiesen am 10.09.2019
seine Landwirte stellen! - Antrag der Fraktion der	
FDP - Drs. 18/48305438	Tagesordnungspunkt 26:
Hermann Grupe (FDP) 5439, 5442, 5447	
Dana Guth (AfD)5440	Abschließende Beratung:
Miriam Staudte (GRÜNE)5441, 5442	Verantwortlichkeiten für Minderheiten innerhalb
Thordies Hanisch (SPD)5443	der EU-Kommission verbindlich regeln - Antrag
Helmut Dammann-Tamke (CDU) 5445, 5447	der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU -
Ausschussüberweisung5447	Drs. 18/3669 - Beschlussempfehlung des Ausschus-
-	ses für Bundes- und Europaangelegenheiten und
Tagesordnungspunkt 25:	Regionale Entwicklung - Drs. 18/4603 - dazu: Ände-
	rungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -
Abschließende Beratung:	Drs. 18/4616
Menschenwürde bewahren - Frauen vor Gefahren	Editha Westmann (CDU)5464
in sogenannten Lovemobilen schützen - Antrag	Dragos Pancescu (GRÜNE)
der Fraktion der AfD - Drs. 18/3264 - Beschlussemp-	Thomas Brüninghoff (FDP)5466
fehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit	Stefan Wirtz (AfD)
und Gleichstellung - Drs. 18/45995447	Claudia Schüßler (SPD)
Stephan Bothe (AfD)5448	Birgit Honé, Ministerin für Bundes- und Euro-
Dr. Thela Wernstedt (SPD)5448	paangelegenheiten und Regionale Entwick-
Beschluss5449	lung
Erste Beratung: 46. Sitzung am 29.03.2019	Beschluss
	Erste Beratung: 49. Sitzung am 16.05.2019
Tagesordnungspunkt 22:	Tagesordnungspunkt 27:
16. Übersicht über Beschlussempfehlungen der	
ständigen Ausschüsse zu Eingaben -	Abschließende Beratung:
Drs. 18/4810 neu - strittige und unstrittige Eingaben -	Zeitumstellung abschaffen - Bürgerwillen umset-
Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grü-	zen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -
nen - Drs. 18/4903 - Änderungsantrag der Fraktion	Drs. 18/1844 - Beschlussempfehlung des Ausschus-
der FDP - Drs. 18/49185449	ses für Bundes- und Europaangelegenheiten und
	Regionale Entwicklung - Drs. 18/4604 neu 5470
Dragos Pancescu (GRÜNE)	Dragos Pancescu (GRÜNE) 5470
Eva Viehoff (GRÜNE)	Dr. Christos Pantazis (SPD)5471
Lasse Weritz (CDU)5450	

Marcel Scharrelmann (CDU)
Tagesordnungspunkt 28:
Abschließende Beratung: Schutz der Wildbienen verstärken - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3665 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz - Drs. 18/4618 - dazu: Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4720
Tagesordnungspunkt 29:
Abschließende Beratung: Rechnung über den Haushalt des Niedersächsischen Landesrechnungshofs (Einzelplan 14) für

Tagesordnungspunkt 30:

Abschließende Beratung:

Tagesordnungspunkt 31:

Abschließende Beratung:

Aufforderung zur Änderung der Anlaufbedin-
gungsverordnung (AnIBV) - Antrag der Fraktion
der AfD - Drs. 18/2766 - Beschlussempfehlung des
Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und
Digitalisierung - Drs. 18/47165491
Stefan Henze (AfD)5491, 5493, 5495
Oliver Schatta (CDU)5491
Hillgriet Eilers (FDP) 5493, 5494
Matthias Arends (SPD) 5494, 5496
Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)5496
Beschluss5496
Direkt überwiesen am 08.02.2019

Vom Präsidium:

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta (SPD)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch (SPD)

Vizepräsident Bernd Busemann (CDU) Vizepräsident Frank Oesterhelweg (CDU) Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)

Schriftführer Markus Brinkmann (SPD)

Schriftführer Matthias M ö h I e (SPD) Schriftführerin Hanna Naber (SPD) Schriftführerin Sabine Tippelt (SPD) Rainer Fredermann (CDU) Schriftführer

Schriftführerin Gerda Hövel (CDU) Schriftführerin Gudrun Pieper (CDU) Schriftführer Heiner Schönecke (CDU)

Schriftführer Belit Onay (GRÜNE) Hillgriet Eilers (FDP) Schriftführerin Schriftführer Christopher E m d e n (AfD) Schriftführer Stefan Henze (AfD)

Auf der Regierungsbank:

Minister für Inneres und Sport Staatssekretär Stephan Manke, Boris Pistorius (SPD) Ministerium für Inneres und Sport

Finanzminister Staatssekretärin Doris Nordmann,

Reinhold Hilbers (CDU) Finanzministerium

Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Staatssekretär Heiger Scholz,

Dr. Carola Reimann (SPD) Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Kultusminister Staatssekretärin Gaby Willamowius, Grant Hendrik Tonne (SPD) Kultusministerium

Staatssekretär Dr. Berend Lindner, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisie-

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitali-

Dr. Bernd Althusmann (CDU) sierung

Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbrau-Staatssekretär Rainer Beckedorf,

cherschutz Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbrau-

Barbara Otte-Kinast (CDU) cherschutz

Justizministerin Staatssekretär Dr. Stefan von der Beck,

Barbara Havliza (CDU) Justizministerium

Staatssekretärin Dr. Sabine Johannsen, Minister für Wissenschaft und Kultur

Ministerium für Wissenschaft und Kultur Björn Thümler (CDU)

Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz Staatssekretär Frank Doods, Olaf Lies (SPD) Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klima-

schutz

Staatssekretärin Jutta Kremer, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten

Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

Birgit Honé (SPD) und Regionale Entwicklung Beginn der Sitzung: 9.01 Uhr.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Verehrte Kolleginnen, verehrte Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie im Namen des Präsidiums und eröffne die 59. Sitzung im 21. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 18. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 19: **Mitteilungen der Präsidentin**

Ich darf bereits die **Beschlussfähigkeit** des Hauses feststellen.

Wir beginnen die heutige Sitzung mit Tagesordnungspunkt 20. Das ist die Fortsetzung der Aktuellen Stunde. Anschließend setzen wir die Beratungen in der Reihenfolge der Tagesordnung fort. Die heutige Sitzung soll gegen 20.30 Uhr enden.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr der Schriftführer Herr Onay mit. - Ich darf Sie alle um etwas mehr Ruhe im Plenarsaal bitten. - Vielen Dank.

Bitte, Herr Onay!

Schriftführer Belit Onay:

Es haben sich entschuldigt: von der Landesregierung Ministerpräsident Stephan Weil sowie Finanzminister Reinhold Hilbers bis 15 Uhr, von der Fraktion der SPD Herr Uwe Schwarz und von der Fraktion der CDU André Bock und Laura Hopmann.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Ich rufe nun auf den

Tagesordnungspunkt 20: Aktuelle Stunde

Wie gestern bereits angekündigt, setzen wir die Aktuelle Stunde heute mit den Anträgen der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fort.

Ich eröffne die Besprechung zu

a) 100 Jahre Volkshochschule - Lebenslanges Lernen als elementaren Bestandteil für den gesellschaftlichen Zusammenhalt auch zukünftig ermöglichen und attraktive Rahmenbedingungen erhalten - Antrag der Fraktion der SPD -Drs. 18/4898

Ich erteile Frau Kollegin Dr. Wernstedt das Wort für die SPD-Fraktion. Bitte, Frau Kollegin!

Dr. Thela Wernstedt (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Jahr 2019 als Jahr gewichtiger Jubiläen hat es in sich. Ich rede jetzt nur von den 100-jährigen: Gründung der Weimarer Republik, Frauenwahlrecht, Volkshochschulen, Arbeiterwohlfahrt und das Bauhaus, wie wir ja auch in der wunderbaren Ausstellung draußen schon sehen konnten. 1919 sind gravierende gesellschaftliche Veränderungen und Modernisierungen sichtbar geworden oder realisiert worden - ein ungeheurer gesellschaftlicher Aufbruch. Über jedes dieser Themen ließe sich abendfüllend reden. Das schaffen wir heute Morgen natürlich nicht.

Mit dieser Aktuellen Stunde wollen wir einerseits 100 Jahre Volkshochschule würdigen. Andererseits wollen wir aufzeigen, dass Erwachsenenbildung in jeder Zeit neu gedacht und auch verteidigt werden muss.

Warum haben wir das heute zum Thema gemacht? - Das hat etwas mit dem Entwurf eines Gesetzes zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften zu tun - ein Entwurf, der seit Monaten die Fachleute aus Bundesministerien und Bundestag beschäftigt -, und es hat mit einer EU-Richtlinie zu tun.

Die Erwachsenenbildung war und ist bundesweit in Alarmbereitschaft. Die Bundesregierung verfolgt mit dem Gesetz die Absicht, Regelungen für Bildungsleistungen im nationalen Umsatzsteuergesetz vollständig an die für alle Mitgliedstaaten der EU verbindlichen Vorgaben der sogenannten Mehrwertsteuersystemrichtlinie anzupassen. Die Fachleute befürchten - aus unserer Sicht zu Recht -, dass es zu Verteuerungen derjenigen Kurse kommen würde, die nicht ausschließlich der beruflichen Weiterbildung dienen, sondern im besonderen Maße die politische Bildung betreffen.

Jubiläumsjahr, Umsatzsteuer für Elektromobilität und andere Dinge, EU-Richtlinie, Bundesfinanzministerium und politische Bildung - das ist wirklich eine wilde Mischung, zeigt aber eindrücklich die Verflechtung der politischen Ebenen und die Schwierigkeiten guter politischer Gestaltung.

(Unruhe)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Frau Kollegin Dr. Wernstedt! - Es ist ein ziemliches Gemurmel im Plenarsaal. Ich bitte darum, die Gespräche einzustellen und Ihre Aufmerksamkeit Frau Kollegin Dr. Wernstedt zukommen zu lassen.

Bitte, Frau Kollegin!

Dr. Thela Wernstedt (SPD):

Ein Blick auf den Anfang: Die Weimarer Reichsverfassung und die Volkshochschulen sind nicht ohne den jeweils anderen zu denken. Denn in Artikel 148 Abs. 4 der Weimarer Reichsverfassung von 1919 steht: "Das Volksbildungswesen, einschließlich der Volkshochschulen, soll von Reich, Ländern und Gemeinden gefördert werden." Man kann sagen, dass die Weimarer Verfassung die Geburtsurkunde der Volkshochschulen ist. Die Entwicklung begann früher, aber 1919 wurden die Notwendigkeit von Bildungsanstrengungen und ihre staatliche Unterstützung sogar in die Verfassung geschrieben und damit grundlegend für die junge Demokratie.

Dabei wird das Grundrechtsverständnis anders formuliert als für die Schule. Schule ist verbindlich - Volksbildung, Erwachsenenbildung, bleibt freiwillig. Das später viel gescholtene Preußen legte den Verfassungsauftrag der Volksbildung sogar besonders großzügig in seinen Förderrichtlinien aus, und überall in der jungen Republik wurden Volkshochschulen und andere Einrichtungen der Bildung gegründet. Freiheitlichkeit wurde groß geschrieben.

"Diese Bildung wendet sich an alle Kreise und sucht ihre Helfer in allen Kreisen", heißt es im Gründungsaufruf der Thüringer Volkshochschule. Jeder, der lernen und mitarbeiten will, ist willkommen. Hier in Hannover hat sich z. B. das Ehepaar Ada und Theodor Lessing um die von ihnen gegründete Volkshochschule sehr verdient gemacht. Dafür ist Ada Lessing jüngst auch mit einem frauenORT noch einmal besonders geehrt worden.

Unterbrochen in den Jahren nationalsozialistischer Diktatur, nahmen nach dem Zweiten Weltkrieg die Volkshochschulen und andere Einrichtungen ihre Arbeit wieder auf. Bis heute sind sie überall vertreten, in Verbänden organisiert und nach 1989 auch im Austausch mit den neuen Bundesländern in einer gemeinsamen Entwicklung.

Bereits in den ersten Jahren bildete sich ein Spannungsverhältnis heraus, das sich bis heute nicht auflösen ließ - das Ringen um öffentliche Anerkennung und Förderung bei gleichzeitiger Distanz gegenüber staatlicher Lenkung und Kontrolle.

Heute muss es uns angesichts der Entwicklung und Manifestation populistischer Strömungen in Parteien in Deutschland und der Welt, der vielen Krisenherde im gemeinsamen Haus Europa und der Schwäche der Volksparteien um die Stärkung der Demokratie gehen. Unsere Demokratie braucht nach wie vor mündige und selbstständig denkende und urteilende Bürgerinnen und Bürger, die sich in dieser komplizierten Welt zurechtfinden. Die Verteuerung von Kursangeboten der politischen Bildung ist eine Gefahr für die Demokratie.

Gestern Morgen erreichte uns die erfreuliche Nachricht, dass der oben genannte Gesetzentwurf sich erst einmal nicht mit der Erwachsenenbildung beschäftigen wird. Das ist ein Etappensieg derjenigen, die sich im Hintergrund unermüdlich eingesetzt haben.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU - Glocke der Präsidentin)

- Ich komme zum Schluss.

Wir müssen wachsam bleiben und Lösungen erarbeiten, die unter allen Umständen verhindern, dass politische Bildung schwerer zugänglich wird. Denn Volkshochschulen sind, wie es Martha Friedenthal-Haase so schön geschrieben hat, wirkende Kraft der Bildung im Immunsystem der Demokratie, die fähig ist, sich in großer Beweglichkeit auf die wechselnden Bedürfnisse der Demokratie einzustellen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Wernstedt. - Nun hat Herr Kollege Hillmer das Wort für die CDU-Fraktion. Bitte!

Jörg Hillmer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich ausdrücklich darüber, dass wir an so prominenter Stelle über Volkshochschulen und über die Erwachsenenbildung allgemein reden können. Denn die Volkshochschulen sind vor 100 Jahren an vielen Orten in unserem Land gegründet worden, weil damals die Weimarer Verfassung der Weiterbildung den Verfassungsrang eingeräumt hat.

Man darf natürlich fragen, ob denn die Volkshochschulen nach 100 Jahren eine überkommene Einrichtung sind und vielleicht sogar mittlerweile verzichtbar sind. Schließlich haben wir heute im Unterschied zu damals zwölf Jahre Schulpflicht, eine Akademisierungsquote von 50 %, frühkindliche Bildung, Ganztagsschulen etc. und ein ganz differenziertes Bildungswesen, in dem wir uns um jeden kümmern. Eigentlich müsste in der schulischen Bildung jetzt doch alles so perfekt sein, dass wir auf die Erwachsenenbildung und die Volkshochschulen verzichten könnten.

Die Antwort ist: Nein, wir können darauf nicht verzichten. Volkshochschulen sind heute notwendiger denn je. Für sie tun sich einige Aufgaben auf. Da ist z. B. das lebenslange Lernen zu erwähnen. Es gibt rasante Veränderungen des beruflichen Lebensumfeldes. Dort muss man das Stichwort "Digitalisierung" nennen, aber auch vieles andere. Die berufliche Welt ändert sich heute schneller, als sie das in Generationen vor uns getan hat. Man kommt mit dem schulischen Wissen nicht mehr durch ein immer längeres Leben hindurch. Das gilt auch für das private Lebensumfeld. Dort ist die Digitalisierung ebenfalls ein ganz starker Treiber. Natürlich spielen auch soziale Medien eine Rolle. Alles das hat man vielleicht vor 20, 30 oder 40 Jahren in der Schule nicht gelernt. Dafür brauchen wir Volkshochschulen.

Ein weiterer Punkt, der uns nicht ruhen lassen darf, ist die in einer leo.-Level-One-Studie von 2011 getroffene Feststellung, dass unter den deutschsprachigen Erwerbstätigen in Deutschland 7,5 Millionen Menschen nicht in der Lage sind, Texte sinnverstehend zu lesen oder zu schreiben. In einer anderen Studie wird von 10 % funktionalen Analphabeten gesprochen. Das darf uns doch nicht ruhen lassen. Wie wollen wir dem beikommen? - Diese Menschen können wir nicht wieder in die Grundschule, in die Hauptschule, in die Realschule oder in welche Schulform auch immer schicken. Nein, wir brauchen die Erwachsenenbildung,

wenn wir uns diesem Problem stellen wollen. Dafür brauchen wir auch die Volkshochschulen.

Nicht zuletzt müssen der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Demokratiebildung ein ganz wichtiger Treiber für uns sein. Wir können uns natürlich auch nicht darauf ausruhen, dass wir jetzt eine Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung gegründet haben. Das ist nur ein Deckel obendrauf. Die wirkliche Arbeit vor Ort an den Menschen findet statt in den Volkshochschulen, in den Erwachsenenbildungseinrichtungen. Sie ist - das muss ich jetzt wohl niemandem mehr erklären - wirklich dringender, als sie das vielleicht in den Jahrzehnten vorher war.

Stellen wir uns also die Frage, wie wir die Teilnehmer erreichen. Denn es gibt nun einmal keine Schulpflicht. Kennen Sie denn jemanden, den Sie für politisch bildungsbedürftig halten?

(Dirk Toepffer [CDU]: Ja!)

- Da fällt Ihnen jemand ein. Aber glauben Sie, dass derjenige sich selber auch für bedürftig hält?

(Dirk Toepffer [CDU]: Nein!)

- Nein, natürlich nicht. Wir haben die genannten 7,5 Millionen Menschen, bzw. jeder Zehnte ist funktionaler Analphabet; ich hoffe, nicht in diesem Raum. Aber würde derjenige sich denn freiwillig melden?

(Zurufe: Nein!)

- Nein, das würde er nicht tun. Das heißt, dass wir in der Erwachsenenbildung auch Angebote brauchen, bei denen wir nicht mit der Tür ins Haus fallen. Wir müssen niedrigschwellige Angebote machen, die nicht sofort nach politischer Bildung und auch nicht sofort nach Alphabetisierung aussehen, um die Menschen erst einmal über die Schwelle hinein in die Erwachsenenbildungseinrichtung zu bringen.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Es wird viel Diffamierendes geredet - Töpferkurse etc. Aber auch sie sind wichtig.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

- Sie sind sogar sehr wichtig.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CDU - Eva Viehoff [GRÜNE]: Was ist daran witzig?)

- Das weiß ich nicht. Ich habe nicht gelacht.

(Unruhe)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Herr Kollege Hillmer! - Ich darf das Plenum noch einmal um Aufmerksamkeit bitten. Offenbar sind Ihre Worte sehr inspirierend. Aber jetzt bitte ich doch um etwas mehr Ruhe im Plenarsaal.

Herr Hillmer!

Jörg Hillmer (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Die Wichtigkeit der Volkshochschulen können wir also, glaube ich, alle miteinander feststellen.

Jetzt gibt es eine Entwicklung, die uns vom Bundesfinanzministerium erreicht. Dort wird gesagt, die Angebote der Volkshochschulen müssten nun in weiten Teilen mit Umsatzsteuer belegt werden. Da sage ich: Das geht nicht. Wir können diese wichtige Aufgabe für die Einrichtungen nicht erschweren, indem wir sie erstens mit Bürokratie überziehen und zweitens die Leistungsangebote um diese 19 % teurer machen.

Ich bin ausdrücklich sehr froh darüber, dass die Bundestagsfraktionen das in diesen Tagen erst einmal wieder von der Tagesordnung genommen haben. Aber seien wir wachsam! Das kommt wieder.

Denn es wird aus Europa gedrängt. Dort wird nicht anerkannt, dass es bei uns neben der staatlichen Ebene und der privatwirtschaftlichen Ebene auch noch so etwas wie Kommunen, die selbst z. B. in den Volkshochschulen tätig sind, oder freie gemeinnützige Träger gibt. Das wird im europäischen Recht nicht anerkannt. Da müssen wir alle gemeinsam den Rücken gerade machen und Europa erklären - das haben wir ja auch bei Sparkassen und Volksbanken geschafft -, dass es hier in Deutschland Besonderheiten gibt, die nicht in allen Ländern Europas so vorhanden sind, aber trotzdem für den Zusammenhalt in der Gesellschaft wichtig sind.

Deshalb schließe ich: Die Volkshochschulen und die Erwachsenenbildung bleiben wichtig. Wir sollten sie in ihrer wichtigen Arbeit unterstützen und nicht behindern.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Hillmer. - Nun folgt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Viehoff. Bitte!

Eva Viehoff (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Um das vorauszuschicken: Ich finde Töpferkurse und haptisches Tun sehr wichtig;

(Beifall bei den GRÜNEN - Jörg Hillmer [CDU]: Wir sind auch für Töpferkurse! - Dirk Toepffer [CDU]: Politische Bildung, Frau Kollegin!)

denn Haptik und Kreativität auch im Denken gehören zusammen.

(Unruhe)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, Frau Kollegin! Auch Sie sollen die Aufmerksamkeit des Hauses haben. - Ich darf um Ruhe bitten.

Bitte, Frau Kollegin!

Eva Viehoff (GRÜNE):

Wir haben heute schon viel über die Geschichte, über die Entstehung und über die Tatsache gehört, dass wir im heutigen Jahr 2019 100 Jahre Volkshochschule feiern und dieses Jubiläum auch an vielen Stellen feierlich begangen wird.

Auch ich war bei der Veranstaltung, bei der Ada Lessing endlich mit einem frauenORT geehrt wurde. Das war dringend notwendig. Denn wer die Geschichte von Ada Lessing kennt, der weiß, dass sie nicht immer sehr positiv war, insbesondere in den Zeiten des Naziregimes hier in Deutschland.

Ada Lessing hat schon sehr früh erkannt, welche Bedeutung die Erwachsenenbildung hat. Sie hat sie auch heute noch. Ihr Wahlspruch war: "Wissen ist Macht! Wissen macht frei! Bildung ist Schönheit!" Dieses Motto - das will ich gerne noch einmal betonen - gilt auch heute noch.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Volkshochschulen in Niedersachsen haben wie überall in Deutschland eine besondere Rolle. Gerade im Flächenland Niedersachsen sind sie aber über den gesamten Bereich von Stadt und Land auch Begegnungsstätten für Menschen mit all ihrer Unterschiedlichkeit,

all ihrer Vielfalt und all ihrer Diversität. Daher gehen die Angebote der Volkshochschulen auch deutlich über die aktuell bei den Diskussionen zur Umsatzsteuer bemühte berufliche Verwertbarkeit von Erwachsenenbildung hinaus. Erwachsenenbildung ist sehr viel mehr.

Meine Damen und Herren, das leisten die Volkshochschulen mit den uns allen bekannten Programmen, die zum Teil ja auch zum Amüsement führen, wie wir gerade gehört haben. Sie sind insgesamt Bildung.

Volkshochschulen sind aber auch Orte der Bildungskompensation. Denn ehrlicherweise muss man sagen, dass nicht alle Menschen in ihrer Jugend den Drive oder den Drang haben, tatsächlich einen höheren Abschluss zu machen. Gerade die Angebote des zweiten Bildungsweges, die die Volkshochschulen flächendeckend machen, werden von den Volkshochschulen häufig oder fast immer durch eine Querfinanzierung ermöglicht. Denn sie müssen für alle gesellschaftlichen Gruppen erschwinglich sein, wenn wir lebenslanges Lernen ernst nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Dr. Stefan Birkner [FDP] spricht mit Dirk Toepffer [CDU])

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Frau Kollegin Viehoff! - Vielen Dank.

Bitte!

Eva Viehoff (GRÜNE):

Gleiches gilt natürlich für die Angebote des Spracherwerbs. Deutsch lernen kann man weder in einem halben Jahr noch in einem Jahr und auch nicht in zwei Jahren. Ich behaupte, ich selbst würde zehn Jahre brauchen, bis ich arabisch kann.

Zu den Angeboten zur Alphabetisierung: Wir gehen in Niedersachsen von 750 000 funktionalen Analphabeten aus. Herr Hilmer hat es erwähnt. Dort gibt es dringenden Handlungsbedarf. Und auch im Bereich der Digitalisierung ist Aktivität notwendig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Neben der hier schon genannten leidvollen Diskussion, ob diese Kurse in ihrer Breite umsatzsteuerpflichtig sind, müssen wir erkennen, dass auch das Land Niedersachsen die Bedeutung der Erwachsenenbildung nicht wirklich erkennt, jedenfalls was die finanzielle Unterstützung anbetrifft.

(Zuruf von der FDP: So ist es!)

Im Jubiläumsjahr ist es über die politische Liste einmalig gelungen, eine Dynamisierung bei der Förderung der Erwachsenenbildung einzubringen. Aber wer den Haushalt 2020 liest, wird sehen, dass davon nichts mehr zu erkennen ist.

(Zuruf von den GRÜNEN: Aha!)

Das, meine Damen und Herren, ist Ihre Aufgabe.

Ich gehe davon aus, dass sich demnächst, wenn die politische Liste kommt, die beiden Seiten mit viel Trara und Tamtam loben werden.

(Jörg Hillmer [CDU]: Hoffentlich vergessen Sie es nicht auf *Ihrer* politischen Liste!)

dass sie es wieder geschafft haben, eine Dynamisierung in die Erwachsenenbildung zu bringen. Aber die Forderung muss doch sein, dass es eine stetige, eine verlässliche Förderung der Erwachsenenbildung gibt,

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der FDP)

dass es endlich zu einer verlässlichen Dynamisierung in der Erwachsenenbildung kommt und dass endlich das mittelfristige Ziel ins Auge gefasst wird, dass 1 % des Bildungshaushaltes in Niedersachsen der Erwachsenenbildung zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jörg Hillmer [CDU]: Davon hat Frau Heiligenstadt nichts geschafft!)

Lebenslanges Lernen braucht es also immer. Ich gehe auch davon aus, dass vielleicht nicht wir, aber unsere nächste Generation "200 Jahre Volkshochschulen" feiert. Aber bitte mit einer vernünftigen finanziellen Ausstattung und immer mit dem Zitat von Ada Lessing: "Wissen ist Macht! Wissen macht frei! Bildung ist Schönheit!"

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Es folgt Frau Kollegin Schütz für die FDP-Fraktion. Bitte!

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Danke. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Alle reden von der Bedeutung lebensbegleitenden Lernens. Einer der ältesten und zuverlässigsten Anbieter der Erwachsenenbildung sind unsere Volkshochschulen, und sie sind natürlich völlig zu Recht heute Thema.

Die Volkshochschulen sind tragende Säulen in wichtigen Themen der Erwachsenenbildung: vom Erlernen einer Fremdsprache über künstlerische Angebote wie Musik- und Malkurse bis hin zur beruflichen Bildung. Das Angebot ist breit gefächert. Volkshochschulen sind Partner von allgemeinbildenden Schulen im Ganztagsbereich und ergänzen spezifisch da, wo die Curricula aufhören. Volkshochschulen tragen durch ihr Angebot genauso zur Persönlichkeitsbildung wie zur beruflichen Weiterbildung bei. Sie leisten in zentralen Bereichen der Erwachsenenbildung einen großen Beitrag.

Da ist das Thema Alphabetisierung. Obwohl in diesem Land jeder eine Schule besucht haben sollte, stellen wir fest - das wurde eben schon erwähnt -, dass es eine erschreckend hohe Zahl sogenannter funktionaler Analphabeten gibt. Diese Menschen können zwar die Buchstaben und auch kürzere Sätze lesen, aber oftmals aus einem langen Text nicht mehr den Sinn entnehmen. Um sie nicht in der Isolation zu belassen, die das natürlich mit sich bringt, machen die Volkshochschulen niederschwellige Angebote - bis hin zur App -, um sie wieder an Texte heranzuführen.

Sprachkurse für Migranten sind ein Thema. Wir stellen fest - und aus der eigenen Erfahrung in der Schule kann ich das nur bestätigen -, dass das Sprachniveau A2 nicht ausreicht, um einen Beruf auszuüben. Hier werden über die Anfangskurse hinaus stets weitere Sprachkurse angeboten werden müssen.

Jedem Menschen wird im beruflichen wie im privaten Umfeld die Digitalisierung begegnen. Auch hier machen die Volkshochschulen vielfältige Angebote. Berufe ändern sich. Kommunikation ändert sich. Datenschutz bekommt für uns alle eine ganz andere Tragweite. Die Anwendung üblicher Software ist nicht immer selbsterklärend. Da kann ein Kurs überaus hilfreich sein.

Bei mir persönlich bestanden die ersten Kontakte mit der Volkshochschule im Wesentlichen in zwei Kursen. Der eine war ein Schreibmaschinenkurs, den ich mit 17 Jahren, kurz vor dem Abitur, sicherheitshalber noch eingeschoben habe; denn man weiß ja nie, ob das mit dem Abitur auch wirklich gut ausgeht. Schnell mit zehn Fingern schreiben zu können, hat mir immer weitergeholfen, auch im Beruf. Der zweite Kurs war ein Kurs zu einem Grafikprogramm, den ich eigentlich besucht habe, um die Flyer der Kirchengemeinde und des Kindergartens ein bisschen aufpeppen zu können. Das zu können, war wahnsinnig praktisch, als wir später interaktive Tafeln an der Schule bekamen; denn das Grafikprogramm funktioniert im Prinzip genauso. Man konnte also gleich loslegen.

Obwohl ich keinen der beiden Kurse und insbesondere nicht den zweiten als "berufliche Bildung" gebucht hatte, stellte sich das besonders in meinem späteren Berufsleben als hilfreich heraus.

Damit komme ich zu einem Punkt, der auch schon angesprochen worden ist, nämlich dass sich die Volkshochschulen in letzter Zeit große Sorgen machen mussten, weil im Bund darüber diskutiert wurde, eine Steuerbefreiung nur noch auf berufliche Weiterbildung zu gewähren. Das scheint nun erst einmal wieder aufgeschoben zu sein, aber das wäre eben einer Erhöhung der Volkhochschulkursgebühren um 19 % gleichgekommen, da sie sich ja im Wesentlichen an Endabnehmer, also an Privatleute, richten.

Als dieser Punkt aufkam, haben wir uns sofort mit unserer Bundestagsfraktion kurzgeschlossen, und diese hat sich im Bundestag gegen diese Änderung positioniert. Ich teile die Auffassung von Herrn Hillmer, dass dieser Punkt zwar erst einmal beiseitegeschoben sein mag, aber dass man ja nie weiß, wann er wieder aufpoppt.

(Unruhe)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Frau Kollegin! Auch Sie sollen die Aufmerksamkeit des Hauses haben. - Es ist wieder etwas viel Gemurmel. Ich darf um Ruhe bitten.

Bitte!

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Danke schön.

Abgesehen von den Nachteilen, die sich daraus für einige Träger der Erwachsenenbildung ergäben - zu denen besonders die Volkshochschulen zählen -, kann man sich eben auch trefflich darüber streiten, was denn genau zur beruflichen Bildung zählt. Meine beiden Kurse, die ich gerade als Bei-

spiele angeführt habe, gehörten nicht zur beruflichen Bildung, aber haben sich im Nachhinein dafür bewährt.

Die Volkshochschulen sind ein wichtiger Bestandteil unserer Bildungslandschaft, gerade in der immer wichtiger werdenden Erwachsenenbildung. Sie verdienen unsere Unterstützung. Im kommenden Haushalt spiegelt sich die Unterstützung allerdings leider weniger ab. Die Kollegin Viehoff hat es eben auch schon angesprochen. Gegenüber den Verbänden der Erwachsenenbildung, die ja auch die Volkshochschulen vertreten, hatte der Minister seinerzeit eine schrittweise Erhöhung um 8 % in Aussicht gestellt. Im laufenden Jahr ist immerhin eine Teilerhöhung über die politische Liste erfolgt. Im Haushaltsentwurf 2020 sind diese Gelder aber wieder verschwunden und gerade nicht ausgebaut worden.

Aber vielleicht wollen SPD und CDU ja wieder über die politische Liste nachrüsten. Planungssicherheit sieht allerdings anders aus und wäre eine praktische Anerkennung der Arbeit der Volkshochschulen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die AfD-Fraktion folgt nun Herr Abgeordneter Rykena.

Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir in diesem Jahr das 100-jährige Jubiläum der Volkshochschulen feiern, dann ist damit im Wesentlichen die verfassungsrechtliche Anerkennung der Institution in Artikel 148 der Weimarer Reichsverfassung gemeint, die die staatliche Förderung garantierte. Damit wurde die Erwachsenenbildung als ein Bestandteil des Bildungswesens anerkannt.

Was aber war das Ziel dieser Einrichtungen? - Darauf gibt der Erlass des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Konrad Haenisch von der SPD, vom 25. Februar 1919 eine Erklärung.

"Wir müssen Brücken schlagen zwischen dem kleineren Volksteil, der geistig arbeitet, und dem immer größer werdenden Teile unserer Volksgenossen, der mit der Hand schafft, aber geistig hungrig ist." Etwas weiter heißt es:

"Über Stadt und Land verbreitete Volkshochschulen, in denen die so vielfach volksfremd gewordene Wissenschaft wieder deutsch zu Deutschen spricht, müssen uns helfen, das geistige Band zwischen allen Volksteilen wieder fest zu knüpfen und verlorenes Verständnis für gemeinsame Arbeit wieder zu erobern."

Der Aufbau der Volkshochschulen hatte vor allem also die Förderung des Zusammenhaltes des Volkes zum Ziel. Deshalb auch der Name *Volks*hochschule. Vor 100 Jahren war die SPD eben auch noch eine Volkspartei. - Diesen Aspekt schätzen wir gerade vor dem Hintergrund des lebenslangen Lernens außerordentlich. So gesehen sind auch die Bestrebungen der EU jetzt sehr kritisch zu sehen. Aber das ist ein weiteres Beispiel für das "segensreiche Wirken" der EU.

Nun ist zu hinterfragen, wie sich heute die Volkshochschulen in ihrem Selbstverständnis zu Dienstleistern der jeweils herrschenden Politik machendenn anders als Frau Dr. Wernstedt es eben dargestellt hat, ist genau das der Fall-, anstatt sich ihrer eigentlichen Mission, nämlich der Volksbildung, zu widmen. Werden die niedersächsischen Volkshochschulen ihrem Auftrag noch gerecht, wenn sie zu Ausländerschulen bzw. zu Integrationsanstalten für Einwanderer umfunktioniert werden?

(Dr. Silke Lesemann [SPD]: Das ist unglaublich! - Weitere Zurufe - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wie in der Vorbemerkung - - -

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte! - Ich darf um Ruhe bitten.

(Unruhe)

- Wir fahren erst fort, wenn Ruhe eingekehrt ist. Das gilt auch für Herrn Wichmann und Frau Guth.

Bitte!

Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank.

Wie in der Vorbemerkung zur Volkshochschulstatistik 2018 zu lesen ist, haben im Verlauf der vergangenen Jahre die Integrationskurse in der Volkhochschularbeit stark an Bedeutung gewonnen. Der Zuwachs von hauptamtlich arbeitendem Per-

sonal in der Verwaltung war in Niedersachsen von allen Bundesländern mit 68 Stellen am größten. Auch im Bereich des pädagogischen Personals haben die Volkshochschulen in Niedersachsen mit 134 Stellen die größten Zuwächse in ganz Deutschland zu verzeichnen. Die Zuwächse beim Personal lassen sich auf die Zuwächse im Finanzvolumen zurückführen, die wiederum in Niedersachsen mit einem Plus von 17,1 % am stärksten ausgefallen sind.

Auf Seite 12 können wir lesen, was der Hauptgrund für diese Zuwächse ist.

"Vor allem die Bedeutung der Bundesmittel hat seit Jahren zugenommen; 2011 betrug der Anteil lediglich 24 %",

2017 dagegen waren es 57 % der anderen Einnahmen.

"Eine wichtige Rolle spielen hierbei die Mittel des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge für Integrationskurse."

Einige Zeilen danach heißt es dann:

"Die Bedeutung dieser Einnahmegruppe für die Gesamtfinanzierung der niedersächsischen Volkshochschulen variiert stark zwischen den Bundesländern; am höchsten ist der Anteil"

- nun raten Sie mal! -

"in Niedersachsen (51 %) ..."

So gesehen bezogen sich die ganzen Beiträge über berufliche Bildung und die weiteren Kurse, die wir eben gehört haben, eigentlich auf den geringeren Teil des niedersächsischen Volkshochschulangebots.

Diesen Zahlen können wir entnehmen, dass die Volkshochschulen in Niedersachsen in besonderer Weise von der unkontrollierten Massenzuwanderung profitiert haben und einen wichtigen Teil der Flüchtlingsindustrie darstellen.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Schämen Sie sich! - Weitere Zurufe)

Wir können sogar noch einen Schritt weitergehen und sagen, dass sich die Volkshochschulen in hohem Maße - - -

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Abgeordneter Rykena, Begriffe wie "Flüchtlingsindustrie" werden wir auch im Hinblick auf die gestrige Debatte nicht hinnehmen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP - Zurufe)

 Jetzt hat Herr Rykena das Wort. - Bitte fahren Sie fort!

Harm Rykena (AfD):

Wir können sogar noch einen Schritt weitergehen und sagen, dass sich die Volkshochschulen in hohem Maße von den Integrationskursen finanziell abhängig gemacht haben.

Ist dies im Sinne des Zusammenhalts des Volkes? Was würde es für das Geschäftsmodell der niedersächsischen Volkshochschulen bedeuten, wenn die Menschenströme abnehmen und der Bedarf an Integrationskursen sinkt?

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD - Wiard Siebels [SPD]: Schönes Wochenende! - Weitere Zurufe: Das ist doch unmöglich! - Unfassbar!)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Nun hat für die Landesregierung Herr Wissenschaftsminister Thümler das Wort. Bitte, Herr Minister!

Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß noch nicht recht, wie ich das, was ich gerade gehört habe, einordnen soll.

(Jörg Hillmer [CDU]: Gar nicht!)

Möglicherweise wäre es sinnvoll gewesen, Herr Rykena, wenn Sie den einen oder anderen Volkshochschulkurs besucht hätten.

(Starker Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

um festzustellen, dass das Kernelement der Volkshochschulen - diverse Redner haben heute Morgen schon darauf hingewiesen - seit ihrer Entstehung, seit 1919, die wichtige Säule der Volksbildung ist, auch zur Belebung demokratischer Prinzipien. Wir haben schon häufig vieles darüber gehört. Aber dies ist bei Ihnen anscheinend nicht angekommen. Dementsprechend, finde ich, sollten Sie sich noch einmal intensiv mit der Geschichte der Volkshochschulbewegung beschäftigen; denn

das ist wirklich etwas, worauf man in diesem Land stolz sein darf.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Gerade die Volkshochschulen stellen nämlich das Bindeglied zwischen der ersten Ausbildungsphase und dem, wie wir heute sagen würden, lebensbegleitenden Lernen dar und sind damit eine ganz wichtige Säule. Die Volkshochschulen sind da in vielen Bereichen differenziert aktiv. Ich finde es schlimm, wenn man Volkshochschulen auf Makrameekurse oder Ähnliches mehr reduziert. Ja, auch die gibt es, und es ist gut, dass es sie gibt. Es gibt aber auch hoch qualifizierte Kurse im Bereich der wirtschaftlichen Bildung und viele andere Dinge mehr.

Volkshochschulen sind eben nicht nur darauf zu reduzieren, dass sie für berufliche Weiter- und Fortbildung da sind, sondern sie sind für eine breite Bildung der Bevölkerung insgesamt da, und das ist auch gut so. Insofern bin ich der Volkshochschulbewegung dankbar, dass sie insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg und nach den Erfahrungen, die man damals gemacht hat, eine der tragenden Säulen gewesen ist, um die Volksbildung in Deutschland wieder neu aufzulegen und Vertrauen zu schaffen.

Dass die Briten, die ja hier Mandatsmacht gewesen sind, es zugelassen haben, dass Volkshochschulen sehr frühzeitig nach dem Kriegsende in Deutschland und insbesondere auch hier in Niedersachsen wiedergegründet worden sind, ist etwas Großes gewesen, weil man damit verbunden hat, dass eine Weltoffenheit dargestellt werden soll

Dass die Volkshochschulen damals auch Sprachkenntnisse vermittelt haben, ist ein großes Zeichen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Sie haben es gerade angesprochen: Die Sprachkurse sind natürlich ein zentrales Element gewesen. Es ist richtig gewesen, dass Niedersachsen sehr viel Geld dafür investiert hat, weil die Sprache einer der Kulturvermittler schlechthin ist, um Menschen in diesem Land zu integrieren. Deswegen ist jeder Cent, der dort ausgegeben worden ist und ausgegeben wird, ein gut angelegter Cent, um vielfältige sonstige Probleme zu verhindern, meine Damen und Herren. Deswegen können wir auch hier stolz auf die Leistungen der Volkshochschulen sein

(Lebhafter Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Aktuell hat uns möglicherweise eine gar nicht so sehr im Blick befindliche Problematik ereilt, nämlich die Frage, ob Volkshochschulkurse umsatzsteuerpflichtig werden oder nicht. Da ist das Bild differenziert. Uns liegt der aktuelle Entwurf des Bundes zu dieser Frage vor, der derzeit aktiv in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages beraten wird. Nach unserem derzeitigen Kenntnisstand ringt man dort hart um den richtigen Weg bezüglich der umsatzsteuerlichen Behandlung von Bildungsleistungen. Gestern Abend war der Stand der, dass dies aus dem derzeit laufenden Gesetzesverfahren herausgenommen worden sein soll. Wie das Ganze die nächsten Tage weitergeht, werden wir beobachten.

Dennoch muss uns allen eines klar sein: Selbst wenn dies jetzt aus dem laufenden Gesetzesverfahren herausgenommen würde, bedeutet das am Ende noch nicht, dass der Bund nicht gezwungen ist, eine Regelung zu finden. Das heißt, das wäre ein Teilerfolg, aber eben noch kein ganzer Erfolg. Deswegen wäre mein Appell heute an den Bund, dass wir gemeinsam überlegen müssen, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die wir rechtlich haben, damit es bei Kursen zu keiner Umsatzbesteuerung von Volkshochschulen kommt: denn dies würde den Volkshochschulen wirklich wehtun und die Menschen davon abhalten, in die Volkshochschulen zu gehen. Das wäre gerade bei dem von mir beschriebenen Erfolgsmodell der Volkshochschule wirklich fahrlässig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Glocke der Präsidentin)

- Ich komme zum Schluss.

Erwachsenenbildung ist eben mehr als nur berufliche Bildung. Wir sollten nicht dazu beitragen, dass die Erwachsenenbildung zu einer verlängerten Form der beruflichen Bildung führt, sondern sie hat eine wirklich zentrale Funktion für unsere Demokratie. Sie ist ein Element, um Demokratiebildung weit in die Bevölkerung hineinzutragen, um Begegnungen mit fremden Kulturen, mit anderen Kulturen zu ermöglichen und ist damit ein integraler Bestandteil für Bildung in Niedersachsen.

Wir sollten gemeinsam stolz darauf sein und dafür kämpfen, dass es nicht zu einer Besteuerung kommt.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister Thümler. - Es liegt nun eine Wortmeldung von Herrn Rykena zu einer **persönlichen Bemerkung** nach § 76 unserer Geschäftsordnung vor. Bitte!

(Zurufe - Unruhe)

- Ich darf um Ruhe bitten!

Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrter Herr Minister Thümler, ich habe Ihre Worte gerade vernommen. Aber ich möchte Sie darauf hinweisen, dass ich im ersten Teil meiner Rede durchaus die segensreichen Wirkungen der Volkshochschulen gewürdigt habe.

(Wiard Siebels [SPD]: Dann können Sie ja den zweiten Teil Ihrer Rede zurücknehmen!)

- Nein, das werde ich nicht zurücknehmen. Ich habe in dem zweiten Teil nur gesagt, dass mittlerweile über 50 % der Stunden der VHS in einem anderen - - -

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Kollege Rykena, ich bin davon ausgegangen, dass Sie den Inhalt des entsprechenden Paragrafen unserer Geschäftsordnung kennen. Es geht nicht darum, inhaltliche Ausführungen zu machen. Von daher vielen Dank!

(Anja Piel [GRÜNE]: Das weiß er doch auch! Das ist ja nicht das erste Mal!)

Verehrte Kolleginnen, verehrte Kollegen, weitere Wortmeldungen zur Aktuellen Stunde der SPD-Fraktion liegen nicht vor.

Ich rufe den nächsten Antrag zur Aktuellen Stunde auf

b) Mittelmaß ist nicht genug - Niedersachsens Schüler brauchen beste Bildung - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/4891

Ich eröffne die Besprechung. Das Wort hat Herr Försterling. Bitte, Herr Försterling.

Björn Försterling (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der letzten Woche wurden die Ergebnisse der IQB-Bildungsstudie vorgelegt. Nachdem wir vor einigen Jahren hier schon über die Ergebnisse im Fach Deutsch gesprochen haben, was die Grundschulen angeht, ging es nun um die Neuntklässler und um die naturwissenschaftlichen Fächer.

Fast zwei Drittel der niedersächsischen Schülerinnen und Schüler in der 9. Klasse erreichen eben nicht den Regelstandard in Mathematik. Das ist für uns ein Alarmzeichen: Da läuft etwas schief.

Die Reaktion aus dem Kultusministerium war hingegen eine andere. Dort hat man gesagt: Statistisch gesehen sind wir auf ähnlichem Niveau wie bei der letzten Studie. Da die Schülerinnen und Schüler irgendwie ein bisschen schwieriger und herausfordernder geworden sind, ist es eigentlich ein gutes Ergebnis, dass wir nach wie vor so schlecht sind wie vor einigen Jahren.

(Zustimmung von Jörg Bode [FDP])

Das kann nicht der Anspruch an Bildungspolitik in Niedersachsen sein, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Wir erkennen das seit zwei Jahren. Hier in Niedersachsen regiert eine GroKo, für die Bildung keine Priorität hat. Mittelmaß reicht Ihnen von der GroKo aus. Sie schaffen es seit zwei Jahren nicht, die Zahl der Abordnungen signifikant zu reduzieren. Sie schaffen es seit zwei Jahren nicht, die Unterrichtsversorgung nachhaltig zu verbessern. Es fallen immer noch pro Woche 100 000 Stunden aus. Es wird immer noch nicht nach Bedarf ausgeschrieben, auch wenn der Minister etwas anderes behauptet. Es gibt 426 Schulen, an denen nach den Zahlen des Ministeriums für die Personalprog-

nose mindestens eine Vollzeitlehrereinheit fehlt. Wir wollen wissen: Warum sind denn an diesen Schulen eben keine Stellen ausgeschrieben, wenn doch angeblich nach Bedarf ausgeschrieben wird?

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Das sind die Fragen, mit denen Sie sich auseinandersetzen müssen.

In der Inklusion bewegt sich seit zwei Jahren ebenso wenig.

Bei der Digitalisierung ist kein Konzept dieser Gro-Ko zu erkennen, außer dass Sie sagen: Wir verteilen das Geld mit der Gießkanne auf alle Schulen.

Sie müssen endlich anfangen, die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Wie kann das gehen? - Lehrerbesoldung A 13! Speisen Sie die Grund-, Haupt- und Realschullehrkräfte doch nicht mit einer mickrigen Zulage ab.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Geben Sie ihnen endlich A 13! Werden Sie wettbewerbsfähig im Vergleich der Bundesländer!

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Führen Sie, wie im Koalitionsvertrag versprochen, die Altersermäßigung ab 55 wieder ein! Sie werden feststellen, dass dies kein Verlust, sondern ein Gewinn für die Unterrichtsversorgung ist. Wenn aktuell acht von zehn Lehrkräften vorzeitig in den Ruhestand gehen, dann muss man genau dort ansetzen, um die Situation in den Schulen zu verbessern. Wenn künftig nur noch vier oder fünf von zehn Lehrkräften vorzeitig in den Ruhestand gehen und wir trotzdem die jungen Lehrkräfte neu einstellen, dann haben wir unter dem Strich einen Gewinn für die Unterrichtsversorgung. Tun Sie endlich etwas für die Gesundheit der Lehrkräfte, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Legen Sie endlich einen Fokus auf den Kernunterricht, so wie es einst die CDU im Landtagswahlkampf versprochen hat.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das wissen die doch gar nicht mehr!)

Stärken Sie in den Grundschulen endlich die Grundfähigkeiten. Warum haben Schülerinnen und Schüler in Bayern eigentlich mehr Unterricht in Mathematik und Deutsch in der Grundschule als in Niedersachsen? Sind unsere Schülerinnen und Schüler nicht genauso viel wert? Haben sie nicht genauso viel Anspruch auf Mathematik- und Deutschunterricht wie die Kinder in Bayern, meine sehr geehrten Damen und Herren? Lesen, Schreiben, Rechnen - das Vermitteln dieser Grundfähigkeiten in der Grundschule sorgt dann in der 9. Klasse dafür, dass die Ergebnisse in den Ländervergleichen, in den IQB-Studien besser werden und dass unsere Kinder mehr Bildung bekommen.

Sorgen Sie endlich dafür, dass im Sekundarbereich I an den Haupt-, Real- und Oberschulen dem permanenten fachfremden Unterricht endlich ein Ende gesetzt wird! Das ist doch eines der Kernprobleme. Es wird dort viel zu viel fachfremd unterrichtet. Gerade in den Naturwissenschaften ist das ein elementares Problem.

Sie haben es nach zwei Jahren immer noch nicht geschafft, eine Lehrkräftebedarfsprognose fachgenau und lehramtsgenau zu erstellen. Was ist denn eigentlich das Problem? - Sie kennen doch jeden Lehrer in Niedersachsen. Sie wissen, welche Fächer jeder Lehrer in Niedersachsen studiert hat. Sie wissen, wann sie in Pension gehen. Sie könnten eigentlich genau prognostizieren, wann Sie welche Fachlehrer brauchen, damit dem fachfremden Unterricht ein Ende gesetzt werden kann.

Sie können in der Digitalisierung endlich die Bildungscloud auf den Weg bringen. Sorgen Sie dafür, dass nicht nur Infrastruktur angeschafft wird, sondern dass die Lehrkräfte in Niedersachsen auch ein Instrument bekommen, mit dem sie die Digitalisierung endlich umsetzen können, nämlich mit einer Bildungscloud, die geprüfte Lern-Apps enthält.

Mittelmaß kann nicht der Anspruch sein. Mittelmaß ist vielleicht der Anspruch des Ministers an seine eigene Amtsführung, aber Mittelmaß darf nicht der Anspruch für die Bildung unserer Kinder sein. Wir brauchen die beste Bildung für Niedersachsens Schülerinnen und Schüler.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Försterling. - Das Wort hat nun Frau Kollegin Wulf für die CDU-Fraktion. Bitte, Frau Kollegin!

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Mareike Wulf (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Försterling, ich muss schon sagen, ich bin jetzt von Ihnen wirklich enttäuscht. Ich habe wirklich gedacht, wir kriegen jetzt eine fundierte Debatte über die Frage der MINT-Bildung, über die Frage der naturwissenschaftlichen Fächer und des Mathematikunterrichts in Niedersachsen. Stattdessen halten Sie hier eine Standardrede, die wir jedes Jahr wieder hören mit genau den gleichen Themen, obwohl Sie wissen, dass wir bei der Digitalisierung einen gemeinsamen, sehr differenzierten und langen Antrag im Ausschuss haben, mit dem wir uns unter fachlichen und pädagogischen Gesichtspunkten differenziert beschäftigen und nicht nur "Geräte ins Land gießen", wie Sie uns gerade unterstellt ha-

Sie wissen ganz genau, dass wir seit über einem Jahr über das Thema Inklusion auch unter ganz enger Einbindung der FDP diskutieren. Sie wissen auch, dass sich die Landesregierung bei dem Thema Lehrerbesoldung auf den Weg gemacht hat, um Verbesserungen zu erreichen.

Ich möchte hier heute lieber über MINT-Bildung, über Mathematik und die Frage diskutieren, wie wir es schaffen können, dass die Schüler in Mathematik besser werden. Ich möchte nicht immer auf den gleichen Themen herumreiten, bei denen wir alle auf einem guten Weg sind und sich diese Landesregierung auf den Weg gemacht hat.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das macht sie leider nicht!)

Jetzt kommen wir mal zur Sache. Ist das Glas halb voll oder halb leer? - In Niedersachsen können wir es bei jeder Bildungsstudie sehen: Es kommt auf den Blickwinkel an. Niedersachsen landet in guter Tradition seit Jahrzehnten zuverlässig immer in einem guten Mittelfeld.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das müssen Sie doch nicht schönreden!)

- Das ist leider unabhängig davon, wer hier regiert hat. Auch unter der Beteiligung der Grünen war das so, liebe Frau Hamburg.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Dann kann man nichts daran ändern!)

Zuverlässig, bei fast jeder Bildungsstudie! Wir müssen im Bundestrend sehen, dass Niedersachsen hier im Mittelfeld abgeschlossen hat. Natürlich ist uns das nicht genug. Wir können sehen, dass sich bundesweit die Kompetenzen im Bereich Mathematik und Naturwissenschaften kaum nach oben entwickelt haben. Genau da liegt aus meiner Sicht der Hase im Pfeffer. Wir müssen darüber reden, wie wir besseren Mathematikunterricht und besseren naturwissenschaftlichen Unterricht machen. Es gibt tatsächlich auch Bundesländer, die in diesen Fächern sehr viel schlechter abgeschnitten haben.

(Zuruf von Björn Försterling [FDP])

- Jetzt hören Sie sich das mal an!

Brandenburg: 11 % weniger Schüler erreichen den Regelstandard in Mathe. Mecklenburg-Vorpommern: -9 %, Sachsen-Anhalt: -7 %, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz: -6 %. Niedersachsen kommt mit glimpflichen 0,7 % Rückgang davon.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das ist die Bewertung der Bundesbildungsministerin!)

Natürlich löst das bei niemandem hier Jubelsprünge aus, das ist doch klar. Trotz der erheblichen Herausforderungen, Herr Försterling, das hatten Sie genannt, hat Niedersachsen das Leistungsniveau gehalten. Aber, nein, das reicht uns nicht. Natürlich wollen wir mehr. Immer noch 23 % der Neuntklässler erreichen nicht den Mindeststandard in Mathematik. Darüber kann uns auch nicht die Tatsache hinweghelfen, dass dieser Anteil ein wenig gesunken ist.

Unser politisches Ziel muss es natürlich sein, dass möglichst wenig fachfremder Unterricht erteilt wird und dass wir mehr Fachlehrer ausbilden. Deshalb haben wir die Arbeitsgruppe zwischen MK und Wissenschaftsministerium, die gezeigt hat, dass wir zwar genügend Studienplätze in diesen Bereichen haben, jedoch nicht ausreichend Bewerber finden, die genau diese Fächer studieren wollen, weil wir in Zeiten des Fachkräftemangels leben.

Das heißt eben auch, dass um die MINT-Fach-kräfte und die Schülerinnen und Schüler, die sich für diese Bereiche interessieren, vonseiten der Wirtschaft geworben wird. Deshalb müssen wir dringend die Imagekampagne auf den Weg bringen. Ich frage Sie, Herr Minister: Wo bleibt diese Imagekampagne? - Sie ist lange angekündigt. Wir brauchen sie dringend, damit sich mehr MINT-interessierte Schülerinnen und Schüler auf den Weg machen, um den Lehrerberuf zu ergreifen, und den Weg in die pädagogische Richtung ein-

schlagen. Wir brauchen diese Leute an den Schulen.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich ganz kurz auf ein Sorgenkind eingehen, bei dem diese IQB-Studie ganz deutlich zeigt, dass wir Handlungsbedarf haben. Und zwar sind das die Gymnasien. Bei ihnen würde man eigentlich erwarten, dass die Lehrerversorgung, auch die Versorgung mit Fachlehrern, in der Regel solide ist. Trotzdem erleben wir hier im Vergleich zu 2012 einen Rückgang im regulären Kompetenzniveau um 4 %. Angesichts dessen müssen wir uns natürlich überlegen: Woran kann das liegen? Was ist hier falsch gelaufen? War es richtig, die Schullaufbahnempfehlung abzuschaffen?

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das war nicht das Problem, Frau Wulf!)

Aus unserer Sicht nicht. Das wäre ein Ansatzpunkt, hier einzugreifen, um das Kompetenzniveau wieder zu heben. Aber - das hatten Sie, Herr Försterling, in Ihrer Pressemitteilung gefordert - ich halte es gerade in Niedersachsen nicht für nötig, davon zu reden, dass wir eine neue MINT-Initiative brauchen. Ich hätte Ihnen gerne alle Projekte aufgezählt, die wir in diesem Bereich haben. Lassen Sie uns die Projekte stärken, die wir haben; es sind vielfältige. Lassen Sie uns den MINT-Bildungsbericht, der 2012 zum ersten Mal erstellt wurde, neu auflegen! Ich glaube, das sind Ansatzpunkte, damit wir mit der MINT-Bildung in Niedersachsen weiterkommen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Es folgt nun für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Hamburg. - Ich darf schon einmal voraussehend um etwas mehr Ruhe bitten.

Bitte, Frau Kollegin!

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Wulf, eine Imagekampagne wird Ihnen beim Thema Fachkräftemangel nicht helfen. Es ist die Besoldung, die Sie hier anpacken müssen; das wissen Sie. Nur wird das damit leider teuer, und deswegen reden Sie hier regelmäßig um den heißen Brei herum.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Försterling hat viel zu den allgemeinen Herausforderungen im Land gesagt; ich muss das alles nicht wiederholen. Vielmehr möchte ich jetzt noch einmal auf die Frage der Handlungsbedarfe und der IQB-Studie im Speziellen eingehen. Dazu muss man ja sagen, dass das Kultusministerium einige durchaus selbst erkannt hat. Darum lassen Sie uns hier und heute einmal darüber reden.

Das Kultusministerium spricht darüber, dass Unterstützungsbedarfe für Lehrkräfte auf den Weg gebracht werden. Ich frage Sie, Herr Minister Tonne, liebe GroKo: Warum kürzen Sie dann die Fortbildungen, wenn Sie sagen, dass gerade die jetzt ausgebaut werden müssen, um Lehrkräfte hierbei zu unterstützen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum bringen Sie keine Entlastungsmaßnahmen auf den Weg? Warum sehen Sie hierfür kein Geld vor? Sie sagen doch selber, Lehrkräfte seien belastet. Dann müssen Sie Entlastungsmaßnahmen auf den Weg bringen, die wirken, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Warum fahren Sie dann den ganzen Bedarf der Beratung und Unterstützung zurück? Warum streichen Sie hier die Anrechnungsstunden? Warum kürzen Sie im Bereich der Fachberatungen und der Beratungslehrkräfte? Warum machen Sie das, um die Unterrichtungsversorgung zu verbessern? - Hier ziehen Sie an der einen Seite der Tischdecke, und die andere wird viel zu kurz. Und gerade das geht zulasten der Vermittlung von Bildungsstandards, gerade das geht zulasten der Lehrkräfte, von denen Sie hier gerade sagen, sie müssten künftig mehr Leistung erbringen, damit die Standards hier besser werden.

Warum gewähren Sie den Schulen nicht Freiräume, um Lösungen für die schlechte Unterrichtsversorgung zu gestalten? - Ich habe das hier schon oft gefordert. Entlasten Sie die Schulen an der Stelle! Geben Sie ihnen Freiräume, endlich auch Lösungen für den Fachkräftemangel, den wir nun einmal nicht wegreden können und den wir nicht von heute auf morgen verändern können, zu gestalten, sodass die Schulen endlich wieder vernünftig arbeiten können, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann, Herr Tonne, fordern Sie die Berücksichtigung der individuellen Entwicklung bzw. Lernentwicklung jedes einzelnen Schülers und jeder einzelnen Schülerin. Ein richtiger Schritt! Das fordern wir seit Jahren. Ich frage Sie aber an dieser Stelle: Warum erschweren Sie denn dann jahrgangsübergreifenden Unterricht an den Grundschulen? Warum bringen Sie untergesetzliche Regelungen auf den Weg, die Vorreiterschulen an der Stelle massiv belasten? Warum unterstützen Sie dann nicht Schulen genau in dieser Bestrebung, Lernen im eigenen Tempo zu ermöglichen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum starten Sie nicht hierfür mal Modellschulen? Überall starten Sie Modellprojekte für dieses und für jenes. Aber wo sind denn Ihre Modellschulen für Lernen im eigenen Tempo? Wo sind Ihre Modellschulen für das Abitur im eigenen Takt? - Genau das sind doch die Antworten, die wir geben müssen. Das gibt uns die IQB-Studie auf. Warum machen Sie hier nichts? Handeln Sie! Reden Sie nicht nur, Herr Tonne, handeln Sie!

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Horst Kortlang [FDP])

Nicht zuletzt: Wo sehen Sie denn im Haushalt dafür Mittel vor? - Ich habe keinerlei Mittel gefunden, mit denen Sie die Schulen in der Hinsicht mal nach vorn bringen wollen, um Lernen im eigenen Rhythmus weiterzuentwickeln, neue Materialien an Schulen zu etablieren und Fortbildungen zu etablieren. Sie sehen hierfür keinen müden Cent vor. Herr Tonne, das ist ungenügend!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun komme ich noch zu dem Thema, das Frau Wulf gerade angesprochen hat: die ungünstige Leistungsentwicklung an den Gymnasien, wie Sie es formuliert haben. - Frau Wulf, das liegt doch nicht an den Schullaufbahnempfehlungen, die abgeschafft wurden. Das liegt daran, dass Gymnasien mittlerweile 50 % der Schülerschaft bei sich verorten und diesen Umstand abfeiern, aber gleichzeitig heterogenes Lernen nicht ausdeklinieren. Sie bringen als GroKo nicht den Mut auf, mit den Gymnasien diese Debatte zu führen.

Wenn 50 % der Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien sind, dann müssen sie heterogen lernen, dann darf es Ihnen nicht egal sein, welchen Lernstand die einzelnen Schülerinnen und Schüler haben, und dann ist eine Abschulung in der 7. und 8. Klasse eben nicht die Antwort. Nein, die Schülerinnen und Schüler sind in der Laufbahn mitzu-

nehmen - das wäre die Antwort. Dafür müssen wir die Gymnasien starkmachen. Darauf müssen Sie Antworten finden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun zur IQB-Studie. Herr Tonne, Sie haben gesagt, es sei gut, dass wir trotz einer heterogenen Schülerschaft das Niveau halten konnten, dass sich Schulen, die wir vor neue Herausforderungen stellen, dergestalt behaupten. Das kann man so sehen. Ich muss Ihnen aber deutlich sagen: Es sind nicht zuletzt rot-grüne Maßnahmen, die dazu beigetragen haben, dass das Niveau an der Stelle gehalten wurde. Alles das stellen Sie jetzt infrage. Wir haben nämlich die Ganztagsschulen damals massiv mit Lehrkräften verstärkt und hier die Qualität ausgebaut. Wir haben Inklusion vorangebracht und massiv in Sprachförderung an Schulen investiert. Alles das streichen Sie als Große Koalition sukzessive, um die Unterrichtsversorgung statistisch zu verbessern. Das ist ein Kardinalfehler, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich kann Sie nur dazu auffordern, den Kurs an der Stelle zu unterbrechen und endlich wieder in Qualität von Bildung zu investieren. Lassen Sie uns endlich wieder über Bildungsqualität und Bildungsgerechtigkeit in diesem Land diskutieren; denn sonst, prognostiziere ich Ihnen, wird die nächste IQB-Studie nicht mehr Mittelmaß ausweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin Hamburg. - Es folgt nun Herr Abgeordneter Rykena für die AfD-Fraktion.

Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Irgendwie beschleicht einen der Gedanke, dass die Themenspeicher der FDP leer sind. Allgemeinplätze wie "Mittelmaß ist nicht genug", "Niedersachsens Schüler brauchen beste Bildung" sind auf einmal Anlass für eine Aktuelle Stunde. Was ist denn daran, bitte schön, aktuell? Das sollte immer der Grundsatz sein. Den Freien Demokraten ist das gleich. Sie spielen ein billiges Oppositionsspiel und fordern einfach Utopisches.

(Philipp Raulfs [SPD]: Das ist der AfD völlig fremd! - Heiterkeit bei der SPD)

Doch woher soll Minister Tonne jetzt die Lehrer dafür nehmen? Woher soll er die weiteren Milliarden nehmen? Er hat doch jetzt schon einen Rekordkultushaushalt zusammengestellt und die Landesfinanzen damit bis an die Grenze strapaziert - und das im Angesicht einer drohenden Rezession.

(Philipp Raulfs [SPD]: Weil uns das wichtig ist!)

Nein, was die FDP hier betreibt und fordert, das ist einfach unredlich. Lassen Sie uns vielmehr realistisch an die Sache herangehen! Lassen Sie uns mit den Mitteln arbeiten, die da sind, die jetzt zur Verfügung stehen, und lassen Sie uns diese klug einsetzen - klug und eben nicht ideologisch, wie z. B. die Grünen.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das ist eine Frechheit!)

Aber was heißt "klug"?

Erstens. Die Verhinderung jeglichen Unterrichtsausfalls, d. h. endlich Besinnung auf die tatsächliche Erteilung von Unterricht, und zwar für alle Schüler. Es kann einfach nicht sein, dass wir zwischen 2005 und 2018 die Schüler-Lehrer-Relation um sage und schreibe ein Viertel verbessert haben und dass trotzdem immer noch Unterricht ausfällt und, wenn man manchen Berichten Glauben schenkt, sogar mehr denn je. Die Stundentafel muss endlich gesichert werden. Seitens des Kultusministeriums muss endlich klargestellt werden, dass Zusatzbedarf genau das ist, was der Name aussagt, nämlich Zusatz. Erst wenn alle Schüler ohne Unterrichtsausfall in den Kernfächern unterrichtet werden können, sind Ressourcen für weitere pädagogische Maßnahmen zu verwenden. Alles andere ist doch hanebüchen!

Zweitens. Erhalt und Ausbau von Förderschulen. Inklusion, d. h. die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft, ist Menschenrecht. Und was macht unsere Landesregierung? - Ich sprach im Juni-Plenum hier von paradiesischen Zuständen, die man für die betroffenen Schüler an allen niedersächsischen Förderschulen herstellen könnte, wenn man diesen nur die Hälfte des Geldes, das derzeit für die Inklusion an Regelschulen zusätzlich aufgewandt wird, geben würde.

Paradiesische Zustände versus frustrierende Mangelwirtschaft - denn diese haben wir bei der Inklusion an Regelschulen, und diese Mangelwirtschaft

haben wir auch zukünftig, weil das einfach ein Fass ohne Boden ist.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Dass Menschenrechte Sie nicht interessieren, wissen wir!)

Das ist einfach ein unverantwortlicher Umgang mit den betroffenen Menschen.

Drittens. Wenn man kein Mittelmaß möchte, darf man keine Gemeinschaftsschulen fördern. Spitzenleistungen kann man nie erreichen, wenn man alles durcheinanderrührt.

> (Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht! Das widerlegen alle Studien!)

Was vielmehr notwendig wäre, ist eine bessere Ausgestaltung des gegliederten Schulsystems, ein breiteres Angebot an passenden Schulformen für jeden Bedarf. Hauptschule, Realschule und Gymnasium müssen wieder jeweils ein eigenes Profil bekommen. Es reicht eben nicht, wenn alle diese Schulformen versuchen, ein "Gymnasium light" zu sein. Hier kann ich nun der FDP eigentlich keinen direkten Vorwurf machen, wohl aber den Roten und den Grünen. Diese haben offensichtlich das Mittelmaß im Blick. Wir sollten sie damit nicht durchkommen lassen.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Sie waren bestimmt noch nie an einer IGS!)

Viertens: Orientierung am Bewährten. Warum kommen Bayern und Sachsen bei bundesweiten Vergleichstests seit Jahrzehnten immer wieder auf die Spitzenränge? - Weil sie eine vorsichtige Bildungspolitik verfolgen, weil sie lange an bewährten pädagogischen Ansätzen festhalten, weil sie neuere bildungspolitische Moden viel vorsichtiger und damit umsichtiger umsetzen als z. B. die SPDgeführten Bundesländer. Die, z. B. Bremen und Berlin, führen immer die Statistiken an, wenn es um die Bildungsverliererländer geht. Frau Wulf hat eben die Länder vorgestellt, die stärker abgerutscht sind. Es waren SPD-geführte Bundesländer.

Fünftens wäre jetzt eigentlich noch der Bereich MINT zu erwähnen. Ja, genau im Bereich MINT muss Niedersachsen seine Stellung verbessern, und zwar nicht nur im Bereich Schule. Aber gerade hier erreichen wir nicht mehr das ursprünglich angepeilte Ziel, dass ein Drittel der Stunden auf den

Bereich MINT entfallen soll. Da müssten wir herangehen.

All das wären Ansätze, die Niedersachsen endlich über das Mittelmaß hinaushelfen würden. FDP-Wolkenkuckucksheim-Forderungen dagegen sind es nicht.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Es folgt für die SPD-Fraktion Herr Kollege Bratmann. Bitte!

Christoph Bratmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal ist es ganz gut, wenn man als letzter Parlamentarier zu einem Tagesordnungspunkt spricht, weil man dann die Eindrücke der anderen Rednerinnen und Redner gleich einbeziehen und verarbeiten kann.

Mein Eindruck ist, dass wir hier wenig zum Thema - nämlich zu den Ergebnissen der IQB-Studie - gesprochen haben.

(Widerspruch von Julia Willie Hamburg [GRÜNE])

Kollege Försterling hat die Aktuelle Stunde zur Generalabrechnung mit der Landesregierung genutzt, mit den immer gleichen Textbausteinen. Er ist da geübt nach fast sieben Jahren Opposition.

Kollegin Hamburg entwickelt sich in die gleiche Richtung. Sie ist erst zwei Jahre in der Opposition und stellt dem Kultusministerium in vorwurfsvollem Ton viele Fragen,

> (Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das können Sie ihr doch nicht vorwerfen! - Zurufe von Julia Willie Hamburg [GRÜNE] und Anja Piel [GRÜNE])

ohne dabei Antworten und eigene Ideen zu nennen.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Und bei Herrn Rykena, der schon in seinem zweiten Beitrag wieder deutlich gemacht hat, dass er sich die Bildungspolitik von vor 100 Jahren zurückwünscht - - -

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das ist allerdings richtig! - Zuruf von Anja Piel [GRÜNE])

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Herr Kollege Bratmann! - Etwas mehr Ruhe bitte im Plenarsaal, bevor wir fortfahren!

(Zuruf von Björn Försterling [FDP] an Anja Piel [GRÜNE])

- Herr Försterling, diese Ruhe sollte nicht hergestellt werden, damit alle Sie gut verstehen können. Das bezog sich auf den Redner.

(Heiterkeit)

Bitte, Herr Bratmann, fahren Sie fort!

Christoph Bratmann (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Es wäre schon viel erreicht, wenn alle mich *hören* könnten. Ob mich alle *verstehen*, weiß ich nicht.

(Heiterkeit)

Da sind wir beim Kollegen Rykena, der in seinen ersten beiden Redebeiträgen heute Morgen schon deutlich gemacht hat, dass er sich eigentlich die bildungspolitischen Verhältnisse von vor 100 Jahren, vielleicht auch von vor 80 Jahren zurückwünscht.

(Widerspruch bei der AfD)

Im bildungspolitischen Hier und Jetzt sind Sie jedenfalls nicht angekommen, Herr Rykena. Das machen Sie immer wieder deutlich.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der CDU)

Zum Thema: Ich fühle mich an einem Spruch erinnert, den mir mal ein Lehrer in der 7, Klasse ins Poesiealbum geschrieben hat und den vielleicht manche kennen:

"Algebra, Physik, Chemie mancher denkt, er lernt es nie. Aber mancher, der das dachte, später doch Karriere machte."

(Heiterkeit - Jörg Bode [FDP]: Es hat ja geklappt!)

Vor diesem Hintergrund sind die Ergebnisse in Naturwissenschaften und Mathematik immer wieder Thema in diesem Saal. Drei ehemalige Kultusminister und ein aktueller Kultusminister könnten davon berichten, wenn man ihnen die nötige Zeit dazu geben würde.

(Heiterkeit - Helge Limburg [GRÜNE]: Er hat nach der Verfassung unbegrenzte Redezeit, Herr Kollege!)

Der IQB-Bildungstrend wurde zum zweiten Mal erhoben. Die Leistungen niedersächsischer Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I - in der Klasse 9 - in Mathematik, Biologie, Chemie und Physik wurden überprüft. Rund 45 000 Schülerinnen und Schüler an rund 1 500 Schulen bundesweit waren daran beteiligt. Die Ergebnisse regen sicherlich zum Nachdenken an, und sie müssen uns auch zum Handeln anregen.

Es geht z. B. um die folgende Kompetenzen im Bereich Mathematik: mathematisch argumentieren, Probleme mathematisch lösen, mathematisch kommunizieren. - Das zeigt schon: Bildung nach diesem Verständnis erreicht man nicht durch Eintrichtern, nicht durch immer neue Standards und nicht dadurch, dass man den Schülerinnen und Schülern immer mehr Leistungen abverlangt. Denn es geht um Zugänge. Das Eintrichtern funktioniert nicht mehr. Wer das erkennt, ist schon auf dem richtigen bildungspolitischen Weg.

Der Grundstein dafür, dass Kinder Zugänge zu Naturwissenschaften und zur Mathematik haben, wird schon früh gelegt - auch das wurde erkannt -, nämlich in der Kita. Wir haben heute viele Programme und Modelle in der Kita - von den Wissensforschern bis hin zu naturwissenschaftlichen Projekten, teilweise sogar schon im Krippenalter von Onull bis drei Jahren -, die Kinder anregen, Antworten auf die Fragen zu suchen, die sie natürlich haben, ihrer natürlichen Neugier entsprechend: Wie entsteht Feuer? Woher kommt der Regen? Was sind Ebbe und Flut? Warum schwimmen manche Gegenstände und andere nicht? - Sogar das adventliche Backen von Keksen, das demnächst wieder stattfinden wird, ist ein Zusammenspiel von Physik, Chemie und auch ein bisschen Mathematik.

Kinder haben von Natur aus durchaus Lust darauf und Interesse daran, sich naturwissenschaftliche Zusammenhänge zu erklären. Dieses Interesse wird mitunter durch Projekte in der Kita wie die, die ich genannt habe, geweckt. Es muss in der Grundschule weitergetragen werden, bis in die weiterführenden Schulen hinein. Und da stirbt das manchmal ab.

Das hat natürlich auch mit den von mir beschriebenen Zugängen zu tun. Es kommt darauf an, dass die Fachdidaktik die Schülerinnen und Schüler anregt und unterstützt, dass sie ihnen mitunter auch ihre Angst vor Mathematik nimmt. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, für manche Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen wie auch bundesweit beginnt mit dem Gong zur Mathestunde mitunter die schlimmste Zeit des Tages, und in Physik und Chemie sieht das nicht anders aus.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass wir in Niedersachsen viele Projekte haben - alle aufzuzählen, würde den Rahmen meiner Redezeit sprengen -, die sich damit beschäftigen, Schülerinnen und Schülern MINT-Fächer näherzubringen, ihnen die Angst zu nehmen und vor allen Dingen ihre Lust darauf zu wecken. Das ist das Entscheidende: Auf Mathematik, Biologie, Physik und Chemie kann man Lust haben. Das muss gefördert und das muss unterstützt werden.

Das ist vor allen Dingen eine Frage der Fachdidaktik. Da passiert viel auf der Ebene von Lehrerfortbildung. Da passiert viel auf der Ebene einer anderen Didaktik, die nicht darauf ausgelegt ist, Schülerinnen und Schülern nur Wissen einzutrichtern. Denn das würde heutzutage zu kurz greifen.

(Glocke der Präsidentin)

Auf diesem Weg sind wir, und den müssen wir entschieden weitergehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Lassen Sie mich am Ende noch zu einer Erkenntnis kommen -

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Sie müssen auch zur Erkenntnis kommen.

Christoph Bratmann (SPD):

- letzte Erkenntnis, liebe Frau Präsidentin -, die mich manchmal auch ein bisschen an die Politik hier erinnert: Die Mädchen holen die Jungen bei den Ergebnissen ein oder überholen sie sogar; sie sind aber wesentlich zurückhaltender und schätzen sich wesentlich schlechter ein. Jungen schätzen sich besser ein, können aber weniger.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Letzter Satz!

Christoph Bratmann (SPD):

Bei Mädchen ist es umgekehrt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Es ist ein bisschen wie in der Politik: Männer haben keine Ahnung, das aber im Brustton der Überzeugung, -

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Kollege Bratmann, ich würde Ihnen ungern das Mikrofon abstellen.

Christoph Bratmann (SPD):

- während Frauen überlegen, wie sie ihre Sachen einbringen.

Wir sind auf einem guten Weg und werden ihn weitergehen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei der SPD und Zustimmung von Mareike Wulf [CDU])

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung hat nun Herr Kultusminister Tonne das Wort.

(Unruhe)

- Jetzt hat Herr Minister Tonne unsere Aufmerksamkeit.

Grant Hendrik Tonne, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schülerinnen und Schüler brauchen beste Bildung. - Herr Försterling, bis zu diesem Punkt stimmen wir in der Einschätzung überein. Danach fallen unsere Einschätzungen teilweise dramatisch auseinander.

Jetzt steht es in der Tat jedem frei, was er zum Gegenstand und zum Inhalt von Aktuellen Stunden macht. Das Schöne ist aber: Man muss damit rechnen, dass das dann auch bewertet wird. - Und jetzt haben wir hier von den Oppositionsfraktionen leider diesen Beitrag gehört. Man hätte die Chance gehabt, sich zu einem sehr konkreten IQB-Bildungstrend zu äußern und auch zu sagen, was für Ableitungen man daraus mitnimmt, oder man konnte daraus eine allgemeine Debatte machen. Die FDP hat wieder zehn Punkte aufgelistet, alles schön und wohlklingend, leider ohne jede Lösung.

(Björn Försterling [FDP]: Das ist doch unverschämt!)

Frau Kollegin Hamburg: Ja, Fragen dürfen Sie stellen. Nur in dem Moment, in dem Sie behaupten, wir würden etwas kürzen, was wir nicht machen.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Doch, das machen Sie! Das habe ich im Protokoll des Haushaltsausschusses gelesen!)

bekommen wir wieder ein Problem miteinander. Ich weise natürlich in aller Deutlichkeit zurück, wenn hier permanent Befürchtungen gestreut werden, wir würden z. B. so etwas wie die Fachberatung kürzen. Das haben wir nicht gemacht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Und dann kommt der Auftritt der AfD, immer streng nach dem Motto "Es kann nicht sein, was nicht sein darf". Es gibt zwar einen Anspruch auf inklusive Beschulung, aber die AfD sagt: Nein, irgendwie darf das doch gar nicht sein! - Ihr Vertreter stellt sich hin und hält hier eine Rede, die im Kern nichts anderes bedeutet, als dass man auf einzelne Schülerinnen und Schüler zeigen möchte und sagen will: Ihr gehört nicht in diese Schule! - Und ich sage Ihnen: Das können Sie sagen, aber Sie erhalten hier den entsprechenden Wiederspruch. Inklusion ist mit uns nicht verhandelbar. Da können Sie sich hier noch so oft hinstellen und Ihre Reden halten. Wir werden Inklusion zum Gelingen verhelfen

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich aus dem aktuellen Anlass in den IQB-Bildungstrend hineinschauen und uns dann miteinander angucken, was dort an guten Ergebnissen darin steht und wo es Hinweise zur Frage der Bearbeitung gibt, die wir sehr ernst nehmen müssen.

Die erste Botschaft lautet - und ich finde, das kann man ganz deutlich sagen -: Die Ergebnisse in allen Fächern zwischen den beiden Testungen sind stabil. Das ist eine gute Botschaft.

(Christian Grascha [FDP]: Stabil ist Mittelmaß!)

Die Ergebnisse, die wir erreicht haben, sind stabil.

(Anja Piel [GRÜNE]: Das ist genau Mittelmaß! - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das ist Ihre Haltung!)

Und dann kann man sich auch angucken - ich hätte mir gewünscht, dass das gemacht wird -, wie getestet worden ist. Man testet im 9. Jahrgang ab, wie viele der Schülerinnen und Schüler auf welchem Standard Ergebnisse erreichen, die am Ende des 10. Jahrgangs vorliegen sollen. Darin ist eine Ungenauigkeit, da man auch diejenigen testet, die nach der 9. Klasse die Schule beenden, aber wir nehmen das trotzdem mit hinein.

Diese Ergebnisse hat man uns dann vorgelegt und sie mit Bewertungen versehen. Diese Bewertungen - das kann man nicht wegdiskutieren - zeigen deutlich gestiegene Herausforderungen in den Schulen zwischen den Jahren 2012 und 2018 auf, nämlich eine deutlich größere Heterogenität, weil der prozentuale Anteil an Neuntklässlerinnen und Neuntklässlern mit Migrationshintergrund im deutschen Mittel um 6,8 % gestiegen ist, in Niedersachsen um 10,5 %. Dort haben unsere Schulen eine richtig gute Leistung vollbracht.

(Beifall bei der SPD - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das betrifft doch alle!)

- Herr Dr. Birkner, natürlich betrifft es alle. Aber wenn die Zuwächse deutlich unterschiedlich sind, dann sind ja auch die Herausforderungen unterschiedlich.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Dann sagen Sie doch einfach das Richtige!)

Zweitens haben wir in Niedersachsen mit der Einführung der inklusiven Schule auch einen deutlichen Zuwachs an Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Und wenn man sich dann anschaut, dass Ergebnisse stabil geblieben sind, finde ich, kann man an dieser Stelle auch mal sehr deutlich festhalten, dass wir einen großen Dank an die Lehrkräfte, an die Schulleitungen geben, die ganz ausdrücklich unter diesen Bedingungen eine richtig gute Arbeit geleistet haben. Auch das ist an dieser Stelle einen Dank wert.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das ist Ihre Anspruchslosigkeit! - Christian Grascha [FDP]: Es ist scheinheilig, sich bei den Lehrkräften zu bedanken!)

Schauen wir uns weiter an, welche Hinweise uns der IQB-Bildungstrend für die Arbeit gibt. Erstens das hat Frau Hamburg angemerkt - betrifft das die Frage, wie wir mit Aus- und Fortbildung umgehen. Ja, auch dort wollen wir der Heterogenität in den Schule besser gerecht werden. Deswegen gilt es,

Lehrkräfte darauf intensiver vorzubereiten. Der Umgang mit heterogenen Gruppen wird in die Lehrerausbildung aufgenommen. Seit vielen Jahren gibt es bereits Qualifizierungen für die inklusive Schule und seit Kurzem auch mit speziellem Fachbezug zu Mathematik neben Deutsch und Englisch. Das ist etwas, was sich die Lehrkräfte ausdrücklich gewünscht haben.

Ja, wir müssen die Mädchen weiterhin davon überzeugen, dass sie selbstbewusst an ihre Kompetenzen glauben und daran, dass sie im MINT-Bereich richtig gut sind. Auf der anderen Seite müssen wir darauf achten, dass die Jungen in ihrer Entwicklung bestärkt und sie nicht zu Bildungsverlierern werden.

(Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch übernimmt den Vorsitz)

Niedersachsen fördert Mädchen spezifisch im Matheunterricht durch das Niedersachsen-Technikum sowie in den Naturwissenschaften durch das Projekt "Mädchen und Technik". Jungen und Mädchen gleichermaßen werden durch das Exzellenz-Netzwerk MINT-Schule unterstützt. Die Angebote der außerschulischen Lernorte in zahlreichen Städten-Göttingen, Braunschweig, Hannover, Osnabrück, Wilhelmshaven, Buchholz - und die IdeenExpobieten den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, ihre Kompetenzen interessengezielt auszubauen.

Auch gilt es, den bundesweiten Trend zur eher ungünstigen Entwicklung von Gymnasien - übrigens in den Spitzenleistungen - deutlich zu beobachten. Niedersachsen fördert leistungsstarke Schülerinnen und Schüler u. a. durch die Teilnahme an "Mathematik ohne Grenzen" oder der Mathematik-Olympiade. Die Lehrkräfte motivieren zahlreiche Schülerinnen und Schüler zur Teilnahme am sogenannten Känguru-Wettbewerb und stärken damit auch Basiskompetenzen, wie es hier eben gerade eingefordert wurde. Die Lehrkräfte erhalten Unterstützung durch fachbezogene Netzwerke sowie durch die Fachberatung. Und genau das gucken wir uns jetzt an, um festzustellen, ob das reicht oder ob wir dort noch einmal Dinge verändern müssen.

Wir brauchen den Vergleich mit anderen Ländern nicht zu scheuen. Wir stehen gut da und nehmen gleichzeitig die Ergebnisse des IQB-Bildungstrends sehr ernst.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Mittelmaß! Das ist für Sie gut!)

Selbstverständlich ist das ein gutes Ergebnis, aber keines, worauf man sich ausruhen kann. Das ist die entscheidende Botschaft: Die Schulen haben gute Arbeit gemacht, und wir knüpfen jetzt dort an und schauen, wo wir das noch einmal verstärken und intensivieren müssen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Vielen Dank, Herr Minister. - Der Kollege Försterling von der FDP-Fraktion hat um zusätzliche Redezeit gebeten. Anderthalb Minuten, Herr Försterling!

Björn Försterling (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unsere Aktuelle Stunde lautet "Mittelmaß ist nicht genug - Niedersachsens Schüler brauchen beste Bildung". Darin steht erst mal gar nichts von IQB. Von daher weiß ich nicht, warum Sie nur über IQB reden wollten.

Aber ich habe natürlich IQB als Beispiel genannt, weil Sie - das hat der Minister eben in sieben Minuten ausgeführt - vollends zufrieden sind mit der Mittelmäßigkeit der Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler Niedersachsens. Das ist Ihr Anspruch, das ist nicht unser Anspruch.

(Beifall bei der FDP)

Und ich habe Ihnen in meiner Rede aufgezeigt, was denn Lösungsmöglichkeiten sind, aus dieser Mittelmäßigkeit herauszukommen: Unterrichtsversorgung verbessern, mit einer besseren Lehrerbesoldung, mit der Altersermäßigung ab 55, mit einer Konzentration auf den Kernunterricht. Mehr Deutsch- und mehr Matheunterricht bereits in den Grundschulen, weniger fachfremder Unterricht im Sekundarbereich I - dazu haben Sie gar nichts gesagt. Der Kollege Bratmann hat immer wieder betont, wie wichtig die Fachdidaktik ist. Ja, dann wäre es mal wichtig, dass Sie dafür sorgen, dass Mathematiklehrer Mathe unterrichten! Die haben nämlich die Fachdidaktik im Studium gelernt. Das wäre entscheidend! Das ist ein Ansatzpunkt, um die Schule zu verbessern.

Digitalisierung: Sie haben nichts dazu gesagt, wie Sie die Schulen endlich auch mit Lern-Apps mit Inhalten ausstatten wollen.

Inklusion: Das ist ein Thema, das Sie seit zwei Jahren liegen lassen. Sie sagen: Es kommen immer mehr inklusiv beschulte Schülerinnen und Schüler in die Schulen. Deswegen müssen wir mit der Mittelmäßigkeit zufrieden sein. - Nein. Sie müssen daran arbeiten, die Inklusion, die Rahmenbedingungen, zu verbessern, mit mehr Sozialpädagogen, mit mehr Sonderpädagogen, mit pädagogischen Mitarbeitern. Da haben Sie Stellen gekürzt. Sie bleiben weit hinter dem Aufwuchs, den Sie im Koalitionsvertrag versprochen haben, zurück.

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Herr Kollege Försterling, Sie müssen zum Schluss kommen!

Björn Försterling (FDP):

Alles deutet darauf hin: Sie sind mit der Mittelmäßigkeit zufrieden. Was ist denn das für ein Anspruch? Sie haben jegliche Gestaltungskraft bereits jetzt verloren.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke, Herr Försterling. - Frau Kollegin Julia Willie Hamburg hat ebenfalls um zusätzliche Redezeit nach § 71 Abs. 3 gebeten. Ebenfalls anderthalb Minuten!

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Tonne, ich finde es äußerst bedauerlich, dass Sie auch in Ihrer heutigen Rede nicht über die Symptombeschreibung hinausgegangen sind. Das ist wirklich einfach ungenügend. Sie müssen dann doch auch wirklich einmal die Kraft entwickeln und Antworten liefern für Niedersachsen, um die von Ihnen beschriebenen Probleme zu lösen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Und da kommen wir dann auch wieder an den Punkt Haushalt. Wir hatten im Kultusausschuss die Lesung Ihres Haushaltes, und da ist es eben doch so, dass im Vergleich zum Vorjahr der Fortbildungsetat deutlich gekürzt wird. Und auf die Rückfrage, wie man das denn entscheiden kann vor dem Hintergrund der vielen Herausforderungen, die wir in Niedersachsen haben, sagt Ihr Haus: Naja, der Fortbildungsetat reicht so aus. Der Bedarf ist halt nicht gegeben. - Das steht doch nun

wirklich in komplettem Widerspruch zu dem, was Sie uns hier gerade erzählt haben, Herr Tonne!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie auch, mir keine Falschbehauptungen zu unterstellen. Auch ich spreche mit den Lehrerverbänden, und wir wissen, dass Sie bei Beratungslehrkräften kürzen, dass Sie denen sagen: Wir brauchen Sie jetzt im Unterricht, und deswegen können wir Sie nicht mehr mit der vollen Zeit abordnen und entlasten, um Ihrer Beratungslehrertätigkeit Genüge zu tun. Im Bereich der mobilen Dienste sagen Sie den Menschen, die seit Jahrzehnten im Bereich inklusive Schule arbeiten: Sie können leider nicht mehr mit Ihren vollen Stunden dort arbeiten, wir brauchen Sie jetzt für die Unterrichtsversorgung.

Genau das führt dazu, dass funktionierende Strukturen an den Schulen einbrechen. Da müssen Sie mir keine Falschbehauptungen unterstellen, sondern Sie müssen das Problem anpacken und lösen, Herr Tonne.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön, Frau Hamburg. - Ebenfalls zusätzliche Redezeit erhält die Kollegin Mareike Wulf für die CDU-Fraktion.

Mareike Wulf (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte betonen, dass es natürlich unser Anspruch ist, Bildungspolitik zu gestalten. Ich sehe einen Minister, der dies auch ganz klar tut.

(Beifall bei der CDU - Jörg Bode [FDP]: Wo?)

- Da vorne sitzt er.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Dann ist ja alles gut! Das glauben Sie doch selbst nicht, Frau Kollegin!)

Aus diesem Grund: Natürlich muss es unser Anspruch sein, in solchen Studien besser abzuschneiden und ins obere Drittel vorzurücken. Das tun wir auch, indem wir, wie bereits von dem Kollegen Bratmann ausgeführt, die Fachdidaktik verbessern, indem wir dafür werben, dass mehr Lehrkräfte im MINT-Bereich studieren. Ich sage: Wir

brauchen die Imagekampagne. Wir arbeiten hart daran, dies zu realisieren.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Wie verbessern Sie denn die Fachdidaktik?)

Daher möchte Ihre Behauptung, dass wir nicht auf Exzellenz aus sind, ausdrücklich zurückweisen. Natürlich brauchen wir die Exzellenz in niedersächsischen Schulen. Wir arbeiten hart daran, dies in Niedersachsen zu realisieren. Ich glaube tatsächlich, dass wir mit einer MINT-Offensive auf einem guten Weg wären. Deswegen betone ich an dieser Stelle noch mal: Bitte legen Sie den MINT-Bericht wieder auf!

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Frau Kollegin Wulf, gestatten Sie eine - - -

Mareike Wulf (CDU):

Oh, Entschuldigung! Ist die Zeit schon abgelaufen?

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Ja, das auch. Aber: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Dr. Birkner?

Mareike Wulf (CDU):

Ja, sehr gerne.

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Kollegin, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage ermöglichen. Ich frage Sie: Teilen Sie die Einschätzung des Ministers, die er hier dargestellt hat, dass Niedersachsen angesichts der Ergebnisse der Studie gut dasteht?

Mareike Wulf (CDU):

Herr Birkner, vielen Dank für diese Frage.

Aus meiner Sicht kann man feststellen, dass sich Niedersachsen angesichts der Herausforderungen nicht verschlechtert hat. Das heißt, die Lehrkräfte haben gute Arbeit geleistet. Jetzt müssen wir weiter daran arbeiten, dem bundesweiten Trend, dass sich in vielen Ländern im Bereich der Kompetenzen in Mathematik und Naturwissenschaften derzeit keine Verbesserung einstellt, ganz klar entgegenzutreten, indem wir etwas für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer an Grund-, Haupt-, Realschulen, an Gymnasien, an Gesamtschulen tun.

Deshalb sage ich: Legen Sie den MINT-Bildungsbericht wieder auf! Gehen Sie da rein! Tun Sie mehr für die Fachdidaktik, und werben Sie dafür, dass mehr junge Menschen mit MINT-Interesse in den Lehrerberuf gehen!

(Beifall bei der CDU - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Wir oder er?)

- Der Herr Minister natürlich, nicht Sie.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Dann ist ja doch nicht alles gut!)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön, Frau Wulf.

Ich eröffne nun die Besprechung zu

c) Es reicht! Unseren Rechtsstaat verteidigen, Demokratinnen und Demokraten schützen, Rechtsextreme entwaffnen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - <u>Drs. 18/4896</u>

Zur Einbringung hat sich der Kollege Helge Limburg gemeldet.

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die gestrige Resolution als Konsequenz auf den rechtsterroristischen Angriff in Halle war ein gutes, wichtiges Signal insbesondere für die Betroffenen. Wir alle aber wissen, dass weitere Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsterrorismus und des gewaltbereiten Rechtsextremismus notwendig sind.

Die Konsequenzen, die aus den NSU-Morden gezogen worden sind, reichen längst nicht aus. Unfreiwillig erinnern wir uns an die Angriffe, die jüngst in vielen Städten gegen die jeweiligen NSU-Mahnmale erfolgt sind. Diese Angriffe müssen dringend aufgeklärt und geahndet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Nicht erst seit Halle und dem Lübcke-Mord wissen wir, dass es zu den Strategien von Rechtsextremen gehört, gezielt diejenigen zu bedrohen und einzuschüchtern, ob Journalisten oder Menschen aus der Zivilgesellschaft, die sich gegen Rechtsextremismus und für Demokratie engagieren.

Nicht erst seit Halle und dem Lübcke-Mord wissen wir, dass Rechtsextreme immer wieder versuchen,

in den Besitz von Waffen zu gelangen - illegal, aber eben auch legal.

Nicht erst seit Halle und dem Lübcke-Mord wissen wir, dass sich Rechtsextreme, so absurd es erscheinen mag, zunehmend international vernetzen, dass Taten in Norwegen, Neuseeland, den USA, in Deutschland und anderswo in einem Zusammenhang stehen, gegenseitig anstacheln und in einen ideologischen Zusammenhang gestellt werden.

Aus diesem ganzen Wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen Konsequenzen folgen.

Seit vielen Jahren gibt es in rechtsextremen Kreisen das Konzept der sogenannten Anti-Antifa-Arbeit. Ich habe es gesagt: Menschen, die sich engagieren, werden gezielt eingeschüchtert. Dieser Strategie folgten übrigens, wie wir heute wissen, auch Teile des Umfeldes des Nationalsozialistischen Untergrundes, des NSU.

Herr Kollege Rykena, es hat den Eindruck, dass Sie sich mit Ihren parlamentarischen Fragen, die Sie aus meiner Sicht missbrauchen, um gezielt Journalistinnen und Journalisten, die sich für Demokratie engagieren, einzuschüchtern, als parlamentarischer Arm der Anti-Antifa-Arbeit verstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das, Herr Rykena, beziehen wir natürlich in die Bewertung der Arbeit Ihrer Fraktion mit ein. Das ist selbstverständlich.

Was wir jetzt in Braunschweig mit den Bedrohungen des Sprechers des Bündnisses gegen Rechts sehen müssen, was wir in Hannover und anderswo mit Bedrohungen von Journalistinnen und Journalisten erleben, erinnert ebenfalls fatal an diese Strategie. Angriffe auf das Haus des Bündnissprechers in Braunschweig sind keine zufällige Kette von Sachbeschädigungen, sondern sind Teil einer Bedrohungsstrategie und müssen dementsprechend von Polizei und Justiz verfolgt werden.

Opfer müssen ernst genommen, die Straftaten geahndet und die Menschen durch die Polizei wirksam geschützt werden. Die Zivilgesellschaft muss dauerhaft finanziell unterstützt werden. Die Erinnerungskultur darf nicht etwa gewendet werden - es darf keinen Schlussstrich geben -, nein, sie muss weiter gefördert und ausgebaut werden.

Wir müssen Nazis den Zugang zu illegalen Waffen und zu Sprengstoff in Deutschland und der EU so schwer wie irgend möglich machen, und wir müssen vor allem den legalen Zugang zu Waffen deutlich einschränken. Das Waffenrecht muss endlich, endlich verschärft werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So begrüßenswert Ihre Vorschläge und Forderungen in dem Bereich sind, Herr Pistorius: Es dauert doch alles sehr, sehr lange. - Auch wenn es jetzt auf Bundesebene scheinbar Zustimmung gibt: Das darf nicht versanden. Nazis dürfen in diesem Land keine Waffen besitzen. Das muss endlich, endlich umgesetzt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Die Rechtsprechung zum Waffenbesitz eines mutmaßlichen Helfers des Lübcke-Mörders zeigt, dass es nicht an Erkenntnissen über Rechtsextreme mangelt -

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Kollege Limburg, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Bothe?

Helge Limburg (GRÜNE):

- nein - sondern dass die Verwertbarkeit dieser Erkenntnisse im Waffenrecht offenbar unzureichend ist. Hier müssen die Möglichkeiten der Behörden zum Entzug und zur Versagung von Waffenerlaubnissen ausgebaut werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Forderungen z. B. vonseiten der CDU, die Befugnisse von Sicherheitsbehörden zu erweitern, halte ich in diesem Zusammenhang für viel zu schnell gegriffen. All diese Beispiele zeigen doch, dass bestehende Befugnisse angewandt und eingesetzt werden müssen, dass neue Eingriffs-, neue Ermittlungsbefugnisse in diesem Bereich nicht angezeigt sind.

Weder Halle noch der Lübcke-Mord stehen allein. Sie reihen sich ein - ich hatte es gesagt - in eine ganze Reihe rechtsextremer Morde und Angriffe auf die Zivilgesellschaft: die NSU-Morde, das versuchte Attentat auf die Synagoge in München vor etwa 15 Jahren, das Oktoberfest-Attentat und vieles mehr. Sie reihen sich ein in eine Serie internationaler Terroranschläge. Dem muss durch internationale Zusammenarbeit der Justizbehörden und der Zivilgesellschaft begegnet werden.

Es muss Zivilcourage in Internetforen, in der Gaming Community gefördert werden. Wer Hinweise auf Terrorangriffe bemerkt, der muss - egal,

in welchem Land - die Polizei verständigen, und diese muss tätig werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin froh, dass die europäische Staatsanwaltschaft im nächsten Jahr ihre Arbeit aufnehmen wird. Ich befürworte, dass sie sich auch mit Terrorismus beschäftigen wird. Das ist ein erster wichtiger Schritt zur besseren Zusammenarbeit der Justizbehörden. Wir müssen dem länderübergreifend begegnen.

Zum Abschluss: Wir sollten nicht pessimistisch sein. Es gibt noch viele in der Politik, hier im Landtag, in der Zivilgesellschaft, im Journalismus, in den Sicherheitsbehörden, die sich dem braunen Terror und den Bedrohungen entgegenstellen. Ermutigen wir diese! Stehen wir zusammen! Agieren wir entschlossen! Dann werden wir unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat, unsere weltoffene Gesellschaft verteidigen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD sowie Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke sehr, Herr Limburg. - Zu Wort gemeldet hat sich jetzt für die CDU-Fraktion Herr Kollege Uwe Schünemann.

(Beifall bei der CDU)

Uwe Schünemann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Besitz von Waffen von Rechtsextremisten, Islamisten, Reichsbürgern, Linksextremisten und natürlich Terroristen, schlicht Personen, die gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung kämpfen, muss konsequent unterbunden werden. Waffen und Munition gehören nicht in die Hände von Extremisten; Herr Limburg, da sind wir uns absolut einig.

(Beifall bei der CDU, bei den GRÜ-NEN und bei der FDP - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Wie löst man das auf?)

Was ist zu tun? - Erstens. Das aktuelle Waffenrecht gibt den kommunalen Waffenbehörden weitreichende Befugnisse, um Extremisten die waffenrechtliche Erlaubnis zu entziehen oder sie erst gar nicht zu erteilen. Wir dürfen auch nicht vergessen: Das Waffenrecht geht sogar so weit, dass der Um-

gang mit erlaubnisfreien Waffen präventiv verboten werden kann, wenn eine waffenrechtliche Unzuverlässigkeit vorliegt. Das muss aber auch umgesetzt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kontrollen sind übrigens in den letzten Jahren verbessert worden.

Ein Fazit ist also: Das geltende Recht muss konsequent angewandt werden. Das ist, glaube ich, eine ganz wichtige Botschaft.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ist zweitens darüber hinaus noch etwas zu tun? - Eindeutig ja. Ich bin wirklich froh, dass es mittlerweile auch im Bundestag eine Zustimmung zur Regelanfrage beim Verfassungsschutz gibt. Es war in der Tat Niedersachsen, das eine Initiative ergriffen hat, um das zu erreichen. Bereits im März 2012 hat es einen entsprechenden Beschluss des Bundesrates gegeben. Nach der Bundestagswahl im November ist erneut eine entsprechende Initiative ergriffen worden. Jetzt, sieben Jahre später, stimmt der Bundestag tatsächlich zu. Da muss man sich fragen, ob immer erst etwas Schlimmes passieren muss, bevor gehandelt wird.

Ich habe die damaligen Einwände von Lobbyverbänden noch im Ohr. Deshalb sage ich an der Stelle eindeutig: Durch eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz wird niemand unter Generalverdacht gestellt. Es ist doch das ureigene Interesse von Jägern und auch Schützen, dass Extremisten enttarnt und entwaffnet werden. Das ist doch der Punkt!

(Beifall bei der CDU sowie Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Jäger und Schützen dürfen nicht in Misskredit geraten; denn sie müssen ihre wichtige Aufgabe auch für unsere Gesellschaft uneingeschränkt fortführen können. Dazu ist eine Regelanfrage durchaus sinnvoll; sie behindert nicht, und niemand wird unter Generalverdacht gestellt.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was ist zusätzlich zu tun? - Eindeutig ist: Wer Mitglied in einer verfassungsfeindlichen Organisation ist, darf keine waffenrechtliche Erlaubnis erlangen. Deshalb ist die Annahme der Unzuverlässigkeit in diesem Fall gesetzlich zu regeln. Das soll am Mittwoch vom Bundeskabinett beschlossen werden.

Meine Damen und Herren, es ist auch richtig, zu erreichen, dass die Nachverfolgung von Waffen und Waffenteilen verbessert wird. Große Munitionen gehören meiner Ansicht nach verboten.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend: Auf die Kommunen, die kommunalen Waffenbehörden kommt eine ganz wichtige Aufgabe zu. Ich kann nur sagen: Sie arbeiten in diesem Bereich sehr verantwortungsvoll. Aber eines ist auch klar: Dafür ist ausreichend qualifiziertes Personal notwendig. Dabei dürfen wir als Land nicht sagen: Die sind verantwortlich! - Wir müssen vielmehr die Kommunen bei dieser Aufgabe unterstützen. Deshalb ist es richtig, dass das Landesamt für Verfassungsschutz in diesem Zusammenhang eigene Erkenntnisse einbringt und sie niedrigschwellig an die kommunalen Waffenbehörden weiterreicht. Das ist ganz entscheidend. Das wird gemacht, und das ist auch richtig.

Herr Limburg, Sie sehen: Beim Waffenrecht sind wir uns einig. Aber dass Sie hier darstellen, dass wir ansonsten keinen weiteren Handlungsbedarf haben, kann ich nicht ganz verstehen.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Hat er nicht! - Glocke der Präsidentin)

Gerade was die rechtliche Befugnis angeht, kann ich Ihnen nur sagen: Sie weisen zu Recht auf die Problematik von Hassbotschaften und Einschüchterungen, gerade aus dem rechtsextremen Bereich, hin. Aber deshalb ist es doch ganz entscheidend, dass wir an die Hintermänner, an diejenigen, die diese Botschaften verbreiten, herankommen.

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Herr Schünemann, Sie müssen jetzt zum Ende kommen!

Uwe Schünemann (CDU):

Deshalb brauchen wir sowohl im Bereich der Polizei - dort haben wir es eingeführt - als auch im Bereich des Verfassungsschutzes weitreichende Kompetenzen, um an diese Hintermänner heranzukommen, damit solche Hassbotschaften nicht ungesühnt bleiben. Ich glaube, das ist auch im allgemeinen Interesse.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Vielen Dank, Herr Schünemann. - Für die FDP-Fraktion hat sich nun der Kollege Dr. Marco Genthe zu Wort gemeldet.

Dr. Marco Genthe (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Weder ist in diesem Land die Meinungsfreiheit gefährdet, noch muss dieses Land von irgendjemandem zurückgeholt werden. Dieses Land mit seiner bürgerlichen, freiheitlichen Gesellschaft ist auch nicht wegen der Flüchtlingskrise in irgendeine Existenznot geraten.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Alle diese Behauptungen von radikalen oder auch weniger radikalen Kräften sind falsch. Jeder Demokrat sollte ihnen konsequent entgegentreten.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Bedroht ist unsere Gesellschaft durch etwas anderes, nämlich durch den Rechtsextremismus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Rechtsextremismus wird durch eine Sprache befeuert, die von Hass und Hetze geprägt ist. Wie sich diese Hetze anhören kann, konnte man sich leider vor wenigen Wochen vor den Toren dieses Landtages anhören, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Diese Art von Sprache ist der Humus, auf dem politischer Extremismus gedeiht, der am Ende auch Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung in der Politik legitimiert. Diese Art von Sprache müssen wir auf jeden Fall bekämpfen. Wir dürfen sie als Demokraten nicht zulassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Um diesen Gefahren wirksam begegnen zu können, sind alle politischen Ebenen gefragt. Auf der Ebene des Bundes hat die FDP-Fraktion daher einen 13-Punkte-Plan gegen Rechtsextremismus in den Bundestag eingebracht. Ziel ist es, den Verfolgungsdruck auf die gewaltbereite Szene deutlich zu erhöhen. Zu diesem Zweck wird von Bund und Ländern ein Gesamtkonzept gegen

Rechtsextremismus gefordert, das gemeinsam entwickelt werden muss.

Um die Schlagkraft der Sicherheitsbehörden zu erhöhen, muss die Reform der föderalen Sicherheitsarchitektur dringend vorangebracht werden. Meine Damen und Herren, z. B. der Flickenteppich von 16 Landesämtern für Verfassungsschutz darf auf keinen Fall dazu führen, dass wichtige Informationen irgendwo versanden.

Die rechte Szene, insbesondere auch die Reichsbürger, muss - das ist schon angesprochen worden - konsequent entwaffnet werden. Der illegale Waffenhandel muss dabei wesentlich deutlicher und konsequenter in den Fokus genommen werden.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das gilt ganz besonders für die Handelsströme aus den Balkanstaaten und den ehemaligen sowjetischen Teilrepubliken. Bei der Beantragung einer legalen waffenrechtlichen Erlaubnis muss überprüft werden können, ob irgendeiner Behörde eine verfassungsfeindliche Gesinnung und Einstellung bekannt geworden ist. Die Zugehörigkeit zur rechtsextremen Szene muss jedenfalls automatisch die Feststellung der waffenrechtlichen Unzuverlässigkeit zur Folge haben.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Besitzer legaler Waffen in Sport und Beruf - auch das wurde eben von Herrn Schünemann angesprochen - dürfen selbstverständlich nicht unter einen Generalverdacht gestellt werden. Aber umso schärfer muss der illegale Waffenbesitz verfolgt und sanktioniert werden.

Auf eine Anfrage der FDP-Fraktion Ende 2018 räumte das niedersächsische Innenministerium ein, dass ca. 80 Personen aus Niedersachsen über waffenrechtliche Erlaubnisse verfügen, obwohl sie als Reichsbürger gelten. Ich gehe davon aus - so habe ich den Innenminister in einem kurzen Gespräch eben auch verstanden -, dass diese Zahl aktuell schon wesentlich niedriger ist. Dennoch wird es weiterhin die Aufgabe bleiben, diese Erlaubnisse konsequent einzuziehen.

Hinsichtlich der Behörden des Landes und des Bundes muss klar sein, dass dort kein Platz für Rechtsextremismus ist. So muss insbesondere bei Neueinstellungen im Polizei- und Justizbereich verhindert werden, dass Personen mit extremistischem Gedankengut durch das Auswahlverfahren kommen. Auch bei Verdachtsfällen innerhalb einer Behörde hinsichtlich extremistischer Tendenzen müssen unmittelbar die notwendigen dienstrechtlichen Konsequenzen gezogen werden. Gerade die Polizei und der Verfassungsschutz müssen ein zu 100 % extremismusfreier Raum sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Ein weiteres erschreckendes Phänomen sind die sogenannten Todeslisten, die Rechtsextreme immer wieder veröffentlichen. In solchen Fällen ist ebenfalls konsequentes Handeln der Behörden gefordert. Das bedeutet nicht nur, gegen die Autoren vorzugehen, sondern auch, sich um die Betroffenen zu kümmern. Sie müssen möglichst unmittelbar über eine mögliche Gefährdung informiert werden. Es ist ein einheitliches Schutzkonzept von Bund und Ländern zu entwickeln, das sich auch auf gefährdete Objekte, z. B. jüdische Einrichtungen, beziehen muss.

Meine Damen und Herren, unsere Gesellschaft ist frei, aber sicherlich nicht hilflos. Rechtsextremismus ist mit rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen. Man muss das nur konsequent tun, und wir sind dazu bereit.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke sehr, Herr Dr. Genthe. - Für die SPD-Fraktion erhält nun der Kollege Deniz Kurku das Wort.

Deniz Kurku (SPD):

Herzlichen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Tat, dem Titel des Antrages kann man nur zustimmen: Es reicht! Es reicht, dass Rechtsextreme, Rechtsradikale und Rechtsterroristen nicht nur versuchen, Schrecken in unsere Gesellschaft zu tragen, sondern ihren kruden Gedanken und Ideen auch in grausamer Art und Weise Taten folgen lassen.

Wir sehen, dass vermeintliche Einzeltäter durch die Möglichkeiten des Internets gar nicht so einsam sind, sondern mit Gleichgesinnten in Radikalisierungsfallen, Hassnetzwerke, Echokammern und Filterblasen geraten, sich gegenseitig hochpushen und von diesen gemeinsam Einsamen konkrete Gefahren für uns alle ausgehen.

Wie das enden kann, wurde uns jüngst wieder auf schlimmste Weise mehrfach vor Augen geführt. Allen, die unter Drohungen gegen sich und ihre Familien leiden mussten, die Gewalt gegen Eigentum, Leib und Leben erleiden mussten, Menschen, die mutig dem Rechtsextremismus und dem Hass entgegentreten oder einfach nur zur falschen Zeit am falschen Ort waren - ihnen und ihrem Umfeld gilt unser aller Solidarität.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Auch denen, deren Leben sich von heute auf morgen veränderte, weil Neonazis meinten, ihre antisemitische, rassistische, islamophobe oder andersartig menschenfeindliche widerwärtige Ideologie mit Gewalt umsetzen zu müssen.

Fest steht: Wir lassen uns von niemandem einschüchtern, und wir sind uns einig, dass Waffen nicht in die Hände von Rechtsextremisten gehören.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben einen Innenminister, der nicht erst seit gestern für die Niedersächsische Landesregierung daran arbeitet, dass im Kampf gegen den Rechtsextremismus und den Rechtsterrorismus eine Änderung des Waffengesetzes erfolgt, und das, verehrte Damen und Herren, schon seit Längerem. Der Kollege Schünemann hat es eben ausgeführt. Boris Pistorius ist es nämlich, der für Niedersachsen den Entwurf zur Änderung des Waffengesetzes einbrachte und die Waffenbehörden dazu verpflichten wollte, im Rahmen der waffenrechtlichen Zuverlässigkeitsprüfung Informationen bei den Verfassungsschutzbehörden einzuholen. Das Problem blieb, und Niedersachsen bleibt weiter am Ball, auch weil wir Konsequenzen aus der NSU-Mordserie, aus weiteren schrecklichen Anschlagsplänen und tatsächlichen Anschlägen sowie den Gefahren durch sogenannte Reichsbürger und Selbstverwalter - die Kollegen haben es eben gesagt - ziehen müssen.

Die Innenministerkonferenz hat dann 2016 beschlossen, dass Waffenbehörden für eine Zuverlässigkeitsprüfung Kenntnis darüber erhalten sollen, ob Waffenbesitzerinnen und -besitzer oder diejenigen, die dies werden wollen, als Extremisten eingestuft sind und damit als unzuverlässig gelten. Gemeint sind Personen, die sich offen gegen unsere Verfassung oder den Gedanken der Völker-

verständigung stellen. Eine Überprüfung erfolgt auf der Grundlage des § 5 des Waffengesetzes.

Probleme gibt es - das ist heute, glaube ich, mehrfach deutlich geworden - in der konsequenten Anwendung, auch weil ein wirklich umfassendes Bild nur dann entstehen kann, wenn neben der Auskunft aus dem Bundeszentralregister - der Auskunft aus dem Zentralen Staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister - und einer Stellungnahme der örtlichen Polizeidienstelle - in diesem Zusammenhang ist auch das sehr wichtig - auch die Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden mit einbezogen werden. Da das bislang nicht der Fall ist, brachte der niedersächsische Innenminister zusammen mit seinem hessischen Kollegen diese Verpflichtung auf Bundesratsebene ein. Die Debatte hier und heute können wir alle gemeinsam dafür nutzen, deutlich zu machen, dass wir Niedersachsen dahinterstehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung von Dirk Toepffer [CDU])

Mit diesem, ich nenne es mal: bislang noch fehlendem Puzzleteil einer Regelabfrage wären die Waffenbehörden in den Kommunen besser in der Lage, im Sinne einer wehrhaften Demokratie all denen die Waffenberechtigungsscheine abzunehmen, die eine Bedrohung darstellen. Der Bundesrat sah das mehrheitlich so und beschloss dies.

Neben diesem niedersächsischen beharrlichen Einsatz für die Gesetzesänderung - das konnten wir alle der noch fast druckfrischen Erklärung der Innenminister und -senatoren von letzter Woche entnehmen - werden die darüber hinausgehenden Bundesvorhaben in Bezug auf Beschaffung von Waffen und Sprengstoffen für terroristische und kriminelle Zwecke, bessere Nachverfolgbarkeit von Waffen- und Waffenteilen, aber auch das Verbot großer Magazine sehr begrüßt.

Zu Recht ist so einiges in der Mache. Auch die jüngsten Äußerungen des Bundesinnenministers lassen hoffen. Meine Fraktion und ich sind recht zuversichtlich, dass der Bund das Gesetz im Sinne von uns allen hoffentlich bald ändert. Wie jüngst zu hören war, verfolgt Bundesjustizministerin Lambrecht eine Verschärfung des Waffenrechtes in diesem Bereich - richtigerweise.

Eines möchte ich zum Schluss festhalten: An Niedersachsen scheitert und scheiterte es nicht, die Gesetzesgrundlagen so zu gestalten, dass erkann-

te Rechtsextremisten entwaffnet werden können. Lassen Sie uns alle gemeinsam daran arbeiten!

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Vielen Dank, Herr Kurku. - Für die AfD-Fraktion erhält nun der Abgeordnete Wichmann das Wort.

Klaus Wichmann (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Grüne! Immer wenn irgendwo eine aufsehenerregende Straftat mit Schusswaffen begangen wird, fordern die Grünen eine Verschärfung des Waffenrechts. Nur leider, immer wenn die Grünen über Waffen reden, fühlt es sich so an, als ob die SPD über gesunde Finanzen spricht. Das passt irgendwie nicht zusammen.

(Beifall bei der AfD - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das ist völlig absurd!)

Liebe Grüne, wir können uns gerne darüber streiten, ob man gewaltbereiten Gefährdern das Recht absprechen soll oder sogar muss, Schusswaffen legal zu erwerben. Wir können das auch mit Blick auf Extremisten - also die Stufe darunter - diskutieren.

Bei diesen Fragen kommt zwangsläufig immer der Verfassungsschutz ins Spiel. Da sehe ich das erste Problem, das erste rechtsstaatliche Problem.

(Ulrich Watermann [SPD]: Das glaube ich nicht!)

Denn über Verfassungsfeindlichkeit entscheiden in einem Rechtsstaat nicht Behörden, sondern Gerichte. Aber auch darüber könnte man selbstverständlich reden. Irgendwie bekommen wir da selbst zwischen AfD und Grünen einen Minimalkonsens hin.

(Widerspruch bei den GRÜNEN - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Aber was überhaupt nicht geht, ist die Forderung, ausschließlich Rechtsextremisten den Zugang zu legalen Waffen nicht zu ermöglichen. Was ist das denn bitte für eine Forderung? - Sie geben hier vor, dass Sie potenzielle Opfer schützen wollen, und dann differenzieren Sie bei der politischen Ausrichtung des jeweiligen Extremisten? Ist das

wirklich Ihr Ernst? Gibt es bei Ihnen also Opfer der ersten und der zweiten Klasse?

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das ist doch Ihre Denke und nicht unsere! Das ist abwegig! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Dann meinen Sie noch nicht einmal wirklichen Opferschutz. Sie sprechen davon, Demokraten zu schützen.

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Einen kleinen Moment, Herr Wichmann! - Liebe Kolleginnen und Kollegen, es müsste etwas leiser werden.

Klaus Wichmann (AfD):

Lesen Sie einmal Ihren eigenen Antrag! Da sprechen Sie davon, Demokraten zu schützen. Sie selbst sind doch die Ersten, die dies Menschen absprechen: Das sind doch keine Demokraten, wir sind die demokratischen Parteien! - Wie passt das denn mit Ihrem Antrag zusammen, dass eines der Opfer von Halle wohl eher Sympathien für den rechten Rand des Meinungsspektrums hatte? Gilt solchen Opfern Ihr Antrag dann nicht? - Dafür nehmen Sie dann auch noch in Kauf, pauschal eine Verschärfung des Waffenrechts zu fordern und damit völlig unbescholtene Bürger zu verunsichern.

(Anja Piel [GRÜNE]: Ist das Ihr Versuch, Halle kleinzureden, Herr Wichmann? - Unruhe)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Einen kleinen Moment, bitte, Herr Kollege Wichmann! - Liebe Kolleginnen und Kollegen, man hat Ihnen bei Ihren Beiträgen zugehört, und jetzt wird erwartet, dass es etwas leiser ist, damit Herr Wichmann zu Ende ausführen kann.

(Beifall bei der AfD - Eva Viehoff [GRÜNE]: Das ist aber schwer!)

Klaus Wichmann (AfD):

Sie nehmen mit einer solchen pauschalen Forderung in Kauf, völlig unbescholtene Bürger zu verunsichern.

(Anja Piel [GRÜNE]: In Halle sind unbescholtene Bürger gestorben! - Wei-

tere Zurufe - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Das müssen Sie einfach ein bisschen mehr spezifizieren. Zehntausende von Sportschützen - viele, viele Reservisten darunter, Säulen der Gesellschaft -, Zehntausende von Jägern, also aktive Naturschützer, wollen Sie schon wieder in kollektive Geiselhaft nehmen, auch wenn das hier bestritten wird.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht! - Anja Piel [GRÜNE]: Das haben Sie völlig missverstanden!)

Fangen wir doch einmal an zu untersuchen. Sie stellen sie alle unter einen Generalverdacht.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht! - Anja Piel [GRÜNE]: So ein Unfug! - Unruhe)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Frau Kollegin Hamburg, Sie können sich gleich noch melden, und Frau Piel, ich bitte darum, dass es jetzt etwas leiser wird.

Klaus Wichmann (AfD):

Wer ist denn dann Extremist, wenn Sie sich hier durchsetzen? Muss ein Sportschütze oder Jäger dann aufpassen, was er noch sagen darf?

(Anja Piel [GRÜNE]: Das müssen wir Ihnen doch nicht beantworten! Sie kennen doch genügend!)

Und wann muss er Angst haben, dass ihn die Grünen in die Mangel nehmen?

(Anja Piel [GRÜNE]: Was ist das denn für eine Frage? - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wann muss er Angst haben, dass ein Landesamt für Verfassungsschutz z. B. die Bevölkerung aufruft, Verdächtige zu melden? So ist es gerade erst in Bremen geschehen.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Dazu gibt es Rechtsprechung! Sie sind doch Jurist! - Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Herr Kollege Wichmann, wir werden Ihre Redezeit verlängern müssen, wenn jetzt nicht gleich Ruhe einkehrt.

Klaus Wichmann (AfD):

Dabei hat das Land Bremen bei 680 000 Einwohnern laut eigenen Auskünften etwa vier rechtsextreme Gefährder. Von ihnen sind derzeit alle in Haft.

(Anja Piel [GRÜNE]: Zum Glück! Leider ist das nicht überall so!)

Aber mal eben einen Aufruf zur Denunziation starten, und zwar nicht, um Terrorismus zu melden dafür hätte ich großes Verständnis - oder meinetwegen auch Gefährder zu melden - auch dafür hätte ich großes Verständnis -, sondern Extremisten! Wer kann das denn bitte definieren? Können Sie es mir aus dem Stegreif definieren, was der Verfassungsschutz dazu sagt? - Das können Sie nämlich nicht.

(Eva Viehoff [GRÜNE]: Dass Sie das nicht können, ist klar! - Anja Piel [GRÜNE]: Das müssen wir nicht im Parlament klären! Das klärt der Verfassungsschutz! - Weitere Zurufe - Unruhe)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Piel! Ich bitte doch sehr darum, dass die verbleibenden zwei Minuten Redezeit jetzt noch in Ruhe zu Ende gebracht werden können. Dann können Sie sich ja noch einmal zu Wort melden. - Vielen Dank.

Klaus Wichmann (AfD):

Im Übrigen: Der Verfassungsschutz kann bereits jetzt auf die Daten im nationalen Waffenregister zugreifen und so jedenfalls mitwirken, Extremisten den Zugang zu legalen Schusswaffen gezielt zu verwehren. Sollte es bei der Informationsübermittlung Hindernisse geben, wären wir selbstverständlich wiederum für Kompromisse offen.

Aber diesen Antrag dann unter Bezugnahme auf Halle zu stellen - da frage ich mich wirklich: Für wie blöd halten Sie eigentlich die Menschen?

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Wir haben das gar nicht auf Halle bezogen!)

Der Täter von Halle hat sich bei seinem Verbrechen ausschließlich selbstgebauter Waffen bedient. Er hat also keine legalen Waffen benutzt, noch nicht einmal klassische illegale.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Wir reden gar nicht von Halle! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Er hat sie in einem 3-D-Drucker ausgedruckt. Was wollen Sie dagegen tun? - Das meine ich nicht polemisch. Was wollen Sie dagegen tun?

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das ist eine andere Frage!)

Das ist nämlich wirklich ein Problem dieser Gesellschaft. Wollen Sie ein nationales 3-D-Drucker-Register einrichten? Wollen Sie vielleicht 3-D-Drucker nur noch nach Genehmigung und Gesinnungsprüfung ausgeben? - Sie erwähnen aber diese Tatsache nicht einmal angemessen.

Kurt Schumacher hat einmal gesagt: Politik fängt an mit der Betrachtung der Realität. - Das haben Sie hier nicht getan. Nein, Sie erweisen jedenfalls mit dem Titel Ihrer Aktuellen Stunde durch Ihre Verkürzung dem Kampf gegen den Extremismus einen Bärendienst.

(Anja Piel [GRÜNE]: Das entscheiden zum Glück nicht Sie, Herr Wichmann!)

Ihr Antrag ist auch sachfremd, populistisch und verantwortungslos. Sie spalten, statt da zu einen, wo ein Minimalkonsens tatsächlich möglich wäre. Sie haben nichts Besseres zu tun, als unbescholtene Bürger zu verunsichern.

(Anja Piel [GRÜNE]: Wenn Ihnen das unangenehm ist, dann tut uns das leid! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wenn Sie das vorhatten - bravo! Das ist Ihnen gelungen.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke, Herr Wichmann. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn man nicht einer Meinung ist, müsste es dennoch auch bei den Redebeiträgen grundsätzlich etwas leiser sein.

(Eva Viehoff [GRÜNE]: Das fällt aber echt schwer!)

Wir haben jetzt als letzte Wortmeldung zum Punkt c die Meldung unseres Innenministers Herrn Boris Pistorius.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sprechen auch heute wieder viel über die Bekämpfung des Rechtsextremismus, und das ist richtig so. Ich habe in den vergangenen fast sieben Jahren als Innenminister allerdings auch eine Erfahrung gemacht: Man konnte in Deutschland und auch in Niedersachsen lange nicht nur über den Rechtsextremismus reden, ohne dass gleichzeitig reflexhaft gefordert wurde, doch bitte schön auch immer über alle anderen Formen des Extremismus zu sprechen, und zwar in der gleichen Tonlage und mit der gleichen Schärfe. Reflexartig wurde das immer wieder gefordert, in den letzten Jahren natürlich auch immer von der AfD.

Ich habe nie einen Zweifel daran gelassen: Wir gehen gegen jede Form des Extremismus konsequent vor, und zwar gemeinsam mit allen Behörden. Das kann niemand bestreiten. Richtig ist allerdings auch, meine Damen und Herren: Die verschiedenen Formen des Extremismus treten nun einmal teils sehr unterschiedlich in Erscheinung, sowohl in der Art und Weise der Radikalisierung nach innen, aber auch gerade in ihrem Auftreten und ihrer Gefährdung, die von ihnen ausgeht, nach außen.

Ich sage es Ihnen noch einmal: Ich nehme alle Formen des Extremismus vor diesem Hintergrund sehr ernst. Gerade deshalb halte ich es für wichtig, sie auch gesondert zu betrachten und zu behandeln. Schon mit meinem Amtsantritt 2013 habe ich deshalb auch ein eigenes Referat zu Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus eingerichtet.

Der Rechtsextremismus - wir haben es in den letzten Wochen und Monaten gehört und diskutiert dringt dynamisch in die Mitte der Gesellschaft vor und ist dabei, unsere demokratische plurale Gesellschaft in unvergleichlicher Weise zu vergiften. Das ist eine völlig andere Bedrohung als die, womit wir es an anderer Stelle zu tun haben.

Meine Damen und Herren, ich habe auch mehrfach deutlich gesagt: Es ist vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen der letzten Jahreeigentlich muss man sogar sagen: zehn Jahre und mehr - absolut nicht hinnehmbar, wenn Rechtsextremisten ganz legal Waffen besitzen dürfen. Mir ist schleierhaft, wie man darüber überhaupt nur unterschiedlicher Auffassung sein kann.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wer unsere Gesellschaft bedroht und wer sie abschaffen will, der darf sich nicht bewaffnen und schon gar nicht legal. Mit Blick auf die laxen Waffengesetze in den USA schütteln viele, wie ich finde, mit Recht den Kopf. Das ist mehr als berechtigt.

Wir müssen aber auch bei uns in Deutschland bestehende Sicherheitslücken schließen, gerade mit Blick auf die hohe Gewaltbereitschaft und die große Waffenaffinität der rechtsextremistischen Szene. Ende 2016 hatte ich die niedersächsischen Waffenbehörden angewiesen, bei Reichsbürgern regelmäßig von einer Unzuverlässigkeit im Sinne des Waffenrechts auszugehen. Gemeinsam mit den Waffenbehörden konnten wir so die waffenrechtlichen Erlaubnisse von 60 Reichsbürgern widerrufen. Rund 100 Waffen wurden eingezogen und unbrauchbar gemacht.

Meine Damen und Herren, Waffen gehören nicht in die Hände von Rechtsextremisten, Nationalisten und Verfassungsfeinden. Hier kommt es nun einmal auf die Waffenbehörden an.

Sehr geehrter Herr Wichmann, ich will es Ihnen noch einmal erklären: Das Landesamt für Verfassungsschutz ist eine Fachbehörde, die aber nicht entscheidet, ob Sie oder irgendjemand anders einen Waffenschein bekommt. Sie entscheidet auch nicht, ob irgendjemand einen Jagdschein oder eine Waffenerlaubnis bekommt. Sie stellt lediglich auf Anfrage fest, wenn die gesetzlichen Grundlagen da sind, ob jemand unter den Aspekten des Verfassungsschutzes als gefährlich und extrem einzustufen ist. Wenn Sie dann die Waffenerlaubnis nicht bekommen, Herr Wichmann, dann können Sie zu Gericht gehen und dagegen klagen. So ist das in einem funktionierenden Rechtsstaat. Das entscheidet weder das Verfassungsschutzamt noch der Innenminister, sondern am Ende ein Gericht, wenn Sie mit einer Entscheidung nicht einverstanden sind.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Niemand fordert, dass nur Rechtsextremisten die Waffen entzogen oder verweigert werden sollen. Das gilt selbstverständlich für den gesamten Extremismus.

Ich sage Ihnen auch noch etwas, das erkläre ich Ihnen auch gerne: Ein Waffengesetz - in diesem Fall noch dazu ein Bundesgesetz - wird nicht unterscheiden

(Klaus Wichmann [AfD]: Das ist ja wohl eine Selbstverständlichkeit!)

- genau, das ist eine Selbstverständlichkeit -, ob es ein linker, rechter oder islamistischer Terrorist ist, sondern wer bei einer Regelanfrage die Voraussetzung erfüllt, dass etwas gegen ihn vorliegt, dem wird die Zuverlässigkeit nicht zugestanden, und der wird keine Waffe bekommen. So einfach ist das geregelt.

Ich weiß, wie der Verfassungsschutz heute arbeitet. Er arbeitet sehr gut und sehr fachlich orientiert. Ich weiß allerdings auch - das macht mir Sorge, wenn ich daran denke; aber es ist ja noch nicht so weit, oder, besser gesagt, hoffentlich wird es nie dazu kommen -, wie der Verfassungsschutz arbeiten würde, wenn Sie das Sagen hätten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der CDU - Klaus Wichmann [AfD]: Ich glaube, er würde noch besser arbeiten!)

Meine Damen und Herren, häufig haben die Waffenbehörden, wenn es um die Erteilung solcher Erlaubnisse geht, nicht die erforderlichen Erkenntnisse, um aktiv zu werden. Auf meine Initiative hin hat sich Niedersachsen deshalb auch im Rahmen der IMK mit Nachdruck für die Einführung einer sogenannten Regelanfrage eingesetzt. Die Verfassungsschutzämter haben Informationen, die die Waffenbehörden bei der Überprüfung der waffenrechtlichen Zuverlässigkeit von Rechtsextremen dringend brauchen.

Bereits Anfang 2018 haben wir eine entsprechende Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, die dort auch beschlossen wurde. Der Bundestag, meine Damen und Herren, hat diese Initiative wegen der ablehnenden Haltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion leider viel zu lange nicht aufgegriffen. Das muss man leider dazusagen.

Beim Sondertreffen der Innenminister und -senatoren am vergangenen Freitag hat dann der Bundesinnenminister zu meiner großen Freude mitgeteilt, dass er davon ausgeht, dass die Union das jetzt in den Gesetzesberatungen zum Waffenrecht im Bundestag einbringen wird. Ich bin sehr froh darüber, aber ich sage auch: Warum muss das so lange dauern, meine Damen und Herren?

Es ist gut, dass jetzt endlich Bewegung in die Sache kommt. Der dringende Handlungsbedarf wird jetzt endlich auch bei der Unionsfraktion in Berlin

erkannt. Das begrüße ich sehr. Denn wir müssen aus den Informationen, die wir über Extremisten erhalten, dann auch die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Sofern es rechtlich irgend möglich ist, müssen Personen, die das Grundgesetz und seine Werte ablehnen, die Waffen entzogen werden, und sie dürfen gar nicht erst welche bekommen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Bundestag und der Bund müssen deshalb dringend prüfen, wie zeitgemäß die aktuellen Regelungen noch sind und ob die hohen Hürden, die das Waffenrecht hier stellt, gesenkt werden müssen. Man muss auch darüber nachdenken, ob auch Bestandteile, die zu Waffen zusammengesetzt werden können, unter eine solche Erlaubnis gestellt werden müssen oder aus dem freien Handel gehen müssen. Darüber wird man diskutieren müssen, weil völlig richtig ist: Die Herstellung und Verwendung von Waffen haben sich geändert.

Das gilt für die Frage der Waffenerlaubnis und erst recht für die Frage, ob jemand Mitglied in einer verfassungsfeindlichen Vereinigung ist. Hierzu gibt es bereits einen entsprechenden IMK-Beschluss. Den gilt es jetzt auch beim Waffenrecht umzusetzen. Wir dürfen nicht zuschauen, wenn Hass und Gewalt sich bahnbrechen.

Meine Damen und Herren, fast genau auf den Tag vor 50 Jahren wurde Willy Brandt, ein glühender Verfechter der Demokratie, zum Bundeskanzler gewählt - ein Mann mit klaren Vorstellungen von Recht und Gerechtigkeit. Willy Brandt hat einmal gesagt: "Wer Unrecht lange geschehen lässt, bahnt dem nächsten den Weg." Das, meine Damen und Herren, gilt bis heute. Es ist die Aufgabe von uns allen, Politik, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft, Rechtsextremismus und Hass entschlossen entgegenzutreten. Der Rechtsstaat ist wehrhaft, und das muss er jeden Tag gegenüber seinen Feinden unmissverständlich deutlich machen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Vielen Dank, Herr Minister. - Zu Punkt 20 c liegen uns jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Stunde für diesen Tagungsabschnitt beendet.

Wir kommen somit zu dem

Tagesordnungspunkt 21: **Dringliche Anfragen**

Es liegen drei Dringliche Anfragen vor. Die für die Behandlung Dringlicher Anfragen geltenden Geschäftsordnungsbestimmungen setze ich als allgemein bekannt voraus.

Ich weise, wie üblich, besonders darauf hin, dass einleitende Bemerkungen zu den Zusatzfragen nicht zulässig sind.

Um dem Präsidium den Überblick zu erleichtern, bitte ich, dass Sie sich schriftlich zu Wort melden, wenn Sie eine Zusatzfrage stellen möchten.

Wir beginnen mit dem Punkt

a) Studierende in Niedersachsen, zeltet ihr noch, oder wohnt ihr schon? - Wie will die Landesregierung mehr studentischen Wohnraum schaffen? - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4897

Zur Einbringung hat sich die Kollegin Eva Viehoff gemeldet.

Eva Viehoff (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Hochschulstädte sind stark nachgefragte Wohnorte. Zusammen mit den Rekordzahlen neuer Studierender stellt das für viele Hochschulstädte große Herausforderungen dar. Nicht nur München, Stuttgart, Frankfurt, Köln oder Hamburg melden Knappheit an bezahlbarem Wohnraum und Wartelisten für Zimmer in Studierendenwohnheimen, sondern auch Niedersachsen. Die Mieten steigen dabei nicht nur in Metropolen, sondern auch flächendeckend. Auf den angespannten Wohnungsmärkten konkurrieren Studierende oft mit anderen einkommensschwachen Haushalten. In Hochschulstädten werden auf dem freien Markt für kleine Wohnungen inzwischen im bundesweiten Durchschnitt über 400 Euro gezahlt - und damit deutlich mehr als die 325 Euro, die im BAföG pauschal für das Wohnen gewährt werden. Den Studierenden bleibt somit immer weniger Geld zum Leben.

Verschärfend kommt ein Allzeittief bei den Wohnheimplätzen hinzu. So stehen in Niedersachsen für 9,41 % der Studierenden Wohnheimplätze zur Verfügung - die preisgünstigste Wohnform nach dem Elternhaus. Seit 2005 hat die Zahl der Studierenden in Deutschland um 45 % zugenommen, die Zahl der öffentlich geförderten Wohnheimplätze stieg hingegen nur um rund 8,5 %. Die Vertretungen der Studierenden machen seit Jahren auf die Notwendigkeit von mehr bezahlbarem Wohnraum für Studentinnen und Studenten aufmerksam. "Bezahlbarer Wohnraum in Hochschulnähe ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein gutes und erfolgreiches Studium", schrieb die LandesAsten-Konferenz Niedersachsen am 21. Dezember 2018 in einem offenen Brief an Minister Thümler und das Ministerium für Wissenschaft und Kultur.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

- 1. In wie vielen niedersächsischen Hochschulstädten gibt es Notschlafstellen für Studierende?
- 2. Hält die Landesregierung die geplante Finanzhilfevereinbarung, die den bisherigen Mittelansatz von insgesamt 16,3 Millionen Euro jährlich für die Studierendenwerke bis einschließlich 2022 garantieren soll, für ausreichend?
- 3. Wie häufig hat Minister Thümler seit seinem Amtsantritt mit der LandesAstenKonferenz Niedersachsen gesprochen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Landesregierung hat sich der Wissenschaftsminister, Herr Thümler, zu Wort gemeldet.

Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Anstieg der Studierendenzahlen in Niedersachsen ist in erster Linie ein Beweis für die Attraktivität des Studienstandortes Niedersachsen. Gleichwohl ist der Landesregierung die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt sehr bewusst. Die aktuelle Situation wurde dabei nicht in erster Linie durch die steigenden Studierendenzahlen ausgelöst, sondern durch einen insgesamt steigenden Bedarf an Wohnraum in allen deutschen Ballungszentren. Dabei konkurrieren Studierende mit anderen Bevölkerungsgruppen.

Daher haben wir bereits Maßnahmen ergriffen, um mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende zu schaffen. Nach 3,5 Millionen Euro in 2017 haben wir 2018 im Etat des Wissenschaftsministeriums zusätzlich 8 Millionen Euro zur gezielten Schaffung von zusätzlichen Wohnheimplätzen bereitgestellt. Damit konnte für 509 neue Wohnheimplätze eine Zuschussförderung für die Studentenwerke zur Verfügung gestellt werden. Viele dieser Wohnheimplätze befinden sich derzeit noch im Bau.

Darüber hinaus stehen den Studentenwerken auf Antrag zwischenzeitlich auch Mittel des Wohnraumförderfonds für die Errichtung zusätzlicher Wohnplätze zur Verfügung. Im aktuellen Wohnraumförderprogramm des Landes ist die Förderung von Wohnheimplätzen für Studierende daraus ausdrücklich vorgesehen. Das Niedersächsische Wohnraumfördergesetz wird ebenfalls entsprechend angepasst. Allein im Jahre 2018 hat die NBank, die den Wohnraumförderfonds verwaltet, rund 38,3 Millionen Euro an zinslosen Darlehen für Wohnraum für Studierende an die Studentenwerke bewilligt; bis Oktober 2019 waren es weitere 18,273 Millionen Euro. Zudem hat der Landtag auf Vorschlag der Landesregierung noch vor der Sommerpause entschieden, dass aus einem Haushaltsüberschuss des Jahres 2018 die Summe von 400 Millionen Euro für die zusätzliche Wohnraumförderung bereitzustellen ist.

Zu den Fragen im Einzelnen:

Zu Frage 1: Mit Ausnahme des Studentenwerks Osnabrück bieten alle niedersächsischen Studentenwerke zu Beginn des Wintersemesters vorübergehende Schlafplätze für Studierende an - das Studentenwerk Göttingen 20 Doppelzimmer in einem Hotel, 5 Euro pro Nacht ohne Frühstück; das Studentenwerk Hannover 25 Schlafplätze im Schwesternhaus Hannover, einem studentisch selbstverwalteten Wohnhaus, ebenfalls 5 Euro pro Nacht; das Studentenwerk Oldenburg zehn Schlafplätze im Gemeinschaftsraum eines Wohnhauses sowie drei Gästezimmer; das Studentenwerk OstNiedersachsen sechs Schlafplätze in Braunschweig.

Diese Angebote werden jedoch unterschiedlich nachgefragt. Während das Angebot des Studentenwerks Göttingen seit 2015 je Wintersemester von 57 bis 78 Personen genutzt worden ist, wurde ein weiteres Angebot des Studentenwerks Hannover von zehn Schlafplätzen mangels Nachfrage eingestellt. Die Angebote der anderen Studentenwerke werden deren Angaben zufolge sporadisch

genutzt. Es handelt sich folglich allein um vorübergehende Hilfestellungen.

Zu Frage 2: In diesem Monat hat das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur mit den niedersächsischen Studentenwerken eine Finanzhilfevereinbarung für die Jahre 2019 bis 2022 abgeschlossen. Darin wird den Studentenwerken die Höhe der bisherigen jährlichen Finanzhilfe von 16,3 Millionen Euro bis einschließlich 2022 garantiert. Das gibt den Studentenwerken die nötige Planungssicherheit.

Die Finanzhilfe des Landes an die Studentenwerke ist keine Bedarfsfinanzierung, sondern eine staatliche Grundfinanzierung neben anderen Einnahmequellen der nach kaufmännischen Grundsätzen wirtschaftenden Studentenwerke. Mit einem durchschnittlichen Anteil von rund 11 % an den Einnahmen der Studentenwerke liegt Niedersachsens Finanzhilfe deutlich über dem Bundesdurchschnitt der Landeszuschüsse von 9,1 %. Ferner erstattet das Land den Studentenwerken ihre Aufwendungen für die Förderungsverwaltung; Stichwort BAföG. 2018 waren das rund 10,5 Millionen Euro.

Zu Frage 3: Auf den direkten Austausch mit den Studierenden habe ich persönlich sehr viel Wert gelegt. Beispielsweise habe ich im Rahmen der Antrittsbesuche an den niedersächsischen Hochschulen immer darum gebeten, den direkten Dialog mit Studierenden und auch ASten-Vertretern zu führen. Diese Gespräche werden gelegentlich auch in Ortsterminen, wenn sich das jetzt ergibt, weiter fortgesetzt. Zum Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Studierendenschaften habe ich auch eine Vertretung der LandesAstenKonferenz eingeladen. Dieses Gespräch fand am 30. Mai 2018 auf meine Einladung im Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur statt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die erste Zusatzfrage für Bündnis 90/Die Grünen stellt die Kollegin Eva Viehoff.

Eva Viehoff (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Welche weiteren Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um die Wohnraumsituation der Studie-

renden in den Hochschul- und Universitätsstädten Niedersachsens zu verbessern?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Herr Minister Thümler antwortet.

Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Viehoff, wie ich gerade angedeutet habe, sind wir uns in Abstimmung mit dem Umweltministerium, das für den Baubereich zuständig ist, einig geworden, dass studentisches Wohnen nicht isoliert betrachtet werden soll, weil eine Entlastung am Wohnmarkt nur dann entsteht, wenn man sozialen Wohnungsbau insgesamt wieder stärker betont. Insofern ist studentisches Wohnen im Grunde genommen auch unter sozialem Wohnungsbau zu verorten. Deswegen haben wir auch die Maßnahme umgesetzt, dass aus dem Wohnraumförderfonds Mittel zur Verfügung gestellt werden, die den Studentenwerken als zinslose Darlehen gewährt werden. Sie werden sehr gut nachgefragt; ich habe die Zahlen gerade vorgetragen.

Darüber hinaus ist der Wohnungsmarkt leider so, wie er ist. Sie können hier in der Stadt Hannover, aber auch an anderen Orten durchaus sehen, dass es viele Menschen gibt, die verzweifelt Wohnraum zu bezahlbaren Preisen suchen. Bei uns ist das zusätzliche Problem, dass die Studentenwohnheime möglichst in der Nähe des Campus sein sollen. Das lässt sich nicht immer realisieren. Erstens stehen schon Gebäude da, zweitens sind manche Flächen nicht bebaubar, und drittens sind natürlich die Preise gerade in einer Innenstadtlage deutlich überteuert. Deswegen muss man in Zukunft auch darüber nachdenken, weiter von den Einrichtungen wegzugehen. Das wird wieder andere Fragen nach sich ziehen.

Aber zunächst einmal ist es wichtig, dass wir eine gute Versorgung haben. Da wir es im Wohnraumförderfonds zusammenfassen, müssen wir hier keine Trennung vornehmen. Damit ist studentisches Wohnen kein sozusagen negativer Mitbewerber auf dem Wohnungsmarkt. Mit der Zusammenfassung im Wohnraumförderfonds wollen wir positive Synergieeffekte fördern.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Vielen Dank. - Für die FDP-Fraktion stellt nun die Kollegin Susanne Schütz eine Zusatzfrage.

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich frage die Landesregierung vor dem Hintergrund der Steigerung der Baupreise und den Rücklagen, die Studentenwerke vielleicht haben, wie die Landesregierung zum Thema "Sanierungsstau bei den Wohnungen der Studentenwerke" steht.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke sehr. - Der Minister wird antworten.

Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Schütz, die Studentenwerke sind kostenrechnende Einheiten. Sie müssen das, was sie erwirtschaften, in der Bilanz abbilden und müssen eben auch für ihre Studentenwohnheime Rückstellungen bilden, die dann sozusagen wieder in die Sanierung einfließen.

Zum Teil sind die Sanierungskosten allerdings höher als die Rückstellungen; das weisen die allgemeinen Kostensteigerungen auch klar aus. Daher nehmen die Studentenwerke auch sehr viele Kredite auf, um diesem Sanierungsstau zu begegnen. Dieses Kreditvolumen beläuft sich auf eine Größenordnung von 70 bis 80 Millionen Euro. Den genauen Wert schaue ich gleich noch nach - das steht auf einer anderen Liste - und liefere ihn gegebenenfalls gerne nach.

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke sehr. - Eine weitere Zusatzfrage stellt die Kollegin Schütz für die FDP-Fraktion.

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Danke, Frau Präsidentin. - Wie beurteilt die Landesregierung die Aussichten von ausländischen Studierenden auf dem Wohnungsmarkt in unseren Universitäts- und Hochschulstädten?

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Der Minister antwortet.

Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Frau Schütz, zunächst noch einmal zu Ihrer ersten Frage: Es sind exakt 71 Millionen Euro.

Ausländische Studierende haben es am deutschen Wohnungsmarkt noch etwas schwerer, weil sie aus dem Ausland heraus versuchen müssen, Wohnraum zu bekommen. Deswegen werden in den Studentenwohnheimen auch viele ausländische Studierende untergebracht - allerdings nicht überproportional viele.

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt macht die Wohnraumbeschaffung schwierig. Das gilt für inländische wie für ausländische Studierende gleichermaßen und im Übrigen auch für Studierende aus anderen Bundesländern. Die Hilfestellung kann darin bestehen, weitere Wohnheimplätze zu schaffen - so wie wir es über die Wohnraumförderprogramme des Landes machen; das habe ich gerade ja dargestellt. Von daher läuft das, wie ich finde, schon in eine ganz gute Richtung.

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke vielmals. - Die Kollegin Schütz stellt eine weitere Frage für die FDP-Fraktion.

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Danke schön, Frau Präsidentin. - Wie steht die Landesregierung zu der Notwendigkeit, beim Bau von Studentenwohnheimen eine größere Zahl von Pkw-Stellplätzen bereitstellen zu müssen?

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke vielmals. - Herr Minister wird die Frage fachkundig beantworten.

Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Der Landesbauminister wies gerade darauf hin, dass das Mobilitätskonzept der Zukunft darin besteht, mehr Rad zu fahren. Das sei auch gesünder. Deswegen werde das Pkw-Stellplatzmodell überbewertet. - Spaß beiseite! Natürlich ist das eine Herausforderung, weil es eben zusätzlich zu einer Problemlage führt, wenn Studierende mit Autos anreisen.

(Zuruf von Helge Limburg [GRÜNE])

- Bitte?

(Helge Limburg [GRÜNE]: Ich fand, es wurde gerade richtig gut, Herr Minister! Machen Sie ruhig weiter so!)

- Ich will ja auch auf die Frage antworten.

Natürlich ist das eine Herausforderung. Ich glaube, dass wir bei neuen Verkehrsmodellen vielleicht auch dazu kommen müssen, den Pkw-Individualverkehr etwas einzuschränken und man das Auto möglicherweise außerhalb einer bestimmten Ballungsintensität stehenlassen und auf öffentliche Verkehrsträger umsteigen sollte.

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön, Herr Minister. - Eine weitere Zusatzfrage für Bündnis 90/Die Grünen stellt die Kollegin Eva Viehoff.

Eva Viehoff (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass die Abiturientinnen und Abiturienten ja nicht vom Himmel fallen, frage ich die Landesregierung, inwieweit sie anhand der zu erwartenden Zahl von Abiturientinnen und Abiturienten die dann benötigten Wohnheimplätze in niedersächsischen Universitätsstädten und Hochschulstandorten zukunftsfähig plant.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke sehr. - Der Herr Minister antwortet.

Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Viehoff, ich glaube, dass die Schere zwischen der Zahl der Studierenden und der Zahl der Wohnheimplätze immer größer wird, eben weil es mehr Studierende geben wird und die Wohnheimplätze nicht in gleicher Intensität nachwachsen können. Das hat etwas mit Kosten zu tun, aber das hat vor allen Dingen auch etwas mit Bauplätzen zu tun, die man finden muss, um Wohnheime überhaupt realisieren zu können. Die statistischen Daten der letzten Jahre zeigen, dass das Verhältnis von Studierenden zu Wohnheimplätzen immer schlechter wird.

Aber man sollte sich nicht auf irgendwelche Fixdaten festlegen und z.B. sagen, wir müssen 10 % erreichen. Das wird ein ewiger Kampf sein, den man nicht gewinnen können wird, eben weil die Studierendenzahlen immer weiter steigen werden

und die Wohnheimplätze nicht in der Schnelligkeit nachwachsen können. Sie müssen ja neben dem Bau, also der Ausschreibung und allem anderen, immer einen Zeitverzug von mindestens zwei Jahren einrechnen, bis so etwas fertig ist. Man arbeitet damit sozusagen einer Lage hinterher, die sich im Grunde genommen schon vorher eingestellt hat.

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön. - Frau Eva Viehoff fragt erneut für Bündnis 90/Die Grünen.

Eva Viehoff (GRÜNE):

Vor dem Hintergrund, dass absehbar ist, dass nicht genügend Wohnheimplätze zur Verfügung stehen, frage ich die Landesregierung, inwieweit sie Ausnahmeregelungen zum Wohnberechtigungsschein plant, den Studierende beibringen müssen, wenn sie Wohnraum, der aufgrund des jetzt beschlossenen Gesetzes, geschaffen wurde, nutzen wollen. Wie soll das insbesondere für Studierende geregelt werden, die aus dem Ausland kommen und in der Regel nicht länger als ein Jahr hier in Niedersachsen bzw. in Deutschland studieren?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung antwortet der Umweltminister.

Olaf Lies, Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Viehoff, wir werden in den Bewilligungsbescheiden Ausnahmen zulassen, weil es gerade für die ausländischen Studierenden unheimlich schwierig ist, das genau nachzuweisen.

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Die erste Zusatzfrage für die CDU-Fraktion stellt nun der Kollege Jörg Hillmer.

Jörg Hillmer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung: Wie viele zusätzliche öffentlich geförderte Wohnraumplätze sind in der Zeit von 2013 bis 2017 unter Ministerin Heinen-Kljajić (GRÜNE) - die sich an dieser Stelle ja mehrfach eines Zuwachses der Studentenzahlen in Niedersachsen um 18 % gerühmt hat - geschaffen worden, prozentual und absolut?

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Es antwortet Minister Thümler.

Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Hillmer, ich kann es nicht prozentual, sondern nur in absoluten Zahlen sagen. 2014 waren es 80 Plätze. 2015 waren es in Osnabrück 178, in Oldenburg 138, in Hannover 27 und in Göttingen 200 Plätze.

(Jörg Hillmer [CDU]: Ist das der Saldo oder der Zuwachs?)

- Das ist das, was an zusätzlichen Wohnheimplätzen gebaut worden ist.

(Zuruf von Jörg Hillmer [CDU])

- Das kann ich Ihnen nicht sagen, das müssen wir nachliefern.

2017 waren es 41 Plätze, 2018 waren es 491 Plätze und 2019 waren es bis jetzt, bis Oktober 2019, 298 Plätze. Die prozentual aufbereiteten Zahlen können wir noch nachliefern.

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Herzlichen Dank. - Die Kollegin Eva Viehoff stellt eine weitere Zusatzfrage für Bündnis 90/Die Grünen.

Eva Viehoff (GRÜNE):

Ich komme noch einmal auf die Gespräche mit den ASten und der LandesAstenKonferenz zurück und frage die Landesregierung, ob im Zusammenhang mit diesen Gesprächen intensiv über die Wohnraumsituation von Studierenden in Niedersachsen gesprochen wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Herzlichen Dank. - Herr Minister Thümler wird antworten.

Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Viehoff, wir haben bei dem

¹ Minister Thümler hat die Daten bei der Autorisierung der Rede wie folgt korrigiert: "2017 waren es 41 Plätze, 2018 waren es 103 Plätze, und 2019 haben wir bis jetzt, bis Oktober, Mittel für 362 Plätze zugesagt."

Gespräch mit der LandesAstenKonferenz auch über die Wohnsituation gesprochen, und das auch so, wie sie in den Gesprächen bei den ASten vor Ort nicht von den ASten angesprochen worden ist.

Wir haben auch darüber gesprochen, dass man sich Alternativmodelle überlegen sollte. Vor vielen Jahren hat ein AStA einmal das Konzept entwickelt, ein Studentenwohnheim oder ein eigenes Wohnheim über ein Genossenschaftsmodell zu bauen.

Das alles sind Dinge, über die man durchaus reden kann. Um uns damit zu beschäftigen, müssten wir aber auch einen entsprechenden Input von den ASten bekommen.

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön. - Für die CDU-Fraktion hat nun der Kollege Jörg Hillmer eine Frage.

Jörg Hillmer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung, wie sich die Rücklagen der Studentenwerke in den letzten Jahren entwickelt haben.

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke sehr. - Minister Thümler wird gleich antworten.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Es schaut so aus, als verweigert der Minister die Antwort!)

Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat keine Gründe, irgendetwas zu verweigern.

Wir können das nur pauschal sagen. Die Rücklagen sind in den letzten Jahren aufgrund der Kreditbelastung durch Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen von einem sehr hohen Niveau abgeschmolzen. Wir werden Ihnen dezidiert aufgeschlüsselt darstellen, wie hoch die Rücklagen der einzelnen Studentenwerke sind. Aber sie sind zurückgegangen. Das macht deutlich, dass die Studentenwerke das machen, was sie als Kaufleute auch machen müssen, nämlich das eigene Kapital einzusetzen, um Vermögen zu erhalten.

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Vielen Dank, Herr Minister. - Jetzt stellt die Kollegin Eva Viehoff die letzte Frage für Bündnis 90/Die Grünen.

Eva Viehoff (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich komme auf das Genossenschaftsmodell für studentisches Wohnen zurück. Ist die Landesregierung der Meinung, dass man mit dem vom BAföG gebilligten Wohnungszuschuss in Höhe von 325 Euro eine Wohnungsgenossenschaft gründen kann, mit der man dann Wohnheimplätze erstellen kann?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön. - Der Minister wird antworten.

Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Viehoff, das ist ein sehr pragmatischer Vorschlag. Wir prüfen gerne, ob das realistisch ist und ob man das mit der Summe machen kann.

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Vielen Dank, Herr Minister. - Zu dem Tagesordnungspunkt 21 a liegen nun keine Fragen mehr vor.

Wir kommen zu

 b) Soll die heimische Landwirtschaft ruiniert oder gestärkt werden? - Anfrage der Fraktion der FDP - <u>Drs. 18/4892</u>

Zur Einbringung der Frage hat sich der Kollege Hermann Grupe für die FDP-Fraktion gemeldet.

Hermann Grupe (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich verlese unsere Anfrage:

Soll die heimische Landwirtschaft ruiniert oder gestärkt werden?

Auch in Niedersachsen stehen nach einem Bericht des NDR vom 20. September 2019 immer mehr grüne Kreuze, die einen stillen Protest gegen das Agrarpaket darstellen. Am 8. Oktober machte das Landvolk Niedersachsen auf seiner Homepage darauf aufmerksam, dass das Agrarpaket tiefe Einschnitte bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, ein Insektenschutzprogramm sowie ein freiwilliges Tierwohllabel und die Umschichtung von Direktzahlungen umfasse.

Anfang September wurden in Niedersachsen die Nitrat- und die Phosphatkulissen ausgewiesen. Diese sogenannten roten Gebiete umfassen laut Umweltministerium 39 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche, obwohl laut einer Unterrichtung im Landwirtschaftsausschuss nur 16 % der Messstellen über dem Grenzwert liegen. In einem Interview am 9. Oktober 2019 mit top agrar spricht der Präsident des Landvolks Niedersachsen, Albert Schulte to Brinke, davon, dass eine pauschale Absenkung des Düngebedarfs um 20 % in den nitratsensiblen Gebieten einer Mangelernährung gleichkomme und eine Abwärtsspirale in der Ertragskraft nach sich ziehen würde.

Andererseits wurde durch eine Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage von Abgeordneten der FDP-Fraktion bekannt, dass ungeklärtes Schmutzwasser aus nicht landwirtschaftlichen Quellen in die Umwelt gelangt. Die Kanalisationen ausreichend zu dimensionieren und technisch auf den Stand der guten fachlichen Praxis zu bringen und damit zukunftsfähig hinsichtlich der Bewältigung von Starkregenereignissen zu machen oder das Regenwasser vollständig in Kläranlagen reinigen zu lassen, dürfte laut Antwort der Landesregierung "für Niedersachsen Investitionen von mehreren Milliarden Euro erfordern."

Kurz nach Bekanntwerden der Inhalte des Agrarpakets formierte sich, initiiert durch den Agrarblogger "Bauer Willi", deutschlandweit Protest durch die grünen Kreuze. Nach Aussagen der Organisatoren, die sich unter dem Namen "Land schafft Verbindung" zusammengeschlossen haben, wurden aus der landwirtschaftlichen Basis heraus deutschlandweit für den 22. Oktober Demonstrationen organisiert. Die Teilnehmer protestierten laut der Pressemitteilung von "Land schafft Verbindung" u. a. gegen das Agrarpaket, die Verschärfung der Düngeverordnung, das Mercosur-Abkommen, aber auch dagegen, dass Landwirte ständig als "Buhmann der Politik und vieler NGOs" abgestempelt würden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass die Bundesregierung für die "roten Gebiete"

eine Mangelernährung der Pflanzen vorschreiben will, indem die Düngung auf 20 % unter dem Nährstoffbedarf begrenzt wird?

- 2. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass im Agrarpaket der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Deutschland eingeschränkt werden soll, während zusätzliche Lebensmittel aus den Mercosur-Staaten importiert werden sollen, in denen gerade Dutzende bei uns verbotener Pflanzenschutzmittel neu zugelassen worden sind?
- 3. Mit welcher Rechtfertigung werden Landwirte, deren Betriebe in dem Bereich unauffälliger Brunnen liegen, trotzdem einem "roten Gebiet" zugeordnet und mit den damit verbundenen Auflagen und Einschränkungen belastet?

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön, Kollege Grupe. - Es antwortet die Landwirtschaftsministerin Frau Otte-Kinast.

Barbara Otte-Kinast, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen der FDP, bevor ich auf Ihre Fragen eingehe, gestatten Sie mir bitte eine Vorbemerkung. Ich habe Ihre Fragen intensiv gelesen und mich immer wieder gefragt, ob diese Anfrage nicht besser an die Bundesregierung oder die EU hätte gerichtet werden sollen.

(Beifall bei der CDU)

Denn Sie wissen doch ganz genau, dass die Düngevorgabe von minus 20 % von der Bundesregierung an die EU-Kommission gemeldet worden ist, dass das Mercosur-Abkommen von der EU verhandelt wurde und dass die Ausweisung der nitratsensiblen Gebiete nach den Vorgaben der bundesrechtlichen Düngeverordnung erfolgt.

(Christian Grascha [FDP]: Aber Sie sind noch nicht einflusslos!)

Natürlich stehen wir zu unseren Landwirtinnen und Landwirten. Deshalb habe ich vorgestern persönlich mit den Demonstranten hier in Hannover gesprochen und mich ihren Anliegen gestellt.

Gleichzeitig haben wir alle - um auch dies klarzustellen - Gesetze einzuhalten. Wir sind gefordert, Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Dringliche Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1: Über diese Frage haben wir, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, an dieser Stelle bereits zweimal gesprochen. Sie kennen unsere Antwort. Wir haben uns intensiv gegenüber der Bundesregierung dafür eingesetzt, dass die Düngevorgabe von minus 20 % nicht an die EU-Kommission gemeldet wird. Wir haben auch dazu Alternativen vorgeschlagen. Aber leider sind wir mit diesen Initiativen bei der Bundesregierung nicht durchgedrungen.

Zu 2: Ja, in den Ländern Südamerikas sind die Umweltauflagen in vielen Bereichen weniger hoch. Das ist aus hiesiger Sicht sehr ärgerlich, natürlich, aber deshalb das Mercosur-Abkommen gänzlich infrage zu stellen, wäre zu diesem Zeitpunkt der falsche Weg.

(Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz übernimmt den Vorsitz)

Das Abkommen bedeutet neben Marktöffnung auch eine Verständigung auf gemeinsame Werte und Regeln. Es beinhaltet Kapitel zu Umweltschutz und Arbeitnehmerrechten sowie ein Bekenntnis zum Pariser Klimaabkommen. Nach meinem Verständnis wird die Durchsetzung von weltweiten Umweltstandards durch die Einbindung der südamerikanischen Partner in ein gemeinsames Abkommen eher gestärkt als geschwächt.

Zu 3: Sie fragen nach der Rechtfertigung, mit der landwirtschaftliche Flächen einem "roten Gebiet" zugeordnet werden. - Wir haben, den rechtlichen Regelungen der Düngeverordnung entsprechend, die Gebiete abgegrenzt, in denen die erhöhten Auflagen gelten sollen. Grundlage hierbei war die Bewertung des Grundwassers nach der Wasserrahmenrichtlinie. Demnach wären 60 % der Landesfläche auszuweisen gewesen. Gemeinsam mit dem Umweltministerium haben wir entschieden, dass wir in Niedersachsen die Möglichkeit der sogenannten Binnendifferenzierung gemäß Düngeverordnung nutzen wollen. Das haben wir getan und konnten somit den Bereich, in dem ordnungsrechtliche Verschärfungen greifen, von 60 % auf 39 % der Landesfläche reduzieren. Wir halten diesen Schritt trotz des erheblichen Handlungsbedarfs für fachlich gerechtfertigt.

In der nach den Vorgaben der Düngeverordnung ermittelten binnendifferenzierten Kulisse für Niedersachsen von nunmehr 39 % befinden sich auf-

grund der Systematik natürlich nicht nur Messstellen mit Grenzwertüberschreitungen, sondern auch solche Messstellen, die eine Konzentration unterhalb der vorgegebenen Schwellenwerte für Nitrat aufweisen. Trotz dieses Umstandes lassen die Vorgaben der Düngeverordnung eine weitere Untergliederung dieser Teilkörper nicht zu. Insofern haben wir alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten genutzt, um die Wasserqualität und landwirtschaftliche Interessen gleichermaßen zu berücksichtigen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die erste Zusatzfrage für die SPD-Fraktion: der Abgeordnete Karl Heinz Hausmann. Bitte!

Karl Heinz Hausmann (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine Frage an die Landesregierung: Welche Möglichkeiten haben die Landwirtinnen und Landwirte, auf die geplante 20-%-Regelung zu reagieren?

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Frau Ministerin antwortet Ihnen.

Barbara Otte-Kinast, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landwirte können in ihren Fruchtfolgeplanungen darauf reagieren, da die Pflanzen einen unterschiedlichen Bedarf haben. Und sie können bei der Ausbringung des organischen Düngers die Effizienz steigern, damit ein hoher Stickstoffanteil auch tatsächlich im Boden aufgenommen wird, sodass dieser dann dem Pflanzenbestand zur Verfügung steht.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die erste Zusatzfrage für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: die Abgeordnete Miriam Staudte. Bitte schön!

Miriam Staudte (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Habe ich Ihre Ausführungen gerade richtig verstanden, dass die Landesregierung gar keine Probleme mit dem Mercosur-Abkommen sieht? Oder gibt es doch Zweifel? Sie haben an einer Stelle gesagt: Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es

aus Ihrer Sicht keinen Grund zu intervenieren. - Wann wäre der richtige Zeitpunkt? Vielleicht können Sie das noch einmal erläutern.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Danke Ihnen. - Die Frau Ministerin antwortet Ihnen gleich.

Barbara Otte-Kinast, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Staudte, das ist eine gute Frage. Ich stelle sie mir fast täglich, und die Antwort darauf fällt mir, wie Sie sich vorstellen können, wirklich nicht leicht. Sie fällt mir schwer; das muss ich an dieser Stelle deutlich zugeben.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Frau Ministerin, warten Sie bitte kurz! - Ich möchte die Herren Parlamentarische Geschäftsführer bitten, die Gespräche einzustellen. Ich danke Ihnen. - Bitte, Frau Ministerin!

Barbara Otte-Kinast, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ich glaube, dass die EU-Kommission die Zustimmung aller Mitgliedstaaten zu diesem Abkommen nicht ohne weitere Diskussion und auch nicht sehr schnell erreichen wird. Zu dieser Frage schlagen zwei Herzen in meiner Brust. Das gebe ich an dieser Stelle offen zu. Wenn ich aber einen rationalen Blick auf dieses Abkommen werfe, stelle ich fest, dass die jahrelangen Verhandlungen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten inzwischen zu einem sehr ausgewogenen Abkommen geführt haben. Es werden weder unsere Bauern noch der Regenwald in Brasilien durch dieses Abkommen geopfert. Das Abkommen enthält handelspolitische Schutzinstrumente.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Das sieht der Bauernverband aber anders! Es kommt doch mehr Rindfleisch nach Europa!)

Es beinhaltet angemessene Produktstandards und auch einen Bezug zu dem Pariser Klimaschutzabkommen.

Ich möchte das noch einmal deutlich machen. Wir haben eine Fridays-for-Future-Generation, die auf der Straße unterwegs ist. Deswegen finde ich es richtig und bin froh, dass das Pariser Klimaschutzabkommen auch in diesem Handelsabkommen eine große Rolle spielt. Wenn ich heute abstimmen müsste, würde ich Ja zu diesem Abkommen sagen;

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

denn es birgt weniger Risiken und mehr Chancen für Europa, Deutschland und für unsere niedersächsischen Landwirte.

(Zustimmung bei der CDU - Christian Meyer [GRÜNE]: Gegen den Bauernverband!)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Wenn wir den Antworten der Frau Ministerin folgen wollen, dann sollten sich der Geräuschpegel und die Zwischenrufe reduzieren.

Die erste Zusatzfrage aus der CDU-Fraktion: Herr Dr. Frank Schmädeke. Bitte!

Dr. Frank Schmädeke (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine Frage an die Landesregierung lautet: Was genau hat die Landesregierung unternommen, um in den "roten Gebieten" effizientere Lösungen zu finden als eine pauschale Kürzung der Stickstoffdüngung um 20 %?

Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU - Dragos Pancescu [GRÜNE]: Wie schnell wird das umgesetzt?)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank Ihnen. - Frau Ministerin antwortet.

Barbara Otte-Kinast, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Herr Dr. Schmädeke, ich selbst war in mehreren Berlin-Runden dabei. Auf Fachebene wurde erklärt, was wir in Niedersachsen Großartiges machen. Wir stellen jährlich einen Nährstoffbericht vor. Wir - das Land Niedersachen - haben neben Nordrhein-Westfalen eine Düngebehörde. Nur zwei Bundesländer in Deutschland, ja in ganz Europa, haben diese Düngebehörde. Wir haben also Transparenz in den Nährstoffströmen hier in Niedersachsen.

Genau das habe ich im März dieses Jahres der Kommission vorgestellt. Ich war mit meinem Fachmann in Brüssel. Wir haben bei der Generaldirektion Umwelt für genau diese Maßnahmen in Niedersachsen geworben. Wir haben das elektronische Meldeprogramm, unser Programm ENNI, in Brüssel und in Berlin vorgestellt.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Erfolglos!)

Wir werden dies auch weiterhin für das Monitoring, was die EU-Kommission fordert, bewerben.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Erfolglos!)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Frau Ministerin.

Herr Abgeordneter Meyer, vielleicht halten Sie sich mit Ihren Bewertungen etwas zurück. Sie können aber gerne Zusatzfragen stellen.

(Beifall bei der CDU)

Für die FDP-Fraktion stellt nun der Abgeordnete Hermann Gruppe die erste Zusatzfrage.

Hermann Grupe (FDP):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Vor dem Hintergrund, dass das Umweltbundesamt annimmt, dass 4 % unserer menschlichen Abwässer versickern was deutlich mehr ist, als überhaupt an Gülle in Deutschland anfällt; das sind nämlich 9,6 Milliarden m³ menschliche Abwässer -, was deutlich mehr ist als die 0,2 Milliarden m³ Gülle in Deutschland, wie der Bauernverband Schleswig-Holstein vorgerechnet hat, frage ich Sie, warum Sie den Fokus ausschließlich auf die Landwirtschaft richten und der Meinung sind, dass die menschlichen Abwässer, die in wesentlich höherer Menge vorkommen, keine Rolle spielen.

(Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank Ihnen. - Der Umweltminister antwortet für die Landesregierung.

Olaf Lies, Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Zahlen kenne ich jetzt nicht, aber ich kenne diese Diskussion. Bei den Diskussionen sind nicht die Kläranlagen das eigentliche Problem.

(Hermann Grupe [FDP]: Das ist das Netz!)

Die Frage ist, ob es ein Problem gibt, das dann auch bewertet werden muss. Das wird natürlich

auch immer geprüft. Die wollen natürlich auch ihre Qualität erhalten. Oder gibt es das Problem nicht?

Was meinen Sie? Meinen Sie die Kanalisation?

(Hermann Grupe [FDP]: In diesem Fall, ja!)

Oder meinen Sie die Kläranlagen, oder sprechen Sie das an, was aus den Kläranlagen herauskommt?

(Hermann Grupe [FDP]: Die Frage kommt noch!)

Es gibt ja viele spannende Berichte, die gerade im Internet kursieren.

Ich glaube, dass wir gut beraten sind, nicht den Eindruck zu erwecken, dass es besser ist, von dem eigentlichen Problem abzulenken, indem man andere Verantwortlichkeiten sucht, sondern zu akzeptieren, dass es eine Herausforderung gibt, den Wirtschaftsdünger- oder Nitrateintrag zu reduzieren, und dieses Problem anzugehen.

In der Öffentlichkeit entsteht zurzeit eine ganz andere Debatte, die von einem ganz anderen Problem als vom Düngeproblem spricht. Komischerweise sind wir die einzigen, die das haben; denn die anderen Länder haben uns ja vorgemacht, dass man das Problem mit einer Veränderung der Düngung lösen kann.

Ich will ein Beispiel nennen, weil das im Internet gerade sehr intensiv kursiert. Es sind gerade sehr viele aktiv, die meinen, dass die Mengen, die über die Kläranlagen eingebracht werden, so groß sind, dass sie quasi ein Vielfaches der Güllemengen ausmachen.

Ich möchte zunächst darauf hinweisen, über welche Größeneinheiten dabei geredet wird. Es wird oft über Liter gesprochen. In der Regel sprechen wir aber über Tonnen, also über 1 000 I, sodass gegebenenfalls durch tausend geteilt werden muss.

Ich nenne zwei Zahlen, die auch öffentlich verbreitet werden. Weil ich es für richtig halte, das zu klären, nehme ich mir auch gerne Ihre Zahlenangaben vor und liefere die Information gerne nach. Es wird gesagt, im Klärwerk Aurich und im Klärwerk Cloppenburg würden große Mengen - sie werden in Millionen Litern angegeben - eingeleitet. Umgerechnet in Tonnen Stickstoff sind es 22 t im Klärwerk Aurich und 114 t im Klärwerk Cloppenburg - von insgesamt 300 000 t, die an Wirtschaftsdünger aufgebracht werden, und 60 000 t,

die wir an Überschuss haben. Das meine ich damit.

Dafür, das ernst zu nehmen, bin ich sehr zu haben. Dafür, das differenziert zu bewerten, bin ich auch zu haben. Aber den Eindruck zu erwecken, die Nitratbelastung in unserem Grundwasser sei eigentlich überhaupt kein Problem der Landwirtschaft, wäre falsch, und eine Dimension herzustellen, dass das nur ein Bruchteil wäre, wäre auch falsch.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Richtig!)

Also: Ehrliche Betrachtung! Gerne die richtige Lösung wählen! Aber die Argumentation, die immer wieder kolportiert wird, wonach die Hauptemittenten eigentlich die nicht funktionierenden Kanalisationssysteme oder Kläranlagen seien und eigentlich die Kommunen schuld seien und sie also das eigentliche Problem seien - das wollen Sie ja auch mit Ihren Zahlen zeigen; Sie haben eben gesagt, dass es auf kommunaler Seite sogar deutlich mehr wäre -, halte ich für falsch. Das lässt sich an Zahlen belegen. - Gerne greife ich aber Ihre Zahlen auf und liefere die Information dazu selbstverständlich nach.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Minister. - Für die CDU-Fraktion: der Abgeordnete Dr. Marco Mohrmann mit der zweiten Zusatzfrage. Bitte, Herr Mohrmann!

Dr. Marco Mohrmann (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich möchte noch einmal auf das Mercosur-Abkommen zu sprechen kommen. In dem Zuge diskutieren wir logischerweise auch über den Import von Eiweißfuttermitteln und über GVO-Freiheit. In diesem Kontext frage ich die Landesregierung, ob die nationale Eiweißfuttermittelstrategie von Erfolg gekrönt ist und, wenn nicht, woran das liegen könnte.

Danke schön.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank Ihnen. - Für die Landesregierung antwortet Frau Ministerin Otte-Kinast. Bitte schön!

Barbara Otte-Kinast, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Herr Dr. Mohrmann, die Eiweißfuttermittelstrategie hat eine Förderung nach sich gezogen. Die Flächen, auf denen in Deutschland Sojaanbau erfolgt, sind von 2008 bis 2019 von 1 000 ha auf 29 100 ha ausgeweitet worden. Das heißt, wir haben eine jährliche Ernte von 60 000 t Sojabohnen in Deutschland. Importiert werden aber 6,2 Millionen t, weil der Bedarf nicht gedeckt wird. Trotz Steigerung dieses Sojabohnenanbaus ist unser Selbstversorgungsgrad mit Eiweißpflanzen in Deutschland von 40 % auf 25 % zurückgegangen. Das liegt daran, dass der Rapsanbau in Deutschland zurückgegangen ist und auch weiter zurückgehen wird.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank Ihnen! - Die zweite Zusatzfrage für die FDP-Fraktion: der Abgeordnete Hermann Grupe. Bitte schön!

Hermann Grupe (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Vor dem Hintergrund, dass wir uns offensichtlich alle einig sind, dass es uns insgesamt um die Reinhaltung des Grundwassers, des Oberflächenwassers, des Wassers generell geht und wir die Ursachen sicherlich allumfänglich unter die Lupe nehmen wollen, frage ich Sie zum landwirtschaftlichen Bereich:

Weshalb sind Sie dann nicht bereit, auf den Flächen um die Brunnen, bei denen die Grenzwerte überschritten werden - 16 % der Brunnen -, gezielt vorzugehen und zusammen mit den Landwirten Lösungen zu erarbeiten, und weshalb stellen Sie stattdessen 39 % der Landesfläche und damit, wenn man so rechnen kann, 23 % der Flächedamit auch Gebiete, wo "grüne" Brunnen sind, deren Wasser völlig in Ordnung ist und bei denen die dort wirtschaftenden Landwirte gar nicht wissen, was sie machen sollen - unter diese absolut scharfen Bedingungen einer 20-prozentigen Unterdüngung und vernichten dadurch Existenzen in Gebieten, wo das Grundwasser beste Qualität hat?

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Grupe. Auch Sie kennen die Regularien. Ihre Frage und Ihre Ausführungen enthalten ein Werturteil.

(Hermann Grupe [FDP]: Das stimmt! Das gebe ich zu!)

- Genau! Das nächste Mal vielleicht stärker beachten. Die Formulierung "Existenzen vernichten" ist eindeutig eine Wertung.

(Hermann Grupe [FDP] Ach, das meinen Sie! - Heiterkeit bei der FDP und bei der CDU)

Herr Minister Lies antwortet.

Olaf Lies, Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir müssen beachten, dass wir uns in einem Rechtsregime befinden. Wir haben nicht nur die Frage zu klären, was sinnvoll wäre, sondern wir müssen im bestehenden Rechtsregime prüfen, welche Möglichkeiten wir unterhalb der Wasserrahmenrichtlinie mit der Düngeverordnung haben.

Die Ministerin hat es gerade dargestellt: Eigentlich sind nach der Wasserrahmenrichtlinie und der 2009 gemeldeten Karte 60 % der landwirtschaftlichen Fläche rot. Ich will daran erinnern, wie das entstanden ist.

(Hermann Grupe [FDP]: Das wissen wir doch!)

- Ja, ich kann das ja verstehen.

Ich will einmal erläutern, wo das Problem liegt. Dieses Problem besteht in der Landwirtschaft übrigens auch an anderen Stellen. Ich verstehe auch die Landwirtschaft - sehr gut sogar.

Wir haben das auch bei der Ausweisung von Vogelschutz- oder FFH-Gebieten gehabt. Damals hat man Gebiete ausgewiesen und der Landwirtschaft den Eindruck vermittelt: Macht euch keine Sorgen! Alles, was wir hier machen, wird keinerlei Auswirkungen auf euer Handeln haben. - Dann hat man fälschlicherweise mit Vertragsnaturschutzverfahren gearbeitet.

Und jetzt kommt genau das, was die Landwirtschaft ärgert. Denn sie sagt: Wir haben uns auf das, was ihr uns gesagt habt, verlassen. Jetzt kommen Verordnungen mit Einschränkungen oder sogar die Diskussion über das Insektenschutzprogramm oder -gesetz, die wir auf der Bundesebene erleben.

Der Fehler ist aber nicht die Entscheidung heute. Der Fehler ist gewesen, dass man damals einfach den Eindruck vermittelt hat: Macht euch doch keine Sorgen! Das ist doch alles nicht so schlimm. Das lösen wir alles. - Das ist falsch gewesen.

Genauso verhält es sich hiermit. Hier haben wir es mit dem Regime der Wasserrahmenrichtlinie im Hintergrund zu tun. Die Wasserrahmenrichtlinie ist die Grundlage. Für diese Wasserrahmenrichtlinie gibt es einen Leitfaden - einen Leitfaden für die Bewertung des chemischen Zustands der Grundwasserkörper in Niedersachsen.

Zu seiner Anwendung sind wir verpflichtet. Es entsteht immer wieder der Eindruck, als hätten die Ministerin und ich uns ausgedacht, wie wir damit verfahren. Das ist natürlich nicht der Fall! Dieser Leitfaden ist, und zwar seit der ersten Auflage von 2009, unter Beteiligung von Vertretern des Niedersächsischen Landkreistages, der Wasserverbände, des Landvolks, des Fachverbands Feldberegnung, der Landwirtschaftskammer und eben der Institutionen in Bremen, des LBEG und des NLWKN entstanden und abgestimmt worden. Seit 2008 gehörten auch Vertreter des ML und des BUND der erweiterten Fachgruppe an. Das sind diejenigen, die diesen Leitfaden erstellt haben.

Aus diesem Leitfaden ergibt sich: 60 % der landwirtschaftlichen Fläche sind "rotes Gebiet". Und zwar wurden diese Flächen 2009 gemeldet, nicht erst gestern. Ich habe den Eindruck, dass das zwar gemeldet wurde, aber sozusagen von 2009 bis mindestens 2017, als die erste Düngeverordnung herauskam, keinerlei große Auswirkungen gehabt hat. Genau so war das.

(Zuruf von Hermann Grupe [FDP])

- Da kann man mit dem Kopf schütteln, aber im Ergebnis ist das so. Sie können sich die Werte, die wir messen, ansehen. Diese Werte haben sich seit 2009 nicht wirklich verbessert.

Außerdem haben wir gefragt - Herr Grupe, Sie haben ja recht -: Können wir nicht gezielter gucken, wo etwas verändert werden muss? - Wir haben entschieden, die Möglichkeiten zu nutzen, die uns die Düngeverordnung lässt.

Die Düngeverordnung lässt uns die Möglichkeit einer Binnendifferenzierung. Diese Form der Binnendifferenzierung bedeutet, dass wir hydrogeologisch nach in sich geschlossenen Teilen eines Grundwasserkörpers differenzieren können. Wir haben entschieden, die Bewertung nicht aufgrund der gesamthaften Grundwasserkörper vorzunehmen - dann wären es 60 % -, sondern uns die Teilwasserkörper anzusehen und Teilwasserkörper, bei denen eine Messstelle eine Überschreitung anzeigt, rot zu markieren.

Das ist die Umsetzung der Düngeverordnung. Ich bitte um Verständnis! Das ist nichts, was wir uns ausdenken, das ist die gesetzliche Umsetzung und das, was wir daraus machen müssen.

Ich teile Ihre Einschätzung. Wir hätten diese Debatte übrigens nicht, wenn es bei der Düngeverordnung - § 13 Abs. 2 und 6 - geblieben wäre, die wir hier auf Landesebene herausgegeben haben. Nach meinem Eindruck hält die Landwirtschaft das, was wir da fordern, zwar nicht für unproblematisch, sie hätte das aber mitgemacht.

Die Hauptdebatte entsteht durch etwas, was wir nicht zu verantworten haben, nämlich durch das Thema "minus 20 %". Das ist aber nicht die Idee von Niedersachsen gewesen. Ich kann das nicht generell bewerten, aber ich kann das z. B. an Grünlandregionen in Niedersachsen - ich komme aus einer - sehen. Ich halte es für unsinnig, für solche Regionen minus 20 % vorzugeben. Wenn eine Grünlandregion Teil eines "roten Gebiets" ist, dann kann ich den Menschen bzw. den Landwirten nicht erklären, warum die Vorgabe "minus 20 %" besteht, weil so etwas überhaupt keinen Sinn macht.

Ich bin sehr dafür, ich teile Ihre Einschätzung, wollte aber nur beschreiben, wie der Rechtsrahmen ist, nach dem wir vorgehen.

Ich teile Ihre Einschätzung, dass es gut wäre, dort, wo z. B. bestimmte Bewirtschaftungsformen vorherrschen, z. B. Grünland - ich wähle dieses Beispiel, ohne der Fachpolitiker dafür zu sein; das können andere für andere Regionen besser entscheiden -, dieses auszunehmen. Das ist unsere Forderung, die Forderung von meiner Kollegin Ministerin Otte-Kinast und von mir, die wir ständig beim Bund vorbringen. Wir lehnen es ab, dass in einer solchen Gebietskulisse so etwas wie diese "minus 20 %" auf Grünland übertragen werden.

Es gibt übrigens gute Beispiele für Gewässerkooperationen in Schutzgebieten mit Landwirten, die das mitmachen.

(Hermann Grupe [FDP]: Die kündigen Ihnen das gerade!)

Das sind aber freiwillige Leistungen. Das ist ein bisschen wie das Thema "Vertragsnaturschutz oder Verordnungen". Das sind nun einmal freiwillige Leistungen.

Aber ich bin sehr dafür, und wir werben dafür - ich habe der Bundesministerin am Montag noch einmal deutlich gesagt, wie unsere Haltung in Niedersachsen dazu ist -, dass wir nicht die Frage der "roten Gebiete" - - - Wir können gerne über die einzelnen Messstellen reden. Damit habe ich kein Problem. Ich habe aber beschrieben, wie wir zu den 39 % gekommen sind.

Mein Ansatz ist, zu fragen: Ist diese pauschale Minderung um 20 % auf den 39 % der Fläche eigentlich der richtige Weg? Oder müsste man nicht zu einer sauberen Differenzierung kommen, an welchen Stellen der Bewirtschaftung das Sinn macht? - Wenn wir uns auf einen solchen Weg verständigen können, dann ist das ein gutes Signal, dass wir an dieser Stelle in gleiche Richtung argumentieren.

Wir sollten nicht versuchen, sozusagen eine Karte zu korrigieren, sondern wir sollten versuchen, an den sinnvollen Stellen etwas zu korrigieren, das elementar zu Verunsicherung und Verärgerung geführt hat. Das ist vor allem die Frage der minus 20 %, die - noch einmal! - nicht Niedersachsen zu verantworten hat, sondern die Brüssel und Berlin zu verantworten haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Minister. - Für die AfD-Fraktion die Abgeordnete Dana Guth, bitte!

Dana Guth (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Unter dem Aspekt des Mercosur-Abkommens tut sich für mich noch eine Frage auf. Sie sagten gerade, dass Sie dieses Abkommen momentan bestätigen würden, weil es eben auch Umweltschutzmaßnahmen und das Pariser Klimaschutzabkommen befürwortet. Meine Frage ist - da die niedersächsischen Landwirte in den letzten Jahren mit immer schärferen Auflagen usw. zu kämpfen hatten -, ob es den Tatsachen entspricht, dass dieses Mercosur-Abkommen momentan keinerlei Sanktionen bei Umweltschutzverstößen vorsieht.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Ich danke Ihnen. - Für die Landesregierung antwortete die Landwirtschaftsministerin, Frau Otte-Kinast. Bitte!

Barbara Otte-Kinast, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Frau Guth, das Mercosur-Abkommen wurde von Brüssel verhandelt. Es wird derzeit ratifiziert. Zu den Sanktionen, die es beinhaltet, kann ich Ihnen jetzt nichts sagen. Ich versuche, es Ihnen nachzureichen.

(Zustimmung bei der SPD und von Jörg Hillmer [CDU])

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Danke Ihnen. - Die dritte Zusatzfrage für die FDP-Fraktion: Abgeordneter Hermann Grupe, bitte schön!

Hermann Grupe (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Auch auf die Gefahr hin, dass wir uns heute vielleicht sogar noch einig werden, frage ich Sie, Herr Minister Lies: Wir wollen doch gucken, wo wirkliche Probleme bestehen und wie wir die angehen. Können wir heute mitnehmen, dass, nachdem die Landwirtschaftsministerin gesagt hat, Sie als Regierung hätten sich in Berlin gegen diese minus 20 % ausgesprochen - - -

Um mal Ross und Reiter zu benennen: Wir wissen, dass der Umweltstaatssekretär in Berlin bei der EU-Kommission angefragt hat, ob sie das vielleicht gut fände, und dann hat man gemeint, man käme davon nicht mehr runter. Daher kommt das Ganze. Weder hat die EU das verlangt, noch wird es von Ihnen vertreten - wenn ich Sie richtig verstehe -, sondern es kommt aus Berlin.

Können wir mitnehmen, dass Sie sagen, das kann nie und nimmer für die 39 % gelten, sondern bestenfalls für die 16 %? Können wir uns auch darauf verständigen, dass wir bei den 16 % einfach nur gucken, ob die Belastung aus der Landwirtschaft kommt oder vielleicht aus anderen Quellen, und dann gezielt vorgehen, um das Grundwasser zu verbessern?

(Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank. - Der Umweltminister antwortet Ihnen. Bitte, Herr Minister Lies!

Olaf Lies, Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Grupe, die 16 % haben sich mir noch nicht erschlossen. Aber lassen wir einmal die Prozente weg, über die wir reden!

Unsere klare Haltung, die wir benannt haben, steht. Ich halte in den "roten Gebieten" - wir reden ja nur von denen - die pauschale Reduzierung um 20 % für falsch. Da sind wir uns hier, glaube ich, insgesamt einig: Das ist einfach der falsche Weg.

(Christian Grascha [FDP]: Gut!)

Ich will aber zumindest versuchen, da einer Legende vorzubeugen. Es klingt nämlich ein bisschen so, als wenn das ein deutscher Vorschlag gewesen wäre, den man völlig frei von jeder Notwendigkeit in den Raum geworfen hätte und von dem man jetzt nicht wieder herunterkäme. Ich glaube, die Situation ist eine andere.

Wenn man hört, wie die Gespräche in Brüssel verlaufen sind, dann merkt man, dass der Druck riesengroß ist. Die sind dort - ich will es einmal auf Deutsch sagen - stinkesauer. Seit 2009 melden wir denen knallhart in jeder Bewirtschaftungsperiode nach der Wasserrahmenrichtlinie: Zack! Werte wieder nicht eingehalten!

Es ist nicht so, dass sich gar nichts verbessert. Einiges verschlechtert sich aber auch. Ein bisschen mehr hat sich verbessert. Aber das bleibt letztlich unter "ferner liefen".

Angesichts dieser Situation - ähnlich wie bei der Frage der Verordnung und ähnlich wie bei inzwischen acht Vertragsverletzungsverfahren, die mein Haus betreffen - sagt man in Brüssel: Das kann doch gar nicht sein! Ihr Deutschen seid mitverantwortlich für die Regelungen, die hier auf den Weg gebracht wurden, aber ihr weigert euch, sie umzusetzen!

Jetzt sitzen die beiden Kolleginnen - die Landwirtschaftsministerin und die Umweltministerin - da in Brüssel. Ich glaube, da in Brüssel sitzen Leute, die sagen: Ihr in Deutschland habt den höchsten Exportüberschuss. Euch geht es verdammt gut im Vergleich zu allen anderen Ländern in Europa. Ihr profitiert von allem. Ihr profitiert sogar davon, dass die optimierte Düngung - vielleicht sogar Mehrdüngung - den Ertrag maximiert, sodass ihr noch mehr exportieren könnt. - So denken die da.

Man darf nicht unterschätzen, dass das für die beiden Kolleginnen eine superschwierige Situation ist. Sie werden nicht für das verantwortlich gemacht, was wir jetzt gemeldet haben. Sie werden für das verantwortlich gemacht, was in den letzten zehn Jahren nicht passiert ist. Das, finde ich, gehört zur Wahrheit.

Deswegen sage ich: Vorsicht mit der Legende, da habe eine Bundesregierung leichtfertig gehandelt!

(Zuruf: Ein Umweltstaatssekretär!)

Ich mag den Begriff "Vertragsverletzungsverfahren" gar nicht mehr bringen. Aber das hängt wie ein Damoklesschwert über uns. Wenn wir das nicht einhalten, dann droht im Vertragsverletzungsver-

fahren eine Strafe von täglich 800 000 Euro. Daran können wir kein Interesse haben.

Das verantworten die beiden, die da verhandeln. Und wir verantworten das. Da beziehe ich mich ein, obwohl ich gar nichts damit zu tun habe. Wir als Politik verantworten das, weil zehn Jahre lang nicht das passiert ist, was hätte passieren müssen. Die Landwirte haben ja im Großen und Ganzen nicht außerhalb von Recht und Gesetz gewirtschaftet. Aber wir haben zehn Jahre lang die Regelungen nicht so verschärft, dass wir wirklich Verbesserungen erzielt hätten. Das müssen wir ehrlicherweise zur Frage der Verantwortlichkeit sagen.

Deswegen: Ja, gemeinsam agieren wir. Gemeinsam sind wir der Auffassung - so sehe ich das, und so sieht auch Christian Meyer das -, dass die pauschalen minus 20 % der falsche Weg sind. Ich befürchte nur, dass die Verhandlungen an dieser Stelle zehn Jahre zu spät geführt werden und dass die Chancen, in Brüssel etwas zu verändern, so schlecht sind wie lange nicht mehr. Das ärgert mich, und zwar vor allem für die betroffenen Landwirtinnen und Landwirte.

(Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei der CDU und von Jochen Beekhuis [fraktionslos])

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Minister. - Zweite Zusatzfrage für die SPD: der Abgeordnete Tobias Heilmann.

Tobias Heilmann (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch meine Frage betrifft die Gebiete. Ist es denn zwingend vorgeschrieben, dass nitrat- und phosphatsensible Gebiete so ausgewiesen werden, wie sie ausgewiesen werden?

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Die Frau Ministerin antwortet für die Landesregierung.

Barbara Otte-Kinast, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ja, es ist vorgeschrieben. Die Ausweisung der nitratsensiblen Gebiete ist schon lange vorgeschrieben. Der EU-Kommission ist das zu kurz gegriffen. Phosphatsensible Gebiete müssen nachgeliefert werden. Wir in Niedersachsen haben gleich beide

Gebietskulissen geliefert. Von daher haben wir unsere Hausaufgaben gemacht.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Danke. - Zweite Zusatzfrage für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: der Abgeordnete Stefan Wenzel, bitte!

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor dem Hintergrund der geltenden Grenzwerte in der deutschen Trinkwasserverordnung und in der schweizerischen Gewässerschutzverordnung und vor dem Hintergrund der Tatsache, dass erhöhte Nitratwerte im Trinkwasser z. B. Darmkrebs fördern oder auch für Säuglinge gefährlich sein können, frage ich Sie: Die Nitratwerte im Rohwasser wie vieler Trinkwasserbrunnen in Niedersachsen liegen über den Grenzwerten nach deutschem Recht und über den Grenzwerten nach Schweizer Recht?

(Zustimmung von Miriam Staudte [GRÜNE])

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank. - Der Herr Umweltminister wird Ihnen antworten.

Olaf Lies, Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Wenzel, ich bitte um Verständnis: Das kann ich jetzt nicht liefern. Das liefern wir aber selbstverständlich nach. Die Frage ist aufgenommen.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Die dritte Zusatzfrage für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Frau Abgeordnete Miriam Staudte, bitte!

Miriam Staudte (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich muss noch einmal auf das Mercosur-Abkommen zurückkommen. Es erscheint doch ein bisschen absurd: Es soll gut fürs Klima sein, obwohl wir mehr Soja und mehr Rindfleisch importieren, und den Vertragstext kennen Sie nicht. - Unter welchen Bedingungen wird diese Landesregierung dem Mercosur-Abkommen im Bundesrat zustimmen bzw. es ableh-

nen? Ihre eigene Position müsste ja eigentlich klar sein.

(Hermann Grupe [FDP]: Mit Betonung auf "eigentlich"!)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Frau Ministerin antwortet Ihnen.

Barbara Otte-Kinast, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Staudte, wir stimmen diesem Abkommen nur zu, wenn alle Standards eingehalten werden.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Die zweite Zusatzfrage für die AfD-Fraktion: Frau Abgeordnete Dana Guth, bitte!

Dana Guth (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Auch ich muss mich leider noch einmal auf dieses Abkommen beziehen. Wir haben ja gerade über viele Dinge gesprochen, wie beispielsweise Umweltschutz. Ich frage jetzt mal nach dem Tierschutz. Wenn dieses Mercosur-Abkommen abgeschlossen wird, bedeutet das natürlich, dass erhebliche Mengen an Rindund Geflügelfleisch in den europäischen Markt exportiert werden. Der Einsatz von Medikamenten - z. B. auch der vorsorgliche Einsatz von Antibiotika, der in Deutschland schon verboten ist - ist dort gang und gäbe. Was sagen Sie als Verbraucherschutzministerin zu diesem Thema, und wie wird sich dieses Fleisch auf den Markt auswirken?

Vielen Dank.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Danke. - Umweltminister Lies wird Ihnen antworten. Oder wer antwortet für die Landesregierung? - Frau Ministerin Otte-Kinast, bitte schön!

Barbara Otte-Kinast, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch als Verbraucherschutzministerin stehe ich klar dazu, dass bei uns nur Fleisch eingeführt werden darf, das unseren Standards gerecht wird. Auch das ist Inhalt dieser Verhandlungen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Christian Meyer [GRÜNE]: Die sind doch schon abgeschlossen!)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Danke. - Die vierte Zusatzfrage für die FDP-Fraktion: Abgeordneter Hermann Grupe, bitte schön!

Hermann Grupe (FDP):

Vielen Dank. Frau Präsidentin. - Frau Ministerin, ich habe auch noch eine Nachfrage zum Mercosur-Abkommen. Vor dem Hintergrund, dass CDU und SPD in Deutschland fordern, in Schutzgebieten die Pflanzenschutzmittel weitestgehend zu verbieten, und gleichzeitig in Brasilien Dutzende neuer Pflanzenschutzmittel zugelassen worden sind, die bei uns nie erlaubt waren oder verboten sind, frage ich Sie: Wollen Sie hier ernsthaft sagen, dass Sie gleiche Standards voraussetzen? Die sind nach Handelsrecht vielleicht gegeben, aber in den Produktionsbedingungen von gleichen Voraussetzungen zu sprechen, halte ich für skandalös.

(Zuruf: Ich höre da schon wieder eine Wertung!)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Herr Abgeordneter Grupe, ich hatte Sie eben schon einmal darauf hingewiesen - und da haben Sie es auch zur Kenntnis genommen -, dass Ihre Frage - ich glaube, es war die zweite - starke Wertungen enthielt. Jetzt, in Ihrer vierten Frage, ist es noch einmal so.

(Wiard Siebels [SPD]: Das war noch nicht einmal eine Frage, Frau Präsidentin!)

Die Frage war auch schwerlich zu erkennen. Ich gehe davon aus, Frau Ministerin hat sie erkannt und wird sie beantworten.

Das nächste Mal, Herr Grupe - Sie haben ja noch eine Frage frei, ich habe Ihren Zettel hier schon liegen -, werde ich Ihnen das Mikrofon abstellen und Sie ermahnen. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

(Wiard Siebels [SPD]: Dann ist aber auch Schluss!)

Frau Ministerin!

Barbara Otte-Kinast, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Sehr geehrter Hermann Grupe, ich sagte eingangs, dass in meiner Brust zwei Herzen schlagen, und ich gebe Ihnen durchaus recht, dass es in vielen Teilen - der Pflanzenschutzmitteleinsatz ist einer davon - zu Wettbewerbsverzerrungen kommt, die wir im Übrigen auch in Europa bei unterschiedlichen Standards haben. Wir haben keinen Gleichschritt, aber wir haben gleichen Wettbewerb in Europa.

Ich habe genauso Bauchschmerzen bei diesem Abkommen, dass dort Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden, die bei uns längst nicht mehr eingesetzt werden dürfen. Von daher sehe ich das Ganze sehr kritisch. Und noch mal: Waren müssen wirklich zu Standards ins Land kommen, die auch in unserem Land gelten. Ich denke, da wird jetzt im Ratifizierungsverfahren noch einmal nachgehakt werden. Es wird noch große Diskussionen geben, auch mit anderen Nationen, die das genauso sehen wie wir beide.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank. - Die fünfte und letzte Zusatzfrage: Abgeordneter Hermann Grupe, diesmal knapp und sachlich ohne Wertung. Bitte schön!

Hermann Grupe (FDP):

Frau Präsidentin! Erlauben Sie mir trotzdem, mich kurz zu entschuldigen, dass mir diese Wertung unterlaufen ist. Aber es ist das rausgekommen, was ich erwartet habe, dass wir nämlich in der Sache gar nicht auseinander sind. Deswegen hat es vielleicht sogar genützt. Aber ich gelobe Besserung.

(Heiterkeit - Zurufe: Schon wieder eine Wertung!)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Ich bin jetzt gespannt. Knapp, sachlich, ohne Wertung!

Hermann Grupe (FDP):

Meine fünfte Frage, jetzt mal ganz harmlos:

(Heiterkeit)

- Das darf man auch nicht bewerten? Entschuldigung!

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Kollege Hermann Grupe, auf Plattdeutsch würde ich jetzt sagen: He kann dat nich laten. - Aber jetzt wirklich, letzte Chance: kurz, knapp und sachlich, ohne Wertung!

Hermann Grupe (FDP):

Ich frage die Landesregierung, ob sie zusätzliche Programme für den Insektenschutz plant - beispielsweise Blühstreifenprogramme und Ähnliches - oder ob sie in der Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln die einzige Lösung sieht.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Es geht doch! Danke schön.

(Zustimmung und Heiterkeit bei der CDU)

Für die Landesregierung antwortet der Umweltminister. Bitte schön!

Olaf Lies, Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Grupe, als begleitende Maßnahme zu dem Insektenschutzpaket der Bundesregierung sind ja zusätzliche 50 Millionen Eurowobei ich mit Blick auf den Bund noch einmal sehr genau darauf achten möchte, ob sie auch wirklich zusätzlich sind - für Maßnahmen vorgesehen, um diese eben auch gezielt in den Schutzgebieten zu ergreifen.

Ich habe am Dienstag im Zusammenhang mit der Trecker-Demo schon mal gesagt: Ich finde, wenn Landwirtschaft öffentliche Dienstleistungen erbringt - die Leistungen z. B. für den Umwelt- und Naturschutz sind öffentliche Dienstleistungen -, dann muss das auch bezahlt werden. Unser Ziel muss sein - darauf lege ich sehr viel Wert -, dass eine zukunftsfähige Landwirtschaft zukunftsfähige Produkte bzw. Lebensmittel produziert, wie sie es im Übrigen auch heute schon in höchstwertiger Qualität tut, und dass sie dafür am Markt auch einen anständigen Preis erzielt. Das ist das eine.

Das Zweite ist, dass wir mit der Landwirtschaft den wichtigsten Partner für den Umwelt- und Naturund Artenschutz haben. Denn wenn wir mit der Landwirtschaft kluge Programme machen, können wir mit der Landwirtschaft dafür sorgen, dass wir das gerade auch in den Naturschutzgebieten - das sind eben unsere Reservoirs für Arten- und Biotopvielfalt - wirklich fördern und voranbringen.

Das heißt dann aber auch - das habe ich bereits gesagt und auch in Berlin deutlich gemacht -, da bin ich fast sicher, dass diese 50 Millionen Euro nicht reichen werden. Wenn man mehr möchte, wenn die Landwirtschaft mehr für Umwelt- und Naturschutz erbringen soll, dann muss man die Landwirtschaft auch dafür bezahlen. Öffentliche Dienstleistung heißt auch öffentliches Geld.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Minister. - Dritte Zusatzfrage, CDU-Fraktion: der Abgeordnete Jörg Hillmer, bitte schön!

Jörg Hillmer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn in einer Region nach Fachrecht, nach Geologie, nach aller wissenschaftlichen Erkenntnis die Landwirtschaft als Verursacher für Nitrateinträge in einen Wasserkörper ausgeschlossen werden kann, dort aber trotzdem ein auffälliger Brunnen mit über dem Grenzwert liegenden Werten gefunden wird: Welcher Logik folgt es dann, trotzdem einseitig die Landwirtschaft zu sanktionieren?

(Zustimmung von Hermann Grupe [FDP] - Christian Meyer [GRÜNE]: Gute Frage!)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Herr Minister Lies antwortet Ihnen.

Olaf Lies, Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Hillmer, am Ende ist es das Recht bzw. die Düngeverordnung, die uns vorgibt, wie wir eine Differenzierung vorzunehmen haben.

Ich habe vorhin versucht, das zu beschreiben. Wir haben uns ja nicht Teilräume angesehen und geschaut, nach welcher Logik es in diesen Teilräumen Messungen gibt, sondern es gibt Messergebnisse, die Grundlage für die Einstufung der Grundwasserkörper waren. Deswegen war der Grundwasserkörper rot. Dann haben wir das in Teilwasserkörper unterteilt, und da sind Messstellen enthalten, die sozusagen Überschreitungen aufweisen. Nach Definition der Düngeverordnung ist dann auch der jeweilige Teilwasserkörper rot. Man kann da nicht abwägen.

(Jörg Hillmer [CDU]: Also ohne Logik!)

- Es ist ein rechtliches Vorgehen. Ich bin als Ingenieur der Letzte, der sagt, das Rechtliche wäre kein Grund. Es gibt ein Recht, das ist damals vereinbart worden - ich gehe mal davon aus, niemals erahnend, dass daraus einmal die Folge erwächst, dass minus 20 % Düngung erhebliche Auswirkungen auf die Landwirtschaft haben. Das hat man dabei nicht bedacht. Aber die Düngeverordnung, die uns überhaupt die Möglichkeit eröffnet, eine Binnendifferenzierung vorzunehmen, sieht wiederum vor, dass ein Teilkörper, wenn es darin eine Überschreitung gibt, rot ist. Und das ist das Problem, vor dem wir stehen.

Wir haben uns darauf verständigt - und sind auch gerade in der Verbandsbeteiligung -, zu schauen, wie und wo jeweils gemessen wird. Dagegen spricht ja gar nichts. Es mag einzelne Bereiche geben, wo wir noch einmal sehr genau hingucken müssen. Ich bin der Letzte, der da etwas anderes sagen würde. Aber die Düngeverordnung, die es uns ermöglicht, diese Binnendifferenzierung vorzunehmen, eröffnet uns aus meiner Sicht leider nicht den Ermessensspielraum, den wir brauchen. Sie sieht vor, dass wir einen Teilkörper, wenn bei einem Messpunkt die Grenzwerte überschritten werden, als "rotes Gebiet" ausweisen müssen. Das ist sozusagen das rechtliche Vorgehen. Das bindet uns im Handeln.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt der Abgeordnete Stefan Wenzel eine Zusatzfrage. Das ist die vierte für die Fraktion der Grünen.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, meine Frage lautet: Liegt das Mercosur-Abkommen in Gänze, und zwar mit allen Anlagen und Protokollerklärungen, bei Ihnen im Ministerium vor?

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Frau Ministerin antwortet auch Ihnen. - Bitte, Frau Otte-Kinast!

Barbara Otte-Kinast, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Herr Stefan Wenzel, nein, das liegt bei uns im Ministerium nicht komplett vor.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Danke. - Die dritte Zusatzfrage für die AfD-Fraktion stellt Frau Abgeordnete Dana Guth.

Dana Guth (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Das Mercosur-Abkommen verfolgt ja den Zweck, dass in erhöhtem Maße ein Warenaustausch stattfindet. Das heißt, dass wir mehr nach Südamerika exportieren und auch mehr Waren in die EU gelangen. In Zeiten von Dieselfahrverboten ist für mich die Frage: Wie wollen Sie diesen erhöhten Warentransport klimaneutral gestalten, oder wie bekommen Sie die Waren von A nach B? Das sind immerhin 10 000 km.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Danke. - Frau Ministerin antwortet.

Barbara Otte-Kinast, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ganz ehrlich: Das ist keine Frage, die sich an mich richtet. Das ist eine Frage der Wirtschaft. Derzeit finden die meisten Transporte per Schiff und in Containern statt. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Das muss der Verkehrsminister beantworten!)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor. Damit schließen wir die Besprechung der Dringlichen Anfrage der FDP-Fraktion.

Bevor wir zur dritten Dringlichen Anfrage kommen, weise ich darauf hin, dass es eine Absprache zwischen den Parlamentarischen Geschäftsführern gibt, vor Eintritt in die Mittagspause, also nach der letzten Dringlichen Anfrage, den Tagesordnungspunkt 24 zu behandeln.

Wir steigen jetzt ein in

c) Jüdisches Leben schützen - Was unternimmt die Landesregierung? - Anfrage der Fraktion der AfD - <u>Drs. 18/4894</u>

Die Anfrage wird von dem Abgeordneten Jens Ahrends eingebracht. Bitte!

Jens Ahrends (AfD):

Frau Präsidentin, ich danke Ihnen. - Meine Damen und Herren!

Der Anschlag in Halle am 9. Oktober 2019, der Messerangriff eines Syrers auf eine Berliner Synagoge am 4. Oktober 2019 in Berlin und der jährlich stattfindende, aus dem Umfeld der Hisbollah organisierte Al-Quds-Marsch bedrohen jüdisches Leben in Deutschland.

Der Niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Herr Boris Pistorius, erklärte in der Fernsehsendung "Hart aber fair" am 14. Oktober 2019: Ich muss immer einkalkulieren, dass das, was ich verbal mache, am Ende in Gewalt umgesetzt wird.

Die Hisbollah hat in Niedersachsen 150 Mitglieder bzw. ihr zuzurechnende Personen und ist laut niedersächsischem Verfassungsschutz Teil der schiitisch geprägten Islamistenszene, deren wichtigste und größte Veranstaltung der alljährlich stattfindende Al-Quds-Tag ist. Auf dieser besonders von Anhängern der Hisbollah besuchten Veranstaltung werden Parolen gerufen wie "Zionisten ins Gas", "Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein", es sind Plakate zu sehen, auf denen zu lesen ist "Rabbi trinkt Kinderblut", und es kam wiederholt zu Angriffen auf Kippaträger.

Die Hisbollah bekämpft Israel mit terroristischen Mitteln, bestreitet dessen Existenzrecht und beteiligt sich in Deutschland an gegen Israel gerichteten Aktivitäten. Nach Auskunft der Landesregierung fördern in Niedersachsen ansässige und der Hisbollah zuzurechnende, in einer niedrigen zweistelligen Anzahl vorhandene Vereine zumindest mittelbar den bewaffneten Kampf gegen Israel. Regelmäßig reisen Funktionäre der Hisbollah aus dem Libanon zu besonderen Anlässen an.

In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin Der Spiegel vertritt Innenminister Pistorius die Ansicht, es bestehe die rechtliche Verpflichtung, Kämpfer und Anhänger des "Islamischen Staates", die deutsche Staatsangehörige sind, in die Bundesrepublik Deutschland zurückzuholen. Der "Islamische Staat" strebt danach, den Staat Israel und das gesamte jüdische Volk zu vernichten. Die Reichweite staatlicher Schutzpflichten wird in der Rechtsprechung insbesondere für im Ausland befindliche Deutsche nicht eindeutig beantwortet und ist auch im rechtswissenschaftlichen Schrifttum umstritten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

- 1. Warum können sich in Niedersachsen 150 Mitglieder bzw. Anhänger der Hisbollah in Vereinen organisieren, obwohl das erklärte Ziel der Hisbollah die Zerstörung des Staates Israel und die Vernichtung der Juden ist?
- 2. In welcher Form werden die der Hisbollah zuzurechnenden Vereine durch das Land Niedersachsen gefördert, obwohl der Landesregierung bekannt ist, dass die Aktivitäten dieser Vereine sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten?
- 3. Hält die Landesregierung es mit ihrer Schutzpflicht für Juden in Niedersachsen für vereinbar, dass sie sich für die Rückholung von Kämpfern des "Islamischen Staates" ausspricht, obwohl der IS die Vernichtung des gesamten jüdischen Volkes anstrebt?

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Danke. - Für die Landesregierung antwortet der Innenminister. Bitte schön, Herr Minister Pistorius!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann es hier im Landtag und auch anderswo nicht häufig genug wiederholen: Der Schutz jeglichen Lebens genießt in der Landesregierung absolute Priorität,

(Beifall bei der SPD)

unabhängig davon, welche Nationalität, welche Religion bzw. welcher Mensch von einer solchen Bedrohung betroffen ist. Die Landesregierung wird immer alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Bedrohung des menschlichen Lebens abzuwenden.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn die Versuche der Damen und Herren der AfD nicht abreißen werden, die Bevölkerung zu spalten und Religionsgemeinschaften gegeneinander auszuspielen, werden wir als Demokraten beieinanderstehen und dem entgegentreten.

(Beifall bei der SPD)

Ich will an dieser Stelle noch einmal die Worte der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer von vorgestern zitieren, die in ihrer Regierungserklärung genau die richtigen Worte gefunden hat. Sie sagte: Die permanente Hetze gegen Muslime und Migranten macht die AfD nicht zu einem Freund von Jüdinnen und Juden.

(Beifall bei der SPD)

In einem gemeinsamen Aufruf von 17 jüdischen Gemeinden, darunter auch der Zentralrat der Juden in Deutschland, gegen die AfD aus dem Oktober 2018 haben diese erklärt:

"Die AfD agitiert unumwunden gegen Muslime und andere Minderheiten in Deutschland. Dabei versucht die AfD, 'die' Muslime als Feinde der westlichen Welt oder 'der' Juden darzustellen. Muslime sind nicht die Feinde der Juden! Die Feinde aller Demokraten in diesem Land sind Extremisten, egal ob aus rechtsextremer, linksradikaler oder radikalmuslimischer Gesinnung heraus."

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Nun zu Ihren Fragen: In Niedersachsen suchen Personen, die im Verdacht stehen, Anhänger bzw. Sympathisanten der Hisbollah zu sein, Vereine auf, die die Pflege und Verbreitung der libanesischen Kultur und die Ausübung ihrer Religion als Zweck und Ziel in der Satzung angegeben haben. Das bedeutet aber im Umkehrschluss nicht, dass die Vereine in Gänze zwingend der Hisbollah zuzuordnen sind und deren extremistische bzw. terroristische Ziele aktiv und nachweisbar verfolgen. Diese Vereine werden in der Regel auch von einer Vielzahl anderer Personen mit einem Bezug zur libanesischen Kultur bzw. von Personen des schiitischen Glaubens aufgesucht.

Sollte die Landesregierung jedoch Anhaltspunkte dafür erhalten, dass in diesen Vereinen extremistische bzw. terroristische Ziele verfolgt werden, erfolgt eine Beobachtung durch den niedersächsischen Verfassungsschutz, und die Sicherheitsbehörden leiten alle möglichen und rechtlich zulässi-

gen gefahrenabwehrenden bzw. strafverfolgenden Maßnahmen ein.

Zu Frage 2: Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse über die Förderung von der Hisbollah zugerechneten Vereinen durch das Land Niedersachsen vor. Eine Förderung wäre auch ausgeschlossen, wenn sich herausstellte, dass die Vereine nachweislich extremistische oder terroristische Ziele verfolgen; das versteht sich von selbst.

Sollten sich solche Anhaltspunkte - aktuell scheint es keine zu geben - etwa bei laufenden Fördermaßnahmen ergeben, würden diese unter Berücksichtigung der rechtlichen Möglichkeiten umgehend beendet.

Zu Frage 3: Im Hinblick auf die Rückholung der Kämpfer aus den Dschihad-Gebieten und die Schutzpflicht gegenüber unserer Gesellschaft, zu der insbesondere auch unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger gehören, treffen sowohl rechtliche als auch moralische Verpflichtungen zusammen. Ich sage auch sehr deutlich: Politisch will niemand IS-Anhänger zurücknehmen. Rechtlich besteht für die Bundesrepublik eine Pflicht, deutsche Staatsangehörige zurück nach Deutschland zu holen oder zu lassen - egal, welche Gefahren von ihnen ausgehen.

Die Bundesregierung kann nicht einerseits mutmaßliche IS-Mitglieder, die keine deutschen Staatsbürger sind, aus Deutschland in das jeweilige Heimatland abschieben - so wie wir in Niedersachsen z. B. die beiden Gefährder aus Göttingen damals in ihre Heimatländer abgeschoben haben -, sich dann aber andererseits dagegen wehren, ihre eigenen Staatsbürger nach Deutschland zurückzulassen.

Natürlich hat der Staat eine Schutzpflicht gegenüber all seinen Staatsbürgern. Dieser Schutzpflicht wird Rechnung getragen, indem von der Justiz gegen zurückgekehrte Kämpfer sofort entsprechende Strafverfahren eingeleitet werden und sofern rechtlich möglich - natürlich auch eine umgehende Inhaftierung erfolgt. Diese Personen, meine Damen und Herren, müssen sich dann in Deutschland vor den Gerichten für ihre Taten verantworten.

Stattdessen befinden sie sich - und das ist das eigentliche Problem, meine Damen und Herren - aufgrund der Entwicklungen in Nordsyrien und in der Türkei inzwischen teils unkontrolliert in Freiheit und wollen im schlimmsten Fall Anschläge in Deutschland oder anderswo begehen. Die Sicher-

heit unserer Gesellschaft insgesamt steht dabei im Vordergrund. Denn was uns droht, wenn wir nicht handeln, meine Damen und Herren, ist eine unkontrollierte Rückkehr von Menschen, von denen weitere Gefahren ausgehen können, nach Deutschland und Europa.

Insbesondere die Sicherheitsbehörden des Bundes müssen diese Personen mit allerhöchster Priorität lokalisieren, bevor etwas passiert. Es muss verhindert werden, dass diese Personen unerkannt nach Europa einreisen können.

Auch nicht verkennen, meine Damen und Herren, darf man aber, dass sich viele Kinder in Gefangenschaft befinden, die sich diese Situation nicht ausgesucht haben. Wir haben die rechtliche und menschliche Verpflichtung, unschuldigen Kindern zu helfen, insbesondere - aber nicht nur - weil sie die deutsche Staatsangehörigkeit haben, weil sie deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind.

An dieser Stelle, meine Damen und Herren, warne ich auch eindringlich davor, eine Religionsgemeinschaft gegen eine andere auszuspielen.

(Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Sie gehen nicht auf die These der rechtlichen Verpflichtung als solche ein, sondern machen das, was Sie am besten können: Sie bedienen Ängste. Bitte bleiben Sie in dieser Diskussion doch einfach sachlich! Es geht hier nämlich ganz sachlich um die Rechtslage und um Sicherheitsaspekte in diesem Land.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die erste Zusatzfrage für die AfD-Fraktion: Abgeordneter Jens Ahrends.

Jens Ahrends (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Gemäß § 17 Abs. 1 Nr. 5 und § 28 des Staatsangehörigkeitsgesetzes geht bei Personen, die eine doppelte Staatsbürgerschaft haben, automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft verloren, wenn sie sich aktiv an Kampfhandlungen einer terroristischen Vereinigung im Ausland beteiligen.

Ich frage die Landesregierung daher: Warum wird diese Norm im Falle der IS-Kämpfer nicht angewendet?

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Herr Minister antwortet.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erste Vorlesung allgemeines Verwaltungsrecht, allgemeines Strafrecht oder, nein, ich nenne den alten römischen Rechtsgrundsatz: Keine Strafe ohne Gesetz!

Das, was Sie, Herr Ahrends, gerade aufgerufen haben, ist ein neues Gesetz, das für die Zukunft gilt. Sie wissen sehr genau - oder sollten es wissen, wenn Sie das hier so postulieren -, dass ein solches Gesetz nicht rückwirkend gelten kann. Das heißt: Jemand, der vor drei Jahren in den sogenannten Dschihad gezogen ist und entsprechende Taten begangen hat, hätte vorher wissen müssen, dass diese Konsequenz mit Blick auf seine deutsche Staatsangehörigkeit droht, damit diese Konsequenz anschließend auch zum Tragen kommen kann.

Für die Zukunft gilt das; es ist gut, dass das beschlossen wurde. Aber rückwirkend gilt das nun einmal nicht. Von daher geht Ihre Frage ins Leere.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Danke, Herr Minister. - Die zweite Zusatzfrage: ebenfalls der Abgeordnete der AfD-Fraktion, Herr Ahrends!

Jens Ahrends (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Vor dem Hintergrund, dass wir die Rückholung der IS-Kämpfer angesprochen haben, frage ich die Landesregierung: Welche zusätzlichen Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung werden getroffen?

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Danke. - Minister Pistorius antwortet.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal - ich habe es in meinen Ausführungen gesagt - ist die Bundesregierung das Bundesinnenministerium, das Auswärtige Amt und die Nachrichtendienste - in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass wir Erkenntnisse darüber haben, wer kommt, und dass diese Personen geordnet kommen. Das ist bislang nicht gewährleistet, meine Damen und Herren, und zwar leider auch deshalb nicht - das muss man so deutlich sagen -, weil die Bundesregierung auf entsprechende Mahnungen aus den Ländern nicht gehört hat. Ich habe diese Forderung erst vor wenigen Tagen in einem Interview schon einmal aufgestellt. Denn es droht uns genau diese ungeordnete Rückkehr von bestimmten Menschen, wenn wir selber nicht das Heft des Handelns in die Hand nehmen, weil wir glauben, wir könnten rechtlichen Verpflichtungen ausweichen oder aus populistischen Motiven heraus die Verantwortung verweigern. Das ist brandgefährlich mit Blick auf die Sicherheitslage.

Wir bereiten uns insoweit vor, als dass wir in engem Kontakt mit den Sicherheitsbehörden des Bundes stehen. Wir müssen darauf setzen, dass wir in dem Fall, in dem jemand zurückkommt, von dem wir wissen, dass er nach Niedersachsen will und gefährlich ist, unmittelbar agieren können.

Aber der erste Zugriff liegt bei den Bundesbehörden, insbesondere übrigens auch beim Generalbundesanwalt. Wenn entsprechende Erkenntnisse vorliegen, wird an der Grenze - oder wo auch immer - inhaftiert und dann das entsprechende Verfahren eingeleitet.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Minister Pistorius. - Dritte Zusatzfrage: Abgeordneter Ahrends!

Jens Ahrends (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich frage die Landesregierung: Warum unterbindet die Landesregierung nicht Aktivitäten der Hisbollah, bei denen sie hier in Niedersachsen Geld einsammelt, um Terroranschläge gegen Israel vorzubereiten?

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Innenminister Pistorius antwortet.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Voraussetzung, um intervenieren zu können, ist eine klare, justiziell belastbare Beweislage. Die liegt nicht vor. Das Einzige, was es bislang gibt, sind Ihre Vermutungen und die Annahme, dass so etwas passieren könnte. Aber solange wir das nicht beweisen können, können wir es nicht rechtswirksam unterbinden.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Danke, Herr Minister. - Vierte Zusatzfrage: Abgeordneter Ahrends, bitte!

Jens Ahrends (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Gemäß einer Antwort der Landesregierung sammelt die Hisbollah hier in Niedersachsen Geld ein. Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet die Landesregierung diesen Umstand, dass von Niedersachsen zumindest mittelbar der Kampf gegen Israel finanziert wird?

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Der Minister antwortet Ihnen.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann mich nicht auf die Beantwortung einer Anfrage an die Landesregierung beziehen, die mir nicht vorliegt. Von daher bitte ich um Verständnis: Ich würde sie gerne erst lesen und behalte mir eine entsprechende Bewertung vor.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Also warten wir die Anfrage der AfD-Fraktion ab. Da die Frage in öffentlicher Sitzung gestellt wurde, gehe ich davon aus, dass auch die Anfrage allen bekannt gegeben wird.

Fünfte Zusatzfrage der AfD-Fraktion: Abgeordneter Ahrends, bitte!

Jens Ahrends (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Letzte Frage: Mit welchen Mitteln versucht oder plant die Landesre-

gierung, die Einreise der Hisbollah-Funktionäre zu besonderen Anlässen zumindest nach Niedersachsen zu unterbinden?

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Herr Minister Pistorius antwortet. Bitte schön!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Einreise von ausländischen Staatsangehörigen ist Sache der Bundesregierung bzw. des Auswärtigen Amtes - Visum oder nicht. Ich wüsste nicht, dass es innerhalb Deutschlands Grenzkontrollen bei der Einreise nach Niedersachsen gibt - jedenfalls nicht unter dieser Landesregierung. Von daher habe ich auch keine Handhabe, zu verhindern, dass jemand, der nach Deutschland eingereist ist, nach Niedersachsen kommt.

Im Übrigen bitte ich darum, diese Frage im Bundestag zu stellen. Vielleicht kann sie Ihnen dort beantwortet werden. Ich bin für den Schutz der Außengrenzen nicht zuständig.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Danke. - Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zu Zusatzfragen zur Anfrage der AfD-Fraktion vor.

Damit schließen wir den Tagesordnungspunkt 21, Dringliche Anfragen.

Wir kommen vereinbarungsgemäß zu dem

Tagesordnungspunkt 24:

Erste Beratung:

Das Agrarpaket der Bundesregierung und die Verschärfung der Düngeverordnung stoppen - Niedersachsen muss sich unterstützend hinter seine Landwirte stellen! - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/4830

Zur Einbringung hat sich der Abgeordnete Hermann Grupe aus der FDP-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte, Herr Abgeordneter Grupe!

(Zuruf: Aber nicht werten!)

- Ich passe schon auf! Bring mal ein!

Hermann Grupe (FDP):

Ein ganz bisschen werten darf ich jetzt aber, nicht?

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Wir sind jetzt ja nicht mehr bei den Dringlichen Anfragen. Da haben wir ja etwas härtere Regeln und Kriterien.

Hermann Grupe (FDP):

Verunsichern Sie mich nicht, Frau Präsidentin!

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Herr Kollege Grupe, ich wollte Sie nicht verunsichern. Das wird mir auch garantiert gar nicht gelingen. Bitte schön!

Hermann Grupe (FDP):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

"Der Bauer ist zum Prügelknaben einer pseudoumweltbewussten Wohlstandsgesellschaft geworden. Im Zweifel gilt er als Tierquäler und Giftmischer. Auch bei jenen Deutschen, die so gern Urlaub auf dem Bauernhof machen."

Sie werden es ahnen, das ist nicht von mir. Das ist aus einem Kommentar aus der gestrigen *FAZ* von Herrn Reinhard Müller zu den Bauernprotesten.

Meine Damen und Herren, die Landwirte fühlen sich in der Tat an den Pranger gestellt. Die Landwirte fühlen sich verantwortlich gemacht für alles und jedes. Wir wollen daran arbeiten, dass wir dort, wo Probleme bestehen, die wirklichen Ursachen beheben, und wollen dahin kommen, dass wir wieder einen vernünftigen Umgang haben, dass die Landwirtschaft wertgeschätzt und gerecht nach dem beurteilt wird, was sie in den ländlichen Räumen und für unsere gesamte Gesellschaft leistet.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Protest der Landwirte richtet sich zurzeit hauptsächlich gegen das Agrarpaket, das in Berlin verkündet worden ist. Wir haben es eben schon andiskutiert. Da geht es zum einen um Pflanzenschutz in Schutzgebieten. Meine Damen und Herren, wenn man den Pflanzenschutz dort weitgehend verbieten wollte - ich habe gelernt, dass in Baden-Württemberg 38 % der Landesfläche Schutzgebiete sind -, dann wäre das so, als wenn man Arzneien verbieten würde

und meinte, dass die Menschen quasi automatisch trotzdem gesund blieben. Das ist ein Ansatz, der große Teile der Landwirtschaft gefährdet, und nicht nur die konventionelle Landwirtschaft, auch Biobetriebe sagen, sie sähen sich in ihrer Existenz gefährdet; denn sie wenden zwar andere Mittel an, aber auch sie wenden selbstverständlich Pflanzenschutzmittel an.

Bei der Einschränkung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln, wie sie geplant ist, werden Resistenzen gefördert. Die Ministerin hat eben selbst die Eiweißstrategie angesprochen und darauf hingewiesen, dass der Rapsanbau zurückgegangen ist. Warum? - Weil der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt worden ist. Der Raps ist neben seiner Funktion als Ölfrucht auch die wichtigste Eiweißfrucht in Deutschland. Das heißt, die Politik erreicht genau das Gegenteil von dem, was sie jeden Tag verkündet. Wir produzieren hier weniger Eiweiß und müssen mehr genverändertes Eiweiß aus den südamerikanischen Staaten importieren.

Im Biobetrieb ist der Anbau von Raps, den man dort wenig schützen kann, oft von Totalverlusten gekennzeichnet, deswegen wird er sehr hoch bezahlt. Ich selbst setze mich zurzeit sehr intensiv damit auseinander. Das ist dann der Lohn der Angst: Wenn es gut geht, dann kriegt man einen guten Preis, aber man muss auch mit einem Totalausfall rechnen. Das kann nicht die Lösung für unsere Landesfläche sein. Dann würden wir Probleme mit der Ernährung bekommen.

(Beifall bei der FDP)

Bei Zuckerrüben sind ähnliche Einschränkungen auch wieder völlig ungleich, in Deutschland wesentlich schärfere als in anderen Staaten - geplant. Auch die Zuckerrübenanbauer sehen sich vom Ruin bedroht.

Meine Damen und Herren, die vorgeschriebene Düngung mit einer Mangelernährung der Pflanzen von minus 20 % in "roten Gebieten" ist etwas, was diese Betriebe in existenzielle Nöte bringen würde. Wir können nicht davon ausgehen, dass das überhaupt der Sache nutzt. Es ist keine gute fachliche Praxis, und es kann genau den gegenteiligen Effekt hervorrufen.

Es ruft auf jeden Fall den Effekt hervor, dass eine Abwärtsspirale in der Ertragskraft einsetzt. Denn nach der Düngeverordnung ist der Dreijahresdurchschnitt des Ertrages Basis dafür, wie man düngen darf. Wenn ich eine Mangelernährung

durchführen muss, dann sinkt der Ertrag. Die Basis sinkt also immer weiter. Deswegen ist die Ertragskraft dann sehr schnell an der Grenze, an der man die Kosten nicht mehr decken kann. Deswegen entspricht das einer Totalenteignung dieser Landwirte. Deswegen ist das völlig untragbar. Es ist unzweckmäßig, und es gefährdet die Landwirtschaft in diesen Gebieten grundsätzlich.

Meine Damen und Herren, von der Bundesministerin Frau Klöckner wird zum Thema Pflanzenschutzmittel gesagt, dass es zwar keine valide Studie gibt, die nachweist, dass Glyphosat krebserregend ist, aber dass das aufgrund der fehlenden gesellschaftlichen Akzeptanz ein totgerittenes Pferd sei. Meine Damen und Herren, das ist genau so, als wenn ich nach Gefühl rechnen würde. Das geht genauso wenig. Genauso wenig kann ich Pflanzenschutz nach Gefühl machen, wenn ich es richtig und fachgerecht machen will. Das sind Ansätze, die unsere Landwirtschaft gefährden und der Sache nicht dienen.

(Beifall bei der FDP - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wir haben es eben schon andiskutiert. 16 % der Brunnen liegen über dem Grenzwert. Wir wollen dort gezielt Maßnahmen ergreifen, um diese Werte zu verbessern, aber wir können nicht ganze Gebiete mit drastischen Einschränkungen überziehen.

Meine Damen und Herren, wenn mein Fraktionsvorsitzender Stefan Birkner sagt, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Natura-2000-Gebieten generell untersagen zu wollen, könne man nur als Irrsinn bezeichnen, dann wird Sie das wenig wundern. Aber wenn mir jemand prognostiziert hätte, dass ich, um meine Forderung zu untermauern, den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann zu Hilfe rufen müsste, hätte ich das nicht geglaubt. Er kritisiert nämlich eindringlich das geforderte Verbot von Pestiziden in Landschaftsschutzgebieten. Zitat:

"Das hätte dramatische Folgen für Tausende von konventionell und biologisch wirtschaftenden Betrieben. Das geht so nach unserer Ansicht auf gar keinen Fall."

Meine Damen und Herren, wenn es Sie stört, dass dieser Antrag von der FDP gestellt wird: Stimmen Sie doch dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten in diesem Fall einmal zu! Er hat 100-prozentig recht.

(Beifall bei der FDP - Miriam Staudte [GRÜNE]: Das machen wir auch nicht immer!)

Von ihm habe ich gelernt, dass diese Gebiete ein Drittel der Fläche von Baden-Württemberg ausmachen. Diese Regelung hätte eine Auswirkung, die die Landwirtschaft grundsätzlich gefährden würde. Deswegen bitte ich darum, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Sehr schön. Vielen Dank, Herr Grupe. - Für die AfD-Fraktion spricht die Abgeordnete Dana Guth.

Bevor Frau Guth mit ihrem Redebeitrag beginnt, möchte ich einen Hinweis geben: Nach dem Tagesordnungspunkt 24 werden wir noch den Tagesordnungspunkt 25 beraten - das ist eine Vereinbarung zwischen den Parlamentarischen Geschäftsführern - und erst dann in die Mittagspause gehen.

Frau Guth, jetzt haben Sie das Wort.

Dana Guth (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen! Erst einmal herzlichen Dank an die FDP für diesen Antrag. Die Forderungen, die in dem Antrag enthalten sind, sind durchweg notwendig und vernünftig. Ich möchte hier jetzt nicht jeden einzelnen Punkt durcharbeiten, weil im Wesentlichen das abgebildet wird, was die Landwirte auf der Kundgebung am 22. Oktober gefordert und zum Ausdruck gebracht haben.

Auch wenn es nett umschrieben wurde: Der Punkt 2 Ihrer Forderungen spricht sich ganz klar - vernünftigerweise - für eine weitere Zulassung von Glyphosat aus. In der Begründung zitieren Sie die Bundeslandwirtschaftsministerin mit der Aussage, dass es keine valide Studie gibt, die nachweist, dass Glyphosat krebserregend ist. Das ist Fakt. Aber genau das bringt das Dilemma der deutschen Politik auf den Punkt.

Lobbygruppen nehmen sich eines Themas an - Atomkraft, Diesel, CO₂ oder im Fall der Landwirtschaft Glyphosat - und verankern das - ohne jeden wissenschaftlichen Nachweis - mit permanenter Dauerbeschallung negativ in den Köpfen der Menschen. Im Ergebnis werden gute, bewährte Technologien, chemische Verbindungen oder Pflanzenschutzmittel ohne wissenschaftlich-faktenbasierte Gründe verteufelt und schlussendlich verboten.

Das hat nichts mit verantwortungsvoller Politik, sondern nur etwas mit einem getriebenen Hinterherlaufen hinter dem Mainstream zu tun.

Das neue Agrarpaket enthält jede Menge Punkte, die unseren Landwirten und schlussendlich auch der Umwelt schaden werden. Im Ergebnis werden wir erleben, dass Betriebe unrentabel werden und schlussendlich aufgegeben werden müssen. Die fehlende Produktion werden wir dann mit Importen aus dem Ausland ausgleichen müssen. Aber das Mercosur-Abkommen steht ja in den Startlöchern, wie wir bereits gehört haben.

Während man die deutschen Landwirte durch EU-Verordnungen immer weiter einschränkt und mit Vertragsverletzungsverfahren bedroht, ist in diesem Abkommen überhaupt keine Sanktion für Umweltschutzverletzungen vorgesehen. Als Geschenk dafür, die meisten Zölle auf EU-Importe abzuschaffen, soll der europäische Markt für Agrarprodukte weiter geöffnet werden. In Zahlen heißt das: 99 000 t Rindfleisch, 180 000 t Geflügelfleisch, 300 000 t Agrartreibstoffe - alles aus Südamerika nach Europa.

Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss und natürlich auch auf den viel besseren Antrag der GroKo, der dann kommen wird. Ich denke, wir werden dem zustimmen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht die Abgeordnete Miriam Staudte. Bitte, Frau Staudte!

Miriam Staudte (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es wird Sie nicht wundern, dass wir Grüne den Antrag der FDP ablehnen werden. Oft hält man sich ja in der ersten Beratung noch ein bisschen bedeckt und wartet erst einmal die Beratung im Ausschuss ab. Aber an dieser Stelle ist es wirklich eindeutig, da kann ich nicht anders.

Sie fordern, dass das Agrarpaket der GroKo gestoppt werden soll. Das ist ja auch auf der Demo thematisiert worden. Ich glaube, da machen Sie es sich als Opposition wirklich zu einfach. Immerhin hat die GroKo probiert, mit ihrem Agrarpaket wichtige gesellschaftliche Herausforderungen anzugehen. Beispielsweise der Insektenschutz ist angesprochen worden, das Glyphosatverbot etc. Man

kann natürlich Kritik daran üben, wie die GroKo das anpackt, aber letztendlich nicht an der Zielrichtung.

Ich glaube, da gehen unsere Positionen wirklich konträr auseinander. Nehmen wir das Beispiel Insektenschutz und Glyphosatverbot ab 2024 - das ist ja eigentlich noch sehr viel länger hin, als wir gehofft haben - und auch die Minderungsstrategien zuvor und das Verbot von Pestiziden in Schutzgebieten. Ich glaube, wir haben da eigentlich gute Erfahrungen, z. B. im Biosphärenreservat, wo dann beispielsweise eine niedrige Pacht verlangt wird. Ich glaube schon, dass es da auch eine Kompensation geben muss.

Wir kritisieren, dass den Landwirten sozusagen nur gesagt wird "Bis dann und dann!", aber dass nicht unterstützt wird. Ich habe gestern schon einmal darauf hingewiesen. Es wird nicht gesagt: Hier haben wir jetzt ganz viele Demonstrationsbetriebe, in denen man auch von der Biolandwirtschaft lernen kann und wo man fragen kann: Welche Maschinen benutzt ihr? Wie macht ihr das mit der Bodenbearbeitung? Wie kommt ihr ohne Pestizideinsatz aus? - Da gibt es keinerlei Hilfestellung.

Letztendlich zieht sich das durch das gesamte Agrarpaket. Es haben ja auch Teilnehmer der Demonstrationen gegenüber den Medien gesagt: Früher wurde immer gesagt, wir sollen immer mehr und immer billiger produzieren! Das soll jetzt plötzlich alles falsch sein? - Ja, es ist falsch. Die Hälfte der Lebensmittel landet im Abfall. Das liegt auch daran, dass sie so wahnsinnig billig sind und die Landwirte dafür keinen anständigen Preis mehr bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An vielen Stellen wird ja immer darauf eingegangen: Ja, das ist alles nicht wissenschaftlich, das sind nur irgendwelche NGOs! - Das, was die AfD hier vorgetragen hat, hörte sich ja schon nach Verschwörungstheorien an.

Natürlich berufen wir uns bei der Kritik an Pestiziden und an Glyphosat auf die Wissenschaft. Der Teil der WHO, der für das Thema Krebs und die Bewertung zuständig ist, hat gesagt: Glyphosat ist wahrscheinlich krebserregend! - Sie müssen sich ja nur einmal die Gerichtsurteile in den USA angucken. Das ist jetzt keine grüne Idee, dass Glyphosat durchaus auch Probleme mit sich bringen kann. Solange das BfR - das Bundesinstitut für Risikobewertung - und auch die efsa - das Pendant auf europäischer Ebene - sich immer nur auf

Herstellerstudien verlassen, muss man sich nicht wundern, dass dabei immer herauskommt: Alles unbedenklich!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu dem Punkt Direktzahlungen: Unser Ansatz ist, dass die Gemeinsame Agrarpolitik und Förderung der EU wirklich quasi auf den Kopf gestellt wird, dass wir noch sehr viel stärker, als das jetzt in dem Agrarpaket vorgeschlagen wird, zukünftig diejenigen Maßnahmen unterstützen, die gesellschaftlich auch gewollt und notwendig sind, was den Umweltund Wasserschutz etc. angeht.

Ich gebe Ihnen aber recht bei der Kritik am Tierwohllabel. Ich fürchte fast, dass dieses freiwillige Tierwohllabel, das keine sonderlich hohen Standards hat, wenn man sich das einmal genau anguckt, tatsächlich eher schaden als nützen wird. Man kann froh sein, dass der Handel mit seiner Kennzeichnung schon weiter ist. Aber das kann sicherlich kein Grund sein, jetzt zu sagen: Dieses ganze Agrarpaket ist falsch. Es muss halt strenger gemacht und in der Umsetzung verbessert werden.

Noch ein Punkt zur Düngeverordnung: Wir haben hier grundsätzlich ein Problem. Ich gebe Ihnen ja recht, dass die Düngeverordnung sehr bürokratisch und sehr kompliziert ist. Kaum ein Landwirt kann die Anforderungen selber erfüllen, sondern er muss sich jemanden holen, der die Anträge und Formulare ausfüllt. Das ist auch sehr schwer zu kontrollieren. Der Grund liegt darin, dass man sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner verständigt hat. Auf der einen Seite wurde immer nur blockiert, blockiert, blockiert. Das kam dann dabei heraus. Man müsste an die tatsächlichen Ursachen heran. Dann hat man auch Planungssicherheit, wenn man sich einmal gemeinsam in einem Agrarkonsens auf einen großen Wurf verständigt.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Frau Staudte. - Zu Ihrem Wortbeitrag liegt eine Kurzintervention des Abgeordneten Hermann Grupe vor. Herr Grupe, 90 Sekunden! Bitte schön!

Hermann Grupe (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich wollte das Wort eigentlich gar nicht mehr in den Mund nehmen. Aber liebe Kollegin Staudte, in der Wissenschaft herrscht überhaupt keine Differenz, dass Glyphosat bei ordnungsgemäßer Anwendung keinerlei gesundheitliches Risiko bedeutet.

(Beifall bei der FDP - Dr. Stefan Birkner [FDP]: So ist es! - Miriam Staudte [GRÜNE]: Das stimmt nicht!)

- Lassen Sie mich doch aussprechen!

Wenn man Glyphosat mehrtausendfach überdosiert und dann in Versuchen diese Toxikologie untersucht wie auch bei anderen Stoffen, dann ist es nicht auszuschließen. Das ist wie bei fast jedem Medikament und anderen Pflanzenschutzmittel. Auch ein Medikamentenmissbrauch - man sollte jeden warnen - wird ganz schnell giftig. - Das zu den Fakten.

(Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch übernimmt den Vorsitz)

Vielleicht können wir uns ja wenigstens darauf verständigen, dass Insektenschutz und Glyphosat gar nichts miteinander zu tun haben. Mit Glyphosat können wir Mulchsaat machen, indem wir nicht pflügen müssen. Das Glyphosat macht das Gleiche wie der Pflug: Er schafft ein reines, sauberes Saatbett. Er beseitigt nur die grün-orangene Substanz. Es wirkt nicht über den Boden usw. Dann kann ich dort hineinsehen und damit Erosion verhindern. Das ist wirklich das Einzige. Mit Insekten hat das nun gar nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Vielen Dank, Herr Kollege Grupe. - Frau Staudte möchte erwidern.

Miriam Staudte (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Eigentlich muss ich mich bei Ihnen für Ihre Kurzintervention bedanken, weil sie mir noch einmal Gelegenheit gibt, auf das eine oder andere einzugehen.

Zu Glyphosat: Wir hatten in der letzten Wahlperiode Herrn Professor Greiser, einen Epidemiologen, im Ausschuss. Ich meine, Sie waren dabei auch anwesend. Er hat die Studien des BfR und die Arbeitsweise regelrecht auseinandergenommen. Sie können sich hier nicht hinstellen und sagen: Die Wissenschaft ist sich einig! - Dem ist nicht so. Es gibt zumindest einen sehr großen Streit.

Wie gesagt: Wem soll man denn bitte vertrauen? Sie sagen immer: Ja, wir Landwirte! - Die Landwirte sind doch diejenigen, die diese Substanzen handhaben müssen. Ich meine, vielleicht der eine oder andere nicht, weil er das seine Angestellten machen lässt. Aber die gesundheitliche Gefahr liegt doch bei denen, die damit befasst sind.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Nicht, wenn man sachgerecht damit umgeht!)

Sie sollten sich eigentlich ganz vorne in die Reihe derjenigen stellen, die sagen: Wir müssen bei den Risiken ganz genau hingucken!

(Beifall bei den GRÜNEN - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Auch noch einmal zu dem Punkt, Glyphosat sei für Insekten nicht schädlich. Glyphosat ist zwar ein Herbizid; das ist klar. Aber es gibt genügend Studien - damit muss man sich dann halt auch einmal befassen -, die sagen, es hat auch extreme Auswirkungen auf Darmbakterien und schädigt deswegen Insekten - aber nicht nur Insekten, sondern auch größere Säuger. Es ist inzwischen wirklich von verschiedenen Studien wissenschaftlich belegt, dass es durchaus einen direkten Zusammenhang gibt und es jetzt nicht nur darum geht, dass quasi nichts mehr blüht und deswegen die Insekten geschädigt werden. Das kommt natürlich auch noch hinzu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch das ganze Thema Humusaufbau - - -

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Frau Staudte, Ihre Redezeit ist jetzt beendet. Vielen Dank.

Miriam Staudte (GRÜNE):

Gut. Den Rest klären wir mal wieder bilateral.

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Genau. - Für die SPD-Fraktion erhält jetzt Kollegin Thordies Hanisch das Wort.

Thordies Hanisch (SPD):

Sehr geehrte Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geehrte Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion, danke schön für diesen Antrag! Damit haben Sie fast alle brennenden Punkte im Spannungsfeld zwischen Gesellschaft, Umwelt und Landwirtschaft angerissen und geben uns damit auch die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen.

(Christian Grascha [FDP]: So soll es sein!)

Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten streben natürlich den vernünftigen Weg an. Es nützt nämlich nichts, bei einer so komplexen Sachlage der einen oder anderen Seite hinterherzulaufen. Auf einige der Herausforderungen will ich im Folgenden kurz eingehen.

Zunächst zum Markt: Da bin ich ziemlich nah bei Ihnen, Herr Grupe. Wie, bitte, soll man erklären, dass sich unsere Landwirte bei Insektiziden, Anbauweisen und genmanipulierten Pflanzen an Vorgaben halten müssen, an die sich Landwirte aus anderen Staaten nicht halten müssen, obwohl unsere Landwirte ihre Produkte auf dem gleichen Markt anbieten sollen? Wenn wir landwirtschaftliche Produkte importieren, für die nicht die gleichen Regelungen gelten wie für unsere in Deutschland produzierten Weizen, Hopfen, Rüben, Rinder und Schweine, dann ist das erst einmal absurd. Aber das ist dem Umstand geschuldet, dass wir Autos und Technik exportieren wollen und damit in internationalen Handelsabkommen festgelegt wird, was importiert und was exportiert werden darf. Hier wird abgewogen, wie in Deutschland der Wohlstand erhalten bleiben kann.

Genau dieser Wohlstand ermöglicht es aber offenbar nicht, für Nahrungsmittel auch einen angemessenen Preis bezahlen zu können oder zu wollen. Bei der Wirtschaftskraft liegt Deutschland im EU-Vergleich weit vorn in der oberen Hälfte, bei den Konsumausgaben für Nahrungsmittel ganz weit im hinteren Feld. Da kommen dann die billig importierten Lebensmittel ins Spiel, zu denen offensichtlich ganz gern gegriffen wird und die der Lebensmitteleinzelhandel so auch anbieten möchte.

Dazu kommt, dass unsere niedersächsischen Landwirte nicht nur Niedersachsen versorgen, sondern ganz Deutschland. Dabei ist die Import-Export-Bilanz im landwirtschaftlichen Bereich in Deutschland keineswegs so, dass wir landwirtschaftliche Produkte in großen Mengen exportieren. Vieles müssen wir dazukaufen. Das heißt unter dem Strich: Jeder Rückgang bei der Produktion in Deutschland führt zu mehr Import und dazu, dass wir Probleme exportieren.

Zudem steht unsere Landwirtschaft in Flächenkonkurrenz. Während von 2011 bis 2017 die Siedlungs- und Verkehrsfläche für unsere Straßen, unser Gewerbe und unsere Häuser in Niedersachsen angewachsen ist, wurde etwas mehr als die gleiche Fläche der Landwirtschaft entzogen, und zwar ungefähr ein Zehntel der Fläche des Saarlandes allein in sechs Jahren. Da, wo die Fläche knapp ist, steigen die Pachtpreise an. Während Regenwälder billig gerodet werden, wird es für unsere Landwirte also immer teurer zu produzieren.

Mich erreichen die Rufe verzweifelter Landwirte. Die grünen Kreuze auf den Äckern machen ihre Verzweiflung sichtbar. Diese Verzweiflung kann ich nicht nur verstehen; ich fühle sie auch. Es geht um existenzielle Bedrohungen für die Betriebe. In Niedersachsen gab es von 2003 bis 2016 einen Rückgang von 50 000 Beschäftigten in landwirtschaftlichen Betrieben. Das waren in vielen Fällen auch Familien, die über Generationen ihre Existenz in den Betrieben gesichert haben. Mit der Düngeverordnung, der Ausweisung der "roten Gebiete" und der weiteren Verschärfung stellen wir landwirtschaftliche Betriebe wieder vor Herausforderungen.

Wenn ich daran denke, dass bei uns in Niedersachsen die Nitratwerte im Grundwasser auch so hoch sind, weil wir hier viele Landwirte haben, die eng beieinander wirtschaften und die Bevölkerung über Niedersachsen hinaus versorgen, und dass es Landwirte gibt, die verantwortungsbewusst wirtschaften und in Kooperation mit Wasserverbänden freiwillig Programme zur weiteren Senkung der Nitrateinträge umgesetzt haben, die nun auch mit weniger Nährstoffen zurechtkommen sollen, dann bringt mich das vor allem bei der Suche nach einer Lösung zur Verzweiflung, weil es hier mal wieder keine einfache Lösung geben wird.

Ich sage an dieser Stelle aber auch immer wieder: Mit unserem Trinkwasser können wir uns keine Spielchen erlauben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Ausweisung der "roten Gebiete" ist gerade auf niedersächsischer Ebene abgeschlossen. Die Unterrichtungen und Diskussionen dazu laufen. Die Gebiete wurden, wie heute schon öfter erwähnt wurde, nicht "über den dicken Daumen" ausgewiesen, sondern binnendifferenziert. Ja, es gibt Brunnen in "roten Gebieten", die nicht belastet sind ganz wörtlich gemeint. Diese Brunnen liegen in Bereichen eines gemeinsamen Grundwasserleiters, der dann aber belastet ist.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Genau!)

Ich bin gespannt, was Sie da wie ändern wollen, sodass wir am Ende Landwirte entlasten, Nitratwerte senken und den Vorgaben der EU entsprechen. Mir scheint das doch eher eine der einfache-

ren Lösungen zu sein, die sich gut anhört, von der Opposition gern gefordert wird und am Ende - - - Aber ich will jetzt keinen Ordnungsruf riskieren.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Ich habe Sie nicht verstanden, Frau Kollegin!)

Es gibt weitere Herausforderungen. Gleichzeitig tragen wir Verantwortung für unsere Landwirte. Hier muss es uns darum gehen, Lösungen zu finden, die uns weiterbringen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Was sind denn die Antworten?)

Ich kenne ganz viele Landwirte, egal ob biologisch oder konventionell wirtschaftend, die verantwortungsbewusst und nachhaltig mit ihren Tieren und Böden umgehen. Deswegen muss es bei der nächsten Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik darum gehen, dass Ökosystemdienstleistungen entlohnt werden.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Wann geht das denn los?)

Die Zielrichtung kann nicht mehr sein: je mehr Fläche, desto mehr Geld. Vielmehr muss sich das Ganze auch an Landwirte richten, die mit kleiner Fläche Großartiges leisten.

Ich kann die Landwirte gut verstehen, wenn sie sich wünschen, dass wir auch über andere Problemverursacher mehr reden. Landwirte stehen oft im Fokus einer Debatte - vielleicht auch, weil Menschen gelegentlich gern Verantwortung bei anderen suchen und sich diese Gruppe anscheinend ganz besonders eignet. Deswegen möchte ich hier deutlich sagen: Unsere Probleme sind unsere Probleme.

Mit meinem Ausflug zu den globalen Märkten, dem Lebensmittelpreis und anfangs der Flächenkonkurrenz sollte deutlich werden, dass wir unseren einzelnen Landwirten nicht einfach die Schuld an der Misere geben können, sondern gemeinsam um Lösungen ringen müssen. Wir müssen anfangen, andere Problemverursacher explizit zu benennen.

Ein Landwirt lebt vom Anbau von Lebensmitteln, von denen wir leben. Ein Hausbesitzer dekoriert seinen Vorgarten mit Steinen für sich zum Angucken. Wenn ein Landwirt für sich zum Angucken einen Acker mit Dekosteinen vollkippen würde, möchte ich nicht wissen, wie groß der gesellschaftliche Aufschrei wäre.

Zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft wird ein Graben gebuddelt. Es kann uns nicht darum ge-

hen, den Spaten in die Hand zu nehmen. Politisch Verantwortliche müssen Brücken bauen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir können nicht den Forderungen der Lobbyisten auf der einen oder anderen Seite hinterherrennen und versuchen, uns dabei gegenseitig zu übertrumpfen. Wir müssen hier Sachverstand walten lassen und den richtigen Kompromiss für alle finden.

Ich wünsche mir sehr, dass das nicht auf Kosten unserer Landwirte passiert, und würde mich hier über konstruktive Lösungsansätze bei den Beratungen im Ausschuss sehr freuen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Vielen Dank, Frau Kollegin Hanisch. - Für die CDU-Fraktion folgt nun der Kollege Helmut Dammann-Tamke.

(Beifall bei der CDU)

Helmut Dammann-Tamke (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr verehrter Herr Kollege Grupe, Sie sind in Ihren Ausführungen relativ wenig auf Ihren eigentlichen Antrag eingegangen. Nach meiner Wahrnehmung war das mehr eine Generaldebatte um den Zustand der Landwirtschaft. Themen wie Rapsanbau oder Zuckerrüben haben nicht unmittelbar etwas mit Ihrem Ursprungsantrag zu tun.

Ich werde versuchen, mich an Ihrem Antrag ein wenig abzuarbeiten. Deshalb komme ich noch einmal auf den Titel zurück: "Das Agrarpaket der Bundesregierung und die Verschärfung der Düngeverordnung stoppen - Niedersachsen muss sich unterstützend hinter seine Landwirte stellen!"

Dieses Agrarpaket der Bundesregierung umfasst drei Teile: erstens das Gesetz zur Einführung und Verwendung eines Tierwohlkennzeichens, zweitens die Änderung des Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes und drittens das Aktionsprogramm Insektenschutz.

Beginnen wir beim Thema Tierwohlkennzeichnung. Meine Damen und Herren, es ist, glaube ich, mittlerweile allgemeiner Konsens - das wird auch weitgehend in der Branche mitgetragen -, dass der Weg zu immer mehr Tieren, zu immer mehr Fläche, zu immer mehr Kapitaleinsatz auch Grenzen kennt

(Anja Piel [GRÜNE]: Richtig!)

und dass wir vielleicht auch einmal schauen sollten, wie wir zu mehr Wertschöpfung kommen.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Sehr gut!)

Wenn wir denn zu mehr Wertschöpfung kommen wollen, setzt das allerdings auch voraus, dass diejenigen, die diese Wertschöpfung honorieren sollen - sprich: die bundesdeutschen Verbraucher -, auch eine Möglichkeit haben müssen, mit ihrer Konsumentscheidung ganz bewusst das Produkt zu wählen, das geeignet ist, dieses Mehr an Wertschöpfung zu schaffen, und dieses bundesdeutsche Produkt auch zu kaufen. Deshalb brauchen wir ein Tierwohllabel.

Das Tierwohllabel, das die Bundesministerin auf den Weg gebracht hat, ist ein sehr gutes Tierwohllabel, weil es - bisher zugegebenermaßen nur am Beispiel Schwein - von der Geburt bis zur Schlachtung den ganzen Lebensweg des Schweines aufzeichnen und Standards definieren will.

Es hat allerdings einen Fehler:

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Mehr als einen!)

Es ist bisher ein freiwilliges Tierwohllabel. Wir alle hätten uns ein verbindliches Tierwohllabel gewünscht.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ich glaube, wir alle kennen die Argumentation der Bundesregierung, dass man insbesondere durch europäisches Recht im Moment dort noch gebunden ist.

> (Miriam Staudte [GRÜNE]: Bei den Eiern geht es doch auch! Alles vorgeschoben!)

Klar ist aber auch, dass die Bundesministerin das Ziel formuliert hat, dies in ein verbindliches Tierwohllabel zu überführen. Wir sollten alle die Daumen drücken, dass uns die EU-Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik Deutschland da voranbringt und sich auch die europäischen Partnerländer und Nachbarn auf den Weg machen und bereit sind, zu einem verbindlichen Tierwohllabel zu kommen.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Immer auf die anderen zeigen!)

So weit zum Tierwohllabel. Ich glaube, Herr Kollege Grupe, da sind wir gar nicht so weit auseinander. Ich komme nun zum Direktzahlungen-Durchführungsgesetz. Dazu haben Sie in Ihrem Antrag nicht eine Zeile gebracht, und Sie haben das auch hier in keiner Weise angesprochen. Das ist ein Teil des Agrarpaketes. Es war ein Kompromiss, die Umschichtung, die bisher bei 4,5 % lag, auf 6 % zu erhöhen. Es ist ein guter Erfolg, dass diese zusätzliche Umschichtung von 1,5 % im Wesentlichen in den ländlichen Raum für die Landwirtschaft zurückfließen soll. Politik besteht aus Kompromissen, so auch hier, und deshalb können wir das mittragen.

(Zuruf von Miriam Staudte [GRÜNE])

 Liebe Kollegin Staudte, hören Sie doch einfach zu! Diese ständigen Zwischenrufe helfen uns doch nicht weiter.

(Zuruf von Miriam Staudte [GRÜNE])

- Wir sind doch in einem ganz guten inhaltlichen Diskurs.

Dann zum Aktionsprogramm Insektenschutz. Dort setzen auch unsere grundsätzlichen Bedenken an. Federführend ist im Übrigen das Bundesumweltministerium. Warum nun setzen bei diesem Thema unsere grundsätzlichen Bedenken an? - Weil man sich hier für das Ordnungsrecht entschieden hat und von freiwilligen Anreizsystemen weggeht.

Ich bin unserem Umweltminister Olaf Lies sehr dankbar. Er ist zwar im Moment nicht da, aber er hat heute eine Dringliche Anfrage dazu genau in meinem Sinne beantwortet.

Ich komme aus dem Landkreis Stade. 1992 bin ich in den Kreistag gekommen. 6 500 ha Vogelschutzgebiet. Man hat den Flächeneigentümern - zu 99 % Landwirte - gesagt, das hätte überhaupt keine Auswirkungen, das sei rein deklaratorisch, sie könnten weiter wirtschaften wie bisher. Das ist gerade mal 27 Jahre her. Ich bin noch immer in der Politik. Das ist also nicht von vorvorvorgestern.

(Wiard Siebels [SPD]: So alt bist du doch noch gar nicht!)

Heute müssen die Landwirte erleben, dass diese Aussagen, dass diese Versprechen, die ihnen damals gemacht wurden, gebrochen werden. Deshalb ist es der richtige Weg, auf Anreizsysteme, auf gute Agrarumweltprogramme zu setzen - und eben nicht auf das Ordnungsrecht. Insofern, verehrter Kollege Grupe, bin ich gar nicht so weit von Ihnen weg. Da müssen wir nacharbeiten.

Der Kollege Grupe stellt sich oft und gern hierhin und sagt: "Wir Bauern wollen", "wir Bauern müssen", "wir Bauern werden". Ich habe dies ausweislich der Protokolle noch nie getan. Aber heute will ich mit dieser Tradition brechen und sagen:

Ich, Bauer Helmut Dammann-Tamke, bin 2003 in diesen Niedersächsischen Landtag gewählt worden. Mein Eintritt in die Politik war nicht geplant. Ich hatte die Grundüberzeugung: Ich bin ein freier Bauer auf freier Scholle, und solange ich mich im Rahmen der ordnungsgemäßen Landwirtschaft, sprich: der Gesetze, bewege, hat mir niemand, aber auch niemand hineinzureden, wie ich meinen Betrieb bewirtschafte. Heute, 17 Jahre späteraber dafür habe ich keine 17 Jahre gebraucht-, muss ich eingestehen, dass die Gesellschaft um mich herum akzeptieren möchte, wie ich wirtschafte.

Damit sind wir beim Thema Glyphosat. Ich gehöre auch zu denen, die fest davon überzeugt sind, dass dieser Wirkstoff wissenschaftlich basiert absolut zu vertreten ist.

(Glocke der Präsidentin)

Aber wenn ich in Diskussionen gesellschaftlicher Gruppen gehe, stelle ich fest: Dieser Wirkstoff, den mittlerweile jedes Grundschulkind kennt, auch wenn es im Zweifel noch nicht einmal richtig rechnen und schreiben gelernt hat, ist politisch in unserer Gesellschaft verbrannt.

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Letzter Satz, bitte!

Helmut Dammann-Tamke (CDU):

Die Ministerin hat recht damit, dass man ab einem gewissen Punkt erkennen muss, wenn etwas nicht mehr zu retten ist. Fakt ist aber auch - - -

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Herr Kollege Dammann-Tamke, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Helmut Dammann-Tamke (CDU):

Die zwei Sätze muss ich aber noch sagen, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Nein. Aber Sie haben gleich die Gelegenheit dazu; denn der Kollege Grupe hat sich zu einer Kurzinvention gemeldet.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD -Helmut Dammann-Tamke [CDU]: Danke für die Steilvorlage, Herr Kollege!)

Hermann Grupe (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Kollege, wenn ich Ihnen dazu verhelfen kann, Ihre Rede zu Ende zu bringen, dann freut mich das natürlich besonders.

Sie haben mir vorgeworfen, ich hätte mich mit meinem eigenen Antrag kaum beschäftigt, und haben dann Raps und Zuckerrüben genannt. Ich frage Sie: Stimmen wir überein, dass das Problem des Anbaurückgangs beim Raps mit darin begründet ist, dass die Pflanzenschutzmittel eingeschränkt werden? Und stimmen Sie mir auch zu, dass die Zuckerrübenanbauer große Gefahren darin sehen, dass das Phenmedipharm verboten werden und die Neoniks eingeschränkt werden sollen?

(Zuruf von Helmut Dammann-Tamke [CDU])

Sie haben gesagt - das hat mich sehr gewundert -, dass das Tierwohllabel, das die Bundesministerin auf den Markt gebracht hat, ein sehr gutes Label ist. Ich hingegen fand es gut, dass unsere Ministerin sich davon klar distanziert und, wenn ich sie richtig verstanden habe, gesagt hat, dass dieser Weg absolut nicht zielführend ist. Da scheint es ja einen Dissens zwischen Ihnen und Ihrer eigenen Ministerin und auch dem gesamten Berufsstand zu geben.

Einig sind wir uns sicherlich darüber, dass das Ordnungsrecht hier nicht greifen sollte, sondern dass Anreize geschaffen werden sollten. Aber vielleicht klären Sie diese Widersprüche mal auf.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke. - Herr Dammann-Tamke möchte erwidern.

Helmut Dammann-Tamke (CDU):

Herr Grupe, ganz schnell: Es sind keine Widersprüche, sondern ich habe gesagt, dass der Weg zum Tierwohllabel richtig und gut ist. Die Ministerin und ich stimmen dahin gehend überein, dass es zu einem verbindlichen Tierwohllabel weiterentwickelt werden muss.

(Zustimmung bei der SPD)

Der Zuckerrübenanbau hat in diesem Fall nun wahrlich nichts mit dem Paket der Bundesregierung zu tun. Ich teile Ihre Einschätzung, dass wir uns große Sorgen um die Zukunft des Zuckerrübenanbaus machen müssen. Aber mit dem Agrarpaket der Bundesregierung hat das überhaupt nichts zu tun.

Ich komme auf den weiteren Aspekt Ihres Antrages, nämlich auf die Ausweisung "roter Gebiete". Da sind wir bei den Demonstranten, bei den jungen Menschen, die am Dienstag auf die Straße gegangen sind und den Dialog angeboten haben. Ich bin dem Umweltminister sehr dankbar. Wir müssen gemeinsam nachliefern und transparente und nachvollziehbare, objektive Kriterien in das Verfahren bringen.

Deshalb, Herr Kollege Grupe: Es wird hier zwar oft als Worthülse benutzt, aber was diesen Antrag betrifft, so freue ich mich auf die Beratungen im Fachausschuss. Ich glaube, da werden wir eine gute Unterrichtung bekommen. Da werden wir uns diese Nachvollziehbarkeit hoffentlich gemeinsam anschauen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön, Herr Kollege.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass wir zur Ausschussüberweisung kommen können.

Der Antrag soll federführend soll im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz beraten werden. Mitberaten werden soll im Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall.

Wir kommen vereinbarungsgemäß zu dem

Tagesordnungspunkt 25:

Abschließende Beratung:

Menschenwürde bewahren - Frauen vor Gefahren in sogenannten Lovemobilen schützen - Antrag der Fraktion der AfD - <u>Drs. 18/3264</u> - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - <u>Drs. 18/4599</u>

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag abzulehnen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Beratung. Zunächst hat sich der Abgeordnete Stephan Bothe für die AfD-Fraktion gemeldet.

Stephan Bothe (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit "Lovemobil" hat die niedersächsische Filmemacherin Elke Margarete Lehrenkrauss in diesem Jahr einen international für Aufsehen sorgenden Dokumentarfilm vorgelegt. Der sehr nachdenklich stimmende Film porträtiert Prostituierte in ihrem alltäglichen Kampf um ihr finanzielles, aber auch ihr seelisches Überleben. Schauplatz ist die B 188 bei Gifhorn hier bei uns in Niedersachsen. Eindringlich wird dort die ausweglose Situation der meist ausländischen Sexarbeiterinnen dargestellt. Die körperlichen und seelischen Leiden werden schonungslos gezeigt. Ja, die Ausbeutung durch die organisierte Kriminalität wird dargelegt.

Im Gegensatz zu den herkömmlichen Bordellen, in denen hygienische Mindeststandards gelten, sind die Arbeitsbedingungen in den gerade bei uns in Niedersachsen aus dem Boden sprießenden "Lovemobilen" unmenschlich, ja, sie sind zutiefst menschenverachtend. Für wenig Geld müssen sich diese Frauen hier an unseren Straßen demütigen und verletzen lassen und sind gefährdet.

Es ging uns als AfD-Fraktion darum, die Würde dieser Frauen zu schützen. Zentral dabei ist natürlich die Erhöhung der Sicherheitsmaßnahmen, aber eben auch die Aufstellung von hygienischen Mindeststandards.

Daher begrüßen wir ausdrücklich, dass die Landesregierung in Form eines Erlasses einen Punkt aus unserem Antrag übernommen hat und in "Lovemobilen" künftig Sicherheitsnotfallknöpfe vorgeschrieben sein werden. Auch wenn die Überprüfung, ob diese Notfallknöpfe nach den entsprechenden Standards eingebaut werden und ob sie überhaupt funktionstüchtig sind, bei den ohnehin finanziell und personell oft überlasteten Kommunen hängen bleiben wird, ist das doch ein erster wichtiger Schritt.

Doch die Verbesserung der Hygienemaßnahmen - Stichwort "fließendes Wasser" - und auch die verpflichtende Einrichtung einer Heizung in diesen Wohnmobilen bleiben bei dem Erlass der Landes-

regierung leider außen vor. Hier stehen die Landesregierung und Sie, Frau Dr. Reimann, meiner Ansicht nach absolut in der Pflicht, noch weiter nachzubessern.

Werte Kollegen, ich bitte Sie darum, auch die anderen Punkte aus unserem Antrag - das fließende Wasser und die Heizungsanlage - noch in den Erlass aufzunehmen. Aber Sie können natürlich auch einen eigenen Antrag einbringen. Das tun Sie ja ohnehin gerne. Dann gehört Ihnen auch gerne der Ruhm; wir verzichten freiwillig darauf.

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Frau Kollegin, diese ganze Sache macht doch eines klar: Hören wir auf mit unserem Quoten- und Gendergaga, und kümmern wir uns endlich um die wirklichen Probleme in diesem Land! Und dazu gehören die sexuell ausgebeuteten Frauen an den niedersächsischen Bundesstraßen. Wenn wir es nicht schaffen, der dort ausufernden Prostitution Einhalt zu gebieten, dann brauchen wir uns über Frauenrechte, Gender usw. in Zukunft nicht mehr zu unterhalten - weil wir dann ein großes Unrecht aus eigener Ignoranz einfach so akzeptieren. Das ist für uns als AfD nicht hinnehmbar.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke sehr.

(Unruhe)

- Es wäre schön, wenn sich die Gespräche in den hinteren Reihe der SPD etwas leiser führen ließen.

Für die SPD-Fraktion erhält nun Frau Dr. Thela Wernstedt das Wort.

Dr. Thela Wernstedt (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann es kurz machen: Der Antrag der AfD war bereits bei der Einbringung von der Sache her widersprüchlich und überflüssig. Ihre Forderungen nach weitreichenden Sperrgebieten werden von der Polizei, den Fachberatungsstellen für Prostituierte und vier der fünf Fraktionen in diesem Hohen Hause abgelehnt.

Ihre Forderungen nach Sicherheits- und Hygienemaßnahmen in "Lovemobilen" sind Bestandteil des Prostitutionsschutzgesetzes und waren bereits bei der Einbringung Ihres Antrags in der Umsetzung und Beratung durch das Sozialministerium. Es ist eine Arbeitsgruppe gegründet worden. Wir haben vielfach darüber debattiert.

Schon zu Beginn des Jahres wurde mit diesem Antrag ein totes Pferd geritten. Wir haben ordnungsgemäß Beratungen im Sozialausschuss durchgeführt und Unterrichtungen angehört, wie es gutes parlamentarisches Arbeiten gebietet. Das Pferd ist dabei nicht lebendiger geworden.

Den Widerspruch, sich für größeren Schutz von Prostituierten auszusprechen und sie gleichzeitig tiefer in die Wälder abdrängen zu wollen, haben Sie während der Beratungen nicht aufgelöst, Herr Bothe. Dies weist aber auf ein bei rechtspopulistischen Parteien bekanntes Phänomen hin: sich vordergründig als Frauenschützer zu inszenieren bei gleichzeitiger Bestärkung eines regressiven Frauen- und Männerbildes.

Wir, SPD, CDU, FDP und Grüne, lehnen den Antrag nach wie vor ab - weil er erledigt ist.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Vielen Dank, Frau Dr. Wernstedt.

Uns liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass wir zur Abstimmung kommen können.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Antrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 18/3264 ablehnen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

Damit sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes. Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Bis 14.45 Uhr.

(Jens Nacke [CDU]: Nein, nicht vorziehen! - Wiard Siebels [SPD]: 15 Uhr!)

- Bis 15 Uhr! - Vielen Dank.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Mittagspause.

(Unterbrechung der Sitzung von 13.15 Uhr bis 15.01 Uhr)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie zur Nachmittagssitzung willkommen heißen. So Sie der Debatte folgen wollen, wäre es hilfreich, wenn Sie auch alle Platz nähmen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 22:

16. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 18/4810 neu - strittige und unstrittige Eingaben - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4903 - Änderungsantrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/4918

Ich rufe zunächst die Eingaben aus der 16. Eingabenübersicht in der Drucksache 18/4810 neu auf, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. - Da Sie das offenbar auch so sehen, kann ich in die Abstimmung eintreten.

Wer zu diesen Eingaben der Ausschussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einer gewissen Unübersichtlichkeit im Plenum war das offenbar einstimmig so. Ich halte das auch so fest.

Ich darf noch einmal bitten, die Gespräche allerorten einzustellen.

(Dirk Toepffer [CDU]: Gespräch mit der Exekutive!)

- Ja, wenn die Exekutive der Legislative die Ehre erweist, dann sind wir auch mal großzügig.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu der Behandlung der strittigen Eingaben. Ich rufe jetzt also die Eingaben aus der 16. Eingabenübersicht in der Drucksache 18/4810 neu auf, zu denen die erwähnten Änderungsanträge vorliegen.

Wir treten in die Beratung ein. Es beginnt Kollege Dragos Pancescu für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er will zu der laufenden Nr. 8 der Eingabenübersicht sprechen. Bitte sehr!

Dragos Pancescu (GRÜNE):

Herr Präsident Busemann! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu der Petition "Vorschläge zur Unterstützung Geflüchteter" haben wir eine ganz eindeutige Meinung. Es sind

sehr, sehr viele Vorschläge, die der Petent aufgeschrieben und an uns gerichtet hat. Wir teilen nicht alle, aber die Mehrheit dieser Vorschläge ist sehr, sehr gut. Wir wollen natürlich eine optimale Integration der Menschen, die geflüchtet sind, in unsere Gesellschaft. Wir stehen für eine offene, tolerante und transparente Gesellschaft. Und deswegen bitte ich Sie, diese Petition mit "Berücksichtigung" zu bescheiden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Die nächste Rednerin ist die Kollegin Eva Viehoff, Bündnis 90/Die Grünen zur laufenden Nr. 17 der Eingabenübersicht. Bitte sehr!

Eva Viehoff (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hier geht es um die Petition zum Gedenken an in Namibia in den Jahren 1904 bis 1908 getötete Herero und Nama.

Der Petent bittet zum einen darum, sich im Bund dafür starkzumachen, dass Deutschland endlich zu seiner Verantwortung für diesen Völkermord an den Herero und Nama steht. Gleichzeitig plädiert er sowohl für eine stärkere Einbindung in den Schulunterricht als auch dafür, dass es Niedersachsen gut anstünde, diesem Völkermord zu gedenken, und schlägt ein Denkmal vor.

Wir plädieren hierzu - weil wir finden, dass in Bezug auf die Fragen von Provenienz und der Verantwortung Deutschlands gegenüber der eigenen Kolonialgeschichte, die weiß Gott keine schöne war, tatsächlich gehandelt werden sollte - für "Material".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Zur gleichen Eingabe möchte für die CDU-Fraktion der Kollege Lasse Weritz reden. Bitte sehr! Ich erteile Ihnen das Wort.

Lasse Weritz (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrte Frau Kollegin Viehoff, wir sitzen ja zusammen in kommunalen Parlamenten. Das ist bekannt. Bekannt sein sollte aber eigentlich auch, dass die Errichtung eines Mahnmals - auch für ein so wichtiges Thema - eine Aufgabe der kommuna-

len Selbstverwaltung ist. Am Ende entscheiden die Kommunen darüber, welche Denkmäler für welche Anlässe sie in ihren Ortschaften errichten wollen. Das kann in diesem Fall die Landeshauptstadt Hannover machen. Dementsprechend sehen wir hier keinen Handlungszwang.

Der zweite Teil, den der Petent mit anspricht, betrifft die Frage der Implementierung dieser Thematik im Schulunterricht. - Im Kerncurriculum für den Unterricht in Geschichte an niedersächsischen Schulen ist das bereits ein zentraler Bestandteil für die unterschiedlichen Jahrgänge. Dementsprechend wird das auch unterrichtet.

Von daher sehen wir es eher so, dass dem Petenten auch schon in der jetzigen Situation voll und ganz Recht gegeben wird. Dementsprechend bleiben wir bei "Sach- und Rechtslage".

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Schönen Dank, Herr Kollege. - Es spricht jetzt Dr. Marco Genthe für die FDP-Fraktion. Ich nehme an, dass Sie zu der Nr. 22 der Eingabenübersicht sprechen. Bitte!

Dr. Marco Genthe (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche schon wieder zu dem Polizeigesetz, das nach wie vor in der Diskussion ist.

Meine Damen und Herren, über 26 000 Leute haben diese Petition unterstützt. Dazu kommen die vielen Demonstranten, auch hier vor dem Niedersächsischen Landtag. Die Fraktion der Grünen und selbstverständlich auch die Fraktion der FDP haben Ihnen aufgezeigt, an welchen Stellen dieses Polizeigesetz verfassungswidrig ist.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Inzwischen haben Sie das ja auch ein Stück weit selber erkannt. Zumindest haben Sie von der Großen Koalition einen Änderungsgesetzentwurf eingebracht, mit dem Sie versuchen, zumindest zwei große Baustellen dieses Gesetzes auszuräumen. Inwieweit das gelingt, werden die weiteren Beratungen zeigen.

Ich kann an dieser Stelle nur an Sie appellieren: Machen Sie den Weg zum Staatsgerichtshof frei, damit wir auch den Rest dieses in großen Teilen verfassungswidrigen Gesetzes vom Staatsgerichtshof überprüfen lassen können und am Ende zu einem verfassungskonformen Gesetz hier in Niedersachsen kommen!

Was die Petition betrifft, plädieren wir deshalb für "Berücksichtigung".

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Genthe. - In der Reihe der Wortmeldungen hat jetzt Herr Kollege Meyer von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Christian Meyer (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fast alles, was der Kollege Dr. Genthe zur Verfassungswidrigkeit des Polizeigesetzes gesagt hat, kann ich unterstützen.

Ich möchte Ihnen von der GroKo eine Chance geben. Wir müssen keine Normenkontrollklage vor dem Landesverfassungsgericht erheben, wenn Sie der "Berücksichtigung" folgen,

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

weil die Petition ja in diese Richtung geht. Deshalb hat die GroKo jetzt die Chance, ihr verfassungswidriges Polizeigesetz zu kritisieren, und zwar die Ingewahrsamnahme über bis zu 35 Tage, die Onlinedurchsuchung, die vielen Ausweitungen und einzelnen Verschärfungen, die der GBD als verfassungswidrig bezeichnet hat.

(Wiard Siebels [SPD]: Das ist aber nicht verfassungswidrig!)

Wenn Sie das korrigieren, brauchen wir nicht zum Staatsgerichtshof zu gehen. Es bleibt dabei: Sie haben ein verfassungswidriges Gesetz.

Sie trauen sich nicht, der Opposition die Rechte zu geben. Wir haben ja einen Vorschlag gemacht, dass zwei Fraktionen hier Normenkontrollklagen einreichen können.

Wir haben das gestern bei dem Gesetz zur digitalen Überwachung der Verwaltung und der gesamten Onlinekommunikation, das ja auch Bezüge zum Polizeigesetz hat, gesehen. Dort weigert sich die Große Koalition ebenfalls, ein grundlegendes

Oppositionsrecht - dass man Gesetze überprüfen lassen kann - zu gewähren.

Diese Petition ist von fast 30 000 Menschen unterschrieben worden. Es gab schon eine Petition gegen die 35 Tage und nicht mehr nur gegen die größere Ausweitung, die die Große Koalition zunächst angestrebt hatte. Deshalb wäre es eine gute Chance, wenn man den vielen Protesten, den Bürgerinnen und Bürgern und den Fachleuten, die uns das immer wieder sagen, folgen würde.

Wenn Sie so sicher sind, dass dieses Gesetz verfassungsgemäß ist, dann sollte es auch möglich sein, es zu überprüfen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der FDP)

Ich habe ja auch mal einer Landesregierung angehört. Diese Landesregierung hatte 2013 eine Normenkontrollklage zu einem Bundesgesetz eingereicht, weil wir der Meinung waren, dass es nicht verfassungsgemäß ist. Es ging darum, dass Verstöße gegen das Lebensmittelrecht nicht mehr veröffentlicht werden durften. Es gab hierzu Urteile von Verwaltungsgerichten, die gesagt haben, dass eine Veröffentlichung mit Namen untersagt ist. - Dagegen haben wir also eine Normenkontrollklage angestrengt, und 2018 hat das Bundesverfassungsgericht erklärt, dass das Bundesgesetz nichtig ist. Seitdem müssen solche Verstöße wieder veröffentlicht werden.

Es ist also durchaus üblich, diese Sicherheit und Klarheit herzustellen. Sie sind doch für Sicherheit, und dann sorgen Sie doch auch dafür, dass Ihr Gesetz als verfassungskonform anerkannt ist. Aber das erreichen Sie nur, wenn das Bundesverfassungsgericht dazu eine Entscheidung trifft.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Zu derselben Petition spricht jetzt der Kollege Adasch für die CDU-Fraktion. Bitte sehr!

Thomas Adasch (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bündnis 90/Die Grünen und die FDP werden sicherlich Verständnis dafür haben, dass wir ihre Auffassung nicht teilen. Indem sie das ständig wiederholen, wird es auch nicht besser.

Herr Kollege Meyer, Sie laufen seit Monaten durch das Land und suggerieren einen Polizeistaat, einen Überwachungsstaat. Wir haben in diesen Tagen hier sehr ernsthaft über die furchtbaren Ereignisse in Halle diskutiert und debattiert. Ist bei Ihnen eigentlich noch nicht angekommen, wie die Lage hier bei uns im Lande ist und dass wir wirklich alles unternehmen müssen, um zumindest die Sicherheit zu erhöhen?

Uns ist auch klar: Eine 100-prozentige Sicherheit wird es nicht geben. Aber wir müssen in einer solchen Situation, in der wir eine akute Bedrohungslage haben, unseren Sicherheitsbehörden doch wirklich alle Instrumente an die Hand geben, dass sie das Risiko von Anschlägen möglichst minimieren.

(Beifall bei der CDU - Christian Meyer [GRÜNE]: Sie sollten aber verfassungsfest sein!)

Ihre andauernde Kritik wird dieser Sache überhaupt nicht gerecht.

Ein Wort an die FDP: Bei aller Wertschätzung - das, was Sie hier seit Monaten betreiben, ist falsch verstandener Liberalismus.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Herr Kollege Adasch, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Grascha zu?

Thomas Adasch (CDU):

Nein.

Vizepräsident Bernd Busemann:

Das will er nicht. - Dann geht es weiter. Zur gleichen Petition spricht Kollege Wichmann, AfD-Fraktion!

Klaus Wichmann (AfD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Meyer, wie ernst ist Ihr Bemühen denn wirklich zu nehmen? Wenn es Ihnen wirklich darum ginge, eine Überprüfung durch den Staatsgerichtshof herbeizuführen, dann hätten Sie unser Angebot, das auf dem Tisch lag, annehmen müssen. Wir hätten vor Gericht sogar noch einen Platz freigehalten, damit Sie nicht zu nahe an uns heranrücken müssen. Aber in der Sache hatten wir doch beide Fragen, die wir gerne hätten gerichtlich überprüfen lassen. Aber das war Ihnen nicht wichtig genug.

Wie viele Unterzeichner müssen es denn sein, dass Sie diese Position noch einmal überdenken und als Opposition die Rechte des Parlaments wahrnehmen? 30 000 haben nicht gereicht.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Mir liegt noch eine Wortmeldung aus der SPD-Fraktion vor, vom Kollegen Rüdiger Kauroff. Er spricht zu der Petition 00857/11/18, die Kollege Pancescu eingangs thematisiert hat. Bitte sehr!

Rüdiger Kauroff (SPD):

Danke schön. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Pancescu, in einem sind wir uns bei der Petition 00857/11/18, in der es um die Unterstützung Geflüchteter geht, ja einig: Natürlich wollen auch wir eine vernünftige Integration erreichen. Aber da der Petent in seiner Auflistung eigentlich nur allgemeine Kommentare und Meinungen geäußert hat und insofern in seinen Gedankengängen nichts Neues zu lesen war, sind wir der Meinung, dass das, was wir zurzeit haben, völlig ausreichend ist.

Einig sind wir uns darin, dass wir einen Bedarf an qualifizierten Sprachmittlern haben und sie brauchen. Das Land Niedersachsen setzt sich bei der Gesundheitsministerkonferenz dafür ein, dass genau diese Sprachmittlung stattfinden kann und standardisiert wird und dass ihre Finanzierung für die Zukunft sichergestellt wird.

Der Petent regt auch an, dass es landesweit Verzeichnisse über Sprachmittler geben soll. Wir sind aber der Meinung, dass wir mit der Vielfalt und Anzahl an regionalen und lokalen Pools zur Sprachmittlung eigentlich ganz gut aufgestellt sind. Es gibt Laiendolmetscher, es gibt geschultes bilinguales Personal, es gibt Gemeindedolmetscher und Dolmetscherdienste.

Insofern sind wir aus unserer Sicht gut aufgestellt und bleiben deswegen bei dem Votum "Sach- und Rechtslage".

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Dragos Pancescu [GRÜNE]: Das ist leider nicht ausreichend!)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir zu den Änderungsanträgen nicht vor. Wir können somit in die Abstimmung eintreten.

Ich rufe die Eingaben, zu denen Änderungsanträge vorliegen, einzeln auf und lasse zunächst über die Änderungsanträge und, falls diese abgelehnt werden, dann über die Ausschussempfehlung abstimmen. - Ich darf um etwas Konzentration bitten.

Ich rufe die laufende Nr. 8 der Eingabenübersicht, die Eingabe 00857/11/18, auf. Sie betrifft Vorschläge zur Unterstützung Geflüchteter.

Dazu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, die gerne "Berücksichtigung" beschließen möchte. Ich lasse über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer sich dem anschließen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses, die auf "Sach- und Rechtslage" lautet. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die Ausschussempfehlung ist mit großer Mehrheit angenommen worden.

Meine Damen und Herren, ich rufe die laufende Nr. 10 der Eingabenübersicht, die Eingabe 00887/11/18, auf. Sie betrifft eine Nichtschülerprüfung an einer Schule in freier Trägerschaft.

Dazu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP vor, die gerne "Material" beschließen möchte. Wer sich dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP anschließen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde mit der großen Mehrheit aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses, die auf "Sach- und Rechtslage" lautet. Wer so befinden möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die große Mehrheit. Die Ausschussempfehlung ist damit angenommen worden.

Ich rufe die laufenden Nr. 17 der Eingabenübersicht, Eingabe 01016/11/18, auf. Sie betrifft das Gedenken an in Namibia in den Jahren 1904 bis 1908 getötete Herero und Nama.

Dazu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, die "Material" beschlossen wissen möchte. Ich bitte um ein Handzeichen derer, die das auch so sehen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt worden.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses, die auf "Sach- und Rechtslage" lautet. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Im umgekehrten Verhältnis der Abstimmung ist somit die Beschlussempfehlung des Ausschusses beschlossen worden.

Ich rufe die laufende Nr. 18 der Eingabenübersicht, die Eingabe 01020/11/18, auf. Sie betrifft die landesgesetzlichen Regelungen zum Sanitäts- und Rettungsdienst - Rechtssicherheit für Notfallsanitäter.

Hierzu gibt es gleichlautende Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP, die auf "Material" lauten. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag dieser beiden Fraktionen ist mit den Stimmen der drei anderen Fraktionen abgelehnt worden.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses, die auf "Sach- und Rechtslage" lautet. Wer so befinden möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Beschlussempfehlung des Ausschusses gefolgt worden.

Ich rufe die laufende Nr. 22 der Eingabenübersicht, die Eingabe 01055/11/18, auf. Sie betrifft Kritik am Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG).

Hierzu gibt es gleichlautende Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP, die auf "Berücksichtigung" lauten. Wer sich für diese Änderungsanträge entscheiden möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist gegen die Stimmen der drei anderen Fraktionen abgelehnt worden.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses, die auf "Sach- und Rechtslage" lautet. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Beschlussempfehlung des Ausschusses gefolgt worden.

Damit sind wir mit der Behandlung der Eingaben am Ende angelangt.

Vor dem Wiedereintritt in den normalen Ablauf der Tagesordnung haben wir noch den Tagesordnungspunkt 23 abzuhandeln, den ich hiermit aufrufe:

Tagesordnungspunkt 23:

Abschließende Beratung:

a) Nordsee schützen: Frachtgut professionell sichern! - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2574 - b) Sicherheit in der Containerschifffahrt erhöhen - Havarien vermeiden - Umweltschäden vorbeugen - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/4558 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung - Drs. 18/4713

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU unverändert anzunehmen und den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abzulehnen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Wir können somit in die Beratung eintreten. Mir liegt eine erste Wortmeldung für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Kollegin Meta Janssen-Kucz, ich erteile Ihnen das Wort zur Sache. Bitte sehr!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe es gestern am Beispiel der Erdgas- und -ölförderung schon einmal deutlich gemacht: Wir müssen alles tun, um unseren Lebensraum - die Nordsee, die Inseln und die Küste - zu schützen.

Wir müssen endlich auch in der Schifffahrt in die Pötte kommen. Wir haben große, viel befahrene Wasserstraßen direkt vor der Haustür, und wir haben immer stärker den Eindruck: Da geht Profit vor Sicherheit.

Wir alle wissen, dass es im Schiffsverkehr gang und gäbe ist, dass ab und zu Container über Bord gehen. Nach meinen Informationen sollen jährlich 20 000 Container in der Nordsee landen - einfach ohne Öffentlichkeit, ohne Bergung, ohne dass wir am Ende wissen, was auf dem Meeresgrund liegt. Das macht doch deutlich, dass da etwas grundlegend falsch läuft.

Meine Damen und Herren, bei der "MSC Zoe" sind in der Nacht vom 2. auf den 3. Januar immerhin fast 350 Container auf dem Grund der Nordsee gelandet. Drei Container enthielten giftiges Gefahrgut. Vor der niedersächsischen Küste wurden 85 Container vermutet. Die hoch komplizierte Bergung kostet sehr viel Geld und dauert Monate. Sie sollte eigentlich mit Beginn der Sturmflutzeit, also jetzt, abgeschlossen sein.

Fakt ist aber, dass die Bergung einfach beendet wurde, obwohl nicht alle Container und Containerreste mit ihren Inhalten geborgen wurden. Ein Viertel der 80 Container soll nach Wunsch des Bundesverkehrsministers, Andreas Scheuer, für immer auf dem Meeresgrund liegen bleiben. Da geht es wieder nach dem Motto "Profit vor Sicherheit". Hauptsache, die Fahrrinne ist frei! Was sonst in der Nordsee liegt und was auf den Inseln ankommt, interessiert nicht.

Ich finde, es kann nicht wahr sein, dass man da einfach einen juristischen Schlussstrich zieht. Das ist ein vollkommen falsches Signal in Richtung der Reedereien, die sich einfach entspannt zurücklehnen und denken können: Wir machen so weiter.

Ökologisch ist es genauso fatal. Die Sturmflutsaison steht vor der Tür. Damit wird der Müll samt den nicht georteten und nicht geborgenen Chemikalien und Batterien der Kraft des Meeres und den Stürmen ausgesetzt. Bei einem der Stürme kann er auf den Inseln, allen voran Borkum, landen und die Küsten weiter belasten.

Genau das ist der Ansatz in unserem Antrag: Wir wollen einen klaren Weg aufzeigen, die Nordsee besser zu schützen, damit zukünftig Sicherheit vor Profit geht. Das System des Sparens auf Kosten der Sicherheit und der Seeleute ist am Ende und ausgereizt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das Land Niedersachsen und der zukünftige Oberbürgermeister der Seehafenstadt Cuxhaven stehen in der Verantwortung, die Küsten, die an ihnen lebenden Menschen und das Ökosystem Nordsee vor den Folgen eines Systems zu schützen, bei dem es wirtschaftlicher ist, Container einfach über Bord gehen zu lassen, als die Fracht anständig zu sichern.

Wir müssen doch sicherstellen, dass in niedersächsische Häfen nur Schiffe einlaufen, deren Frachtgut vollständig gelascht ist. Daher müssen wir im Rahmen der Küstenkonferenz die einzelnen Hafenordnungen ändern. Und sagen Sie mir nicht, das geht nicht! Antwerpen hat diese Regelung und hat dadurch keine Nachteile.

Wir erwarten auch, dass Frachtgut in niedersächsischen Häfen ausschließlich von speziell ausgebildetem Hafenpersonal gelascht und entlascht wird.

Und wir brauchen verstärkte Kontrollen. Wir haben nur 2 % Kontrollen. Meine Damen und Herren, das ist nichts!

Kommen wir jetzt einmal zu dem weichgespülten Antrag, den die Regierungsfraktionen vorgelegt haben! Ich finde, er ist eine grandiose Enttäuschung. Sie begrüßen die überfällige Optimierung des Einsatzkonzeptes der Notfallschlepper auf der Nord- und Ostsee, und dann kommen ihre zehn Bittgesuche - so nenne ich die mal - an die Landesregierung, mit diversen Prüfaufträgen. So schiebt man einfach berechtigte Forderungen auf die lange Bank.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Doch das Allerbitterste an dieser Sache ist, dass die SPD, die eigentlich traditionell Gewerkschaftsinteressen vertreten hat, auf Tauchstation geht. Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz sieht sie nicht mehr als staatliche Aufgabe. Stattdessen versteckt sie sich hinter den Tarifparteien. Das hat wohl mittlerweile System. Von guter Arbeit ist diese SPD weiter entfernt denn je.

Meine Damen und Herren, Ihr Antrag ist eine grandiose Enttäuschung. Nutzen Sie heute die Chance und stimmen Sie unserem Antrag zu!

Danke.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Zum gleichen Tagesordnungspunkt liegt jetzt eine Wortmeldung aus der Fraktion der FDP vor. Kollegin Hillgriet Eilers, bitte sehr!

Hillgriet Eilers (FDP):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist festzustellen, dass die Zahl der Schiffsunfälle, insgesamt betrachtet, nicht wächst. Vielmehr wiegen aufgrund wachsender Schiffsgrößen die Folgen von Havarien schwerer.

Insofern stehen wir zwei Herausforderungen gegenüber: Wir müssen im Bereich der Unfallvermeidung besser werden, und wir müssen in der Lage

sein, zügiger und optimal vernetzt zu reagieren, wenn Unfälle passieren.

Dabei lautet doch die entscheidende Frage: Welche Handlungsspielräume hat das Land überhaupt, um die Sicherheit an den Küsten zu erhöhen? Denn es steht doch fest, dass die meisten Regelungen nur durchzusetzen sind, wenn internationale Vereinbarungen getroffen werden. Das betrifft die Sicherung und das Auffinden von Containern genauso wie die Kompetenzen und die Aufgaben der Besatzungen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist doch Augenwischerei, zu denken, wir allein könnten die Welt der Schifffahrt verändern.

Dennoch ist es richtig, auch im Lande darauf zu drängen, dass Gesamtkonzepte für maritime Verkehre vor der Küste entwickelt werden und dass die Kooperationen mit den Nordseeanrainern vertieft werden.

Tatsache ist: Es hat sich erwiesen, dass es sowohl bei den Konzepten als auch bei der Kommunikation der niedersächsischen Akteure Verbesserungsbedarf gibt. Der Unfall der "Glory" vor zwei Jahren hat deutlich gemacht, dass etliches, was insbesondere in der Verantwortung des Havariekommandos liegt, der Änderung bedarf.

So wurde inzwischen ein Katalog mit elf Maßnahmen vorgelegt, die umgesetzt werden sollten. Einiges davon ist inzwischen geschehen. Ich nenne an dieser Stelle nur die Organisation eines weiteren Boarding Teams, die positiv zu bewerten ist, sofern es entsprechend geschult wird.

(Beifall bei der FDP)

Allerdings halten wir es für geboten, übergreifender und ganzheitlicher zu denken und ganz andere, neue Strukturen aufzubauen. So setzt sich die FDP auf Bundesebene dafür ein, eine nationale Küstenwache zu schaffen. Das schafft Rechtssicherheit, Übersichtlichkeit und klare Zuständigkeiten und verhindert Doppelstrukturen.

(Beifall bei der FDP)

Darauf aufbauend, wäre es möglich, mit den nationalen Küstenwachen in der EU zusammenzuarbeiten und Kooperationen anzustreben.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Unfall der "Zoe" liegt nun fast zehn Monate zurück, und die Folgen der Havarie sind immer noch zu spüren. Die Suche ist eingestellt. Zwei Drittel der Container sind gefunden, die übrigen geborsten oder - wie

die Gefahrgutcontainer - verschollen. Das ist schlimm. Dennoch plädieren wir für Initiativen, die nicht panikgetrieben auf den Weg gebracht werden, sondern vernünftig und auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierend.

Heute liegt der Abschlussbericht des Bundesamtes noch nicht vor. Erst dieser Bericht und die Berichte ausländischer Behörden - wie aus Panama und von den Niederlanden - werden Aufschluss geben über die Ursache.

Doch die Untersuchungskommission in den Niederlanden ist schon einen Schritt weiter. Vor wenigen Tagen konnte man der Presse - allerdings auf Niederländisch - entnehmen, dass fehlerhaftes Laschen nicht ursächlich für den Unfall war. Die Untersuchungskommission hat demnach Folgendes festgestellt: Der sogenannte VDR - Voyage Data Recorder, also die Blackbox; dieses Gerät misst den Tiefgang und die Geschwindigkeit - habe nicht den Anforderungen entsprochen. Zudem habe das Schiff bereits vor Terschelling Container verloren, den Verlust aber erst Stunden später, vor Borkum, gemeldet. Außerdem sei zu untersuchen, ob ein Schaden am Rumpf eine Rolle gespielt habe. - Wir können davon ausgehen, dass sich diese Ergebnisse auch im deutschen Bericht widerspiegeln werden.

Der Antrag der Grünen ist aus den Eindrücken kurz nach dem Unfall entstanden. Er setzt aus unserer Sicht nicht die richtigen Schwerpunkte.

Der Antrag der GroKo begrüßt einige getroffene Maßnahmen und schlägt Prüfaufträge an die Landesregierung und die Bundesebene vor. Das können wir so machen. Wir werden sehen, ob es uns voranbringt.

Ich bin überzeugt, dass wir das Thema noch lange besprechen werden, Herr Santjer - von Cuxhaven aus

Ich möchte ihm an dieser Stelle für die Zusammenarbeit danken, was diese Anträge angeht, aber auch was die Zusammenarbeit im Petitionsausschuss und überhaupt in den letzten Jahren angeht.

(Beifall)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Eilers. - Ich rufe jetzt für die Fraktion der AfD den Abgeordneten Stefan Henze auf. Bitte sehr, Herr Henze!

Stefan Henze (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Die in wenigen Minuten zu diesem TOP folgende Abstimmung wird leider überdeutlich machen, was ich bereits im Januar-Plenum inhaltlich zu dem Themenkomplex "Havarievermeidung" anführte. Als Oppositionspolitiker werde ich das wohl auch weiterhin ohne Unterlass tun müssen, weil Ihre Reaktion "abwarten und Tee trinken" ist.

Liebe Landesregierung, liebe Kollegen von SPDund CDU-Fraktion, Sie wissen genau, dass das in diesem Zusammenhang nicht tragbar ist. Ich hoffe für Sie und uns alle, dass Ihr unverantwortliches und auf grober Fahrlässigkeit sowie vielleicht auch auf machtpolitischen Erwägungen beruhendes Pokerspiel aufgeht und wir nicht in Kürze wieder einen schweren Seeunfall vor unserer Küste haben.

Ihnen ist vorzuwerfen, dass Sie weitestgehend tatenlos auf die Havarie der "MSC Zoe" reagieren. Das ist nicht gut für die Küstenbewohner, das ist nicht gut für die Umwelt, und das ist auch nicht gut für die Zukunft. Die Bedrohungen sind konkret und abstrakt. Wir wissen, die Schiffe werden größer, die Gefahren werden größer.

Liebe Abgeordnete von CDU und SPD, ich appelliere noch einmal an Sie: Sie stellen mit großer Mehrheit die Landesregierung und hätten spätestens nach dem "Zoe"-Unfall Konkretes liefern müssen. Die Verhütung von weiteren Seeunfällen ist dringend geboten. Regieren Sie, liebe Landesregierung, und verstecken Sie sich nicht hinter etwaigen Verantwortungen von Bund, EU oder international besetzten privaten oder öffentlichen Gremien!

2 % Kontrolle bei der Ladungssicherung: Da können wir etwas tun. Wir haben die Entscheidungskompetenz, die Behörden in den Häfen entsprechend einschreiten zu lassen und die Kontrollen zu verschärfen. Das können wir.

Entsprechende Bälle wurden Ihnen mit dem Antrag 18/2574 und schon im Februar 2018 mit dem Antrag 18/284 meiner Fraktion - ich wiederhole: im Februar 2018 - zugespielt. Es folgte unsere weitere hervorragende Initiative zur Seeunfallvermeidung aus dem Februar 2019, die wir später unter TOP 31 behandeln werden. Mehr kann die Opposition eigentlich nicht tun.

Allen Beobachtern dürfte aufgefallen sein, dass die maßgeblichen und vor allem konkreten Initiativen zur Vermeidung weiterer Havarien - und das teils mit inhaltlichen Überschneidungen - von AfD und Bündnis 90/Die Grünen gekommen sind, nach üblicher Lesart also von den politischen Rändern.

Ich sage mit Blick auf die AfD-Fraktion, dass unsere Vorschläge aus der bürgerlichen Vernunft und im Interesse der Bürger geboren wurden. Immerhin führen die hier abzustimmenden Oppositionsaktivitäten und unserer Antrag zur Änderung der Anlaufbedingungsverordnung in der Drucksache 18/2766 zu dem durch Niedersachsen und weitere Küstenbundesländer angestoßenen Bundesratsbeschluss "Entschließung des Bundesrates zum Transport von Gefahrgut auf Containerschiffen", BR-Drucksache 68/19 (Beschluss). Viele unserer Punkte sind darin. Darüber kann man sich freuen. Ich hoffe, diese Initiative hat Erfolg.

Das freut meine Fraktion, wie gesagt, bringt jedoch augenscheinlich und nach Lage der Dinge auch mittelfristig nichts für die Sicherheit der Containerschifffahrt vor der Nordseeküste. So entspricht es der Wahrheit, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Bürger des Landes Niedersachsen, dass aufgrund der passiven und zögerlichen Haltung der hiesigen Landesregierung die Götter des Glücks und der Hoffnung derzeit den besten Schutz vor Havarien bieten. Liebe Regierungskoalition, Sie hätten dies vor dem Hintergrund der jüngsten Schiffsunfälle längst ändern und einen weiteren Baustein menschengemachter Küstenund Schiffssicherheit beitragen und in die Wege leiten müssen. Das haben Sie nicht getan.

Wie ursprünglich in der Juni-Sitzung des Unterausschuss angekündigt, hatten Sie einen Änderungsantrag zu 18/2574 bringen wollen. Aber Fehlanzeige! Stattdessen kam auf den letzten Drücker Ihr rein auf Proklamation und Verantwortungsdelegation gerichteter Antrag in der Drucksache 18/4558 vom 10. September 2019. Von den Fragen, die wir gemeinsam nach Berlin schicken wollten, will ich gar nicht reden. Das ist irgendwie untergangen, das haben Sie dann nicht mehr gemacht. - Okay.

Ich empfehle der Presse, den Bürgern und sonstigen Interessierten, einmal die Anträge von AfD und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Regierungsfraktionen zur Havarieversorgung zu vergleichen: weitgehend konkrete Vorschläge von AfD und Grünen auf der einen, weichgespülte Appelle und Prüfaufträge auf der anderen Seite. Umgekehrt

müsste es sein; denn Sie regieren doch noch, liebe Kollegen von der Großen Koalition. Demnach müsste Aktion statt Reaktion nun Ihre Maxime sein

In den hier zur Abstimmung stehenden Fragestellungen nenne ich Ihre Regierungspolitik einen Totalausfall - keinen Seeunfall, nur einen Totalausfall. Dem Antrag der Grünen ist aus unserer Sicht inhaltlich zu folgen. Der schwache Antrag der Regierungskoalition verdient allein um der darin enthaltenen richtigen Andeutung willen eine Enthaltung.

Ich schließe damit: Vor Gericht und auf hoher See ist man in Gottes Hand. Anscheinend reicht Ihnen das aus. liebe CDU und liebe SPD.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Kollege Henze. - Es folgt die CDU-Fraktion, Kollege Thiemo Röhler. Bitte sehr! Ich erteile Ihnen das Wort.

Thiemo Röhler (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Manchmal ist man verwundert, was für Redebeiträge zu einzelnen Anträgen hier im Hohen Haus kommen. Ich habe mich vorhin schon über das Landwirte-Bashing der Grünen geärgert und bin umso überraschter, dass die Kollegin Janssen-Kucz jetzt auch noch die Reeder angreift, als würden sie dafür sorgen, dass auf unseren Gewässern absichtlich Havarien und Seeunfälle passieren. Das ist mitnichten der Fall.

Richtig ist allerdings, dass wir in jüngster Vergangenheit zwei große Havarien in der Nordsee hatten. Wir alle sind Zeugen dieser Seeunfälle geworden. Das ist sicherlich nicht schön. Beide Havarien haben den Menschen in Niedersachsen - besonders hinter den Deichen - zum wiederholten Male gezeigt, wie gefährlich Schifffahrt sein kann. Sie wurden teilweise in Angst und Schrecken versetzt, und das in einem besonderen Maße, weil das niedersächsische Wattenmeer als Weltnaturerbe natürlich besonders geschützt ist. Wir müssen alles dafür tun, dass das niedersächsische Wattenmeer so bleibt, wie es ist.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Ich glaube, das gilt besonders für die Havarie der "Glory Amsterdam", die bei schwerem Sturm vor Langeoog, beladen mit ca. 2 000 t Schweröl, auf die Insel zugetrieben und letztlich aufgelaufen ist. Daran kann man erkennen, wie gefährlich Seeschifffahrt sein kann.

Der damit im Zusammenhang stehende Untersuchungsbericht, der uns zumindest in diesem Fall schon vorliegt, hat gezeigt, dass es deutliche Probleme gibt und Konsequenzen gezogen werden müssen. Daher bin ich der Kollegin Eilers sehr dankbar für die wirklich kluge Rede, die sie gerade gehalten hat. Man kann nämlich nicht im Niedersächsischen Landtag behaupten, man würde übermorgen alle Probleme in der Seeschifffahrt gelöst haben. Ganz im Gegenteil!

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Dann sollten Sie vielleicht einfach mal anfangen, Herr Kollege!)

Die IMO und andere haben überall ein Wörtchen mitzureden. Wer das nicht wahrnehmen will,

(Zuruf von Meta Janssen-Kucz [GRÜNE])

der wird auch nicht zur Lösung der Probleme beitragen, Frau Janssen-Kucz.

Vizepräsident Bernd Busemann:

Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wenzel zu?

Thiemo Röhler (CDU):

Nein, ich würde gerne zu Ende ausführen.

Ich glaube, wir wären gut beraten, uns allen Problemen ganz sachlich anzunähern. Sie können nicht nur die Thematik des Laschens dafür verantwortlich machen, gerade in dem Wissen - ich hätte mir gewünscht, dass die Grünen das heute vielleicht relativieren, da aus den Niederlanden mittlerweile andere Ergebnisse vorliegen, die wahrscheinlich dazu führen, dass das auch so in unserem Bericht stehen wird -, dass das vorzeitige Entlaschen, das die ganze Zeit durch die Presse getrieben worden ist, überhaupt nicht stattgefunden hat. Ich hätte gedacht, dass Sie dann von Ihrem eigenen Antrag entsprechend abrücken oder ihn zumindest modifizieren.

Eines muss uns allen immer klar sein: Unsere Verantwortung hier im Hohen Hause ist es, überall da, wo wir es können, für die Sicherheit der Besatzung auf den Schiffen zu sorgen. Ebenso ist es unsere Verantwortung und letztlich Aufgabe, für

die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu sorgen, die hinter den Deichen auf dem Festland oder auf unseren Inseln in der Nordsee leben.

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Es gibt keine Kontrollen!)

Deswegen springt der Antrag der Grünen - ich habe es gerade schon gesagt - deutlich zu kurz. Es geht einfach nicht nur um Laschen und Entlaschen. Das hat auch überhaupt nichts mit Gewerkschaften usw. zu tun, Frau Kollegin.

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Da steht doch viel mehr drin! Ich glaube, Sie haben ihn nicht gelesen!)

Es geht vielmehr darum, dass wir uns dafür einsetzen, das Havariekommando über den Bund sachlich und personell deutlich besser aufzustellen, damit es deutlich besser ausgerüstet und vorbereitet ist, wenn derartige Unfälle auf See passieren.

Diejenigen, die Mitglied im Unterausschuss "Häfen und Schifffahrt" sind, haben ja die Unterrichtung durch das Havariekommando erlebt. Dabei wurde uns ein Video vorgespielt, in dem gezeigt wurde, wie das Winschseil vom Hubschrauber heruntergelassen wurde. Jeder, der dieses Video gesehen hat, muss erkannt haben, dass es lebensgefährlich gewesen wäre, wenn nur eine Person heruntergewinscht worden wäre.

Diese Probleme müssen wir angehen. Wir müssen prüfen, wie wir in Zukunft in solchen Sturmsituationen bei rollenden Containerschiffen dieser Größenordnung - Frau Kollegin Eilers hat darauf hingewiesen - auf die Schiffe kommen. Dafür ist es im Übrigen auch notwendig - das sieht der Antrag von CDU und SPD vor -, dass die Menschen auf den Schiffen zumindest Englisch sprechen können, damit man sich mit ihnen verständigen kann und die Kommunikation in solch gefährlichen Situationen möglich ist.

Deswegen bin ich sehr dankbar dafür, dass auch der Bund bereits entsprechende Maßnahmen ergriffen hat. Wir begrüßen die zum 1. Januar 2019 umgesetzte Optimierung des Einsatzkonzeptes der Notschlepper auf der Nord- und Ostsee, insbesondere die Möglichkeit, Boarding Teams bei Sturm an Land statt auf See stationieren zu können, sowie die von Niedersachsen und Schleswig-Holstein initiierte Bundesratsinitiative zur Ausstattung von Gefahrgutcontainern mit Peilsendern sowie zur verpflichtenden Nutzung von Verkehrstrennungsgebieten und den Beschluss des Bundesrats vom 15. März 2019 in dieser Sache.

Es ist nämlich durchaus richtig, dass es ein Problem sein kann, wenn dauerhaft Container von Schiffen fallen - ob gewollt oder ungewollt. Ich kann mir allerdings nicht vorstellen, dass man das ernsthaft will. Deshalb müssen wir eine Möglichkeit entwickeln, um die Container mithilfe von Peilsendern wiederzufinden. Aber wir haben im Rahmen der Ausschussberatung gehört, dass das gar nicht so einfach ist. Wir müssen erst einmal technisch dafür sorgen, dass man Container in tiefer See peilen kann. Deswegen werden wir bei diesem Thema sicherlich einen entsprechend langen Weg vor uns haben.

Ich habe die große Ehre - ich habe gesehen, dass Frau Janssen-Kucz gleich auch noch etwas sagen will -, mich für die CDU-Landtagsfraktion beim Kollegen Santjer ganz herzlich für die vergangenen Jahre zu bedanken. Lieber Uwe, du wirst demnächst deine letzte Rede hier halten. Ich möchte dir als Wahlkreisabgeordneter auch aus Cuxhaven sagen, dass ich gerne gemeinsam mit dir hier weiter für die Stadt Cuxhaven und unseren Wahlkreis geworben hätte.

Ich kann verstehen, dass es dich zurück nach Cuxhaven zieht - das ist einfach die schönste Stadt in Niedersachsen.

(Zustimmung von Uwe Santjer [SPD] - Zurufe von der SPD)

Ich möchte dir für die Zukunft alles Gute wünschen - auch im Namen der Landtagsfraktion - und immer eine glückliche Hand. Wenn es doch mal anders läuft und du sagst "Mensch, der Tag war zum Vergessen", habe ich dir eine Flasche Kräuterschnaps mit einem Bild von unserem Cuxhaven mitgebracht. Alles Gute!

(Lebhafter Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Lieber Herr Kollege Röhler, Sie müssen möglicherweise noch einmal ran; denn vom Kollegen Henze gibt es den Wunsch nach einer Kurzintervention. Bitte sehr!

Stefan Henze (AfD):

Herr Präsident! Liebe Kollegen! Ich glaube, der Kollege Santjer wird sich nicht über die Flasche beschweren. Ich hoffe, der Inhalt mundet ihm. Er hat hier immer sehr gut mitgearbeitet. Es hat Spaß gemacht mit ihm im Ausschuss.

Herr Röhler, auch mit Ihnen macht es Spaß im Ausschuss. Sie haben es gerade angesprochen:

Frau Eilers hat das erwähnt, was die Holländer herausgefunden haben. Die Holländer haben gesagt: Das Schiff hat über Grund zu viel Tiefgang gehabt. Es hat aufgesetzt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit gab es einen Squat-Effekt, Krängung 40 Grad, Wellen von der richtigen Seite.

Hier müsste etwas geschehen, denke ich, damit so etwas zukünftig nicht wieder passiert. Das heißt, wir müssten eigentlich diese Schiffe, die großenteils wegen der weltweiten Fahrten mit Schweröl beladen sind - sie haben mehr Schweröl geladen als ein mittlerer Tanker, der da gar nicht mehr fahren darf, und haben mehr Gefahrgut an Bord als andere Schiffe - und auf der küstennahen Seite eigentlich nicht mehr fahren dürfen, auf die seewärtige Seite verlagern. Das dauert dann zwei Stunden länger für die Reeder - mehr nicht.

Das sind doch super Ideen, die man in Angriff nehmen könnte. Darüber macht sich vielleicht der eine oder andere Gedanken. Wissen Sie was? -Darüber hat sich schon jemand Gedanken gemacht, nämlich die AfD

(Beifall bei der AfD)

- danke -, und zwar in dem Antrag "Aufforderung zur Änderung der Anlaufbedingungsverordnung (AnlBV)" in der Drucksache 18/2766. Darin werden sozusagen genau die Probleme vorweggenommen, von denen wir erwartet haben, dass sie auftreten werden. Unser Antrag steht unter dem Tagesordnungspunkt 31 zur Abstimmung. Stimmen Sie einfach zu! Das werden Sie aber wahrscheinlich nicht tun.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Sofern der Kollege Röhler ausmachen kann, was von dem, was in den letzten 90 Sekunden gesagt wurde, ihn betrifft, hat er natürlich die Chance der Replik.

(Thiemo Röhler [CDU]: Nein!)

- Nein, damit ist das geklärt.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt aus der Fraktion der SPD den Kollegen Uwe Santjer auf. Bitte sehr!

(Starker Beifall im ganzen Haus)

Uwe Santjer (SPD):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Präsident! Von hier: Ihr seht schön aus! Mir ist gerade schon zugerufen worden: Endlich hat er mal eine Krawatte um! - Es soll wohl so sein.

"Sicherheit in der Containerschifffahrt erhöhen": Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin wieder einmal zufrieden in der Analyse dessen, was wir hier vorhaben. Es geht wirklich darum, die Sicherheit zu erhöhen. Es geht darum, die Schifffahrt für diejenigen, die auf den Schiffen sind, sicherer zu machen. Es geht darum, für die Menschen hinter dem Deich dafür zu sorgen, dass es keine Havarien gibt. Es geht darum, die Natur zu schützen, das Weltnaturerbe Wattenmeer zu schützen. Es geht letztendlich auch darum - das begeistert mich auch an den Debatten, die wir hier in diesem Hause führen -, dass wir in der Analyse eigentlich da sind, wo wir hin wollen, und gemeinsam im Schulterschluss stehen. Das ist gut.

Da es ja bei den Vorrednern einige Ängste gegeben hat und auch Enttäuschungen formuliert wurden, möchte ich meiner sehr geschätzten Kollegin Meta Janssen-Kucz sagen: Mach dir keine Sorgen! Der zukünftige Oberbürgermeister der Stadt Cuxhaven und diese Landesregierung werden alles dafür tun, die Schifffahrt vernünftig weiter nach vorne zu bringen und für Sicherheit sowohl auf dem Meer als auch hinter den Deichen zu sorgen. Ich hoffe, Meta, dass du mir da ein Stück weit vertrauen kannst. Wir bleiben da am Ball - ich hoffe, auch mit der Unterstützung der Grünen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Anja Piel [GRÜNE])

Was mir zweitens wichtig ist: Wenn wir über dieses Thema reden, geht es natürlich auch immer darum, die Arbeitssicherheit und den Arbeitsschutz für diejenigen sicherzustellen, die auf den Schiffen, aber auch an Land arbeiten. Denn wir stellen auch fest: Wenn die Schiffe unsere Häfen anlaufen, ist es nicht immer ganz einfach, die Arbeiten dort zu verrichten. Von daher ist es richtig - das ist nicht nur in diesem Antrag formuliert worden -, dass wir, gerade auch als Sozialdemokraten, das Laschen als Hafenarbeit ansehen. Das ist unstrittig, glaube ich. Da wollen wir uns heute auch nicht auseinanderdividieren lassen. Es geht natürlich - Frau Eilers, danke dafür! - immer auch um Unfallvermeidung. Wenn es tatsächlich zu Unfällen kommt, was wir nicht wollen, müssen wir schnell reagieren können.

Anders als manch andere hier im Hause, die tatsächlich noch weitere Forderungen haben, z. B. zu Küstenwachen, will ich an dieser Stelle dem Havariekommando in Cuxhaven herzlich danken. Ich finde, dass es sehr viel dafür tut, dass immer dann, wenn Havarien ausbrechen, sofort reagiert wird. Sie sammeln die Fachkräfte zusammen und sorgen für ein schnelles Notfallsystem. Deshalb ist es wichtig - das haben wir hier im Haus immer getan -, dem Havariekommando weiter den Rücken zu stärken, sich die Arbeit immer wieder neu anzugucken und es zu unterstützen, wenn Unterstützung notwendig ist.

(Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe bei den Reden vorhin ein bisschen die Sorge gehabt, dass abgedriftet und die Schifffahrt schlechtgeredet wird. Wir brauchen aber keine Angst zu haben, weil Schiffe fahren. Das Transportmittel Schiff ist darüber haben wir uns auch verständigt - eigentlich das Transportmittel der Zukunft, das wir weiter nach vorne bringen müssen.

(Zustimmung von Axel Miesner [CDU])

Ich will zugeben, dass es eher meine Sorge ist, dass es mittlerweile Schiffsgrößen gibt, die nicht mehr in unsere Flüsse passen. Ich glaube, das ist endlich. Wir werden nicht immer größere Schiffe bauen und unsere Flüsse weiterhin immerzu anpassen können. Als bekennender Elbvertiefungsgegner - ich glaube, dass wir diese Elbvertiefung nicht gebraucht hätten -

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung von Horst Kortlang [FDP])

will ich sagen, dass wir sehr gut aufpassen müssen, was wir mit der uns umgebenden Natur machen.

Deshalb glaube ich, dass wir mit dem Antrag, den wir von SPD und CDU jetzt auf den Weg gebracht haben - Herr Kollege Röhler hat die Inhalte dargelegt -, eine gute Grundlage legen können, um einen weiteren Beitrag zur Sicherheit leisten zu können.

Ich stimme gern auch den Oppositionsfraktionen zu, dass das nur ein Anfang sein kann. Es geht natürlich immer weiter. Herr Henze, auch danke für Ihren Beitrag, auch im Ausschuss. Das ist tatsächlich fachlich immer sehr gut dargestellt.

Ich bin hier angekündigt worden, und auch beim Hergehen hat man gesagt: Jetzt kommen seine letzten Worte.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Im Landtag! - Heiterkeit)

- Danke, Helge Limburg.

Als Kollege kann ich Ihnen sagen, dass das mit den letzten Worten bei Uwe Santjer immer ganz schwierig gewesen ist. Er durfte nämlich als gerade frisch gewählter Abgeordneter einmal nach Goslar, um für die SPD-Fraktion neben Kai Seefried, Björn Försterling und Heiner Scholing zu sitzen und dann mit den Philologen darüber zu reden, dass es doch gut ist, dass Gymnasiallehrer 45 Minuten länger Unterricht machen dürfen.

(Heiterkeit - Zurufe: Steht auf und wehrt euch!)

- Schön, dass ihr den Satz noch kennt!

Als dann diese 90 Minuten wirklich herum waren und die Nachspielzeit begann, wurde noch eine Frage zugelassen. Ich wusste nicht, dass dieser Körper während dieser Podiumsdiskussion so schwitzen kann, und habe gedacht: Da kannst du als Sozialdemokrat gar nicht lebend herauskommen!

(Christian Meyer [GRÜNE]: Das war Notwehr!)

Der Moderator neben mir sagte dann: Okay, es gibt noch eine letzte Frage. - 96. Minute. - Der Lehrer steht auf und sagt: Eine Frage hätte ich gerne an den Sozialdemokraten und Gewerkschafter Uwe Santjer: Was würden Sie denn tun, wenn man mit Ihnen so umgehen würde? Was würden Sie uns empfehlen? - Da habe ich gedacht, ich antworte kurz und bündig: "Steht auf und wehrt euch!"

(Heiterkeit)

Ich glaube, danach haben sich die Lehrkräfte in Niedersachsen gewehrt. Danach sind Klassenfahrten eingestellt worden.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall - Helge Limburg [GRÜNE]: Ach, du warst das!)

Danach haben wir die eine oder andere Podiumsdiskussion erlebt, die wir eigentlich nicht erleben wollten. Ich kann Ihnen sagen: Deshalb habe ich eigentlich gar keine Lust auf letzte Worte, weil ich Angst habe, was dann noch bei mir herauskommt.

(Heiterkeit)

In den letzten zwei Minuten, die mir zur Verfügung stehen, will ich Ihnen aber gern noch herzlich für die Zusammenarbeit danken. Ich will Ihnen sagen, dass ich glaube, dass der Beruf, den wir ausüben, in der Öffentlichkeit falsch wahrgenommen wird. Ich habe hier im Parlament nicht eine Parlamentarierin und nicht einen Parlamentarier erlebt, die oder der hier Urlaub macht oder wenig arbeitet, sondern ich erlebe, dass hier Leute 70 oder 80 Stunden in der Woche arbeiten.

Man muss sich nur einmal die Themen angucken, gerade gestern. Da wird dir erst ein Geburtstagslied gesungen, sofort danach erhebst du dich, weil jemand verstorben ist, dann hast du über Halle zu reden, dann hast du über Finanzen zu reden. Von daher gibt es, glaube ich, auch die Themenvielfalt, die wir hier abarbeiten, selten in irgendwelchen Berufsgruppen.

Ich habe hier in diesem Parlament ausnahmslos Parlamentarierinnen und Parlamentarier erlebt, die ihren Job sehr gewissenhaft und sehr leidenschaftlich ausüben. Das macht Niedersachsen stark. Ich glaube, das ist etwas, was uns wirklich ganz besonders auszeichnet.

Ich will das natürlich gerade für die Bereiche sagen, in denen ich besonders gern tätig war. Wenn man im Kultusausschuss tätig ist und auf der Oppositionsbank Björn Försterling und Kai Seefried haben darf, kann ich nur sagen: Das macht Spaß!

(Heiterkeit)

Das macht Spaß, weil du einfach immer wieder getrieben bist

(Frauke Heiligenstadt [SPD]: Ja, ja! - Heiterkeit)

und weil du da tatsächlich feststellen musst, wie wunderbar es ist, mit einer Kultusministerin zusammenzuarbeiten. Wenn du dann tatsächlich auch noch den Auftrag kriegst, sie zu schützen, dann musst du noch dicker werden, damit sie sich hinter dir verstecken kann.

(Heiterkeit)

Das ist auch gelungen. Es sind ein paar Kilogramm dazugekommen.

(Lebhafter Beifall)

Ich will an dieser Stelle noch etwas sagen. Unabhängig davon, dass ich natürlich mit allen, die mit mir im Kultusbereich zusammengearbeitet haben, wirklich gern zusammengearbeitet habe, will ich an dieser Stelle auch an Heiner Scholing denken. Er hat hier noch einen anderen Stil innerhalb des Landtages reingebracht. Und Julia Willie Hamburg hat schon angedroht: "Wenn der Santjer Oberbürgermeister in Cuxhaven ist, gehen wir gemeinsam auf die Landesregierung zu und fragen wir mal, was die eigentlich mit der Kitafinanzierung machen."

(Heiterkeit - Zustimmung von Julia Willie Hamburg [GRÜNE])

Lieber Finanzminister, ich kann mir nicht vorstellen, dass wir als Kommunen tatsächlich damit klarkommen, was ihr als Land uns für die Kitafinanzierung gebt.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall - Christian Meyer [GRÜNE]: Steht auf und wehrt euch!)

Herr Finanzminister, Sie wissen genau, dass ich wirklich eine große Sympathie für Sie hege. Aber als Kommunaler muss ich einfach sagen: Dass wir die Beschlüsse, die ihr hier in Hannover trefft, am Ende in der Kommune bezahlen müssen, kann ich nicht nachvollziehen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich will an dieser Stelle natürlich auch einen weiteren Bereich nennen, der mich wirklich geprägt hat, nämlich der Bereich Hafenpolitik. Ich habe Herrn Henze schon angesprochen, und ich will auch gern Bernd-Carsten Hiebing ansprechen. Es macht Spaß mit dir und deiner Truppe zusammenzuarbeiten. Du hast eine wunderbare sachliche Art, die Dinge auf den Punkt zu bringen. Ich will dabei an Susanne Menge, an Meta Janssen-Kucz und auch an Hillgriet Eilers ein herzliches Dankeschön sagen. Ich glaube, dass wir gerade auch in dem Bereich ganz viel zusammen gemacht haben. Auch wenn wir nachher bei den Beschlüssen nicht immer einer Meinung waren, haben wir aber die Inhalte vernünftig und gut vorangetrieben. Das ist großartig.

Und Editha Westmann, Dragos Pancescu, Hillgriet Eilers: Im Petitionsbereich haben wir immer für uns gesagt, dass es darum geht, möglichst konsensual zu arbeiten, anders als es mir der Kollege Birkner immer wieder sagt.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das war nicht ernst gemeint! - Heiterkeit)

- Ja, das ist leider so bei der FDP. Die meint nicht alles ernst, was sie sagt.

(Heiterkeit und Beifall)

Er hat mir noch gesagt, als wir die letzte Reise zusammen gemacht haben: Wenn jeder an sich selber denkt, dann ist an alle gut gedacht. - Das ist so natürlich nicht richtig. Das haben wir im Petitionsbereich anders gemacht.

Ich will sagen, dass ich ganz dankbar bin für eine Zeit, in der man einen Jens Nacke in der Rolle der Opposition und in der Rolle der Regierung erleben kann. Ich weiß nicht, wie Menschen sich so wandeln können. Das ist etwas, was mich wirklich auch begeistert.

(Heiterkeit)

Ich verneige mich vor diesem Hause und besonders vor den Mitarbeitenden, die nicht zu sehen sind. Ich finde das klasse, dass du hier reinkommst und Leute an der Tür stehen und dich vernünftig begrüßen.

(Starker Beifall)

Ich finde es klasse, dass du morgens in dein Büro kommst und der Dreck vom Vorabend tatsächlich aufgeräumt ist. Bei mir waren es nicht selten auch Kronkorken.

(Heiterkeit)

Zu guter Letzt möchte ich mich bei meiner SPD-Fraktion bedanken. Für euch zu arbeiten, ist ein Geschenk. Bevor ich hergekommen bin, habe ich nicht geglaubt, dass es auch menschlich geht. Bei euch ist es tatsächlich - - -

(Zuruf von Christian Meyer [GRÜNE])

- Christian Meyer, nur weil du mir die Säle in Cuxhaven vollgemacht hast? Immer dann, wenn ich mal 400 Leute brauchte, habe ich gesagt: Ich hol den Meyer nach Cuxhaven, dann habe ich die ganzen Bauern da!

(Heiterkeit und lebhafter Beifall)

Ich glaube, das vermutet man auch nicht bei einem Profi- oder einem Berufspolitiker, dass du auch mit deinem Kummer, den du zu Hause hast, und mit deinen Sorgen, die du hast, aufgehoben bist. Bei euch geht das, auch über den Beruf hinaus. Ich wollte nie Freunde gewinnen. Ich finde, Freundschaft ist ein schwieriges Wort. Bei euch habe ich

mich zu Hause gefühlt. Und du bist ja gar nicht so oft zu Hause. Ich bin ja mehr mit euch zusammen als mit meiner Frau!

(Heiterkeit)

Aber ich kann nur sagen: Das war eine wunderbare Zeit. Das hat mein Leben wirklich sehr bereichert. Ihr seid dicht am Herzen, und ich finde, da gehört ihr auch hin. Ich habe ein großes Herz, ich habe einen großen Körper. Ich bedanke mich bei diesem Hause. Ich verneige mich. Niedersachsen ist gut aufgehoben - bei Ihnen!

(Starker, nicht enden wollender Beifall - Die Anwesenden erheben sich)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Ja, meine Damen und Herren, Debatten können auch schön sein, vor allem wenn es solche Beiträge sind.

Frau Janssen-Kucz, hat sich Ihre Wortmeldung erledigt?

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Nein! Darf ich?)

Sie haben noch ein bisschen Redezeit. Dann sind Sie jetzt dran.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Mien leev Präsident! Mien leev Damen un Heren! Jetzt harr ik bold en bietje Tranen in de Ogen. Mien leev Uwe, jetzt geihst du bold van us Landtagsschipp runner. Egentlik laat wi di ziemlich ungeern van Boord gahn. "Dat fallt mi all en bietje stuur", hest du jetzt murken. Dat geiht us allen so, dat us dat ziemlich stuurfallt.

Immer wenn wi us sehn hebbt - deswegen maak ik dat jetzt up Platt -, hett disse grote Keerl an mi seggt: "Na, mien lütte Deern!" - blot weil he so'n Stückje groter is.

(Heiterkeit)

Aber ik will di eenfach noch maal seggen: Mi hett dat wirklich Spaaß maakt. As wi unner Rood-Gröön tosamenarbeidt hebbt un wirklich an een Tau trucken hebbt, aber ok jetzt, waar du Deel van de GroKo weerst: Dat leep egentlik immer ganz good. Wi hebbt us immer vernünftig uttuuskt, wi hebbt richtig gode Debatten föhrt. Wu dat dann an't End utgahn is - ik finn, dat kann man so stahnlaten.

Du büst bold Overbörgmester in Cuxhaven. Aber dat is nich ganz wied weg. Wi koomt ok tüskendör na't Havariekommando oder sonst waarhen. Ik glööv, wi laden us dann eenfach in - wenn du seggst, dat is up Stee - up een Tass Tee. Dann köönt wi us noch een bietje uttuusken. Du hest ja vandaag hier noch so'n paar Anregungen geven, waar wi beter worden un ok weer tosamen an een Tau trecken köönt. Ik nenn dat Beispiel Elbvertiefung, Ems- un Weservertiefung. Du hest düdelk maakt: Daar is noch een bietje wat to doon.

Also: Du leev grote Kerl mit dat ganz grote Hart, bliev as du büst! Laat di ok in Cuxhaven nich unnerkriegen! Un immer een Handbreed Water unner'n Kiel! Mien leev Uwe, besten Dank för de mojen Jahr, waar wi so gaud tosamenarbeidt hebbt! Dat segg ik in'n Naam van us ganze Gröönen-Fraktion,

(Beifall bei den GRÜNEN)

aber ik glööv, dat köönt de annern nettso seggen.

Und besten Dank, lieber Präsident, dass ich hier noch einmal reden durfte.

(Starker Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Frau Kollegin Janssen-Kucz, wir können bei dem Blick auf die Uhr auch großzügig sein.

Und weil ja immer einer das letzte Wort haben muss, hat es jetzt, wenn uns ein so lieber Kollege verlässt, das Präsidium in meiner Person.

Lieber Herr Santjer, Sie sind vor gut sechseinhalb Jahren zu uns gestoßen. Der erste gemeinsame Auftritt war übrigens der Landtagsfilm. Da waren wir noch ein bisschen sparsam, abtastend und beobachtend. Das hat sich dann über die Jahre geändert. Wir haben Sie hier in hoher Fachkompetenz erlebt, immer an der Sache orientiert.

Meine Damen und Herren, ich glaube der große Applaus hat das gezeigt: Man kann bei allem Kampf und bei allem Ringen um den richtigen Weg auch Humor und Frohsinn bewahren. Ich denke, Humor und Frohsinn zeichnen Sie aus.

Nehmen Sie das gerne mit nach Cuxhaven. Wir wünschen Ihnen alles Gute. Sie waren ein wunderbarer Kollege. Wir werden ja irgendwie in Kontakt bleiben. Ob Cuxhaven dann die wirklich schönste Stadt Niedersachsens ist, haben Sie selber in der Hand. Alles Gute!

(Lebhafter Beifall im ganzen Haus)

Meine Damen und Herren, zum Tagesordnungspunkt 23 liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass wir in die Abstimmung eintreten können.

Ich rufe zunächst die Abstimmung zu Nr. 1 der Beschlussempfehlung auf. Dabei geht es um den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU.

Wer der Nr. 1 der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU in der Drucksache 18/4558 unverändert annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die eindeutige Mehrheit. Damit ist der Beschlussempfehlung gefolgt und der Antrag von SPD und CDU entsprechend angenommen worden.

Ich komme zu der Abstimmung über die Nr. 2 der Beschlussempfehlung. Dabei geht es um den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 18/2574 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Meine Damen und Herren, da wir heute Vormittag die Tagesordnungspunkte 24 und 25 schon behandelt haben, rufe ich jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 26: Abschließende Beratung:

Verantwortlichkeiten für Minderheiten innerhalb der EU-Kommission verbindlich regeln - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3669 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung - Drs. 18/4603 - dazu: Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4616

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag unverändert anzunehmen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zielt auf eine Annahme des Antrages in einer geänderten Fassung.

(Unruhe)

- Wir treten erst dann in die Beratung ein, wenn Ruhe eingekehrt ist. - Jetzt ist es so weit.

Die erste Wortmeldung kommt aus der Fraktion der CDU. Kollegin Editha Westmann hat das Wort. Bitte sehr!

Editha Westmann (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Deutschland leben vier anerkannte autochthone nationale Minderheiten. Die Dänen in Südschleswig, die Friesen an der Küste, die deutschen Sinti und Roma sowie die Lausitzer Sorben bereichern unsere Gesellschaft auf vielfältige Weise. Sie unterscheiden sich von der Mehrheitsgesellschaft durch eine eigene Sprache, eine eigene Kultur und durch ihre Geschichte. Es gilt, die eigene Identität der Minderheiten zu bewahren, sie vor Diskriminierung zu schützen sowie ihnen Freiheit und Gleichheit zu garantieren.

In Europa gibt es mehr als 400 Minderheiten. Wir müssen allerdings feststellen, dass nicht jeder Staat in der EU die Existenz seiner Minderheiten anerkennt. Nicht überall ist der Minderheitenschutz in der gebotenen Sorgfalt zu erkennen. Das hat unterschiedliche Folgen und stellt die Betroffenen, aber auch die EU vor besondere Herausforderungen.

Die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) fordert seit Jahren einen besseren Schutz der Minderheiten auf europäischer Ebene. Unterstützt wird die Forderung der FUEN durch die Bürgerinitiative "Minority SafePack". Dieser Bürgerinitiative ist es gelungen, europaweit mehr als 1 Million Unterstützer für ihr berechtigtes Anliegen zu gewinnen.

Meine Damen und Herren, Minderheitenpolitik muss auf europäischer Ebene einen höheren Stellenwert bekommen und verbindlich geregelt werden. Die Einhaltung des Minderheitenschutzes muss auf höchster Ebene sichergestellt werden und für alle Staaten der EU bindend sein. Mehrsprachigkeit und kulturelle Vielfalt dürfen nicht der Beliebigkeit zum Opfer fallen. Um diese Forderung jedoch auch praktisch durchsetzen zu können, muss die Zuständigkeit für den Minderheitenschutz auf einen Kommissar in der Kommission übertragen werden. Unsere Minderheiten brauchen einen Ansprechpartner, der die unterschiedlichen Bedürfnisse der Minderheiten in der EU kennt, ihre Sorgen und Belange versteht und den zum Teil

problematischen Situationen entgegenwirkt. Ein Gleichgewicht zwischen Minderheit und Mehrheit in Europa ist die Grundlage für ein konfliktfreies Miteinander. Alles das braucht einen verbindlichen Rechtsrahmen.

Wenn wir uns vor Augen führen, dass jede siebte EU-Bürgerin bzw. jeder siebte EU-Bürger einer Minderheit oder autochthonen Volksgruppe angehört, wird deutlich, dass die Forderung nach einer größeren Beachtung dringend geboten ist. Nehmen Sie die Sprachenvielfalt: Es kann und darf doch nicht in unserem Interesse liegen, dass die traditionellen Sprachen der Minderheiten immer weiter zurückgedrängt werden. Stattdessen sollten wir die Sprachenvielfalt auch stärker wirtschaftlich nutzen, insbesondere in grenznahen Regionen. Es darf auch nicht sein, dass die einzigartige kulturelle Vielfalt unserer Minderheiten, ihre Traditionen und Bräuche nach und nach verloren gehen.

Meine Damen und Herren, für die Minderheiten in der EU ist es überwiegend ganz selbstverständlich, sich als Europäer zu verstehen und die europäische Einigkeit zu unterstützen. Das ist mir insbesondere bei den Gesprächen mit der deutschen Minderheit in Polen sehr deutlich geworden. Leider, meine Damen und Herren, erleben unsere deutschen Landsleute in Polen zurzeit, dass sich die Unterstützung Polens eher negativ entwickelt.

Daher ist es natürlich auch wichtig, dass wir uns aus unserer nationalen Verantwortung heraus um diese Gruppe kümmern. Doch das allein wird nicht ausreichen, um den berechtigten Anliegen dieses Personenkreises dauerhaft gerecht zu werden.

Ich freue mich sehr darüber, dass auch unser ehemaliger Ministerpräsident, der heutige Europaabgeordnete David McAllister, dieses Thema im Rahmen einer Anfrage an die Kommission aufgegriffen hat und unser Anliegen unterstützt. Leider steht die Antwort der Kommission noch aus. Ich hätte sie Ihnen sonst gerne genannt.

Meine Damen und Herren, wir sollten heute geschlossen für unseren Antrag stimmen, um die Einsetzung eines eigenen Kommissars für Minderheitenpolitik bzw. die Übertragung der Minderheitenpolitik auf den Aufgabenbereich eines Kommissars zu erreichen. Lassen Sie uns ein deutliches Signal an die Europäische Kommission richten, so wie es auch schon andere Landtage tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, dieser Antrag bezieht sich einzig und allein auf eine Stärkung der Minderheitenpolitik auf EU- Ebene durch die Befassung eines Kommissars mit diesem Thema. Sie haben in Ihrem Änderungsantrag viele zum Teil sicher auch sehr sinnvolle Änderungen eingebracht und Forderungen artikuliert. Lassen Sie uns erst einmal dafür eintreten, dass die Grundforderung der FUEN erfüllt wird. Alles andere wird dann an geeigneter Stelle und in geeigneter Form zu diskutieren sein.

Darum bitte ich auch Sie heute ganz herzlich um Ihre Unterstützung. Stimmen Sie bitte für diesen Antrag. Wir sollten unsere Minderheiten - ganz egal, wo auch immer in Europa - nicht aus den Augen verlieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Westmann. - Jetzt rufe ich Herrn Dragos Pancescu, Bündnis 90/Die Grünen, auf. Bitte sehr!

Dragos Pancescu (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident Bernd Busemann! Meine Damen und Herren! Wir bedauern sehr, dass unser herausragender Änderungsantrag keine Mehrheit gefunden hat;

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das ist ja Trump-Rhetorik!)

denn nur er greift die Forderungen der europäischen Bürgerinitiative auf.

Was die Große Koalition hier beantragt, ist dagegen leider nur eine Luftnummer, die lediglich auf die Schaffung einer weiteren EU-Kommissarsstelle ausgerichtet ist.

(Editha Westmann [CDU]: Nein! Sie haben nicht zugehört!)

Die neun Forderungen der Bürgerinitiative "Minority SafePack" wurden durch 1,2 Millionen Unterschriften unterstützt. Diese kann man nicht einfach unter den Tisch kehren, zumal es zahlreiche Möglichkeiten auf Landesebene gibt, die Anliegen einzubeziehen und aufzugreifen.

Warum lehnen Sie unseren Änderungsantrag ab? Die Forderungen sind doch gut.

Es geht um den Schutz und die Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt, um Förderprogramme für kleine Sprachgemeinschaften, um ein Zentrum für Sprachenvielfalt, um die Aufnahme des Schutzes nationaler Minderheiten und Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in die Ziele des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, um Forschung über den Mehrwert von Minderheiten in unserer Gesellschaft und Europa, um Gleichheit für staatenlose Minderheiten, z. B. Roma, um ein übergreifendes europäisches Urheberrechtsgesetz, damit Medien und Dienstleistungen in der Muttersprache wahrgenommen werden können, um die Freiheit der Leistung und Inanspruchnahme audiovisueller Inhalte in den Minderheitenregionen und um die bedingungslose Einbeziehung der Minderheiten in regionale und staatliche Förderprogramme zur Erhaltung von Kultur, Medien und Kulturerbe.

Deshalb fordern wir, die Gelder für Sinti und Roma wieder auf das Niveau des Haushalts von 2018 aufzustocken und insbesondere die Teilhabe der Sinti und Roma an Bildung in Kindertagesstätten und Schulen zu fördern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Umgang dieser Gesellschaft mit Sinti und Roma ist immer noch erniedrigend und ausgrenzend. Sie haben über die Jahrhunderte so viel Ablehnung und Ausgrenzung erfahren, dass ganz klar unsere Gesellschaft am Zug ist, eine Annäherung anzugehen, Angebote zu machen und mit Verständnis und Offenheit aufeinander zuzugehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dazu gehört auch, Strategien gegen Antiziganismus zu entwickeln und mit den Landesverbänden der Sinti und Roma in vertragliche Verhandlungen zur Sicherung ihrer Minderheitenrechte - wie in Bayern, Hessen und Baden-Württemberg bereits geschehen - einzutreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das würde eine wirkliche Annäherung bedeuten und tragfähige Grundlagen für ein gemeinsames Miteinander schaffen.

Ein weiterer zentraler Punkt unseres Änderungsantrags - der sehr gut ist - sind Förderprogramme für kleine Sprachgemeinschaften, insbesondere das Saterfriesische, das Niederdeutsche und Romanes. Wir haben vorhin hier auch noch einmal wunderbare Reden der Kollegin Meta Janssen-Kucz und des Kollegen Uwe Santjer gehört. Unterstützen Sie uns bitte! Hier könnten die Aktivitäten der Landesregierung noch deutlich ausgeweitet, und es könnte auch auf europäischer Ebene mehr getan werden.

Wir werden uns zu Ihrem Antrag, Frau Westmann, enthalten. Aber ich habe von dem geschätzten Wissenschaftsminister Björn Thümler gehört und gelernt, dass eine Enthaltung keine Ablehnung ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Abgeordneter Pancescu. - Es folgt für die FDP Kollege Thomas Brüninghoff. Bitte sehr! Ich erteile Ihnen das Wort.

Thomas Brüninghoff (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie bereits sowohl in der ersten Beratung als auch im Ausschuss von uns erläutert wurde, ist der von SPD und CDU gestellte Antrag zum Thema "Verantwortlichkeiten für Minderheiten innerhalb der EU-Kommission verbindlich regeln" im Grunde eine Zustimmung wert.

Allerdings - auch das wurde schon anlässlich der Einbringung bei der ersten Beratung im Plenum durch unsere Fraktion deutlich gemacht - geht uns der Antrag in dieser Form nicht weit genug. Vielmehr greift er nur einen Einzelaspekt aus dem "Minority SafePack" auf und klärt nicht die Frage, wie man denn regionale Minderheiten konkret stärkt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Spracherwerb und kulturelle Angebote finden in diesem Antrag leider keine Berücksichtigung, was das Wie angeht.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Instrumente wie die Notwendigkeit von Sanktionen gegenüber Staaten, welche den Minderheitenschutz nicht ernst nehmen, werden ebenfalls nicht angeführt.

Benachteiligungen bis hin zu Diskriminierungen, wie es u. a. bei Sinti und Roma der Fall ist, finden keine konkrete Berücksichtigung.

Sehr geehrte Damen und Herren, in der letzten Ausschusssitzung habe ich die Empfehlung abgegeben, dem von Bündnis 90/Die Grünen gestellten Änderungsantrag grundsätzlich zu folgen und eine weitere Beratung als zielführend anzusehen, um die dort einzeln aufgeführten Thematiken weiterführend zu beraten. Leider war man diesbezüglich mehrheitlich einer anderen Auffassung.

Deshalb bleibt mir nichts anderes übrig, als zu sagen: Beim Anstoß gab es noch einen gewissen Optimismus, aber im weiteren Verlauf konnte das Tor nicht wirklich getroffen werden. Die Fraktion der FDP wird sich aus diesem Grund enthalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Brüninghoff. - Meine Damen und Herren, auch wenn die Legislaturperiode schon fast zwei Jahre alt ist, gibt es noch Jungfernreden. Wir haben gerade eine vernommen - dem Umstand geschuldet, dass Sie, Herr Kollege, erst vor einigen Monaten zu uns gestoßen sind. Es war nicht Ihre letzte Rede, denke ich.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, jetzt folgt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Stefan Wirtz. Bitte!

Stefan Wirtz (AfD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der "Minority SafePack" ist eine Bürgerinitiative mit, wie wir bereits gehört haben, 1.2 Millionen Unterschriften. Sie zielt auf den verstärkten Schutz von Minderheitenrechten - von nationalen Minderheiten, aber auch von sprachlich-kulturellen Minderheiten - in der EU. Die Initiative hat sich schon 2013 an die EU gewandt und musste klagen, um akzeptiert zu werden. Sie ist jetzt angesehen. Dieses Ansinnen ist also offiziell geworden. Es geht um die Anforderungen an die EU, Rechtsakte zu erlassen, Partizipation für Minderheiten zu ermöglichen, die Abwendung von Diskriminierungen zu überwachen und das Ernstnehmen der Belange von kulturellen oder sprachlichen Minderheiten zu stärken.

Allerdings: Bei der Aufnahme in die EU muss jedes Land die Kopenhagener Kriterien erfüllen, die genau das in ihrer Gesamtheit eigentlich schon leisten. Deshalb ist es für mich kein Anlass für feierliche Worte, wenn erst eine Bürgerinitiative kommen muss, um diese Einforderung von Rechten öffentlich zu machen, um sich ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken und zu sagen: Diese Rechte müssen in der EU gestärkt werden. - Es ist eigentlich die höchste und vorrangigste Aufgabe der EU, genau für diese Rechte zu sorgen. Und dafür hat sie ja auch schon Institutionen geschaffen. Genau genommen muss man sagen, dass hier der Bürger

der EU Nachhilfe gibt. Das ist gut so, und das sehen wir auch als unterstützenswert an.

Es ist natürlich bedenklich. Sie haben vorhin erwähnt, dass manche Staaten, manche Länder ihre Minderheiten nicht wahrnehmen. Aber es gibt auch den umgekehrten Fall, dass Länder, die in die EU eintreten, plötzlich ein vielleicht seit Jahrhunderten oder Jahrzehnten austariertes Gleichgewicht in ihrem Land verändert sehen, dass plötzlich die fremden Staaten an der Grenze nicht nur Nachbarn sind, sondern mit ihnen gemeinsam zur EU gehören, wodurch sich - das ist übrigens die Ansicht dieser Bürgerinitiative selbst - Verschiebungen in der Wahrnehmung und der Rechte von Minderheiten ergeben.

Auch um diese Gefahren aufzufangen, hat sich diese Bürgerinitiative in Bewegung gesetzt. Eine Beteiligung für Minderheiten ist schon längst durch die EU-Grundrechteagentur möglich. Aber die EU hat offensichtlich zu lernen. Das tut sie jetzt. Deshalb unterstützen wir diesen Vorschlag, die EU aufzufordern, hier einen Kommissar zu beauftragen. - Aber Sie merken, wie indirekt das wieder geht.

Vielleicht werden wir kein Gehör finden. Trotzdem ist der Antrag von SPD und CDU für uns nach genauerem Betrachten Ihres Ansinnens zustimmungswürdig.

Den Änderungsantrag der Grünen werden wir aber nicht unterstützen, sondern ihn ablehnen.

(Dragos Pancescu [GRÜNE]: Das habe ich mir gedacht!)

- Das ist nichts Neues, Herr Pancescu. Wäre er gut gewesen, dann hätten wir eine Zustimmung wahrscheinlich erwogen.

(Zustimmung bei der AfD)

Es gibt aber Einwände. Es gibt bereits den Europarat, der ein Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und eine Charta der Regional- und Minderheitensprachen hat.

Das sind jetzt übrigens keine Einwände der AfD, sondern das sind Einwände der Bundesregierung. Die macht sich Sorgen, dass hier vielleicht eine Redundanz aufkommt. Auch das haben wir schon in der Eingangsberatung erwähnt. Es darf keine doppelten Regelungswerke geben, die sich eventuell gegenseitig blockieren.

Aber ich denke, bei der Regelung über einen Kommissar, ist das Ziel erreicht, das man da maximal erreichen kann und sollte. Wir hoffen, die EU wird zukünftig das machen, was sie eigentlich soll.

Danke sehr. Wir werden Ihrem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Es folgt jetzt für die SPD-Fraktion Kollegin Claudia Schüßler. Bitte sehr!

Claudia Schüßler (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, es ist richtig: Die Fraktionen von CDU und SPD möchten mit ihrem Antrag das Anliegen der europäischen Bürgerinitiative "Minority SafePack" unterstützen. Diese Bürgerinitiative hat, wie jetzt mehrfach erwähnt worden ist, mehr als 1 Million Unterschriften gesammelt und damit genug, um die thematische Befassung der Europäischen Kommission mit dem Thema Minderheitenrechte zu erwirken.

Ich finde es weder schlimm noch irgendwie merkwürdig, wenn sich die Politik mit einem Thema beschäftigt, das offensichtlich viele Menschen beschäftigt und für das viele Menschen auf die Straße gehen und Unterschriften sammeln. Ich finde es im Gegenteil sogar sehr wertzuschätzen, dass die Politik bemerkt, was in anderen Foren gemacht und gesprochen wird. Insoweit finde ich es auch großartig, dass wir dieser Initiative folgen und das Thema Minderheitenschutz umfassend beraten.

Das Wichtige am Minderheitenschutz ist, dass man bestimmte Perspektiven der Minderheiten genau ins Auge fasst und ihre Identität an dieser Stelle schützen will. Wir haben vorhin die sehr schöne Rede der Kollegin Meta Janssen-Kucz gehört. Das Friesische ist eine dieser Sprachen, die für zukünftige Generationen geschützt werden müssen. Ich finde, kein anderes Beispiel hätte es besser belegen können als Ihr Statement zur letzten Rede meines Kollegen Santjer.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in den Ausschussberatungen ausführliche Auskünfte über die derzeitigen Regelungen erhalten. Wir haben feststellen können, dass es in der Europäischen Union keine allgemeine Rechtsetzungskompetenz für den Schutz von Minderheiten gibt, sondern dass die Entscheidung über den Schutz der Minderheiten überwiegend bei den

Mitgliedstaaten liegt. Und dort wiederum sind die Regelungen sehr unterschiedlich.

Bei uns, Herr Pancescu, gibt es Förderprogramme, und es gibt auch einen Minderheitenschutz, und zwar einen sehr weitgehenden. Mehr geht natürlich immer, aber wir haben in dem Zusammenhang durchaus schon viele Regelungen getroffen. Mit unserem Antrag geht es uns darum, eine verbindliche Regelung auf europäischer Ebene zu finden, und zwar in der Form, dass für diese Fragen eine Kommissarin oder ein Kommissar zuständig ist und sich dann eben auch verantwortlich fühlt. Das ist bislang offensichtlich nicht der Fall gewesen, weshalb der Minderheitenschutz in den einzelnen Staaten auch sehr unterschiedlich ausgestaltet ist.

Wir haben Artikel 19 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Darin wird aber lediglich festgehalten, dass eine ethnische Diskriminierung von Menschen verboten ist. Es gibt darüber hinaus noch die Artikel 21 und 22 der Grundrechtecharta der Europäischen Union. Artikel 21 ist insoweit auch nur ein Verbotsartikel. Artikel 22, der sich mit der Vielfalt von Kulturen und Sprachen beschäftigt, richtet sich nicht an die einzelnen Mitgliedsstaaten, sondern an das Handeln der Organe und Einrichtungen. Insofern ist es nur konsequent, wenn man eine verbindliche Zuständigkeit einrichtet. Es braucht also einen Kommissar oder eine Kommissarin, der oder die sich dieser Sache annimmt.

Wir brauchen Minderheitenschutz in der Zukunft. In einer Welt, in der immer mehr Menschen nicht in ihrer angestammten Heimat leben, sondern diese aus den unterschiedlichsten Gründen verlassen, muss es immer auch identitätsstiftende Dinge in dem Land geben, in dem man lebt, damit man sich dort auch wohlfühlen kann. Das wird jeder, der schon einmal über seine eigene kleine Grenze gegangen ist, am eigenen Leib erlebt haben.

(Zustimmung bei der SPD)

Jeder siebte EU-Bürger - oder EU-Bürgerin - ist Teil einer Minderheit oder einer autochthonen Volksgruppe. Hier ist also eine große Gruppe betroffen.

Wir haben viel gemacht. Ich würde mich deshalb freuen, wenn wir uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen würden, dass auch in anderen Ländern der Europäischen Union eine ähnliche Rechtslage wie bei uns eintritt.

Herr Pancescu, ich kann das Ansinnen Ihres Änderungsantrages verstehen, aber wir haben uns in unserem Antrag einzig und allein auf die europäische Ebene bezogen. Es steht allen Fraktionen hier im Landtag frei, andere Anträge, z. B. zum Minderheitenschutz in Deutschland, zu stellen.

Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Schönen Dank, Frau Kollegin Schüßler. - Jetzt möchte noch die Landesregierung das Wort ergreifen. Ich erteile Frau Ministerin Birgit Honé das Wort. Bitte sehr!

Birgit Honé, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Gesellschaft, die die Menschenwürde zu ihrem höchsten Gut zählt und Gerechtigkeit, Gleichbehandlung und Rechtsstaatlichkeit zu ihren Grundwerten gemacht hat, muss Minderheiten schützen und ihnen eine diskriminierungsfreie Teilhabe an der Gesellschaft gewährleisten.

Mir ist es daher ein besonderes Anliegen, zu betonen, dass Minderheiten unsere Gesellschaft mit ihren Identitäten, also mit ihren Sprachen, ihren Kulturen und ihren Traditionen, bereichern. Dies gilt für Europa, für seine einzelnen Mitgliedsstaaten und insbesondere auch für Niedersachsen mit seiner friesischen Volksgruppe und seinen Sinti und Roma. Deshalb hat Deutschland, wie viele andere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union auch, für den besonderen Schutz und den besonderen rechtlichen Status der nationalen Minderheiten und ihrer Sprachen sowie der Regionalsprachen die Abkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten und der Regional- oder Minderheitensprachen ratifiziert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch die Europäischen Union steht für den Schutz von nationalen Minderheiten und die Wahrung ihrer Rechte. In Artikel 2 des Vertrages der Europäischen Union wird der Minderheitenschutz aufgegriffen. In Artikel 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union werden Diskriminierungen aufgrund der Sprache oder der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit verboten. Darüber hinaus verpflichtet sich die Europäische Union in Artikel 22 der Charta zur Achtung der Kulturen, Religionen

und Sprachen. Zudem kann die Europäische Union bei Diskriminierungen aus Gründen der ethnischen Herkunft gemäß Artikel 19 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union geeignete Vorkehrungen ergreifen, soweit die Maßnahmen im Rahmen der auf die Europäische Union übertragenen Zuständigkeiten liegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese rechtlichen Grundlagen sind wichtig und geben ein Fundament. Aber hier kann und muss sich die Europäische Union noch mehr einbringen.

Die europäische Bürgerinitiative "Minority Safe-Pack", von der hier schon die Rede war, umfasst verschiedene Gesetzesvorschläge, die den Schutz nationaler Minderheiten gewährleisten sollen. Ziel ist es, die Sicherheit von nationalen Minderheiten europaweit zu gewährleisten und gesetzliche Regelungen für Minderheiten zu stärken.

Dieses Ziel, meine sehr verehrten Damen und Herren, teilt die Landesregierung uneingeschränkt. Daher begrüßen wir es sehr, dass es die Bürgerinitiative geschafft hat, die erforderlichen 1 Million Unterschriften zu erhalten, und sie damit eine Befassung auf Ebene der Europäischen Union mit diesem Thema bewirkt hat.

(Vizepräsident Frank Oesterhelweg übernimmt den Vorsitz)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es muss unser Ziel sein, auch und gerade auf Ebene der Europäischen Union den Schutz für Angehörige nationaler Minderheiten und Sprachminderheiten weiter zu verbessern sowie die kulturelle und sprachliche Vielfalt in der Europäischen Union zu stärken und auszuweiten. Die Kommission sollte die Einhaltung der Minderheitenrechte in allen Mitgliedstaaten konsequent einfordern. Angesichts populistischer und rechtsextremer Entwicklungen in einigen Mitgliedstaaten ist dies besonders geboten

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Editha Westmann [CDU])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach aktuellem Stand dürfte dieses Thema weiterhin bei der Kommissarin Vera Jourová liegen. Die designierte Vizepräsidentin soll dann für den Bereich Werte und Transparenz und damit insbesondere auch für die Grundrechte zuständig sein. Das scheint mir eine gute Basis für die Umsetzung der in dem Antrag genannten Forderungen zu sein.

Es ist richtig, dass der Konstituierungsprozess der Kommission fast abgeschlossen ist. Die Kommission wird sich jedoch voraussichtlich erst am 1. Dezember 2019 konstituieren und ihre Arbeit aufnehmen. Daher können wir jetzt mit dem vorliegenden Entschließungsantrag noch ein wichtiges, ein unterstützendes Signal hin zu einem noch intensiveren Minderheitenschutz nach Brüssel senden. Diese Chance, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollten wir wahrnehmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herzlichen Dank, Frau Ministerin.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir beenden die Beratung.

Meine Damen und Herren, der auf Annahme in einer geänderten Fassung zielende Änderungsantrag entfernt sich inhaltlich von dem ursprünglichen Antrag. Wir stimmen daher zunächst über diesen Änderungsantrag ab. Falls er abgelehnt wird, stimmen wir anschließend über die Beschlussempfehlung ab.

Wer also dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 18/4616 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Meine Damen und Herren, der Änderungsantrag der Grünen ist damit abgelehnt.

Dem Änderungsantrag wurde nicht gefolgt. Demzufolge kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU in der Drucksache 18/3669 unverändert annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Meine Damen und Herren, der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde gefolgt.

Wir sind damit am Ende des Tagesordnungspunktes 26.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 27:
Abschließende Beratung:
Zeitumstellung abschaffen - Bürgerwillen um-

setzen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - <u>Drs. 18/1844</u> - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung - <u>Drs. 18/4604</u> neu

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Ich eröffne die Beratung. Zu Wort gemeldet hat sich zunächst der Kollege Dragos Pancescu, Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön, Herr Kollege!

Dragos Pancescu (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident Oesterhelweg! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ende der Zeitumstellung rückt nun in greifbare Nähe. Grüne, SPD und CDU wollen, dass die Uhren in Europa anders ticken. Deshalb haben wir uns auf eine gemeinsame Beschlussempfehlung geeinigt, wonach der Landtag die von der EU-Kommission und dem EU-Parlament angestrebte Abschaffung der Zeitumstellung begrüßt und die Landesregierung auffordert, sich auf Bundes- und Europaebene für eine abgestimmte Verfahrensweise einzusetzen. Ob dies dann letztlich auf eine dauerhafte Normal- oder Sommerzeit hinausläuft, wird dabei offengelassen, um einer international abgestimmten Einigung nicht vorzugreifen.

Gerade jetzt, in der Woche vor der wieder einmal anstehenden Umstellung auf die sogenannte Winterzeit - die ja die Normalzeit für unsere Zeitzone ist - hat dieses Thema eine hohe Aktualität. Ich freue mich, dass wir die Abstimmung über unseren Antrag so passgenau hinbekommen haben: Das ist der Tagesordnungspunkt 27, und am 27. Oktober wird die Zeitumstellung hoffentlich zum letzten Mal stattfinden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So wird deutlich, dass die Wünsche der Europäerinnen und Europäer, die sich bei der Onlinebefragung zur Abschaffung der Zeitumstellung dafür ausgesprochen haben, von der Politik auch ernst genommen werden. Ich bin zuversichtlich, dass wir in diesem Oktober die Uhren das letzte Mal umstellen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit haben wir in Niedersachsen unsere politischen Hausaufgaben gemacht.

Jetzt ist Brüssel am Zug. Wir erwarten von dort eine zügige Lösung und Umsetzung.

Die Zeitumstellung abzuschaffen ist eine gewaltige Aufgabe auf Landes-, Bundes- und Europaebene. Wenn sie in absehbarer Zeit tatsächlich stattfindet, können alle, die parteiübergreifend daran mitgewirkt haben, mit ihrem Einsatz sehr zufrieden sein. Denn damit bleibt den Menschen und übrigens auch vielen Nutztieren wie den Milchkühen der zweimal jährlich stattfindende und mit Schlafstörungen sowie erhöhtem Herzinfarktrisiko verbundene Angriff auf ihren Biorhythmus zukünftig erspart. Auch das lästige Umstellen von Uhren und technischen sowie betrieblichen Abläufen entfällt.

Die Zeitumstellung hat entgegen den in sie gesetzten Hoffnungen keinen nachgewiesenen Energiespareffekt. Im Vordergrund stand vielmehr das Bemühen um eine europaweite Vereinheitlichung der Zeiten. Diese Einheitlichkeit haben wir auch bei der Abschaffung der Zeitumstellung klar im Blick.

Wir sind zuversichtlich, eine praktikable und europaweit abgestimmte Lösung zu finden. Vielen Dank an die Kolleginnen und Kollegen, die bei dieser Entscheidung mitgewirkt haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Pancescu. - Für die SPD-Fraktion hat sich nun Herr Dr. Christos Pantazis gemeldet. Bitte sehr!

Dr. Christos Pantazis (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Natürlich könnte wohl jeder von uns die heutige Aussprache über die anstehende Zeitumstellung mit einer persönlichen Anekdote verbinden. Ich selbst befand mich zufällig einmal in einem Nachtzug, als die Zeit zurückgestellt wurde. So hielt mein damaliger Zug am Bahnhof in Würzburg um Punkt 2 Uhr nachts genau für eine Stunde an, um dann - die Zeit war zurückgestellt - nach einstündigem Aufenthalt pünktlich um 2 Uhr weiterzufahren. Ein Kuriosum für sich, wenn auch eine charmante Möglichkeit für die Bahn, ihre Pünktlichkeitsquote zu verbessern.

(Heiterkeit)

16 Fernverkehrszüge wird dieses Schicksal bei der anstehenden Zeitumstellung an diesem Wochenende ebenfalls ereilen. Dies hat die Deutsche Bahn mitgeteilt. Das ist eine nette Reiseanekdote für die betroffenen Zugfahrer, aus medizinischer Sicht aber ein deutlich komplexerer Vorgang. Denn der menschliche Körper ist es nicht gewohnt, wenn ihm "händisch" Schlafzeit genommen wird. Eine solche Umstellung bedeutet jedes Mal auch eine geistige und körperliche Belastung und begünstigt Schlafstörungen, auch über den Tag der Zeitumstellung hinaus. Natürlich sind auch Müdigkeitserscheinungen die Folge.

Deshalb war es richtig, dass sich in einer Umfrage - Konsultation - der EU-Kommission im Sommer 2018 84 % der Befragten, allen voran wir Deutsche, für die Abschaffung der Zeitumstellung ausgesprochen haben. Sie hat ausgedient - aller Romantik zum Trotz.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, so sehr man das Votum der Bürgerinnen und Bürger und die dann folgenden Beschlüsse der EU-Kommission und des EU-Parlaments begrüßen mag, so kompliziert gestaltet sich derzeit leider die jetzige Umstellung. Statt schon in diesem Jahr die Zeitumstellung abzuschaffen, muss jetzt wohl von einer Abschaffung im Jahr 2021 ausgegangen werden - was misslich ist, aber im Sinne eines klug durchdachten Prozesses nicht vermieden werden kann; denn die Umstellung muss im Einklang aller europäischer Mitgliedstaaten verlaufen. Stückwerk oder ein Klein-Klein auf nationaler Ebene darf es nicht geben. Dies wäre Gift für unsere europäischen Zulieferketten und würde dem Geiste eines gesamteuropäischen Votums zuwiderlaufen.

In der nun hier vorliegenden geeinten Beschlussempfehlung der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen, für die ich den beteiligten Fraktionen nochmals meinen herzlichen Dank aussprechen möchte, findet genau diese Forderung ihren Niederschlag. In dieser Beschlussempfehlung bitten wir die Landesregierung - hier respektive Frau Ministerin Honé -, sich auf Bundes- und Europaebene für eine mit allen Staaten der Europäischen Union abgestimmte Verfahrensweise in Bezug auf die Abschaffung der Zeitumstellung einzusetzen und somit eine baldige Umsetzung zu ermöglichen.

Die Wirtschaft, aber insbesondere die Menschen, werden es uns danken. In diesem Sinne: Es ist höchste Zeit!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Dr. Pantazis. - Für die CDU-Fraktion hat nun das Wort Herr Kollege Marcel Scharrelmann. Bitte sehr!

(Beifall bei der CDU)

Marcel Scharrelmann (CDU):

Vielen Dank. - Herr Präsident Oesterhelweg! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In den frühen Morgenstunden des kommenden Sonntags ist es mal wieder so weit. Die Uhren in Deutschland und in vielen europäischen Ländern werden mal wieder um eine Stunde zurückgedreht, ein Akt, der gerade vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus Deutschland missfällt und für viele am liebsten mindestens schon vor einem Jahr hätte abgeschafft werden sollen. Gerade vor dem Hintergrund der nun schon seit über zwölf Monaten ausstehenden Umsetzung dieses Beschlusses ist dieser Unmut durchaus nachvollziehbar.

Seit ich vor ca. zwei Jahren in dieses Hohe Haus gewählt wurde, verfolge ich ein klares Ziel. Ich möchte die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und Verbesserungen für unser Land erreichen. Wenn sich in der Europäischen Union im Sommer 2018 mehr als 80 % der Umfrageteilnehmer für eine Abschaffung der Zeitumstellung aussprachen - mein Vorredner hat es gerade erwähnt - und der überwiegende Teil der Teilnehmer auch noch aus Deutschland kommt, dann ist das, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ein klares Zeichen: ein Zeichen, ein Auftrag der Bürgerinnen und Bürger, das ernst zu nehmen, was sie mehrheitlich beschließen, die Verpflichtung zu erkennen und die Abschaffung so schnell und so unbürokratisch wie möglich umzusetzen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Doch eines möchte ich in dieser Debatte nicht unerwähnt lassen. Die Zeitumstellung ist ein Thema, das auf europäischer Ebene durch die Fachminister diskutiert wird. Danach wird diese Änderung von den nationalen Gesetzgebern umgesetzt. Die Zuständigkeit liegt also nicht beim Landesgesetzgeber und somit auch nicht beim Niedersächsischen Landtag.

Zudem steht die Europäische Union auch im Jahre 2019 vor weit größeren Herausforderungen. Die Stärkung der gemeinsamen Werte des Rechtstaatlichkeitsprinzips und die Vorkämpferrolle für den Klimaschutz sind zentrale Herausforderungen, um nur wenige Themen aufzugreifen.

Es gibt also auf europäischer Ebene zahlreiche Themen, die den Entscheidungsprozess in dieser Frage der verträglichen Abschaffung einer Zeitumstellung und die Findung eines innereuropäischen Konsenses verzögern.

Trotz aller Widrigkeiten, Verzögerungen und anderweitiger Zuständigkeit würde ich mich freuen, wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, der einstimmigen Empfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten folgen würden, um vielleicht am kommenden Sonntag das letzte Mal die Uhren zurückzudrehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD sowie Zustimmung von Dragos Pancescu [GRÜNE])

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Scharrelmann. - Für die Fraktion der FDP hat sich der Kollege Thomas Brüninghoff gemeldet. Bitte sehr, Herr Kollege!

Thomas Brüninghoff (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zeit, dass sich was dreht - so kann man es wohl formulieren.

Die in Deutschland heute gültige Sommerzeit wurde 1980 mit der Intention eingeführt, Energie zu sparen. Das Tageslicht könne im Sommer eine Stunde länger genutzt werden, wodurch der Energieverbrauch sinke, hieß es damals.

Wie der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) 2010 mitteilte, habe sich seit der Einführung der Sommerzeit gezeigt, dass seit Jahren keine Einsparwirkung durch die Sommerzeit zu erkennen sei. Als Ursache hierfür sieht der BDEW, dass an den langen Abenden zwar weniger Licht benötigt werde, dafür aber vor allem in der Übergangszeit, besonders in den Monaten März, April und Oktober, morgens mehr geheizt werden müsse. Dadurch werde die Stromersparnis am Abend wieder aufgehoben.

Diese Einschätzung bestätigt auch die Bundesregierung in der Antwort auf eine Anfrage der FDP zur Zeitumstellung im Jahr 2005. Darin hieß es:

"Im Hinblick auf den Energieverbrauch bietet die Sommerzeit keine Vorteile. ... Danach wird die Einsparung an Strom für Beleuchtung, insbesondere bei einem vermehrten Einsatz effizienter Beleuchtungssysteme, durch den Mehrverbrauch an Heizenergie durch die Vorverlegung der Hauptheizzeit überkompensiert."

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bereits im Jahr 2007 hat die FDP-Fraktion einen Antrag im Deutschen Bundestag gestellt, die Zeitumstellung abzuschaffen und die Sommerzeit zwölf Monate im Jahr gelten zu lassen. Sie wollte mit ihrem Antrag erreichen, dass sich die Bundesregierung auf EU-Ebene für eine Änderung der geltenden Richtlinien einsetzt. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und SPD abgelehnt.

Die Forderung nach einer Abschaffung der Zeitumstellung findet sich in der Beschlusslage der FDP Niedersachsen, weshalb mein Vorgänger als Sprecher für Bundes- und Europaangelegenheiten, Horst Kortlang, vor nicht allzu langer Zeit betonte, die Zeitumstellung bedeute jedes Mal nicht nur Stress für Mensch und Tier, sondern auch einiges an Aufwand und Belastung für die Wirtschaft.

Deshalb unterstützt die FDP grundsätzlich jede Initiative, diesen sinnlosen Stress loszuwerden. Vielleicht wird es am Ende ja auch die Sommerzeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Brüninghoff. - Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Kollege Wirtz. Bitte sehr!

Stefan Wirtz (AfD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Pancescu, jetzt haben Sie so einen grünen Antrag, dem wir vernünftigerweise zustimmen können. Vernunft ist vielleicht nicht ganz das richtige Wort. Es ist nötig, leider. Wir müssen jetzt zum zweiten Mal die EU an etwas erinnern, was schon 2018, wie Sie selbst erwähnt haben oder wie erwähnt wurde, in einer Umfrage die überwältigende Mehrheit der Bürger gefordert hat, was sogar jemand an höchster Stelle versprochen hat, dass nämlich die Abschaffung der Zeitumstellung kommen wird. Der Jemand hieß und heißt Juncker. Er ist immer noch an höchster Stelle. Es hat immer noch nicht ganz geklappt, seine Ablösung zu organisieren, und das mit der Zeitumstellung hat auch noch nicht geklappt.

Wir werden also jetzt mit einem Appell an die Landes- und Bundesregierung und dann hoffentlich in die EU fordern, dass das passiert, was die Menschen eigentlich wollen. Das ist ein interessantes kleines Lehrstück in direkter Demokratie. Die EU will es ja selbst, aber es hat bisher noch nicht geklappt.

Wie mein Vorredner gerade gesagt hat: 1980 wurde die Zeitumstellung eingeführt. Es war damals schon umstritten, ob man damit überhaupt Energie sparen kann. Der Anteil z. B. der Beleuchtung an dem Gesamtstromverbrauch ist sehr gering, um die 1 %. Die EU hat sich damit fleißig bemüht, an diesem 1 % noch mit dem Verbot der Glühlampen herumzusparen. Das hat nicht viel gebracht, und die Zeitumstellung hat genauso wenig gebracht. Aber die werden wir offensichtlich nicht so einfach los

Nicht so einfach? - Vielleicht doch. Die Zeitumstellung ist zwar europäisch geregelt, aber die Sommerzeit wird in Mehrjahresabständen immer wieder hier in Deutschland per Rechtsverordnung festgelegt, z. B. für den Zeitraum 2016 bis 2020. Sollten Sie zufällig jemanden kennen, der in der Regierung ist, können Sie ihn vielleicht darauf hinweisen, doch bei der nächsten Epoche einfach diese Festlegung der Sommerzeit nicht mehr zu machen. Und wir lassen die Zeit dann so, wie sie ist, falls nichts rechtzeitig aus der EU kommt. Denn das ist ja bis jetzt ein Trauerspiel.

Wir werden dem Antrag aber zustimmen, in der Hoffnung, dass sich überhaupt etwas bewegt.

Danke sehr.

(Beifall bei der AfD - Dr. Christos Pantazis [SPD]: Damit haben wir nicht gerechnet!)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Danke schön, Herr Kollege. - Für die Landesregierung hat das Wort Frau Ministerin Honé. Bitte sehr, Frau Ministerin!

Birgit Honé, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der Vorschlag der EU-Kommission, die jahreszeitbedingten Zeitumstellungen in der EU abzuschaffen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass die Mitgliedstaaten weiterhin über ihre Standardzeit entscheiden können, wurde im März 2019 mit großer Mehrheit

durch das Europäische Parlament beschlossen. Der Kommissionsvorschlag sieht vor, dass die letzte Zeitumstellung im Jahr 2021 - mit letztmaliger Umstellung im März 2021 - abgeschafft werden soll, also in gut zwei Jahren. Die Festlegung der neuen Normalzeit soll jeweils durch die Mitgliedstaaten festgelegt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schon darauf hingewiesen worden, aber auch ich will das hier sagen, dass es für uns Niedersachsen ausgesprochen wichtig ist, dass ein harmonisierter Ansatz bei der Abschaffung der Zeitumstellung gewählt wird. Es muss vermieden werden, dass es zur Anwendung unterschiedlicher Zeiten in benachbarten Mitgliedstaaten kommt und dass so europaweit möglicherweise ein Flickenteppich entsteht. Zeitinseln sollten nicht entstehen, und Friktionen im Binnenmarkt müssen ausdrücklich vermieden werden. Sollte es zu einer Anwendung von mehr unterschiedlichen Zeiten in Europa als bisher kommen, hätte dies u. a. negative Folgen z. B. für den Schienen- oder für den Luftverkehr. Ein Beispiel für den Schienenverkehr hat ja eben ein Kollege hier sehr eindrucksvoll dargestellt.

Der Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft fordert deshalb folgerichtig eine europaweit einheitliche Regelung und Planungssicherheit. Darauf müssen wir achten und uns auf allen Ebenen für ein einheitliches Ergebnis einsetzen, das bedeutet, sowohl auf Bundesebene als auch auf europäischer Ebene.

Es ist schon mehrfach angeklungen, dass es ausgesprochen erfreulich ist, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger an der öffentlichen Konsultation der EU-Kommission beteiligt haben. Es ist auch angeklungen, dass ein erheblicher Prozentsatznämlich rund 70 % - derjenigen, die sich hieran beteiligt haben, aus Deutschland gekommen ist. Das ist ein Ergebnis für sich, das uns zum einen sehr freuen sollte und das die Bürgerinnen und Bürger ermutigen sollte, sich zu Prozessen innerhalb der EU zu äußern, und ihnen zeigen soll, dass sie, wenn sie, wie hier, die Chance geboten bekommen, deutlich machen können, was sie bevorzugen und was sie ablehnen.

Da diese Befragung der Bevölkerung eine der erfolgreichsten in der Geschichte von Befragungen durch die Kommission gewesen ist, ist es meines Erachtens umso wichtiger, dass sich die Mitgliedstaaten nun möglichst schnell auf ein verbindliches Verfahren zur Abschaffung der Zeitumstellung verständigen, um so dem Bürgerwillen Rechnung zu tragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir setzen uns also dafür ein, dass die Abschaffung der wiederkehrenden Zeitumstellung kommt. Wir werden uns auf beiden Ebenen - Bund und Europadafür einsetzen, dass das einheitlich geschieht.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herzlichen Dank, Frau Ministerin Honé.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir beenden die Beratung und kommen zu den Abstimmungen.

Wir kommen zuerst zur Abstimmung zu Nr. 1 der Beschlussempfehlung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der sich aus der Beschlussempfehlung ergebenden geänderten Fassung annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung.

Wer der Nr. 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit die dort aufgeführte, in die Beratung einbezogene Eingabe 1182 für erledigt erklären möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Auch das ist einstimmig so beschlossen.

Wir beenden diesen Punkt.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 28:

Abschließende Beratung:

Schutz der Wildbienen verstärken - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3665 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz - Drs. 18/4618 - dazu: Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4720

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag unverändert anzunehmen. Der Änderungsantrag zielt

auf eine Annahme des Antrages in einer geänderten Fassung.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Beratung. Zu Wort gemeldet hat sich für die Fraktion der CDU der Kollege Uwe Dorendorf. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Uwe Dorendorf (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits im Mai haben wir hier über den vorliegenden Antrag debattiert. Damals, fünf Tage vor dem Weltbienentag, hat der werte Kollege Dirk Adomat vorgeschlagen, daraus gleich einen Feiertag zu machen. Diese Änderung hätten wir sicherlich noch in unseren Antrag einbauen können; aber ansonsten ist das, was hier vorliegt, wirklich gut.

Wir wollen auch künftig blühende Wiesen und einen reich gedeckten Tisch. Deswegen müssen wir alle Insekten, insbesondere aber auch die Bienen, schützen. In Deutschland gibt es 560 Wildbienenarten. Über 400 davon sind nestbauend. Das mit dem Nestbauen wird leider immer schwieriger, denn über 60 ha werden in Deutschland täglich überbaut. 197 Wildbienenarten in Deutschland sind inzwischen gefährdet, 31 gar vom Aussterben bedroht. Das sind Zahlen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die bedrohlich sind. Diese Entwicklung kann unser Ökosystem ernsthaft aus dem Gleichgewicht bringen.

Wir haben in unserem Antrag Maßnahmen entwickelt, die die Gefahr eines Bienensterbens bekämpfen. Ich muss betonen: Das Bienensterben zu bekämpfen bedeutet nicht, zeitgleich auch unsere Landwirte zu bekämpfen. - Es gibt einen gangbaren Weg, der unsere Bienen schützt und unsere Landwirte nicht noch mehr belastet. Diesen Weg zeigt unser Antrag auf.

Für mich ist klar: In diesem Punkt werden wir den Landwirten ganz gewiss nicht schon wieder den Schwarzen Peter zuschieben. Ansetzen werden wir an anderen Punkten. Unser Antrag setzt nicht nur bei einer einzigen Berufsgruppe an, sondern nimmt auch viele andere Akteure in die Pflicht.

Mein Blick richtet sich auf den privaten Garten. Dort werden reichlich chemische und synthetische Pflanzenschutzmittel eingesetzt - zum Leidwesen der Wildbienen.

Wie auch im Mai hier angesprochen, sind Schottergärten ein riesiges Problem. Sie sind die Gärten des Schreckens. Die kommunalen Bauaufsichtsbehörden sollten hier ganz klar häufiger tätig werden. § 9 Abs. 2 der Niedersächsischen Bauordnung bietet die Rechtsgrundlage.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass gerade meine Kollegen, Sie, in vielen kommunalen Vertretungen sitzen und gut vernetzt sind. Machen Sie bitte auf dieses Problem aufmerksam! Sage und schreibe 15 % der deutschen Gartenflächen sind versiegelt. Ich fordere: Schluss mit Beton, Schluss mit Fliesen, Schluss mit Pflastersteinen - pflanzt Blumen und Wiesen!

(Zustimmung bei der CDU)

- Genau.

Wir sollten also einen Zweiklang einleiten. Auf der einen Seite müssen wir Aufklärungsarbeit leisten. Wir müssen mit unseren Landwirten sprechen und Entgegenkommen einfordern. Wir müssen aber auch gegenüber Gartenbesitzern Aufklärungsarbeit leisten.

Einen klaren Fokus sollten wir natürlich auch auf Neubaugebiete richten. Die vorhandenen Vorschriften müssen eingehalten werden, damit Schottergärten gar nicht erst entstehen. Die Menschen, die immer nur auf die Landwirtschaft einprügeln, sollten ihren Blick vielleicht auch mal auf die Großstadt richten. Auch hier ist noch einiges an Luft nach oben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Auch in den Großstädten sollten mehr Blühflächen entstehen. Urban Gardening ist dabei ein guter Ansatz. Es muss überprüft werden, inwiefern Flachdächer bepflanzt werden können, und auch Parks müssen genug Rückzugsmöglichkeiten für Bienen bieten. Ich weiß, dass es gerade in Großstädten viele kreative Ideen gibt. Das sollten wir unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Antrag ist durchdacht und wird einem multiperspektiven Ansatz gerecht. Er fordert alle relevanten Akteure zum Handeln auf. Ich empfehle Ihnen, diesen Antrag anzunehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Dorendorf. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich das Wort dem Kollegen Christian Meyer. Bitte sehr!

Christian Meyer (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich fange mit einem Zitat an:

"Bei den Naturschutzverbänden BUND und NABU löst dieses Papier"

- es geht um den Antrag der Regierungsfraktionen -

"nur Kopfschütteln aus. Obwohl Niedersachsen massiv vom Insektensterben betroffen ist und die gravierenden Folgen für Mensch und Natur hinlänglich bekannt sind, beschränkt sich der Antrag von SPD- und CDU-Fraktionen auf Prüfaufträge und unverbindliche Anregungen.

,Die wenigen Maßnahmen sind wirkungslose Augenwischerei und werden das dramatische Artensterben weder bremsen und schon gar nicht stoppen können', sagt Heiner Baumgarten, Vorsitzender des BUND Niedersachsen. 'Die Zeit der Ankündigungen ist vorbei! Wir erwarten, dass die Landesregierung bis zum Jahresende konkrete gesetzliche Grundlagen sowie Maßnahmen beschließt, die die Hauptursachen für das Insektensterben wirksam bekämpfen"".

Wenn ich mir den Antrag anschaue, wird klar: In der Analyse, dass wir ein dramatisches Insektensterben haben, sind wir uns einig. Das haben wir in unseren Änderungsantrag übernommen. Sie schreiben auch zu Recht, dass es nicht nur um Schottergärten geht. Da braucht man übrigens nicht zu appellieren. Wir haben eine Bauordnung. Wenn Schottergärten auf Freiflächen verboten sind, dann muss man dieses Verbot umsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Landesregierung und einige Kommunen tun so, als wenn bei der Bauordnung zweierlei Maß gälte: Bestimmte Vorgaben - für Fenster und Stellplätze - müsse man einhalten; aber das in der Niedersächsischen Bauordnung enthaltene Verbot, Freiflächen zu versiegeln, spiele keine Rolle. Teilweise haben sich sogar Landesbehörden nicht an geltendes Recht gehalten: Das Finanzamt Hameln musste entschottern und hat stattdessen wieder Blühflächen geschaffen.

Es bleibt dabei: Wir müssen Pestizide reduzieren. Das hat der Kollege Dorendorf eben angesprochen. Aber bitte nicht nur im Hausgarten! Sie fordern in Ihrem Antrag "eine deutliche Reduzierung" des Einsatzes von Pestiziden "im Rahmen des privaten Gebrauchs". Landwirtschaft taucht hier nicht auf. Nach meiner Kenntnis werden aber 95 % der Pestizide und der Insektizide nicht in Hausgärten, sondern in der Landwirtschaft eingesetzt. Deshalb haben wir beantragt, auch dort zu reduzieren, wo es um die großen Mengen geht.

Übrigens hat die CDU in Brandenburg und in Sachsen in den aktuellen Koalitionsverhandlungen zugesagt, den Pestizideinsatz zu halbieren. Auch in Baden-Württemberg - eine grün-schwarze Regierung - hat der CDU-Agrarminister dies mitgetragen. Und Sie weigern sich, hier überhaupt etwas zur Landwirtschaft zu sagen!

Die Landwirtschaft klammern Sie bei den Maßnahmen nämlich komplett aus. Das geht auch nicht. Gerade für Landwirte, die Blühstreifen anlegen, die - wie im ökologischen Landbau - ohne Pestizide auskommen, die Hecken usw. pflanzen, brauchen wir attraktive Angebote und nicht nur unverbindliche Prüfaufträge, mit denen wir nichts erreichen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb haben wir diesen Änderungsantrag gestellt.

Wir haben übrigens unter Rot-Grün verboten, dass Kommunen Glyphosat in Parks, auf Spielplätzen, auf Friedhöfen und in Sportstätten einsetzen. Wir haben 600 Ausnahmegenehmigungen gekippt. Die jetzige Landesregierung hat Ende 2017 - das wurde uns in der Antwort auf eine Anfrage bestätigt dieses Verbot aufgehoben. Die Bahn darf nämlich wieder spritzen. Weil sonst die Schienen zuwuchern würden, hat man in Niedersachsen das Verbot des Einsatzes von Glyphosat aufgehoben, soweit es die Schienenstrecken betraf.

Deshalb fordern wir im sechsten Punkt, bei der rotgrünen Praxis zu bleiben. Man braucht keine Pestizide in Hausgärten. Man braucht keine Pestizide auf Spielplätzen, in Parks etc. Und auch die Deutsche Bahn und die anderen Bahnunternehmen brauchen sie nicht einzusetzen. Die Üstra in Hannover verzichtet übrigens freiwillig auf Pestizide. Das ist sehr vorbildlich.

Wir bitten Sie, dem Änderungsantrag zuzustimmen. Wir müssen in Hausgärten etwas machen,

aber auch die Landwirtschaft muss ihren Beitrag leisten, damit wir die Bienen wirklich retten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Meyer. - Für die Fraktion der SPD hat nun der Kollege Dirk Adomat das Wort. Bitte schön!

Dirk Adomat (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unter allen ökologischen Themen nimmt das Thema Klimaschutz im Moment mit Abstand den ersten Rang ein. Ich habe die Sorge, dass das Thema Artensterben ein bisschen in Vergessenheit und ins Hintertreffen gerät. Wir haben ein Problem damit. Denn jede Art, die von unserem Planeten oder aus unserer Region verschwunden ist, ist unwiederbringlich weg. Dann können wir nicht mehr gegensteuern.

In unserem Antrag haben wir ganz bewusst die Wildbienen hervorgehoben. Denn Bienen sind offenbar bei Ihnen allen Sympathieträger, nehmen aber in ihrem Gefolge viele andere Insekten mit, wenn wir so handeln, wie wir das jetzt vorhaben.

Die Insektenpopulation geht schon seit Jahrzehnten zurück. Es ist nicht wenige Jahre her - - - Da waren noch Sie, Herr Meyer, hier Landwirtschaftsminister. Ich danke Ihnen auch dafür, dass Sie die Blühstreifenprogramme eingerichtet haben. Aber wenn Sie jetzt in Sachen Landwirtschaft unterwegs sind, sollten Sie nicht vergessen, dass Sie eine ganze Menge in der Hand hatten. Sie haben Gutes bewirkt; das gebe ich offen zu. Aber Sie haben an einer Stelle die Landwirtschaft nicht immer richtig mitgenommen: bei den Programmen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das stimmt! Das kann ich bestätigen!)

- Herr Dr. Birkner als Landwirt bestätigt das. Das ist klasse.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das waren SPD und Grüne zusammen!)

Die Versiegelung der Flächen ist angesprochen worden. Das möchte ich jetzt nicht wiederholen. Ich habe hier schon mehrfach dargestellt - auch Uwe Dorendorf hat das eben gut dargestellt und mit Zahlen unterlegt -, wie viele Arten davon abhängig sind und was wir machen.

Im Grunde geben wir mit diesem Antrag ganz bewusst einen Prüfauftrag. Wir wollen in Zusammen-

arbeit mit den Kommunen auf die negativen Auswirkungen von Schottergärten aufmerksam machen. Viele von Ihnen sind auch in der Kommunalpolitik aktiv. Wenn Sie sich Ihre Bebauungspläne ansehen, werden Sie feststellen, dass Flächenplaner immer noch Bebauungspläne vorlegen, in denen steht, dass gewisse Flächen für Schottergärten zulässig sind - obwohl wir § 9 Abs. 2 der Niedersächsischen Bauordnung haben, wonach sie nicht zulässig sind. Das marschiert so durch, weil sich keiner von Ihnen den ganzen Stapel richtig durchliest.

(Zuruf von der CDU: Was?)

- Oder die wenigsten von Ihnen.

Deshalb mein Appell an alle: Schauen Sie die Bebauungspläne durch! Schauen Sie einfach einmal, was darin steht! Machen Sie darauf aufmerksam! - Dieser Appell ist ein Aufruf an alle, die in der Politik tätig sind, und muss immer wieder wiederholt werden. Deshalb wiederhole ich das mit den Schottergärten, den "Gärten des Grauens", gerne immer wieder.

Am Dienstag haben hier Landwirte demonstriert. Sie haben auch dafür demonstriert, wieder mehr Pflanzenschutzmittel einsetzen zu dürfen. Die Spitzenorganisationen haben bei ihrer Demonstration aber auch darauf hingewiesen, dass die Landwirte die Blühstreifenprogramme stärker in Anspruch nehmen.

Ich möchte hier zunächst allen Landwirten danken, die sich an diesen Programmen beteiligen. Denn die bringen wirklich etwas. Wir müssen sie aber optimieren.

Im Weserbergland haben wir einen runden Tisch-Hermann Grupe kennt ihn-, an dem Imker und Landwirte miteinander reden und aufeinander zukommen. Ich halte das für den richtigen Weg. Aber es ist zu erkennen, dass die Umsetzung immer dann schwerfällt, wenn klare Regeln fehlen. Da müssen wir noch dicke Bretter bohren.

Dieser Antrag kommt der Landwirtschaft entgegen. Denn sie hat am Dienstag auch gefordert: Stellt keine Regeln auf, die nicht wissenschaftlich hinterlegt sind! - Deshalb kommt in unserem Antrag - im Unterschied zu dem Änderungsantrag der Grünen - öfters das Wort "prüfen" vor.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Das hat Herr Meyer gesagt!)

- Ja, so ist er.

Wir haben das hineingeschrieben, damit das Ganze auch belegt wird. Denn ich glaube, da müssen wir ein paar Fakten auf den Tisch bringen. Es ist ja nicht so, dass wir diese Fakten nicht hätten und dass sie nicht existierten. Sie müssen nur vernünftig zusammengetragen und plausibel erklärt werden. Ich glaube, dann kriegen wir das Verständnis in der Landwirtschaft dafür hin, da mehr zu tun, dann kriegen wir auch das Verständnis im kommunalen Bereichen hin, und dann kriegen wir auch das Verständnis im privaten Bereich hin.

Die Landwirtschaft fordert von uns nämlich, dass wir Regeln nicht nach der jeweiligen Meinungslage schaffen, sondern wissenschaftlich begründen. Das ist erst einmal ein pauschales Urteil über politisches Handeln, über das man geteilter Auffassung sein kann. Aber ich halte den Prüfauftrag, den wir da erteilen, für eine wichtige Voraussetzung dessen, was wir da tun.

Wir haben uns - anders als die Grünen - auf das Thema Wildbienen beschränkt. Sie wollen auch die Heidebienen wiedereinführen; das ist eine Nutztierart. Ich bin ja dafür. Aber das ist ein anderer aktueller Diskussionspunkt. Ich rege an, dass wir das in diesen Punkt hineinnehmen.

Persönlich hege ich für den Antrag der Grünen in vielen Punkten große Sympathie. Nur eines muss ich ihnen vorwerfen: Sie haben ihren Änderungsantrag am 1. Oktober gestellt, als wir die Beratungen im Ausschuss schon abgeschlossen hatten. Ich glaube, es gibt viele Themen, die wir auch gemeinsam nach vorne bringen könnten. Ich weiß nicht, ob es in einer Großen Koalition immer so ist. Aber persönlich gebe ich Ihnen mein Wort: Da hänge ich dicht an vielen Punkten dran.

Der Änderungsantrag zeigt auf alle Fälle die Bereitschaft, Ihr eigenes Tun - zumindest das in der Vergangenheit im Landwirtschaftsministerium - zu hinterfragen und zu verbessern. Das ist gut.

Die Landesregierung muss - wir müssen - jetzt Maßnahmen ergreifen. Denn wenn diese Maßnahmen im nächsten Frühjahr greifen sollen, dann können wir nicht länger diskutieren, sondern müssen schnell handeln.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Adomat. - Für die FDP-Fraktion hat nun der Kollege Grupe das Wort zu einer Kurzintervention. - Sie haben noch ein bisschen Zeit, Herr Kollege Kortlang. Bitte schön!

(Horst Kortlang [FDP]: Dann kann er auch gleich weitermachen!)

Hermann Grupe (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. Vielen Dank, Herr Kortlang. - Nur eine Kleinigkeit, Herr Kollege: Sie haben gesagt, die Landwirte hätten dafür demonstriert oder sich dafür ausgesprochen, wieder mehr Pflanzenschutzmittel einsetzen zu können. Meine Wahrnehmung ist eine etwas andere. Nach meiner Wahrnehmung wollen sie, dass die Anzahl der Wirkstoffe nicht zu sehr eingeschränkt wird, weil das die Gefahr von Resistenzen bedeutet und man die verbleibenden wenigen Mittel dann umso stärker einsetzen muss.

Die Landwirte möchten gerne so wenig wie möglich einsetzen, brauchen dafür aber eine gewisse Anzahl an Wirkstoffen. Sie haben sich also eigentlich für das Gegenteil eingesetzt. Insofern sind wir uns, glaube ich, völlig einig und auch mit den Landwirten völlig einig.

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Grupe. - Herr Kollege Adomat möchte antworten. Bitte sehr!

Dirk Adomat (SPD):

Das mache ich gerne, darauf gebe ich gerne eine Antwort. Es gab unterschiedliche Stimmen aus der Landwirtschaft, auch im Radio. Es ist nicht so einheitlich dargestellt worden, was man haben möchte. Es gab auch die Forderung, wieder die Neonikotinoide einzusetzen, z. B. beim Rapsanbau. Ich kann feststellen: In diesem Jahr wurden sie nicht eingesetzt, und der Raps steht wunderbar.

(Jörg Hillmer [CDU]: Nur halb so viel!)

- Wie bitte?

(Jörg Hillmer [CDU]: Nur halb so viel wie früher!)

- In der Menge ja. Aber wenn Sie sich die einzelnen Felder ansehen - es ist ja eine Frage der Landwirte, Herr Kollege, wie viele Felder damit bestellt werden -, dann bin ich frohen Mutes, dass die Rapshonigernte im nächsten Jahr auch wieder gut wird.

Vielen Dank.

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Adomat. - So, Herr Kortlang, jetzt kann es losgehen. Bitte schön! Sie haben das Wort. Herr Grupe bleibt sitzen, keine Panik.

Horst Kortlang (FDP):

Verehrtes Präsidium! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine Damen, meine Herren! Sehr geehrte Regierungsfraktionen, mit Ihrer Dreiviertelmehrheit wird der Antrag "Schutz der Wildbienen verstärken" ohne Änderungen durchgesetzt. Sie werden den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen selbstverständlich ablehnen, wie ich herausgehört habe.

Wir Freien Demokraten sind unumwunden für Insektenschutz. Natürlich wollen wir auch die Wildbienen schützen, das gehört dazu. Wir halten uns aber an Fakten. Das sind Folgende:

In der letzten Erhebung aus dem Jahr 2002 wird von 62 % im Bestand bedrohten Wildbienenarten geschrieben. In Gärten sind so gut wie keine Wildbienen anzutreffen. Auch Insektenhotels helfen nicht, da die entsprechenden Futterpflanzen vor Ort nicht vorhanden sind.

Schotterflächen - das haben Kolleginnen und Kollegen hier schon angesprochen - sind keine nur in Neubausiedlungen anzutreffende Unart der Gartengestaltung. Im Übrigen muss in den Siedlungen der Städte nach unserer Meinung noch sehr viel mehr getan werden, da dort wegen fehlender Nahrungspflanzen, was ich eben schon ausgeführt habe, und fehlender Nistmöglichkeiten nur sehr wenige und häufig gar keine Wildbienenarten mehr vorhanden sind bzw. vorkommen.

Aber einige legen noch - das tun sie wohl aus Spaß an der Sache - eine Schippe drauf. Denn bei Glyphosat nutzen Sie eine Studie, die nicht in renommierten Wissenschaftsblättern und Abhandlungen veröffentlicht wurde. Nur durch bloße Wiederholung unsachlicher und sogar falscher Informationen, was man nachlesen kann, weist man keine Krebsgefahr und dergleichen nach. Da sind Sie auf einem Irrweg. Da sollten wir noch mal nachlegen und die Erhebungen genau nachlesen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: So ist es! -Helge Limburg [GRÜNE]: Das ist schon ein heftiger Angriff!)

Ich frage mich, wie die Forderung nach mehr, nach sicheren und pünktlicheren Bahnfahrten mit dem Glyphosat-Verbot verbunden wird. Vorgestern, also am Dienstag, haben sich die Landwirte zur Wehr gesetzt. Ob ihre Demonstrationen den gleichen Erfolg haben werden wie die von "Fridays for Future", muss ich leider bezweifeln, auch wenn sie die Einzigen sind, die bei der Produktion CO₂ aus der Atmosphäre binden können. In Zukunft können sie das sogar noch in weit größerem Maße.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir haben durchaus eine artenreiche Kulturlandschaft, auch wenn einige dies nicht wahrhaben und nicht zugeben wollen. Wir müssen feststellen: Die Wildbienenarten sind sicher dezimiert und zurückgegangen. Wir haben natürlich die Aufgabe, uns verstärkt für den Schutz der Wildbienen einzusetzen.

In der Anhörung wurde überdeutlich: Es braucht die artenreichen Feldränder, wie ich schon bei der Einbringung dieses Antrags ausgeführt hatte. Die daraus formulierte Forderung, wenigstens die Flächenprämie auch für diese Nebenkultur möglich zu machen, wurde leider nicht aufgegriffen.

Wenn es in unserer Kulturlandschaft noch artenreicher werden soll, müssen wir die Landwirte überzeugen, und das Umweltministerium - Herr Lies hat es gesagt; in der Nordwest-Zeitung konnte man nachlesen, was er am Montag kundgetan hat - muss Geld für die Kompensation bereitstellen. Aus Ihrem Punkt 1 -"inwieweit ... Blühstreifenund Agrarumweltprogramme optimiert werden können" - ist das schwerlich herauszulesen. Ich habe nichts weiter feststellen können. Da werden wir wohl noch nachlegen müssen. In den Haushaltsberatungen können wir uns dazu noch einlassen

Aber eines lassen Sie mich hier noch sagen: Im ländlichen Bereich, im privaten wie auch im landwirtschaftlichen, wird schon sehr viel für den Wildbienenschutz getan. Aber wir müssen noch mehr machen. Deshalb werden wir den Antrag der Mehrheitsfraktionen - wir haben uns in der Fraktion noch einmal beraten - mittragen. Den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen müssen wir leider ablehnen.

Ich bedanke mich fürs Zuhören.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Kortlang. - Für die AfD-Fraktion hat der Kollege Wirtz das Wort. Bitte sehr!

Stefan Wirtz (AfD):

Schönen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte GroKo, mit Ihrem Antrag machen Sie nichts falsch und nichts kaputt. Das sind schon die Mindestvoraussetzungen, damit wir zustimmen können. Sie sind aber diesmal doch eine Stufe schlechter als die Grünen mit ihrem Antrag zuvor.

Dem Antrag der Grünen können wir leider nicht zustimmen, das sage ich gleich vorweg. Schlechter Nachmittag für Sie - einer von drei.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Den finden wir nicht so nennenswert.

Aber was machen Sie hier eigentlich? - Herr Adomat hat es gesagt: Wir reden über Insekten. Es gibt seit Jahrzehnten einen Schwund der Insektenmasse, ein Abnehmen der Insektenzahl. Aber was es nicht gibt, das ist ein Artensterben.

Wir haben in der Unterrichtung gehört, dass es 33 000 Insektenarten in Niedersachsen gibt. 350 davon sind Wildbienenarten. Bisher ist keine einzige wirklich ausgestorben. Aber um die Wogen zu glätten: Es sind viele gefährdet. 62 % der Wildbienenarten in unserem Land sind gefährdet. Dagegen muss man etwas tun.

Aber - Herr Adomat hat es auch gesagt - es besteht immer die Gefahr, dass das Thema absinkt, nicht mehr so interessant ist. Im Moment hat etwas anderes mehr Konjunktur, das K-Wort. Der Klimaschutz ist in allen Blättern, in allen Titelzeilen. Die Insekten gehen gerade buchstäblich wieder etwas unter. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, Herr Adomat: Daran sind auch Sie von der SPD schuld.

(Wiard Siebels [SPD]: Was hat er denn jetzt schon wieder gemacht?)

2013 haben Sie noch in einer Drucksache zum Thema Bienen nachgefragt, nicht nur zu Wildbienen, sondern auch zu Honigbienen. Da haben Sie festgestellt, dass die Wildbienenarten gefährdet sind - 2013, vor sechs Jahren. Wenn Sie sich alle paar Jahre mal für das Thema interessieren, dann ist das bestimmt interessant für die Tribüne, aber Sie haben schon damals nichts unternommen. Das Thema wird immer wieder aufgewärmt. Sie sorgen für die Wellen im Interesse. Passiert ist nichts.

Ich kann Ihnen eines sagen: Die Leute, die sich in den letzten Jahren Schottergärten angelegt haben, sind nicht schuld, dass die Insekten seit Jahrzehnten schwinden. Ganz im Gegenteil! (Wiard Siebels [SPD]: Aber die SPD?)

Es gibt viele andere und größere Gründe. Die sind übrigens alle bekannt.

(Dr. Christos Pantazis [SPD]: Die SPD ist schuld?)

- Die SPD war mal stärkere Fraktion, hat führend mitregiert. Das merkt man jetzt nicht mehr so.

(Dr. Christos Pantazis [SPD]: Und da ging es den Bienen besser?)

Es gibt auch bei Ihnen einen Bestandsschwund. Das ist völlig normal, natürlich und Gott sei Dank so.

(Wiard Siebels [SPD]: Das hängt aber nicht mit den Schottergärten zusammen!)

Anscheinend haben Sie aber nie die Gelegenheit genutzt, um etwas für die Insekten zu tun.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Zeit zum Umblättern, wenn Sie "ausgeglockt" werden; das ist wunderbar.

(Wiard Siebels [SPD]: Vielleicht lassen Sie die letzte Seite weg!)

- Nein, da kommen noch drei Seiten. Bereiten Sie sich darauf vor. Sie werden jetzt ein bisschen gefordert, fürchte ich. Nein, ich kann mich nicht die ganze Zeit mit der SPD abgeben. Das Thema ist klar, die Ursachen sind seit Langem bekannt.

Die Blühstreifen in der Landwirtschaft, um der SPD etwas zugutezuhalten, machen viel aus, sorgen für Artenreichtum. Nur, die Wildbienen sind nicht so einfach zu schützen - schon gar nicht von der SPD -:

(Frauke Heiligenstadt [SPD]: Aber ganz bestimmt nicht von der AfD!)

denn ganz viele Wildbienenarten sind sehr speziell in ihrer Lebensweise, in ihrem Futterverhalten. Viele Wildbienen brauchen eine ganz spezielle Pflanzenart, nur wenige Arten kommen für sie als Nahrung infrage. Sie können den Wildbienen viele Gefallen tun wollen, aber Sie können das nicht mit Standardblühmischungen für irgendwelche Blühstreifen erreichen. Sie können das auch nicht mit Insektenhotels aus dem Baumarkt erreichen. Das sollten Sie dann vielleicht auch dazusagen.

Der Schutz von Wildbienen ist sehr schwierig. Es sind meistens Einzelgänger, die nicht einfach in irgendeinem Holzloch leben, sondern sie haben ganz bestimmte Ansprüche. Da können Sie nicht so einfach etwas ausrichten. Aber auch das ist eigentlich längst bekannt. Experten, die Sie zur letzten Unterrichtung herbeigeholt haben, haben Ihnen das sogar gesagt.

Sie haben Ihnen auch gesagt, was überhaupt nicht geht bzw. was überhaupt nichts bringen dürfte, nämlich Blühstreifen mitten in der Stadt. Zwischen einer vierspurigen Fahrbahn werden Blühstreifen nichts ausrichten, sondern eher das Gegenteil bewirken. Die Wildbienen fliegen gerne in Bodenhöhe an. Da sind aber die Fahrzeuge, die Autos. Wenn Sie da hübsche, bunte Blumen hinsetzen, wird unter Umständen das Gegenteil von dem erreicht, was man gut gemeint hatte.

Aber, wie gesagt: Mit dem, was Sie vorhaben, machen Sie wenigstens nichts kaputt. Es ist aber irritierend, dass sich Ihre Partei, Ihre Regierung nie darum kümmert, ob solche Ergebnisse evaluiert werden. Das scheint für Sie das Neueste zu sein, was Sie hören; Sie amüsieren sich köstlich. Aber das sind nun einmal die Ergebnisse: Sie erreichen mit Ihren Schutzmaßnahmen vielleicht nicht das, was Sie erreichen wollen. Sie haben auch keinerlei Maßnahmen ergriffen, um das zu ändern.

Das werfen wir Ihnen vor, stimmen aber trotzdem zu, damit Sie wenigstens etwas erreichen.

(Beifall bei der AfD - Lachen bei der SPD - Wiard Siebels [SPD]: Das ist wenigstens konsequent! Herzlichen Glückwunsch!)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Wirtz. - Das Wort zu einer Kurzintervention hat der Kollege Adomat. Bitte schön!

(Wiard Siebels [SPD]: Sag ihm, er soll ablehnen!)

Dirk Adomat (SPD):

Es fällt mir nach Ihrem Vortrag schwer, durch Ihre Zusage, dem Antrag zuzustimmen, eine Form der Zufriedenheit zu empfinden. Im Grunde war der Vortrag nicht gerade von Fachlichkeit und Ahnung getragen.

Es ist auch nicht schlimm, wenn man keine Ahnung hat.

(Beifall bei der SPD)

Aber Sie haben mir persönlich und der SPD vorgeworfen, am Bienensterben, am Sterben der Arten schuld zu sein. Ich gebe hier die persönliche Erklärung ab, dass ich seit über 35 Jahren Bienen halte.

(Stefan Wirtz [AfD]: Wildbienen?)

- auch Wildbienen - dazu gehören nämlich auch Hummeln. Ich erkläre Ihnen auch, welche Arten dazugehören - gar kein Problem. Ich führe auch regelmäßig jedes Jahr kleinere Kinder aus Kindergärten und auch Schulkinder an diese Tiere heran und zeige sie ihnen. Ganz kleine Kinder malen ein Bild und singen ein Lied. Herr Wirtz, ich empfehle Ihnen Letzteres.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Kai Seefried [CDU])

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herr Kollege Wirtz möchte antworten. Ob er jetzt allerdings ein Lied singen möchte, ist bisher hier oben noch nicht bekannt. Bitte schön!

Stefan Wirtz (AfD):

Vielen Dank, Herr Adomat. Mit der Zielsicherheit der SPD haben Sie das Falsche herausgegriffen: Ich kann viel besser malen als singen - das wollen Sie gar nicht hören.

Aber ich muss Ihnen eines sagen: Sie haben ja gesagt, dass ich so wenig Ahnung habe. Aber wieso rühmen Sie sich in Ihrer eigenen Ansprache noch, dass Sie lauter Prüfaufträge geben? Sie müssten diese Ahnung doch schon längst haben, sind aber eben noch stolz darauf gewesen, dass Sie in Ihrem Antrag viele Dinge prüfen lassen wollen. Klar, dann prüfen Sie bitte zum x-ten Mal; vielleicht verstehen Sie es dann, und vielleicht kommt dann das richtige Ergebnis dabei heraus. Wir helfen Ihnen auch auf diesem Weg.

(Dirk Adomat [SPD]: Das sehen Sie im Protokoll, was ich gesagt habe!)

- Alles klar.

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, für die Landesregierung hat sich Herr Umweltminister Lies zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Minister! **Olaf Lies**, Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal danke ich Ihnen schon jetzt für die recht breite Zustimmung, die dieser Antrag erhält. Ich danke Ihnen auch für die Diskussion, die dazu stattgefunden hat. Ich glaube, dass wir diese intensive Diskussion, die wir in den letzten Monaten, eigentlich in den letzten anderthalb Jahren geführt haben, auch zu Recht geführt haben.

Diese Diskussion findet ja nicht nur hier statt. Inzwischen gibt es in ganz vielen Städten, Gemeinden und Landkreisen, also in den Kommunen, Programme, die sich ganz gezielt mit der Artenvielfalt und dem Insektenschutz - gerade auch mit der Biene, der Honigbiene, aber vor allem auch der Wildbiene - beschäftigen. Ich glaube, darum muss es gehen, wenn wir heute über dieses Thema reden. Denn manchmal heißt es: Ihr macht hier nicht genug! - Es geht aber darum, was die kommunale Seite macht, was die Landesseite macht und was die Bundesseite macht. Wir schützen die Bienen in Deutschland nicht auf 17 unterschiedliche Weisen. sondern wir schützen sie auf eine vernünftige Weise. Deswegen ist der Antrag, der heute vorliegt, gut.

(Beifall bei der SPD)

Mit Blick auf die Struktur ist dabei wichtig: Wir haben besondere Schutzräume; vor allem müssen bestimmte Gebiete besonders geschützt werden. Und es gibt eine Vernetzung der Schutzgebiete. Hinzu kommen viele gute Beispiele im Umfeld - im privaten Umfeld, im kommunalen Umfeld -; da können Möglichkeiten genutzt werden.

Die große Bedeutung - das muss ich, glaube ich, gar nicht wiederholen - der Wildbiene ist hier deutlich geworden. Die Bestäubungsleistung hat nicht nur eine ökologische Bedeutung, sondern auch eine ökonomische Bedeutung. Das spielt eine ganz große Rolle. Hierbei hat die Wildbiene eine ganz besondere Bedeutung - auch gegenüber der Honigbiene; denn sie ist flexibler und kann auch bei niedrigeren Temperaturen fliegen. Eine Hummel kann z. B. in dem gleichen Zeitraum Blüten dreimal so häufig anfliegen. Ich glaube, es ist sehr gut, dass dieser Antrag sich intensiv gerade mit der Wildbiene befasst und Projekte aufführt, die für die Wildbiene wichtig sind.

Natürlich stellt sich die Frage - und wir alle haben uns intensiver als in der Vergangenheit damit beschäftigt -, wie stark der Rückgang ist. Ich erinnere wieder an die Krefelder Studie: Wir brauchen wirklich Forschung. Der Bund stellt - auch aufgrund der Diskussionen, die auf der Umweltministerkonferenz und auch hier im Landtag geführt wurden - 25 Millionen Euro für Forschung zur Verfügung. Denn wir dürfen nicht nur Maßnahmen ergreifen, sondern müssen auch prüfen, ob das die richtigen Maßnahmen sind. Zu glauben, zu wissen, was man tut, ist das eine. Das zu hinterfragen, ist das andere.

Wir haben Erkenntnisse darüber, in welchen Bereichen es Veränderungen gibt. Vor allem gibt es Lebensraumveränderungen. Lebensraumveränderungen ergeben sich durch den Einsatz von Pestiziden, durch Unkrautbekämpfung und die Bekämpfung von Schadinsekten. Sie ergeben sich auch durch die Intensivierung der Grünlandbewirtschaftung. Das geht zulasten der Artenvielfalt - dadurch werden auch Blühpflanzen zerstört, und auch die Umwandlung von Viehweiden in Ackerland trägt dazu bei; das Entfernen von Totholz in Waldgebieten ebenfalls. Wir müssen ja auch den sonstigen Lebensraum erhalten. Betonierung und Verschotterung von Sandwegen und Lehmwegen tragen auch dazu bei. Lehmwege sind ganz wichtig. Wir sehen das im Waldbereich, wo man eine ganze Menge machen kann, wenn man Wege wieder ökologisch gestaltet. Flächenbrauch und Besiedlung gehören auch dazu.

Aber auch die Lichtverschmutzung spielt eine Rolle - das wird oft ausgeblendet. Es gibt viele Projekte, die sich mit der Frage beschäftigen, welche Lichtquelle eingesetzt werden kann, die keine Gefahr für die Insekten ist, sodass Lichtquelle und Lebensraum Insekt vernünftig vereinbart werden können.

Einige der im Antrag aufgeführten Punkte sind wir natürlich schon angegangen. Das Aktionsprogramm Insektenvielfalt wird unter der Federführung des Umweltministeriums gemeinsam mit den anderen Ressorts erarbeitet. Auch hier ist, glaube ich, völlig klar, dass das nicht allein ein Umweltthema ist, sondern die anderen Ressorts mitgenommen werden müssen. Da können wir mit den anderen Ressorts gemeinsam viel erreichen. Die AG arbeitet und tagt jetzt gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden. Das meine ich: Da muss es ein Ineinandergreifen geben. Es ist nicht so, dass das Land etwas macht und die Kommunen noch mal etwas für sich machen, sondern wir wollen das gemeinsam angehen.

Viele der Punkte, die hier aufgeworfen wurden, sind also schon umgesetzt.

Wir haben auch eine Informationsbroschüre auf den Weg gebracht, die an die entsprechenden Fachbehörden gegangen ist. Sie wendet sich vor allem an die kommunale Seite, aber auch an die Bürgerinnen und Bürger, damit sie sehen und überlegen können, was sie selbst machen können.

Das Thema Schottergärten wird ja immer wieder angesprochen: Wir haben das selbstverständlich in der Bauordnung geregelt - das wissen die Kommunen auch. Wir haben aber trotzdem noch einen Runderlass herausgegeben, in dem wir die Bauaufsichtsbehörden darauf hinweisen, dass sie sich das noch einmal anschauen und den Bürgern empfehlen sollen, keine Schottergärten anzulegen. Wir hoffen ein bisschen, dass die Information hilft und man nicht noch stärker in die Kontrolle einsteigen muss. Ich möchte nicht kontrollieren, was die Leute im Garten haben. Ich möchte ein Bewusstsein dafür erzeugen. Ich möchte, dass sie merken, dass Schottergärten doch eigentlich Quatsch sind, dass sie in ihrem Umfeld so viel tun können, indem sie in ihrem Garten einen Naturraum belassen, und dass sie darauf stolz sein können. So nehmen wir die Menschen mehr mit, und das ist auch richtig.

Es kam ja der Vorwurf, wir würden nicht genug verbieten. Abschließend will ich das noch einmal aufgreifen: Wir sind eben nicht alleine, sondern es gibt auch noch den Bund. Gerade beim Thema Insektenschutz befinden wir uns in einem sehr intensiven Austausch mit dem Bund. Das ist auch Teil des Aktionsprogramms Insektenschutz des Bundes, das gerade verabschiedet worden ist. Darin ist z. B. ein Verbot der Anwendung von Herbiziden sowie biodiversitätsschädigenden Insektiziden in FFH-Gebieten geregelt. Das brauchen wir in Niedersachsen nicht zu verbieten, wenn das schon auf der Bundesebene verboten ist. Einige Dinge sind also schon durch den Bund geregelt.

Ein Punkt ist das generelle Verbot in den Schutzgebieten - wir haben heute Morgen darüber gesprochen, wie wir das lösen wollen. Ich habe gerade die 25 Millionen Euro des Bundes für die Forschung erwähnt. Ein Punkt, der übrigens gerade für die Landwirtschaft spannend ist: 50 Millionen Euro will der Bund für landwirtschaftliche Anwendungen bereitstellen, und weitere 25 Millionen Euro will der Bund für außerlandwirtschaftliche Projekte bereitstellen, die dem Insektenschutz dienen.

Der zweite Punkt ist der sogenannte Refugialflächenansatz: Wenn auf der einen Seite Flächen bewirtschaftet werden, wo Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden, und auf der anderen Seite Rückzugsräume geschaffen werden, könnte man überlegen, wie man diese Rückzugsraume eigentlich gestaltet. Dann könnte man die Bewirtschaftung von Flächen so organisieren und die Rückzugsräume so gestalten, dass möglicherweise ein größerer oder besserer Effekt erzielt wird.

Das gilt es, vernünftig zu untersuchen. Wir werden uns damit auf der nächsten Umweltministerkonferenz beschäftigen. Ich bin davon überzeugt, dass das der richtige Weg ist. Insofern finde ich es wichtig und bitte daher auch um breite Zustimmung. Was wir hier auf Landesebene machen, ist sehr eng mit den Maßnahmen auf kommunaler Ebene verzahnt. Das, was auf der Bundesebene läuft, ist sehr eng mit uns diskutiert und abgestimmt. Wenn es uns gelingt, das Thema Insektenschutz - gerade mit Blick auf die Wildbienen - so ganzheitlich -Kommunen, Land und Bund - anzugehen, haben wir auch wirklich eine Chance, etwas zu erreichen und das, was in den letzten Jahren tatsächlich völlig in die falsche Richtung gelaufen ist, wieder in den Griff zu bekommen.

Vielen Dank, auch für die Diskussion. Ich glaube, dass unsere Debatte und gerade die Öffentlichkeitsarbeit viele in der Gesellschaft mitgenommen haben, sich viel intensiver um diese Frage zu kümmern, als es vielleicht in der Vergangenheit der Fall war.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Minister Lies.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Beratung ist beendet.

Der auf Annahme in einer geänderten Fassung zielende Änderungsantrag entfernt sich inhaltlich vom ursprünglichen Antrag. Wir stimmen daher zunächst über diesen Änderungsantrag ab. Falls er abgelehnt wird, stimmen wir anschließend über die Beschlussempfehlung ab.

Meine Damen und Herren, wer dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 18/4720 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist eindeutig. Der Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen ist abgelehnt.

Wir kommen daher zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU in der Drucksache 18/3665 unverändert annehmen will, den bitte ich nun um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Beschlussempfehlung ist mit großer Mehrheit gefolgt worden.

Meine Damen und Herren, wir beenden Tagesordnungspunkt 28 und kommen zu dem

Tagesordnungspunkt 29:

Abschließende Beratung:

Rechnung über den Haushalt des Niedersächsischen Landesrechnungshofs (Einzelplan 14) für das Haushaltsjahr 2017 - Antrag der Präsidentin des Landesrechnungshofs - Drs. 18/4572 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 18/4644

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, gemäß § 101 der Landeshaushaltsordnung dem Landesrechnungshof für die Rechnung über die Einnahmen und Ausgaben zu Einzelplan 14 für das Haushaltsjahr 2017 Entlastung zu erteilen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen einig, dass über diesen Punkt ohne Besprechung abgestimmt wird. - Meine Damen und Herren, ich höre keinen Widerspruch, deswegen stimmen wir jetzt ab.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zustimmen und die erbetene Entlastung erteilen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Die sehe ich nicht. Das ist einstimmig gemäß der Beschlussempfehlung erfolgt.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 30:

Abschließende Beratung:

Niedersächsische Offensive für bezahlbares Wohnen - Antrag der Fraktion der AfD -Drs. 18/3925 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz - Drs. 18/4702 (Unruhe - Wiard Siebels [SPD] und Helge Limburg [GRÜNE] sprechen miteinander)

- Wenn Sie so weit wären, Herr Kollege Siebels, Herr Kollege Limburg, würde ich weitermachen.

> (Anhaltende Unruhe - Dr. Alexander Saipa [SPD] und Stefan Politze [SPD] sprechen miteinander)

- Herr Kollege Dr. Saipa, wollen Sie die Beratung draußen fortsetzen oder vielleicht lieber zuhören? - Danke schön, sehr entgegenkommend.

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag abzulehnen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Beratung. Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Stephan Bothe. Bitte sehr, Herr Kollege!

Stephan Bothe (AfD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Kollegen! Wenn ich hier eines in den letzten zwei Jahren gelernt habe, dann ist es das, dass es leider nicht immer darum geht, recht zu haben, sondern am Ende nur darum, Recht zu bekommen.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Sie haben beides nicht!)

Dass wir mit unserem Antrag "Niedersächsische Offensive für bezahlbares Wohnen" in allen zentralen Punkten recht gehabt haben, zeigte die Anhörung der Landesregierung.

So war eine unserer Hauptforderungen, wieder eine Landeswohnungsbaugesellschaft ins Leben zu rufen, nachdem die NILEG 1995 von der SPD-Regierung an die NORD/LB ausgegliedert worden war und CDU und FDP 2005 nicht verhindern konnten, dass diese dann an Spekulanten verscherbelt wurde.

Das Fachministerium bestätigte in der Anhörungich zitiere -, dass es in Zukunft darum gehen muss,
zu erreichen, dass "Bauland und Boden noch stärker, als es in der Vergangenheit der Fall war, in
das Eigentum der öffentlichen Hand überführt werden können". Und dass es darum gehen muss,
"wie Wohnraum, der auf Grundstücken im Besitz
der öffentlichen Hand errichtet wird, in öffentlicher
Hand bleiben kann". Denn es geht darum, "bezahlbares Wohnen auf Dauer zu sichern und vor
allen Dingen Bauland und Boden der Spekulation

zu entziehen". Dann kann man "zu einem späteren Zeitpunkt einen zweiten Akteur, nämlich eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft, aufbauen, die dann auch Bestandshalter" ist.

Werte Kollegen, es wäre wichtig gewesen, auch auf der Grundlage der Ergebnisse des Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum, heute ein starkes Signal abzugeben, welches die Schaffung einer Landeswohnungsbaugesellschaft befürwortet. Denn eine Landeswohnungsbaugesellschaft, wie es das Fachministerium in der Unterrichtung bestätigt hat, würde nicht als direkter Konkurrent zu kommunalen Strukturen bestehen, sondern nur dort agieren, wo keine Strukturen oder wo schwache Strukturen vorhanden sind, und dort als Unterstützer agieren.

Weiterhin bestätigte das Fachministerium, dass die Beschleunigung der Baugenehmigungsverfahren von elementarer Wichtigkeit sei. Hier wäre die Digitalisierung eine wichtige Lösung, die weiter vorangetrieben werden muss. Denn für viele Antragsteller ist die Wartezeit doch nur zum Verzweifeln.

Auch weitere Punkte aus unserem Antrag wie die Stärkung der NBank oder die Anpassung der Baunutzungsverordnung und die Forderung nach einer Ausweitung der Gebiete für geförderten Wohnraum sind Aspekte, die die Baulandkommission ebenfalls empfiehlt und die in das NEZWO, also in das Niedersächsische Gesetz zur Erschaffung zusätzlichen Wohnraums, einfließen sollten.

Wir als AfD-Fraktion bleiben dabei: In Zeiten, in denen beispielsweise die Politik in Berlin durch sozialistische Mietendeckel und Enteignungsgesetze an ganz dunkle Kapitel in unserer Geschichte erinnert, sind kluge Ideen gefragt,

(Wiard Siebels [SPD]: Dunkle Kapitel! Darauf muss man erst einmal kommen! Dazu fällt mir nichts mehr ein!)

welche staatliche Investitionen genauso stärken, Herr Kollege, wie die Eigeninitiative der Bürger.

Vor dem Hintergrund einer Wohnungsnot in den Ballungsgebieten, welche die Ursache einerseits in einer teurer werdenden Mobilität und vermehrten Singlehaushalten und in einer verantwortungslosen Einladung zur Massenimmigration und Familiennachzug andererseits hat, zeigt unser Entschließungsantrag einen Fahrplan auf, welcher-finanzierbar, gerecht und sozial verträglich - die Wohnungsnot in Niedersachsen nachhaltig lindern kann.

Werte Kollegen, ich sagte eingangs: Recht haben und Recht bekommen sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Mein Fazit aus dieser ganzen Beratung ist: Wir haben recht, wir haben von der Landesregierung auch Recht bekommen, aber Ihnen sind parteipolitische Spielchen wichtiger, und deswegen werden Sie diesen Antrag jetzt ablehnen zum Schaden der Bürger in Niedersachsen.

Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Danke, Herr Kollege Bothe. - Für die FDP-Fraktion hat sich nun die Kollegin Susanne Victoria Schütz gemeldet. Bitte sehr, Frau Kollegin!

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Danke sehr. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man kann offensichtlich aus einer *Unterrichtung* - das war es nämlich - durch die Landesregierung komische Sachen heraushören.

(Lachen bei der SPD)

Die Vorschläge der AfD zur Schaffung günstigen Wohnraums sind in unseren Augen kein wirklich zielführender Beitrag zur Lösung des Problems. Ein Teil der Ideen zum Thema Förderung hätte sich erübrigt, wenn sich die Kollegen einmal mit den aktuellen Förderbestimmungen und den tatsächlichen Angeboten der NBank näher beschäftigt hätten. Die Details wurden bei der Unterrichtung noch einmal erklärt. Die tolle Idee, Baugenehmigungen per Erlass einfach so beschleunigen zu wollen, hat in der Form schon etwas von: Ich beschließe jetzt, dass morgen gutes Wetter ist. - So einfach ist es aber nicht.

Leider hat die Länge der Verfahren zum Teil auch mit der personellen Ausstattung der Bauämter und einem leergefegten Fachkräftemarkt zu tun. Vor allem aber kann man sicherlich nicht alle Bauvorhaben über einen Kamm scheren. Für Einfamilienhäuser geht das Antragsverfahren natürlich um einiges schneller als für Schulen, Krankenhäuser oder Sonderbaumaßnahmen. Dabei ist die Komplexität der Abstimmung doch eine andere, und es bedarf mehr Zeit.

Nahezu gruselig finde ich den Ansatz, das Land solle bei den Kommunen die Einrichtung von Milieuschutzgebieten einfordern. Meine Herren - die Dame ist gar nicht anwesend -, es ist die alleinige Entscheidung der Kommunen, was vor Ort ein sinnvolles Instrument ist, um bezahlbaren Wohn-

raum zu schaffen. Abgesehen davon sind Milieuschutzgebiete auch wahrlich kein Allheilmittel - im Gegenteil, sie werden von vielen sehr kritisch gesehen.

Eine solche zentralistische Denkweise offenbart sich auch in dem Ruf nach der Landeswohnungsbaugesellschaft. Die würde in unseren Augen nicht die sehr, sehr unterschiedlichen Bedingungen vor Ort und die städtebaulichen Voraussetzungen in angemessener Weise kennen und berücksichtigen können. So kann sie auch nicht zu einer Lösung des Problems beitragen. Das können wieder die Kommunen vor Ort am besten in Zusammenarbeit mit örtlichen Baugesellschaften, Kooperationen mit benachbarten Gesellschaften, Baugenossenschaften, privaten Bauträgern und Ähnlichen.

Die Begründung der AfD bei der Einbringung des Antrags war noch einen Zacken schärfer: Weil Fördergelder nicht abgerufen würden, müsse man eine Instanz schaffen, die diese Gelder dann abruft. - In meinen Augen ist das ein abenteuerliches Argument. Da ist Geld, das in einem Jahr nicht abgerufen wurde. Dann würde ich einmal nach den Ursachen forschen und nicht überlegen, wo ich jemanden herbekomme, der es auf den Kopf haut. Es ist ja auch nicht so, dass sich die Gelder zum Jahresende irgendwie mit einem leisen Zischen auflösen. Das sind letztlich alles Steuergelder, und wir sollten sensibel mit ihnen umgehen.

Ein solches Sammelsurium überholter, falscher und unangemessener Forderungen können wir nur ablehnen. Die Freien Demokraten haben dagegen sinnvolle Lösungen vorgelegt, um Bauen mit unseren Vorschlägen zur Änderung der Bauordnung schneller und günstiger zu machen: Pkw-Stellplätze kritisch hinterfragen, Typengenehmigungen einführen, Verdichtung, Aufstocken und Dachausbauten vereinfachen. So schafft man günstigen Wohnraum!

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Kollege Christian Meyer das Wort. Bitte sehr!

Christian Meyer (GRÜNE):

Vielen Dank, - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben gerade über das Thema Flächenverbrauch beim Insekten- und Bienensterben gesprochen. Ich bin der Kollegin Schütz sehr dankbar, dass es darum gehen muss, eher Dachgeschosse auszubauen. Wir alle haben es gerade beklagt. Die AfD hat dem Antrag der Regierungsfraktionen sogar zugestimmt, den Flächenverbrauch zu minimieren. Jetzt fordern Sie hier, noch mehr Bauland auszuweisen, einfach so unkontrolliert. Das war immer mal eine landwirtschaftliche Fläche oder eine Naturfläche. Es muss eher darum gehen, wie wir in den Städten verdichten können und wie wir dann kurze Wege schaffen, indem man auf einen Supermarkt vielleicht noch ein Dachgeschoss setzt. Das erleichtert es und würde wirklich vielen helfen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Helge Limburg [GRÜNE]: Sehr gut!)

Das haben Sie nicht. Sie haben auch die Kritik in Bezug auf die Eingriffe, die Sie bei den Kommunen machen wollen, nicht aufgegriffen. Das haben wir Ihnen mehrfach vorgehalten. Sie fordern übrigens auch, einfach die Grundsteuer abzuschaffen. Ich bin froh über sie und hoffe, dass sie bleibt. Wenn wir der Nr. 12 zustimmen würden, die Grundsteuer abzuschaffen, dann würden wir mit dieser Entscheidung die Kommunen einschränken.

Sie haben auch einen Erlass zur Beschleunigung von Baugenehmigungsverfahren beantragt. Das geht nicht per Erlass. Das geht rechtlich nur per Gesetzesänderung. Die müssten Sie dann auch einbringen. Das ist also rechtlich nicht umsetzbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch Ihr Vorschlag, dass die NBank dafür zuständig ist, die Gemeinden und Landkreise bei der Gründung eigener Wohnungsbaugesellschaften personell, rechtlich und finanziell zu unterstützen, geht so nicht. Auch das ist ein Eingriff in die kommunale Autonomie.

(Harm Rykena [AfD]: Das macht sie schon!)

- Das will ich sehen, dass die da Personen vom Land in eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft schicken! Das war auch in der Unterrichtung.

Es gibt viele kommunale Wohnungsbaugesellschaften. Auch mein Landkreis hat eine Bausiedlungsgesellschaft. Osnabrück gründet eine. Wir freuen uns, wenn es - da unterscheiden wir uns von der FDP - mehr kommunale Wohnungsbaugesellschaften gibt.

Wir wollen auch eine Landeswohnungsbaugesellschaft, aber nicht nach dem AfD-Modell. Wir haben die Niedersächsische Landgesellschaft, die jetzt schon in den Städten und Dörfern aktiv ist, die dem Land und den Kommunen gehört, gemeinnützig ist und Wohnungsbau in Städten und auf dem Lande auch für die öffentliche Hand macht. Wir würden uns wünschen, dass man das bei der Niedersächsischen Landgesellschaft stärker ausbaut. Davon haben Sie aber kein Wort gesprochen, obwohl in der Unterrichtung durch das Ministerium auch klargestellt wurde, dass das Land auch beabsichtigt, die Niedersächsische Landgesellschaft stärker auch für den Wohnungsbau, gerade für den sozialen Wohnungsbau, zu nutzen. Kein Wort davon!

Man muss Ihren Antrag aber allein schon wegen der Analyse ablehnen: "Wer ist schuld an steigenden Mieten? - Europa und die Flüchtlinge." Im Vortext heißt es, der Grund für die Verknappung des Wohnraums sei die Niedrigzinspolitik der EZB. - Ich kann mich an die Finanzkrise erinnern und daran, dass Immobilienfonds ziemlich viel Geld verloren haben. Aber das hat die AfD überhaupt noch nicht verstanden. - Und weitere Gründe seien natürlich die "unkontrollierte Massenzuwanderung" und die Spekulationen mit Wohnungen.

Ich bin dem Kollegen Bäumer sehr dankbar und schließe mich ihm an; denn er hat bereits in der vorangegangenen Beratung erklärt, dass wir auch schon vor der Einwanderung Mietpreissteigerungen hatten. - Übrigens steigen auch in diesem Jahr die Mieten deutlich. Ich weiß nicht, mit welcher Korrelation Sie die Mietpreissteigerungen ausgerechnet in diesem Jahr und im letzten Jahr mit Zuwanderungszahlen in Verbindung bringen wollen

Wir brauchen mehr Wohnraum und auch mehr sozialen Wohnraum. Dabei hilft der AfD-Antrag überhaupt nicht. Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Antrag ist wieder nur populistisch. Er ist fachlich inkompetent. Deshalb kann man ihn einfach nur ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Meyer. - Zu einer Kurzintervention hat sich der Kollege Bothe gemeldet. Bitte sehr!

Stephan Bothe (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Meyer, bei Ihrem Feuerwerk der Falschbehauptungen ist es natürlich schwer, da jetzt einen Weg herauszufinden.

Sie haben von einer Wohnungsbaugesellschaft nach Ihrem Gusto gesprochen. Sie sagen aber, es dürfen keine neuen Bauflächen benutzt werden. Also wäre das ja nur eine Bauaufstockungsgesellschaft. Aber das ist doch völliger Unsinn. Das funktioniert überhaupt nicht!

Dann sprachen Sie davon, dass die Migration überhaupt keine Ursache für die Wohnungsknappheit sei. Dazu verweise ich Sie auf die Antwort der Landesregierung zum Familiennachzug: Seit 2015 sind 91 000 Familienangehörige im Zuge der Flüchtlingskrise zu uns gekommen, vor allen Dingen in die Ballungsgebiete. Hier ist auch eine Mitursache zu sehen. - Aber das möchten Sie nicht sehen. Das passt nicht zu Ihrer Ideologie.

Das, was Sie hier jetzt gesagt und behauptet haben, war grob falsch.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Danke schön, Herr Kollege Bothe. - Herr Kollege Meyer möchte antworten. Bitte sehr!

Christian Meyer (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dann bleibt es dabei, zu erklären, warum in bestimmten Städten die Mieten deutlich stärker ansteigen als in anderen Städten. Das können Sie nicht mit Zuzug erklären. Es fehlt einfach an Wohnraum.

Zum Flächenverbrauch: Es gibt eine Studie, nach der wir in Deutschland 22 Millionen zusätzliche Wohnungen schaffen können, wenn wir zum einen Dachgeschosse ausbauen, also etwas draufsetzen, ohne neue Flächen zu versiegeln, und wenn wir es zum anderen schaffen - Sie beklagen ja in Ihrem Antrag die Landflucht -, die vielen Immobilien auf dem Lande, die nicht saniert sind, zu sanieren.

Wir haben gestern einen Gesetzentwurf zur energetischen Gebäudesanierung vorgelegt. Wenn das Land privaten Eigentümern mit Fördergeldern Anreize gibt, dies auch wohnlich klimaschutzgerecht zu gestalten, dann schaffen wir auf dem Lande und in den Städten barrierefreien und klimaschützenden Wohnraum.

(Peer Lilienthal [AfD]: Das ist teurer!)

Das können wir alles machen. Da ist Ihr Ansatz falsch, neu bauen zu wollen.

Es gibt übrigens viele Kommunen, die neue Baugebiete ausgewiesen haben. Da baut aber keiner. Was ist das also eigentlich? Sollen die Kommunen jetzt auch noch Flächen ausweisen? Deshalb ist es sinnvoller, zu verdichten und die vorhandenen Gebäude endlich herzurichten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es kann doch nicht sein, dass so viele Schrottimmobilien auf dem Lande stehen, die nicht genutzt werden. Die müssen wir in Schuss bringen und nutzen. Das ist der bessere Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Meyer. - Für die SPD-Fraktion hat sich nun der Kollege Adomat zu Wort gemeldet. Bitte sehr!

Dirk Adomat (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag wurde vor der Sommerpause eingebracht. Ich habe hier sehr deutlich gemacht, dass die AfD, wenn sie diesen Antrag aufrechterhalten will, deutlich nachlegen muss und die Sommerpause nutzen sollte, um da ihre Hausaufgaben zu machen. Denn Fachwissen stand diesem Antrag in keinster Weise im Wege. Ich erwarte aber von allen Fraktionen - ich glaube, das können wir alle erwarten -, dass sie ihre Anträge gut vorbereiten.

Wer Anträge gut vorbereitet, der muss auch im Thema stehen. Sie haben gezeigt, dass Sie nicht im Thema stehen. Ich habe den Eindruck, dass Sie hier so manche Angelegenheit als gut bezahltes Fortbildungsangebot begreifen,

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

so auch die Unterrichtung durch die Landesregierung. Wenn man das Protokoll durchliest, was da gelaufen ist, dann steht das doch in einem erheblichen Widerspruch zu dem, was Sie hier heute geäußert haben. Die Kollegin Schütz hat das ja auch dargestellt.

Ich stehe Ihnen für diese Fortbildungsmaßnahmen jedenfalls nicht zur Verfügung.

(Dr. Silke Lesemann [SPD]: Sehr gut!)

Ich halte es nicht für schlimm, wenn jemand nicht viel weiß. Ich halte es auch nicht für schlimm, wenn jemand minderfleißig ist. Ich halte es aber für schlimm, wenn beide Eigenschaften zusammenkommen.

(Beifall bei der SPD)

Eine Menge der zwölf Punkte sind bereits erledigt und befinden sich bereits in der Umsetzung. Wir haben das gerade schon gehört. Bei einigen Punkten gibt es auch kommunale Zuständigkeiten. Daher kann man der Ausschussempfehlung nur folgen und Ihren Antrag ablehnen.

Wenn man eine Rede vorbereitet, überlegt man sich auch, was man darin zum Thema sagt. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Ich möchte nicht mehr Zeit für diese Rede verwenden, als Sie für den Antrag verwendet haben.

(Frauke Heiligenstadt [SPD]: Das ist auch schon zu viel!)

Daher sage ich: Lassen Sie uns die Themen des Bauens und des bezahlbaren Wohnens vorantreiben! Denn bei dieser Thematik sind die Regierung und die regierungstragenden Fraktionen ausgezeichnet aufgestellt. So wird das auch bleiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Danke, Herr Kollege Adomat. - Zu einer Kurzintervention hat sich der Kollege Bothe gemeldet. Bitte sehr!

Stephan Bothe (AfD):

Gut, Herr Kollege, wenn man Ihre primitiven Beleidigungen jetzt einmal beiseitelässt:

(Widerspruch bei der SPD)

Wenn Sie mir heute eine Fortbildung geben wollten, würde ich Ihnen aber kein Honorar zahlen; denn irgendetwas Inhaltliches kam da nicht. Es kommt immer nur Ihre grobe ablehnende Haltung.

Auch im Ausschuss kam von Ihnen nichts. Da kam aus Ihrer ganzen Fraktion nichts. Die Landesregierung bzw. die Mitarbeiterinnen des Ministeriums haben ganz klar gesagt, dass nur eine Landeswohnungsbaugesellschaft zielgerichtet die Probleme nachhaltig lösen könnte. Das steht auch so im Protokoll.

Sie verweigern sich dieser Debatte. Sie verweigern sich auch dem Bündnis, das die gleichen Vorschläge gemacht hat, und bringen absolut nichts zu diesem Thema - absolut nichts!

(Beifall bei der AfD)

Sie beziehen sich auf irgendwelche Verordnungen oder irgendwelche Richtlinien für Förderungen, die überhaupt nicht abgerufen werden. Sie haben als Sozialdemokratie bei diesem Thema komplett versagt und versuchen, das jetzt wegzuwischen. Sechs, setzen, Herr Adomat!

(Beifall bei der AfD - Zuruf: Pfui!)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Danke schön, Herr Kollege. - Herr Kollege Adomat, Sie wollen antworten. Das kann ich verstehen. Bitte schön!

Dirk Adomat (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bothe, Benotungen stehen Ihnen nicht zu.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

Das sage ich ganz klar und auch aus folgender Position heraus - ich habe Ihnen das dargelegt -:

Sie sind hier gerade offensichtlich am Lernen. Lesen Sie einfach einmal das Protokoll! Dann werden Sie feststellen, dass ich bei der Unterrichtung nicht da war, sondern vertreten wurde. Ich habe mich trotzdem gut vorbereitet, indem ich das alles gelesen habe. Und ich kann Ihnen sagen: Sie haben Ihre Hausaufgaben nicht gemacht; Sie haben nicht nachgebessert.

Persönlich muss ich Ihnen sagen, wenn Sie uns hier vorwerfen, dass wir nichts tun: Wir haben das Bündnis für bezahlbares Wohnen ins Leben gerufen. Dieses Bündnis hat 100 Maßnahmen hervorgebracht. Sie haben sich da wie aus einem bunten Bauchladen einige Sachen herausgepickt, ohne eine Spur von Ahnung und Fachwissen erkennen zu lassen. Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir da sauber unsere Arbeit machen.

Wenn Sie sich mit dieser Thematik beschäftigen, werden Sie feststellen, dass wir ein Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum hier bereits beschlossen haben. Sie schreiben aber das Wort "Zweckentfremdung" in Ihren Antrag hinein.

Außerdem fordern Sie darin eine Landeswohnungsbaugesellschaft. Das haben Sie ausführlich gemacht. Wir sind gerade auf dem Weg, bestimmte Kriterien dahin gehend aufzustellen, welche Aufgaben vielleicht durch eine solche Gesellschaft wahrgenommen werden können. Hätten Sie bei der Unterrichtung zugehört, dann hätten Sie auch verstanden, dass eine solche Gesellschaft Jahre braucht, bis die erste Wohnung errichtet ist.

Ich hatte eigentlich nicht vor, hier inhaltlich auf alle diese Dinge einzugehen. Es scheint aber ansonsten gar nicht bei Ihnen anzukommen. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie, wenn Sie solche Anträge stellen, das auch vernünftig machen.

Aber bitte machen Sie eines nicht: Stellen Sie sich bitte nicht hierhin und erzählen, dass Ihr Antrag jetzt irgendeine Form von Wirkung erzeugt hat! - Das hat er nicht. Das können Sie nicht, und das werden Sie auch nicht können.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Danke, Herr Kollege Adomat. - Jetzt hat der Kollege Martin Bäumer von der CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön!

Martin Bäumer (CDU):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Meyer, Sie haben mich vorhin schon ein Stück weit nervös gemacht. Denn wenn jetzt draußen der Eindruck entsteht, dass sich der Meyer und der Bäumer einig sind, dann weiß ich nicht, was für neue Zeiten da anbrechen.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Nur in einem Punkt!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Tat haben wir zu diesem Antrag vor der Sommerpause die erste Beratung durchgeführt. Wir haben damals als CDU-Fraktion sehr deutlich erklärt, was wir von diesem Antrag halten. Schon damals habe ich sehr deutlich gesagt, dass man diesen Antrag ablehnen muss. Ich muss feststellen: Zwischenzeitlich hat sich an meinem Urteil nichts geändert.

Der Begriff, der mich als Christdemokrat in diesem Antrag am meisten stört - das klang vorhin auch schon einmal an -, ist der Begriff "unkontrollierte Massenzuwanderung".

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich habe Ihnen, meine Kollegen von der AfD, schon vor der Sommerpause vorgerechnet, dass wir bei dem, was Sie "unkontrollierte Massenzuwanderung" nennen, davon reden, dass zu 220 Personen eine Person dazukommt. Und diese eine Person soll nun dafür verantwortlich sein, dass wir auf einmal keinen Wohnraum mehr haben? - Wer das glaubt, der hat in Mathematik nicht aufgepasst.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der CDU)

Die Probleme, die wir auf dem Wohnungsmarkt haben, haben eher damit zu tun, dass wir das große Glück haben, dass ganz viele Menschen heute älter werden als noch vor 30, 40 oder 50 Jahren. Sie haben damit zu tun, dass der Trend dahin geht, dass man nicht mehr in großen familiären Einheiten zusammenwohnt, sondern sich eher vereinzelt. Sie haben auch ein Stück weit damit zu tun, dass wir alle den Demografie-Propheten geglaubt haben, die uns gesagt haben: Ihr habt da keinen Bedarf; ihr seid demnächst alle weniger! - Aber genau das ist nicht eingetreten. Diese Probleme haben wir vor uns hergeschoben, gehen wir aber jetzt an.

In der Unterrichtung, die meine Kollegen vorhin schon erwähnt haben, ist das ganz deutlich geworden. Dort ist überhaupt kein gutes Haar an Ihrem Antrag gelassen worden. Die Dinge, die Sie hier aufschreiben, sind entweder überflüssig, in Arbeit oder werden demnächst angepackt. Deswegen gibt es überhaupt keinen Bedarf, Ihrem Antrag zu folgen.

Wenn in diesem Landtag, in dem es fünf Fraktionen gibt, vier Fraktionen sehr eindeutig zu dem Ergebnis kommen, dass dieser Antrag abzulehnen ist, würde ich mir als Antragsteller vielleicht einmal Gedanken machen, warum das so ist.

(Zurufe von der AfD: Weil er von der AfD kommt!)

Dann kann der Antrag in der Tat nicht gut sein.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn wir - damit will ich auch schon schließen das Problem auf dem Wohnungsmarkt lösen wollen, dann müssen wir Angebot und Nachfrage zusammenbringen. Es gibt einige, die die Idee haben, dass man eine Mietpreisbremse beschließen müsste. Diejenigen sollten sich vielleicht einmal anschauen, wie das wirkt oder was in Frankreich passiert ist, als man dort versucht hat, den Brotpreis über eine Brotpreisbremse zu regulieren. Da haben die Bäcker nämlich auf einmal angefangen, gar kein Brot mehr zu backen. Insofern hat eine solche Bremse auf dem Brotmarkt nicht gewirkt.

Wir als CDU-Fraktion haben große Zweifel daran, dass eine Mietpreisbremse das Problem des Angebotes auf dem Wohnungsmarkt regeln würde. Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, dazu braucht es andere Mittel. Da braucht es in der Tat, wie der Kollege Meyer von den Grünen vorhin gesagt hat, Verdichtung. Da braucht es sicherlich auch neue Wohnungsbaugebiete - unter Inkaufnahme dessen, dass dafür auch Land genutzt wird.

Es braucht natürlich auch die Sanierung alter Häuser. Aber es ist ja nicht immer so, dass man ein altes Haus deswegen nicht saniert, weil man da nicht wohnen will. Vielmehr gucken die Menschen heute sehr genau: Was kann ich da machen? - Und wenn es eine Korrelation gibt, ist es in der Regel so, dass das wirtschaftliche Angebot vor Ort und die Möglichkeit, den ÖPNV zu nutzen, ganz großen Einfluss darauf haben, ob ein Haus verfällt oder nicht. Hier in der Innenstadt von Hannover würde garantiert kein Haus verfallen; denn hier ist es attraktiv. Aber ich habe vor Jahren mal gelesen, dass man in Bad Grund ein Haus für 4 000 Euro kaufen konnte, weil dort eben keiner wohnen wollte.

Deswegen muss man sich die Frage stellen, wie man das verbessern kann. Und da, lieber Kollege Meyer, sind wir vielleicht ein bisschen unterschiedlicher Auffassung. Dann muss man auch manchmal in diesen Orten wirtschaftliche Entwicklung vor Ort zulassen, damit die Leute Lust haben, dort auch zu bleiben, und nicht wegziehen.

(Beifall bei der CDU)

Das nur als kleiner Ausflug. - Wir lehnen den Antrag ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Bäumer.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Daher beenden wir die Beratung und kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Antrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 18/3925 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Meine Damen und Herren, der Beschlussempfehlung des Ausschusses ist mit großer Mehrheit gefolgt worden.

Wir kommen nun zum letzten Tagesordnungspunkt am heutigen Tage, zu dem

Tagesordnungspunkt 31:

Abschließende Beratung:

Aufforderung zur Änderung der Anlaufbedingungsverordnung (AnIBV) - Antrag der Fraktion der AfD - <u>Drs. 18/2766</u> - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung - <u>Drs. 18/4716</u>

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag abzulehnen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Ich eröffne die Beratung und gebe zunächst dem Kollegen Stefan Henze von der AfD-Fraktion das Wort. Bitte sehr!

Stefan Henze (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Mit diesem Tagesordnungspunkt kommen wir auf den Themenkomplex "Steigerung der Sicherheit im Schiffsverkehr" zurückwir haben das ja unter dem Tagesordnungspunkt 23 schon mal angerissen; darauf werde ich gleich auch noch einmal kurz eingehen -, diesmal jedoch ausschließlich durch die schiffspolizeilichen Mittel.

Derzeit befahren viele Großschiffe mit mehr als 10 m Tiefgang - entsprechend war es bei der "MSC Zoe" - das rund 20 km nördlich der Ostfriesischen Inseln verlaufende Verkehrstrenngebiet "Terschelling German Bight". Wir wollen aus Gründen der Gefahrenabwehr - ich wiederhole: der Gefahrenabwehr - zukünftig alle Schiffe mit einem Tiefgang von mehr als 10 m auf den rund 60 km nördlich dieser Küste verlaufenden Tiefwasserweg mit einer durchgehenden Wassertiefe von 30 m verweisen. Ich habe gehört, auch die holländischen Kollegen bewegen sich in diese Richtung.

Dies bedeutet erheblich mehr Sicherheit für die Schifffahrt, aber auch für die Küsten und deren Bewohner. Im Tausch für die vorgeschlagene Rechtsänderung geht es um nur bis zu zwei Stunden mehr Fahrzeit für Reeder. Ich denke, das ist hinnehmbar.

Liebe Kollegen der anderen Fraktionen, es wäre klug, Berlin mit uns zu dieser Rechtsänderung aufzufordern. Die Kompetenz dazu liegt nach dem Seeaufgabengesetz beim Bund bzw. konkret nach § 9 Seeaufgabengesetz beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur als Verordnungsgeber. Das haben wir in unserem Entschließungsantrag technisch berücksichtigt. Da man in Berlin aber bekanntlich davon träumt, Küstenanrainer zu sein und wir in Niedersachsen es tatsächlich sind, fehlt es dem Bund natürlich an entsprechendem Problembewusstsein. Genau das hat das Abstimmungsverhalten im Bundestag zu dem fast gleichlautenden Antrag unserer Fraktion dort gezeigt. Niedersachsen ist hier also dringend gefordert, sich im Interesse der Bürger an der Küste im Bund durchzusetzen.

Liebe Landesregierung, Ihre weichgespülte Bundesratsinitiative vom Februar 2019 - Bundesratsdrucksache 68/19 - ist das krasse Gegenteil von konkret und hilft auf keinen Fall, die nächste Havarie zu vermeiden. Ich fordere Sie alle um der Sache willen und trotz des im Unterausschuss deutlich gezeigten Desinteresses noch einmal auf, unserem Entschließungsantrag für mehr Küstenund Seesicherheit zuzustimmen, auch und gerade unter dem Aspekt, dass die Holländer zu "MSC Zoe" neuerdings etwas gesagt haben. Ich denke, wir werden hier in Niedersachsen zu dem gleichen Ergebnis kommen. Daher bitte ich Sie noch einmal, hier zuzustimmen. Es kann nicht sein, dass wir hier die Sicherheit weiterhin aufs Spiel setzen.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Danke schön, Herr Kollege Henze. - Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Oliver Schatta das Wort. Bitte sehr!

(Beifall bei der CDU)

Oliver Schatta (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist zwar schon etwas später, aber die Themen bleiben interessant. Wir sprechen heute Abend über die Aufforderung zur Änderung der Anlaufbedingungsverordnung, kurz AnlBV. - Das ist schon eine ziemlich coole Sache!

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Worum geht es? - Es geht darum, Schiffe mit mehr als 10 m Tiefgang nicht mehr im küstennahen Verkehrstrennungsgebiet "Terschelling German Bight" - ca. 20 km nördlich der Ostfriesischen Inseln -, sondern im 40 km weiter vom Festland entfernten Gebiet "German Bight Western Approach" fahren zu lassen. Es geht zum Schutz unseres Wattenmeers um Ladungsverlust durch Aufsetzen und um Rollbeschleunigungen, vornehmlich bei modernen Schiffen mit weit ausfallenden Spanten und dem dadurch bestimmten geringen Auftrieb, mit der Gefahr der Krängung. So weit, so gut. Auch geht es um einen Unfall, um den Unfall der "MSC Zoe" im Januar dieses Jahres.

Was ist ein Unfall? - Ein Unfall ist ein plötzliches, zeitlich und örtlich bestimmbares und von außen einwirkendes Ereignis, bei dem eine natürliche Person unfreiwillig einen Körperschaden bis hin zum Tod erleidet - also einen Personenschaden - oder eine Sache unbeabsichtigt beschädigt wird somit ein Sachschaden.

Plötzlich, zeitlich und örtlich bestimmbar und von außen einwirkend: Dazu kann man auch sagen, dass Unfälle unvorhersehbar sind und einzelne Fälle beschreiben, wie eben in diesem Antrag.

Im Begründungstext des Antrags geht es schließlich um einen besonderen Fall unter besonderen Bedingungen in der Deutschen Bucht bzw. in unserem Wattenmeer: Bedingungen, die zwar selten herrschen, aber möglich sind.

Was würde es bedeuten, wenn wir die Anlaufbedingungsverordnung in der Nr. 6 der Anlage zu § 1 Abs. 1 um einen Buchstaben e) "Schiffe mit einem Tiefgang von mehr als 10 m" erweitern? - Richtig, es beträfe alle Schiffe: zu jeder Zeit, bei jeder Wetterlage, bei jeder Mondphase und bei jedem Ebbstrom und jedweder Ladungssituation sowie Schiffsart.

Das würde in der Praxis bedeuten, dass jedes Schiff mit mehr als 10 m Tiefgang statt in der küstennahen "Terschelling German Bight" einen Umweg von zwei Stunden zu fahren hätte, nämlich in der "German Bight Western Approach". Das bedeutet dann ebenso einen höheren Schadstoffausstoß.

Ich persönlich würde eine praxisnahe individuelle Betrachtung der Wetterlage, der Mondphasen und weiterer relevanter Parameter bevorzugen, um betreffende Schiffe gegebenenfalls umzuleiten. Es ist ja auch so, dass wir eine Meldungs- und Hörbereitschaft haben. Schiffe, die gefährliche Güter in verpackter Form oder als Massengut transportieren, haben ihre Reise einschließlich der Details zu den gefährlichen Gütern bei der Zentralen Meldestelle des Havariekommandos anzumelden.

Nun zu der Grenze von 10 m Tiefgang: Die Grenze von 10 m ist ja auch relativ undefiniert gesetzt. Denn was würde bei 9,85 m oder bei 9,75 m passieren, wenn die Lage dann zu einem Schaden führt? - Wir sehen, es ist schwierig.

Schwierig ist auch die Definition im Antrag insgesamt; denn die Stabilität von Schiffen ist von relativ vielen Faktoren abhängig, insbesondere von der im Antrag angesprochenen Schiffskrängung. Dazu gehören Form und Größe des Schiffsrumpfs, Masse und Massenverteilung des Schiffskörpers, Ladungsgewicht und Ladungsverteilung, also die Trimmung, Verhalten der Ladung, also z. B. die eventuelle Beweglichkeit von Schüttgut oder Fahrgästen, dynamisches Verhalten des Schiffes, z. B. bei Kursänderungen, bei hoher Geschwindigkeit, freie Oberflächen - flüssige oder verbreite Ladung, Inhalte teilweise gefüllter Tanks - und Kranlasten.

Weitere in Betracht zu ziehende Betriebsbedingungen sind Seegang, Wind und Strom, Vereisungsgefahr des Überwasserschiffs, also die Eislast, und die Wasserdichte, also das Verhältnis von Salzwasser zu Süßwasser.

Wir sehen also, dass man das Gefahrenpotenzial nicht allein in Tiefgang angeben kann. Vielmehr ist es die Physik, und Physik ist spannend.

(Zustimmung bei der CDU)

Die grundsätzlichen Parameter der Stabilität eines Schiffes sind der Gewichtsschwerpunkt und der Auftriebsschwerpunkt, auch Form- oder Verdrängungsschwerpunkt genannt, sowie die sich aus ihnen ergebende metazentrische Höhe.

Im Gewichtsschwerpunkt kann man sich die gesamte nach unten wirkende Gewichtskraft des Schiffes auf einen Punkt konzentriert vorstellen. Bei einer Krängung des Schiffes behält der Gewichtsschwerpunkt seine Lage innerhalb des Schiffes bei, solange alle Massen im Schiff an ihrem Ort bleiben. Wenn also z. B. Ladung übergeht, ändert dies auch den Gewichtsschwerpunkt. Also sehen

wir: Laschen ist wichtig. Und Laschen ist was? - Hafenarbeit! Richtig, liebe Kollegen!

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Es geht weiter mit Physik. Im Auftriebsschwerpunkt kann man sich die gesamte nach oben wirkende Gewichtskraft des verdrängenden Wassers denken. Er ändert seine Lage bei einer Krängung, weil sich die Form des verdrängten Wassers ändert. Bei aufrechter Schwimmlage des Schiffs liegen Gewichtsschwerpunkt und Auftriebsschwerpunkt senkrecht übereinander. Wird das Schiff durch einen äußeren Einfluss gekrängt, bleibt der Gewichtsschwerpunkt auf das Schiff bezogen zwar an seinem Platz, wandert aber insgesamt gesehen zur Seite der Krängung aus. Der Auftriebsschwerpunkt wandert zur selben Seite aus, und zwar ins Zentrum des jetzt verdrängten Wassers.

Wenn der Gewichtsschwerpunkt und Auftriebsschwerpunkt nicht mehr senkrecht übereinanderstehen und der Gewichtsschwerpunkt unterhalb des Anfangsmetazentrums des Schiffes liegt, entsteht ein sogenannter aufrichtender Hebelarm, der das Schiff bei der Wegnahme des krängenden Einflusses in seine Ausgangslage zurückführt.

Ich habe noch zwölf Sekunden.

(Glocke des Präsidenten)

Wir merken also, es ist schwierig, diese Lage zu bewerten, und sie ist nicht einfach bestimmbar. Übrigens sind wir hier auch gar nicht so richtig zuständig. Wir empfehlen deshalb die Ablehnung.

Vielen Dank.

(Heiterkeit sowie starker Beifall bei der CDU und bei der SPD sowie Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Schatta. Eigentlich hätte der letzte Satz vollkommen ausgereicht.

(Heiterkeit)

Ich stelle immer wieder fest: Es gibt Kollegen, die schneller reden können, als ich denken kann. Aber jetzt bin ich auch soweit. Ganz herzlichen Dank! Deswegen kommt jetzt auch die nächste Rednerin, nämlich die Kollegin Hillgriet Eilers von der FDP-Fraktion. Bitte sehr!

Hillgriet Eilers (FDP):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Physik in Bezug auf die Nautik ist spannend. Der Vortrag von Herrn Schatta war es auch. Zudem war er sehr lehrreich.

Wiederum nimmt ein Antrag Bezug auf den Containerverlust der "MSC Zoe". Die AfD schlägt mit Ihrem Antrag eine Änderung der Verordnung über das An- und Auslaufen in die bzw. aus den deutschen Gewässern vor, so eben auch in die bzw. aus der Deutschen Bucht. Da Herr Schatta die technischen Details gerade sehr gut dargestellt hat, will ich mich kurzfassen.

Ich möchte zunächst daran erinnern, dass man sich immer bewusst sein muss, dass hier jede Änderung mit der IMO abgestimmt werden muss. Außerdem spricht der Antrag der AfD-Fraktion nur einen der möglichen Ansätze an, Havarien zu vermeiden. Das ist auch bei der Diskussion, die wir vorhin geführt haben, als es um die Sicherheit in der Schifffahrt generell ging, sehr deutlich geworden.

Um die Unfallhistorie bewerten zu können, brauchen wir zum einen den Unfallbericht der BSU. Zum anderen brauchen wir eine qualifizierte Abschätzung der Folgen, die die angestrebte Änderung hätte. Denn sollte eine Route weiter eingeschränkt werden, käme es auf der zweiten Route zu vielen Begegnungen großer Schiffskörper, und das könnte bei schwerer See durchaus zu einem Sicherheitsrisiko führen.

Unseres Erachtens ist es noch zu früh, Schlussfolgerungen zu ziehen. Das hat die AfD auch schon im Bundestag bei der Behandlung ihres Antrags erfahren. Es ist müßig, dieselbe Diskussion an dieser Stelle noch einmal zu führen. Und: Ihr Vorwurf, Herr Henze, in Berlin herrsche kein Problembewusstsein, ist schon einigermaßen verwegen - um nicht zu sagen: dreist.

Wir werden den Antrag nicht befürworten.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Kollegin Eilers. - Zu einer Kurzintervention hat sich der Kollege Henze von der AfD-Fraktion gemeldet. Bitte sehr!

Stefan Henze (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben gerade von Frau Eilers erfahren, dass sich,

wenn sich Schiffe auf den seewärtigen Weg begeben, dort mehr große Schiffskörper befinden. Das ist natürlich richtig. Aber befinden sich dort dann auch *zu viele* große Schiffskörper? - Nein. Diese Aussage, die in dem Antrag im Bundestag getroffen wurde, ist schlicht und einfach falsch, was daran liegen mag, dass die in Berlin ein bisschen weiter weg von der Küste sind als wir und daher ein bisschen weniger Ahnung von dem Thema haben.

Wir sind mit einer Delegation der AfD aus den norddeutschen Bundesländern extra zum Havarie-kommando gefahren und haben uns dort genau über dieses Thema ausgetauscht, und zwar mit Herrn Monsees. Der sagte ganz klar, dass es diese Verengung des Verkehrsweges nicht gibt. Im Gegenteil: Er würde es sogar begrüßen, wenn das, was wir hier vorschlagen, umgesetzt würde.

Das hätte nämlich auch noch weitere Vorteile. Wir sprechen jetzt zwar nur von einem Punkt, aber ich will doch noch einen weiteren dieser Vorteile nennen. 60 km vor der Küste kann man ein Schiff, das in Seenot geraten ist, möglicherweise noch abwehren, bevor es auf dem Schiet bei uns vor der Küste liegt. Auch das ist ein Punkt, den wir bedenken müssen, und auch deshalb müssen wir dafür sorgen, dass die Schiffe möglichst noch eingefangen werden können, bevor sie bei uns auflaufen.

Schönen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Danke, Herr Kollege Henze. - Frau Kollegin Eilers, möchten Sie antworten? - Bitte schön!

Hillgriet Eilers (FDP):

Danke, Herr Präsident. - Herr Henze, Sie beziehen sich ausschließlich auf die Aussage von Herrn Monsees. Diese Aussage kenne ich auch. Aber ich nehme auch die Fachleute in Berlin ernst, wahrscheinlich im Gegensatz zu Ihnen. Und deren Aussage war völlig klar: Es kommt zu einer Ballung großer Schiffe - an diesen Ausdruck erinnere ich mich noch genau; Sie werden sich da genauso informiert haben -, und es ist sicherlich nicht auszuschließen, dass die Gefährdung dann zunehmen wird.

Ich vertraue den Aussagen, die u. a. vom Bundeswirtschaftsministerium im Bundestag vorgetragen wurden. Es ist schade, dass Sie das nicht tun.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Danke, Frau Kollegin Eilers. - Für die SPD-Fraktion hat sich nun der Kollege Matthias Arends gemeldet. Bitte sehr!

Matthias Arends (SPD):

Besten Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Abend hin wird hier ein Thema aufgebracht, das eigentlich auch schon unter Tagesordnungspunkt 23, zu dem seitens der SPD-Fraktion Uwe Santjer gesprochen hat, hätte behandelt werden können. Oliver Schatta, ich danke dir für deine Ausführungen. Sie waren technisch hoch versiert - genau so, wie ich es von einem Handwerksmeister auch erwarte.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Daher will ich auf die ganzen Stichpunkte, die ich hier auf meinem kleinen Zettel stehen habe, jetzt auch gar nicht mehr eingehen.

Mir geht es darum, dass hier gesagt wurde, dass Berlin keine Fach- und Sachkompetenz hat. Diese Behauptung finde ich schon erstaunlich. Ich teile diese Auffassung jedenfalls nicht. Meine Vorrednerin, Frau Eilers, hat das auch schon gesagt.

Schauen wir uns einmal die Historie Ihres Antrags an. Er ist ja ziemlich deckungsgleich mit dem Antrag, den Ihre Fraktion im Bundestag eingebracht hat und der im Februar im dortigen Verkehrsausschuss behandelt worden ist, also in demselben Monat, in dem Sie den Antrag hier bei uns eingebracht haben.

Zu diesem Antrag hat am 17. Mai Uwe Schmidt aus Bremerhaven im Bundestag gesprochen. Bremerhaven liegt an der Nordseeküste, und die Menschen aus Bremerhaven haben sicherlich einen Bezug zur See und vor allen Dingen zur Küste. Außerdem kommt Uwe Schmidt aus dem Bereich der Hafenarbeit und hat seit vielen Jahrzehnten mit Schiffen zu tun.

Ich wollte Ihnen jetzt eigentlich beschreiben, wie meine Arbeit mit Schiffen ausgesehen hat. Aber wie gesagt, die technischen Ausführungen von Herrn Schatta waren schon ziemlich detailliert.

Ich habe, bevor ich angefangen habe, hier im Landtag mit Ihnen zusammen diesen Dienst für das Land zu leisten, im Emder Hafen gearbeitet, und zwar in einer Reparaturwerft für Schiffe.

Die Schiffe werden ja nicht nur im Wasser repariert, sondern auch außerhalb des Wassers. Sie

werden über ein Trocken- oder ein Schwimmdock entnommen. Und da ist es sehr wohl erforderlich zu wissen, wie der Tiefgang eines solchen Schiffes ist: Kommt das Schiff mit ausreichendem Tiefgang? Wie ist es geballastet? Wie schnell kann man es entlasten? Wie ist der Rumpf geformt? - Diese ganzen Parameter dienen der Schiffsstabilität auch in der Zeit, in der das Schiff im Wasser ist. Insofern ist es, wie es Herr Schatta schon gesagt hat, zwingend erforderlich, mehrere Punkte zu berücksichtigen. Auch in dem Redebeitrag von Frau Eilers ist klar geworden, dass es nicht nur auf den Tiefgang ankommt.

Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass Sie die Nr. 6 der Anlage zu § 1 Abs. 1 der Anlaufbedingungsverordnung dahin gehend ändern wollen, dass Schiffe mit einem Tiefgang von mehr als 10 m nicht mehr küstennah fahren dürfen. Aber das ist nicht ausreichend. In der Begründung Ihres Antrags sprechen Sie die "MSC Zoe" an. Das ist ein 400-m-Schiff mit etwas mehr als 50 m Breite. Damit Sie sich das einmal bildlich vorstellen können: Dieses Schiff hat eine Länge von vier Fußballfeldern und ist fast so breit wie ein Fußballfeld einschließlich des Randstreifens. Es hat eine Bunkerkapazität wie ein kleiner Öltanker.

Nun könnte ich Ihnen noch zustimmen, dass man darüber reden müsste, ob man solche Schiffe tatsächlich in jeder Situation noch küstennah fahren lassen kann, unabhängig von Ladung und Sonstigem. Aber Sie heben in Ihrem Antrag nur auf den Tiefgang ab. Hier ist zunächst die Frage, welchen Tiefgang Sie überhaupt meinen: belastet, voll beladen oder unbelastet, also mit Leerfahrt? Wann soll diese Kategorie für ein Schiff gelten, das laut Papieren oder auch tatsächlich einen Tiefgang von nur 10 m hat?

Insofern ist Ihr Antrag zu einfach. Auch im Bundestag ist Ihnen schon gesagt worden, dass Ihr Antrag schlecht formuliert ist, schlecht vorbereitet ist und nicht die Realität trifft.

(Glocke des Präsidenten)

Einen Punkt möchte ich in meinen restlichen 57 Sekunden noch ansprechen. Und zwar möchte ich der Aussage von Frau Eilers zustimmen, dass diese Häufung zu einer erhöhten Havariegefahr führen wird. Egal, ob die Verkehrswege diese Anzahl an Fahrzeugen zulassen - in welche Richtung auch immer, seewärts oder landwärts -: Die Havariegefahr kann man nicht absprechen.

Deswegen bin ich hier nicht für Schnellschüsse, sondern möchte, dass wir den Untersuchungsbericht abwarten und danach klug entscheiden, so wie es z. B. bei der Havarie der "Glory Amsterdam" durch das Havariekommando Cuxhaven gemacht worden ist.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Arends. - Herr Kollege Henze hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet. Bitte sehr!

Stefan Henze (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Keine Schnellschüsse - da bin ich absolut bei Ihnen. Aber den wichtigsten Punkt haben Sie gar nicht angesprochen. Wir wollen die Einfügung in die Nr. 6 der Anlage zu § 1 Abs. 1 der Anlaufbedingungsverordnung wegen der sogenannten Ultra Large Container Vessels mit ihrer Breite von bis zu 59 m und der entsprechenden Menge an Containern.

Diese kommen bei seitlicher See, also bei einer Wetterlage, wie sie zum Zeitpunkt des Unglückes der "MSC Zoe" geherrscht hat, nämlich ganz schön ins Schwanken. Und wenn ein Schiff ins Schwanken kommt und einen Kippwinkel von mehr als 30, 35 oder 40 Grad hat, dann hat es mehr Tiefgang, gerade wenn es entsprechend breit ist. Und wenn dieses Schiff dann genau in einem Wellental hängt, hängt es mit der anderen Seite auf der Spitze der anderen Welle. Daher diese Krängungswinkel.

Ich möchte diese Schiffe dort weghaben, weil sie so viel Treibstoff an Bord haben.

Und wenn es darum geht, unsere Expertisen auszutauschen: Ich habe für Bosch-Rexrodt, damals Mannesmann-Rexrodt, die Schiffsteuerungsanlagen in den Abnahmefahrten gehabt und mich mit Schiffen insgesamt und natürlich auch mit den entsprechenden Steuerungen auseinandergesetzt. Die sollten ja automatisch funktionieren. So ein bisschen Ahnung habe ich von dem Bereich also auch.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Henze. - Herr Kollege Arends möchte antworten. Bitte sehr!

Matthias Arends (SPD):

Herr Kollege, ich habe Ihnen die Kompetenz nicht aberkannt. Wir waren auch schon öfter in unserem Ausschuss im Gespräch. Und in der Diskussion zu Tagesordnungspunkt 23 wurde Ihnen ja auch zugestanden, dass Sie durchaus kompetent argumentieren. Aber Sie haben den Kolleginnen und Kollegen im Bundestag die Kompetenz aberkannt. Sie haben gesagt, dass die aufgrund ihrer Distanz nicht in der Lage sind, das zu beurteilen, was wir an der Küste jeden Tag sehen. Insofern kann ich Ihre Kurzintervention nicht nachvollziehen.

Des Weiteren: Es ist natürlich so - da folge ich der Beschreibung von Herrn Schatta -, dass ein Schiff mit 9,99 m Tiefgang bei 30 Grad Krängung auf einmal die 10 m überschreitet. Mithin ist die Frage, wo Sie diese 10 m ansetzen wollen: beim Tiefgang unter Volllast oder bei gefahrener Tieflast.

Ihr Antrag ist einfach nicht detailliert genug. Es tut mir leid.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Arends. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun die Kollegin Meta Janssen-Kucz. Bitte sehr!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie konnten gerade wahrnehmen, wie viel Fachkompetenz in unserem Unterausschuss "Häfen und Schifffahrt" vorhanden ist und wie intensiv wir auch sehr technische und physikalische Fragen diskutieren.

Ich möchte jetzt nicht alles wiederholen, was meine Vorrednerinnen und Vorredner von SPD, CDU und FDP gesagt haben.

Man kann diesem Antrag in dieser Form nicht zustimmen. Er ist zum einen nicht ausreichend, und zum anderen haben wir in dem Bereich keine Kompetenzen.

(Zustimmung bei der SPD)

Das küstennahe Verkehrstrennungsgebiet "Terschelling German Bight" ist für die Menschen, die auf der Insel leben, so etwas wie eine Schiffsautobahn. Da ist richtig was los. Ich möchte anregen,

dass wir uns mit Blick auf die erhöhte Havariegefahr damit beschäftigen, bei welchen Vorschriften es notwendig ist, sie zu ändern. Ich denke schon, dass wir das in Niedersachsen in die Hand nehmen müssen; denn das Interesse an den Küstenregionen und an See- und Inselbelangen scheint mir bei dem Bundesminister aus Bayern, der für Verkehr, Häfen und Schifffahrt zuständig ist, nicht unbedingt ausgeprägt zu sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der AfD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Kollegin.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir beenden die Beratung und kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Antrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 18/2766 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Meine Damen und Herren, der Beschlussempfehlung des Ausschusses ist mit großer Mehrheit gefolgt worden.

Der Tagesordnungspunkt 31 ist beendet und damit auch die heutige Tagesordnung. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend. Morgen früh um 9 Uhr geht es weiter.

Schluss der Sitzung: 18.26 Uhr.